

Texte

dietz berlin

Marcus Havel, Moritz Blanke (Hrsg.)

Der Nahostkonflikt

Befindlichkeiten der deutschen Linken



Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 66

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MARCUS HAWEL, MORITZ BLANKE (HRSG.)

Der Nahostkonflikt

Befindlichkeiten der deutschen Linken

Karl Dietz Verlag Berlin

Marcus Hawel, Moritz Blanke (Hrsg.)
Der Nahostkonflikt
Befindlichkeiten der deutschen Linken
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 66)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2010

ISBN 978-3-320-02224-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2010
Satz: Elke Sadzinski
Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von Peter Schäfer
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Printed in Germany

Einleitung der Herausgeber 7

Historische Hintergründe

Salvador Oberhaus
Zur Frühgeschichte des Palästina-Konflikts bis zur Gründung
des Staates Israel. Ein ereignishistorischer Problemaufriss 15

Martin Fochler
Funktion und Tradition der Palästinasolidarität in der alten BRD 24

Asaf Angermann
Parallele Präfixe: die Zionismus-Debatte in Israel
zwischen Ideologiekritik und politischer Theologie 31

Befindlichkeiten im Blick

Uri Avnery
Antisemitismus: ein praktischer Leitfaden 49

Moshe Zuckermann
Zwischen Israelkritik und Antisemitismus
Versuch einer jüdischen Positionsbestimmung 54

Peter Ullrich
Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus
von links? Ein internationaler Diskursvergleich 67

Katja Kipping
Für einen linken Zugang zum Nahostkonflikt
jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen 81

Isabel Erdem
Antideutsche Linke oder antilinke Deutsche? 91

<i>Winfried Rust</i> Dem Reinheitswahn verfallen. Westliche Sicherheitsdiskurse und Islamismus ergänzen sich	104
<i>Moshe Zuckermann</i> Aspekte des Philosemitismus	110
<i>Marcus Hawel</i> Befindlichkeiten im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären	120
<i>Wolfram Adolphi</i> Ohne UN-Charta? Anmerkungen zu Marcus Hawels »Befindlichkeit im Blick«	141
<i>Johannes Kakoures</i> Warum die Linke das Prinzip der territorialen Integrität verteidigen sollte	148
Zivilgesellschaftliche Ausblicke und Impulse	
<i>Angelika Timm</i> Zivilgesellschaft als Lackmustest israelischer Demokratie	153
<i>Peter Schäfer</i> Zivilgesellschaftler aus Gaza fordern den internationalen Dialog mit der Hamas	163
<i>Einat Podjarny, Fadi Shbita</i> The Politics of Separation versus Bi-National Approach. A non-zionist activists perspective on today's politics	169
<i>Menachem Klein</i> Let's face the facts on the Ground. Das Zeitfenster für eine Zwei-Staaten-Lösung schließt sich	178
Autorinnen und Autoren	187

Einleitung: Der Nahostkonflikt in der deutschen Linken – Konkretionen versus Befindlichkeiten

Die brisanteste Konfliktregion auf dieser Welt ist der Nahe Osten. Als weltpolitisches Brennglas steht die Region für die sich neu abzeichnenden globalen Konfliktlinien und ist gleichzeitig untrennbar mit der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der deutschen Geschichte, verwoben. Das macht den Zugang gerade aus deutscher Perspektive nicht einfach. Typische Fallstricke tun sich auf, die man umgehen muss. Fallstricke sind solche – eingleisigen – Argumentationen, die notwendig zu einer einseitigen Sicht auf den komplexen Nahostkonflikt und damit auch zu tendenziösen Lösungsansätzen führen. Man kann sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass in Deutschland – auch oder vor allem in der Linken – ein ganz anderer Konflikt diskutiert wird als der Nahostkonflikt, so einseitig und abstrakt erscheint der Diskurs in Deutschland.

Die jeweiligen einseitigen Argumentationen im deutschen Diskurs über Nahost verraten allzu oft, dass es mehr um »deutsche Befindlichkeiten« geht, die mit Israel und Palästina gar nicht viel zu tun haben und produktive Beiträge zur Lösung des Nahostkonflikts erschweren. In der linken Öffentlichkeit in Deutschland führen diese Befindlichkeitsdiskurse gar zur Desintegration, zu unsinnstiftender Verwirrung, heillosem Konflikt, sogar zu offener Feindschaft, etwa zwischen traditionellen Antiimperialisten und sogenannten Antideutschen, die sich wechselseitig Antisemitismus, Philosemitismus oder Rassismus vorwerfen und damit die Grenze der Auseinandersetzung überschreiten und die Linke zumindest zu diesem Thema paralisieren.

Konkretionen gegen Befindlichkeiten

Kein Thema wird in der Linken in Deutschland derart emotionalisiert und affektiert behandelt wie der Nahostkonflikt. Wissenschaftliche Standards, jedenfalls Standards einer seriösen Herangehensweise an ein Thema, die normalerweise als selbstverständlich gelten, kommen im Umgang mit dem Nahostkonflikt kaum zur Geltung.

Sachlichkeit tut not. Eine Voraussetzung dafür, dass die Auseinandersetzung in produktive Bahnen zurückgeführt werden kann, ist die kritische Selbstreflexion auf das sozialpsychologische, gesellschaftliche und geschichtlich verdichtete En-

semble der Verhältnisse, die jemanden als sprechendes Subjekt konstituieren. Wenn das Gebot der Selbstreflexivität eingehalten wird: die Reflexion auf den Zeit- und Ortskern eines eingenommenen Standpunktes, das heißt dessen zeitliche und räumliche Verortung Berücksichtigung findet, dann ergeben sich Konkretionen. Wahrheiten bestehen in Konkretionen. Das vom Gesamtzusammenhang Isolierte: das Abstrakte birgt indes nur eine Tendenz zur Wahrheit. Werden Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend gemacht, verändern sie um keinen Deut die Wirklichkeit, sondern zerstören diese. Konkretionen stellen sich ein, wenn Tatsachen und Fakten sowie Ereignisse in ihrer Gewordenheit, ihrer Gemachtheit und in ihrer aus der Retrospektive erkennbaren Kausalität aufgezeigt werden. Zusammenhänge werden mithin durch die bewusst ins Zentrum gestellte Historizität erkennbar.

Konkretionen stellen sich ein, wenn Denken und Handeln von Akteurinnen und Akteuren auf Interessen zurückgeführt werden. Die Prüfung der Legitimität von Interessen kann dazu führen, dass sich auch ein Verständnis für das spezifische Denken ergibt. Konfrontationen im Denken und Handeln zwischen Menschen können insofern dann besser den Verhältnissen, in denen sich die Menschen befinden, angelastet werden als den Menschen selbst. Feindschaft kann damit auf politische Gegnerschaft reduziert werden, was bedeutet, dass leichter Kompromisse und gemeinsames Handeln möglich werden, die darauf abzielen, die Verhältnisse zu verändern. Im Vordergrund muss insofern der Anerkennungs-begriff stehen. Denn Herrschaft und Kompromisse beruhen auf gegenseitiger Anerkennung, die man jedenfalls nicht durch Gewalt erzwingen kann. Ansonsten provoziert Herrschaft Gegengewalt, die ein Zeichen von Nicht-Anerkennung ist und die Herrschaft erodieren lässt. Schon der französische General Tayllerland, hat es plastisch auf des Messers Spitze gebracht: »Mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht auf ihnen sitzen.«

Bellizistische Wende linker Strömungen nach 1990

Die eskalierende Konfrontation zwischen Antideutschen und Antiimperialisten hat eine längere Vorgeschichte, die mit einer Kehrtwende ersterer hin zu bellizistischen Positionen zu tun hat.

»Nie wieder Auschwitz« und »Nie wieder Krieg« – das waren über viele Jahrzehnte nach 1945 zwei Grundsäulen linken Selbstverständnisses. Nach 1989/90 wurden sie zunehmend gegeneinander ausgespielt. Nach dem Untergang des »real existierenden Sozialismus« kam es auch unter Linken zu einer *Neuen Unübersichtlichkeit*, da diesbezüglich positive oder negative Orientierungen verloren gingen. Zunehmende Theorielosigkeit – immerhin hatte man zwischen 1989 und 1991 nicht weniger als die Marxsche Theorie feierlich zu Grabe getragen und sich zunächst mit dem *Ende der Geschichte* abgefunden – trug zu dieser allgemeinen Verwirrung bei.

Vor allem aber haben sich viele Linke nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung dazu verleiten lassen, anzunehmen, dass nunmehr eine *One World* entstehe und der Imperialismus an sein geschichtliches Ende gelangt sei. Francis Fukuyama hatte das begriffliche Instrumentarium geliefert. Als sich schließlich neue Konflikte in der Welt – diesmal um Ethnisierung, *Failed States*, Schurkenstaaten, Terrorismus und Menschenrechte offenbarten, da wurden diese neuen Konflikte immer öfter als kulturelle Differenz gedeutet, mithin durch die Brille von Samuel P. Huntington gesehen, der den »Clash of Civilization« als Schreckgespenst an die Wand gemalt hatte. Die einen weigerten sich, das vermeintlich Neuartige als kulturelle Differenz zu interpretieren und hielten am imperialistischen Deutungsmuster fest. Die anderen übernahmen Huntingtons Begrifflichkeit und beförderten die Kulturalisierung des Politischen. Die Trennlinie, die hier deutlich wurde, ging vor allem mitten durch die deutsche Linke: Nun standen sich traditionelle, antiimperialistische auf der einen und sogenannte antideutsche Linke auf der anderen Seite zunehmend verfeindet gegenüber.

Schon im Golfkrieg 1991 wandelten sich Linksliberale wie Hans Magnus Enzensberger und Wolf Biermann zu Bellizisten. Während Enzensberger in Saddam Hussein den »Widergänger Hitlers« sah, rechtfertigte Biermann den Krieg vor allem zum vermeintlichen Schutze Israels, zumal deutsche Firmen Giftgas an den Irak geliefert hatten, der nun mit seinen Skud-Raketen Israelis in Angst versetzte. Zu diesem Zeitpunkt aber waren die beiden linksliberalen Intellektuellen in der deutschen Öffentlichkeit eine Aufsehen erregende Ausnahmeerscheinung. Die Antideutschen waren zu diesem Zeitpunkt noch im wahrsten Sinne des Wortes anti-deutsch, hatten ein Jahr zuvor noch »Deutschland halt's Maul« oder »Bomber Harris, do it again« gegen den neu erstarkenden deutschen Nationalismus und befürchteten Militarismus skandiert. Antideutsche neigten nämlich von Anfang an dazu, *die Deutschen* im anthropologischen Sinne als Täter abzuurteilen und dem virulenten Antisemitismus und Nationalismus stumpf einen negativen, das heißt invertierten Nationalismus entgegenzusetzen.

Die Einstellung zum Krieg wandelte sich allerdings bei den Antideutschen im Zuge der Eskalation im auseinanderbrechenden Jugoslawien. Nunmehr galt es, ein zweites Auschwitz zu verhindern, das sich Mitte der 1990er Jahre mit dem Massaker von Srebrenica irgendwie zu erkennen gab. Joseph Fischer, der zu diesem Zeitpunkt noch kritisierte, die NATO werde mit humanitären Scheinargumenten in einen imperialistischen Krieg geführt, forderte nunmehr eine Interventionspflicht bei Völkermord. Er hatte die Argumentationsfigur von Enzensberger verinnerlicht. Die Verunsicherung wurde immer größer.

Linksliberale und ehemalige Linke standen plötzlich ganz offen auf der Seite der Bellizisten. Der vorläufige Höhepunkt der allgemeinen Ver(w)irrung war schließlich der 11. September 2001, als die terroristischen Großanschläge in den USA als Angriff auf die westliche Zivilisation, mithin als »Clash of Civilization« und von den Antideutschen als aggressive Tat von »Islamfaschisten« gedeutet

wurden. Antideutsche begannen nunmehr, sich bedingungslos mit den USA zu solidarisieren und berechtigte Kritik am »War on Terror« der US-Administration mit Antiamerikanismus und Antisemitismus gleichzusetzen.

Im Zentrum der Polarisierung: Zionismus und Antizionismus

»Der Nahostkonflikt – Befindlichkeiten der deutschen Linken« – um diesen Titel versammeln wir Aufsätze zur Frage, wie wir als Linke in Deutschland einen sinnvollen Zugang zur Reflexion auf den Nahostkonflikt finden können. Dabei haben die Autorinnen und Autoren zum einen den Befindlichkeitsdiskurs im Blick. Zum anderen geht es aber auch darum, dass Befindlichkeiten selbst die Sicht auf die Dinge, das heißt auf den Nahostkonflikt, verstellen: Indem die Befindlichkeiten reflektiert werden, soll also der Blick weniger befangen, das heißt konkret werden.

Bei dieser Vorgehensweise ist es allerdings unerlässlich, nicht bloß abstrakt über Befindlichkeiten zu sprechen, das heißt, den Nahostkonflikt nicht aus den Augen zu verlieren. Der Sammelband ist darum in drei Sektionen aufgeteilt, die fließend ineinander übergehen.

Die erste Sektion soll historisches Hintergrundwissen zur Gründung des Staates Israel und Entstehungszusammenhänge des Nahostkonflikts vermitteln. Es geht dabei im Kern um die Geschichte des Zionismus, dessen spannungsgeladenen Bedeutungswandel von Anbeginn bis in die Gegenwart. Die Frage der gegenwärtigen Haltung zum Zionismus als kollektiver »Identitätspolitik« steht im Zentrum der Polarisierung in Israel wie in Deutschland. Was aber kaum zur Kenntnis genommen wird, ist die Tatsache, dass außerhalb Israels – insbesondere in Deutschland – allzu undifferenziert mit dem Begriff des Zionismus umgegangen wird. Differenzierungen jedenfalls sind angebracht, denn innerhalb der zionistischen Bewegung herrschten seit Anbeginn und herrschen auch heute noch Spannungen zwischen unterschiedlichen Strömungen.

Im deutschen Kontext wiederum berührt der Zionismus einen ganz zentralen neuralgischen Punkt der Vergangenheitsaufarbeitung, der nur deshalb in den Auseinandersetzungen eine derartig explosive Sprengkraft entfalten kann, weil er dort auf Grund der katastrophischen Vergangenheit immun gegen seine Differenzierung geworden ist. Weil der Zionismus als Massenbewegung mit Ziel einer Staatsgründung erst durch Auschwitz nach 1945 richtig in Fahrt gekommen ist, verwundert es jedenfalls kaum, wenn sich gerade dort das Gebot der Zurückhaltung der Kritik am Zionismus als eine besondere Form der Befindlichkeit artikuliert: als *deutsche* Befindlichkeit, die sich wie ein Prisma in den Blick des Betrachters schiebt und das Licht in seine Spektralfarben zerlegt, wodurch es zuweilen aber im Auge des Betrachters bunter zugeht als es die Realität erlaubt.

Archaische Identitätspolitik

Mit dem Stichwort kollektiver »Identitätspolitik« ist auf eine Problematik verwiesen, die nach innen und außen wirkt, das heißt einen inkludierenden sowie einen exkludierenden Charakter aufweist, der sich in beiden Fällen zum Nachteil der Palästinenser auswirkt, mithin auch den Israelis nicht zum Vorteil gereicht: Die säkulare Gegenwart kennt zwei diametral entgegengesetzte Gestaltungsprinzipien von Nationen, von denen das eine archaisch und das andere modern ist; in der Gegenwart aber sind beide virulent: Sie ordnen sich nach dem Angehörigkeitsprinzip des *ius sanguinis* (»Recht des Blutes«, Prinzip der Abstammung) und des *ius soli* (»Recht des Bodens«, Territorial- oder Geburtsortsprinzip). Der Zionismus apostrophierte den Staat Israel aus der Not und Erfahrung der existentiellen Bedrohung durch den Antisemitismus in Europa als »Judenstaat«, wengleich er sich offiziell eine pluralistisch-modern-demokratische Konstitution gab. Die Bezugnahme auf das *ius sanguinis* erscheint vor dem Hintergrund des liquidatorischen Antisemitismus als notwendiger Schutz und damit auch als Quelle der Emanzipation für die Gründung des Staates Israel. Dennoch befindet sich in diesem Zusammenhang eine destruktive, weil exkludierende Problematik: Aus dem Zionismus als *raison d'être* speist sich ideologisch-legitimatorisch die Unterordnung nicht-jüdischer Staatsangehöriger Israels als Bürger zweiter oder dritter Klasse sowie auch eine bestimmte Hierarchisierung zwischen aschkenasischen, sephardischen und orientalischen Juden. Mit anderen Worten: Israel kennt als innenpolitisches Problem einen »ethnischen« Konflikt, der den sozialen und politischen Klassenkonflikt überlagert und für den unter anderem der in seiner Funktion gewandelte Zionismus verantwortlich gemacht werden kann – nicht erst seit der versuchten religiösen Aufladung, sondern auch schon in der Konstruktion einer homogenen jüdischen Nation als israelischen Staat. – Wer dies gerade als Deutscher aus Befindlichkeit, die aus den Verbrechen der Vergangenheit Deutschlands herrührt, nicht zur Kenntnis nehmen will, sollte sich mit Ratschlägen zur Lösung des Nahostkonflikts zurückhalten, da er sich wie ein Elefant im Porzellanladen verhalten wird.

Welche Gefahren sich in dem Streben nach einer kollektiven homogenen Identität verbergen, die in der Regel nicht ohne Gewaltanwendung erzielt oder aufrechterhalten wird, kann nicht nur an der deutschen Geschichte, sondern auch an der jüdischen, das heißt der innerisraelischen Geschichte (des Zionismus) aufgezeigt werden. Kollektive Identitäten verändern sich oder kommen durch äußerliche Gewalt zustande. Insofern ist nach wie vor Auschwitz die offene Wunde der jüdisch-israelischen Identität. Ebenso hinterlässt die permanente gefühlte oder auch reale Bedrohung durch fundamentalistische Palästinenser ihre Spuren in der jüdisch-israelischen Identitätsbildung. Mit anderen Worten: Noch die Emanzipation nimmt etwas von der herrschenden Unfreiheit in sich auf, weil die Unfreien die Freiheit anstreben, wie sie vom unfreien bestehenden Zustand bestimmt ist. Aus diesem Grund drohen selbst progressive politische Gruppierungen oder

emanzipative Bewegungen unterdrückter Minderheiten ihren emanzipativen Charakter zu verlieren, sobald sie sich die Praxis ihrer Politik zu sehr durch die Konstitution des Bestehenden, gleichsam durch identitätsstiftende und -verändernde Gewalt bewusstlos, jedenfalls reflexionslos diktieren lassen.

Die permanente Bedrohung aus Gewalt und Gegengewalt gefährdet wie ein Fluch das pluralistische politische Gemeinwesen in Israel. Die Tatsache, dass heute nirgends auf der Welt Juden gefährlicher leben als in Israel, stellt die Intention des Zionismus, Juden im eigenen Staat vor Antisemitismus in der Welt zu schützen, in Frage. Insofern verliert der Zionismus also in zweifacher Hinsicht seinen emanzipatorischen Charakter: zum einen wegen des innerisraelischen »ethnischen« Konfliktes, zum anderen wegen der permanenten Bedrohung von außen. Für einen Lösungsansatz des Nahostkonfliktes kann der Zionismus genauso wenig wie – von der anderen Seite aus betrachtet – der arabische Nationalismus förderlich sein. Wenn Emanzipation auf Kosten und zu Lasten der Freiheit anderer erfolgt, gleichsam eine neue Folge der Unterdrückung in Gang setzt, kann es sich im Kantischen Sinne nicht um wirkliche Freiheit handeln. Es bedarf hier einer demokratischen, pluralistischen, nicht-ethnisierenden »Integrationsideologie« auf Basis eines nicht-identischen, das heißt nicht-homogenen Identitätsbegriffes, der von allen vorhandenen Seiten mithin anerkannt werden kann. Denn Demokratie beruht auf Anerkennung. Der Zionismus – in welcher Ausformung auch immer – ist hierzu nicht in der Lage.

Zivilgesellschaftliche Alternativen

Eine dritte Sektion erschließt darum positive Anknüpfungspunkte aus der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die erst richtig vermittelbar und sichtbar werden, wenn man sich von Befindlichkeiten befreit hat.

So jedenfalls könnte die Einsicht heranwachsen, dass die Lösung des Nahostkonfliktes nicht ohne realpolitische Kompromisse möglich ist, dass man mithin nach dem real Gegebenen und Möglichen zwischen kompromissbereiten Gruppen Ausschau halten und sich von dogmatischen und einseitigen Positionen verabschieden muss. Distanz ist das Gebot der Wissenschaftlichkeit im Umgang mit dem Nahostkonflikt. Das bedeutet nicht, dass man auf einen dezidierten Standpunkt oder auf Kritik in aller Schärfe verzichten muss. Zwischen Kritik und Provokation gilt es allerdings deutlich zu unterscheiden. Lösungen sind nur möglich, wenn die Lösungsansätze von den Konfliktparteien gleichermaßen akzeptiert werden können. Das setzt mithin Anerkennung voraus; sie ist die Basis für jede Konsensbildung. Freund-Feind-Denken ist dagegen der Reflex auf den Bürgerkrieg – dessen Fortsetzung im Denken.

Damit politische Bildungsarbeit ihren positiven Beitrag zur Lösung des Nahostkonfliktes innerhalb der deutschen Linken leisten kann, müsste sie eine Position

einnehmen, von der aus sie nach sämtlichen Seiten hin gut gehört werden kann. Daher sollte sie eine Sprache finden, die von allen Konfliktparteien sowie ihren sympathisierenden Strömungen und Gruppen verstanden werden kann. Eine solche umfassende Position liegt einzig in der kritisch-solidarischen Äquidistanz vor, von der aus allzu einseitige Parteinahmen vermieden und Polarisierungen nicht Vorschub geleistet werden. Emotionalisierung und Polemik im Umgang mit Israel und Palästina, *mutatis mutandis* mit dem Nahostkonflikt, sind durch nichts Einzigartiges gerechtfertigt. Für den Nahostkonflikt gibt es keine besonderen Maßstäbe, jedenfalls sollten diese nicht weniger universelle Geltung besitzen als jeder andere Konflikt in der Welt auch. (Die Charta der Vereinten Nationen etwa verliert ihre Geltungskraft, wenn nicht alle Staaten an denselben völkerrechtlichen Maßstäben gleichermaßen gemessen werden.) Eine bewusste Benachteiligung einer Seite verbietet sich mithin. Man muss sich daher um Ausgleich zwischen den einzelnen Strömungen und Konfliktparteien bemühen.

Dieser Sammelband möchte einen Beitrag dazu leisten, die gegenwärtig festgefahrene Kontroverse über den Nahostkonflikt innerhalb der Linken in Deutschland in produktive Bahnen zurückzuführen.

Zur Frühgeschichte des Palästinakonflikts bis zur Gründung des Staates Israel. Ein ereignishistorischer Problemaufriss

Wer das Existenzrecht Israels bestreitet oder die Forderung der Palästinenser nach einem unabhängigen palästinensischen Staat in Frage stellt, der hat aus der Geschichte nichts gelernt und verkennt die Komplexität und Emotionalität der Problemlage, die uns als Nahostkonflikt begegnet. Im Mittelpunkt dieses Konfliktes steht, vereinfacht formuliert, die Frage: »Wem gehört Palästina?« Man möchte den Menschen, die dort leben, Frieden wünschen. Aber wie so häufig liegen Wunsch und Realität weit auseinander.

Die Geschichte Palästinas ist seit über 100 Jahren von einem immer wieder eskalierenden Konflikt zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung geprägt. In der öffentlichen Wahrnehmung beginnt der Nahostkonflikt mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948. Die Ursprünge des gegenwärtigen Konflikts, der wie kaum ein anderer seit Jahrzehnten die internationale Politik beschäftigt, liegen aber weiter in der Geschichte zurück und datieren im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Konflikte von damals sind im Kern die Konflikte von heute. Für ein umfassendes Verständnis des palästinensisch-israelischen Verhältnisses sind Kenntnisse über die Frühgeschichte des Nahostkonfliktes unerlässlich.

Im Folgenden wird ein historischer Überblick über die Ursachen und den Verlauf des palästinensisch-zionistischen Konflikts vor der Staatsgründung geboten, der sich 1948 zu einem arabisch-israelischen Konflikt ausweitete. Hierbei soll deutlich werden, dass die Ursachen dieses Konflikts im besonderen Maße im europäischen Imperialismus sowie im politischen Zionismus, der von ihm hervorgerufen wurde, begründet liegen.¹

Palästina – ein Raum für viele Völker und Kulturen

Palästina hat in seiner bewegten Geschichte viele Völker, Kulturen und Herrschaften kommen und gehen gesehen. Israeliten, Juden, Ägypter, Assyrer, Perser, Römer, Byzantiner, Muslime, die christlichen Kreuzfahrer, Osmanen und Briten,

¹ Dass der europäische Imperialismus und der Zionismus miteinander in Beziehung standen, belegt auch Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, 4. durchgesehene Auflage, München 2003, S. 143 ff.

um nur einige Beispiele zu nennen, prägten in den letzten viertausend Jahren in unterschiedlicher Weise und Intensität die Geschichte des Landes. Um das Jahr 1000 vor unserer Zeitrechnung lebten in dem Gebiet des heutigen Palästinas – dem damaligen Kanaan – Kanaanäer, Hebräer und Philister sowie in kleinerer Zahl Araber.² Die israelitischen Stämme schlossen sich unter den Königen Saul und David zusammen und eroberten im Jahre 997 vor unserer Zeitrechnung das kanaanitische Jerusalem. Das entstandene israelitische Reich zerfiel nach dem Tode König Salomons im Jahre 926 v. u. Z. An seine Stelle trat das Reich Judäa. Das Reich expandierte und mit ihm die jüdische Religion. Im Jahre 63 v. u. Z. eroberten die Römer Jerusalem und integrierten Judäa in das Römische Imperium.

Im Zuge der arabischen Expansion wurde Palästina Mitte des siebten Jahrhunderts islamisiert. Abgesehen von einer kurzen Episode (1099–1187 und 1229–1244) christlicher Herrschaft über Jerusalem in Folge der Kreuzzüge des Hochmittelalters gehört Palästina seitdem zum arabisch-muslimischen Kulturkreis. Der arabischen folgte die osmanische Herrschaft über Palästina. Das Osmanische Reich eroberte im Jahre 1517 Ägypten und weite Teile des arabischen Raums. Palästina gehörte von nun an als syrischer Verwaltungsbezirk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 zum Osmanischen Reich.³ Als Anfang der 1880er Jahre (1882–1903) die erste neuzeitliche jüdische Einwanderungswelle (hebräisch: Alija) begann, war Palästina ein arabisches Land mit kleiner jüdischer Minderheit.⁴

Das Erwachen des arabischen Nationalismus

Die arabischen Emanzipationsbestrebungen richteten sich seit dem ausklingenden 19. Jahrhundert sowohl gegen den osmanischen Sultan, bzw. die spätere jungtürkische Regierung als auch gegen die geopolitischen und wirtschaftlichen Ambitionen der europäischen Mächte. Das von Sultan Abdülhamid II. autoritär regierte und wiederholt in seiner Existenz bedrohte Osmanische Reich (Verwaltungskrise, Staatsbankrott, regionaler Separatismus und europäischer Imperialismus) galt Ende des 19. Jahrhunderts in der internationalen Diplomatie als »kranker Mann am Bosphorus« und war auf den Status einer Halbkolonie der europäischen Großmächte (England, Frankreich, Deutsches Reich, Russland und Österreich)

2 Vgl. hierzu Margret Johannsen: Der Nahostkonflikt, 2. aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2009, S. 12 f.; Abdallah Frangi: PLO und Palästina. Vergangenheit und Zukunft, Frankfurt am Main 1982, S. 13 ff.; Klaus Hornung: Krisenherd Nahost. Geschichte. Fakten. Hintergründe, Weinheim/Basel 1991, S. 19 ff.; Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas, a. a. O., S. 11 ff.

3 Vgl. hierzu Zeine N. Zeine: Arab-Turkish Relations and the Emergence of Arab Nationalism, Beirut 1958; Zur Geschichte Palästinas in osmanischer Zeit vgl. Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas, a. a. O., S. 56 ff.

4 Im Jahre 1881 lebten 442.000 Araber und ca. 20.000 Juden in Palästina. Mehr als 400.000 Araber gehörten dem muslimischen Glauben an. – Vgl. Margret Johannsen: Der Nahostkonflikt, a. a. O., S. 18 f.

gesunken, die den Vielvölkerstaat in Interessensphären aufgeteilt hatten.⁵ Der zunehmend als Fremdherrschaft wahrgenommene europäische Einfluss und die despotische hamidische Herrschaftspraxis begünstigten den Aufstieg des arabischen Nationalismus oder treffender formuliert: der arabischen Nationalismen, die sich in den verschiedenen Provinzen des Osmanischen Reiches herausbildeten.⁶

Der moderne arabische Nationalismus syrischer Ausprägung, von welchem im Folgenden die Rede sein wird,⁷ entstand nicht zuletzt als Gegenbewegung zum aggressiven und rassistischen türkischen Nationalismus nach 1908.⁸ In jenem Jahr ereignete sich die »Jungtürkische Revolution«. Als demokratische Bewegung brachen die Jungtürken zwar mit dem hamidischen Absolutismus, aber als radikale nationalistische Bewegung forcierten die Jungtürken die Entrechtung der nicht-türkischen Bevölkerung. Die Türkifizierungspolitik des neuen Regimes unterdrückte systematisch die nach kultureller und politischer Autonomie strebende arabische Bevölkerung in Syrien und Palästina.⁹

Anders als man es vielleicht vermuten könnte, war die erste Alija für die Entstehung des modernen arabischen Nationalismus vor 1920 nahezu ohne Bedeutung.¹⁰ Die Mehrheit der arabischen Bevölkerung lehnte die jüdische Einwanderung nicht prinzipiell ab.¹¹ Die Art und Weise, wie sich diese Einwanderung vollzog, forderte hingegen den Protest der Araber heraus.

Der Zionismus

Als Reaktion auf den anhaltenden Antisemitismus in Europa und auf das Scheitern der Assimilations- und Emanzipationsbestrebungen der säkularen Juden entwickelte sich seit den 1860er Jahren der jüdische Nationalismus – der Zionismus.¹² Viele Juden sahen in der permanenten Minderheitensituation ihres Volkes in ihren jeweiligen Heimatländern ihre wirtschaftliche, kulturelle und auch religiöse Existenz auf die Dauer gefährdet, wenn es nicht gelänge, einen jüdischen Staat zu errichten, der

5 Zur Geschichte des Osmanischen Reiches im Zeitalter des europäischen Imperialismus vgl. Marian Kent (Hg.): *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire*, London 1984; Stanford J. Shaw, Ezel Kural Shaw: *History of the Ottoman Empire and modern Turkey*, Vol. 2: *Reform, Revolution and Republic. The Rise of modern Turkey 1808 – 1975*, Cambridge 1977; Alexander L. Macfie: *The End of the Ottoman Empire 1908 – 1932*, London 1998; Nikolaus Brauns: *Die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg 1914*, Magisterarbeit am Institut für Neuere Geschichte der Universität München im Wintersemester 1996/1997 (nicht veröffentlicht).

6 Zu den Unterschieden zwischen ägyptischen, syrischen, tunesischen und libyschen Nationalismus siehe Albert Hourani: *Die Geschichte der arabischen Völker*, Frankfurt am Main 1992, S. 378 ff.

7 Erst in den 1920er Jahren entwickelte sich unter dem Eindruck der so empfundenen zionistischen Fremdherrschaft der palästinensische Nationalismus.

8 Zeine N. Zeine: *Arab-Turkish Relations*, a. a. O., S. 35 ff.

9 Vgl. hierzu ebd., S. 73 ff.

10 Siehe auch Gudrun Krämer: *Geschichte Palästinas*, a. a. O., S. 122.

11 Zum Antijudaismus und Antisemitismus der palästinensischen Araber vgl. ebd., S. 313 ff.

12 Vgl. hierzu den Beitrag von Marcus Hawel in diesem Band. Eine knappe und fundierte Einführung in die Geschichte des Zionismus bietet Gudrun Krämer: *Geschichte Palästinas*, a. a. O., S. 122 ff.

ihnen endlich ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Sicherheit ermöglicht. Nach Auffassung der Zionisten kam hierfür nur Palästina – das »Heilige Land« – in Frage. Der Wiener Journalist und Jurist Theodor Herzl entwarf 1896 in seinem Buch *Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*¹³ ein Programm zum systematischen Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina.

Das von Herzl in den folgenden Jahren maßgeblich geprägte zionistische Programm orientierte sich hinsichtlich der Staatsgründung an den Techniken kolonialer Herrschaft und imperialistischer Durchdringung, wie die zweite und dritte Einwanderungswelle (1904–1914 und 1919–1923) nach Palästina verdeutlichen. Die Rechte und Interessen der Palästinenser galten den meisten Zionisten nicht als schützenswertes Gut. Die Mehrzahl der zionistischen Politiker und Siedler trat als Eroberer gegenüber der arabischen Bevölkerung auf und unterdrückte systematisch deren Rechte und Interessen. Viele Araber verloren im Zuge der so empfundenen »zionistischen Landnahme« ihre Lebens- und Existenzgrundlage.¹⁴ Überdies hatten antiarabische Ressentiments im Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus Tradition. In Europa galten die Araber, bei aller romantisierenden Begeisterung und Hinwendung zur arabischen Kultur, die in gebildeten Kreisen verbreitet war, als degeneriert, rückständig und zur Selbstverwaltung unfähig.¹⁵ Vor diesem Hintergrund verstand sich der arabische Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg zusehends als antikolonialistische Widerstandsbewegung.

Erster Weltkrieg

Der Konflikt zwischen arabischen und jüdischen Nationalismus war bereits im zionistischen Programm angelegt. Die Politik der europäischen Mächte im Ersten Weltkrieg ebnete schließlich den Weg in den blutigen Konflikt, als Engländer und Franzosen nationale arabische und zionistische Interessen in der Hoffnung, einen kriegsentscheidenden Vorteil zu erzielen, gegeneinander ausspielten.¹⁶ Auslöser dieser Entwicklung war allerdings das kaiserliche Deutschland. Das Deutsche Reich hatte den Ersten Weltkrieg im August 1914 mit ausgelöst, musste sich aber schon wenige Wochen später eingestehen, dass das eigene Kriegskalkül nicht aufgegangen war. Das Deutsche Reich musste einen Zwei-Fronten-Krieg führen, auf den es militärisch nicht vorbereitet war. Von der Eröffnung einer dritten Front im Orient versprachen sich die Deutschen einen Ausweg aus diesem Dilemma.

Im Bündnis mit der Türkei wollte Deutschland die Muslime in der arabischen Welt zum »Heiligen Krieg« gegen England aufwiegeln – der am meisten in der

13 1. Aufl., Leipzig 1896.

14 Vgl. u. a. Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästinakonflikts, Frankfurt am Main 1972, S. 79 ff.

15 Edward W. Said: Orientalism, New York 1978.

16 Hierzu und im Folgenden Salvador Oberhaus: »Zum wilden Aufstande entflammen«. Die deutsche Propagandastategie für den Orient im Ersten Weltkrieg am Beispiel Ägypten, Saarbrücken 2007.

Region engagierten imperialistischen Macht. Ägypten und Indien standen im Zentrum der deutschen Revolutionierungspläne. Die Deutschen hofften auf eine große Aufstandsbewegung im Herzen des britischen Weltreichs, die zu dessen Zusammenbruch führen sollte. Mit Geld und Versprechungen suchten die Deutschen besonders im syrisch-ägyptischen Grenzgebiet, somit auch in Palästina, nach Kollaborateuren. Zwar scheiterten die deutschen Pläne nach wenigen Monaten, ohne nennenswerte Erfolge erzielt zu haben, aber die Engländer waren gewarnt und warben jetzt ihrerseits um die Unterstützung der Araber und der Zionisten.¹⁷

Den türkisch-arabischen Antagonismus aufgreifend, nahmen die Engländer 1915 Verhandlungen mit dem Scharif Hussein von Mekka auf. Im Ergebnis der »Hussein-McMahon-Korrespondenz«¹⁸ versprach die englische Regierung dem einflussreichen Scharifen die Anerkennung des von ihm geforderten arabischen Königreiches für den Fall, dass dieser auf der Seite der Entente in den Krieg gegen die Türken und Deutschen eintritt.¹⁹ In seinem Brief vom Oktober 1915 versichert McMahon dem Scharifen seine Solidarität: »Großbritannien ist bereit, die Unabhängigkeit der Araber (...) anzuerkennen und zu unterstützen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Erklärung Sie zweifellos von der Sympathie überzeugt, die Großbritannien ihren arabischen Freunden entgegenbringt.«²⁰

Der unabhängige arabische Staat sollte das geographische Syrien mit Palästina und Mesopotamien umfassen. Hussein willigte 1916 in den englischen Vorschlag ein. Sein Sohn Faisal proklamierte die arabische Unabhängigkeit und löste im Juni den arabischen Aufstand aus. Man kann sagen, die Engländer schlugen die Deutschen und Türken mit ihren eigenen Waffen. Der arabische Aufstand trug einen Teil dazu bei, dass die Mittelmächte an der Orient-Front weiter in die Defensive gerieten und den Krieg schließlich verloren.

Noch vor dem Beginn des Aufstandes hatten Engländer und Franzosen am 16. Mai 1916 im *Sykes-Picot-Abkommen* ihre Interessenssphären in der Region abgesteckt. Beiden Seiten war an einer langfristigen Sicherung ihres Einflusses und Zugriffs auf die strategisch wichtige und rohstoffreiche Region gelegen. Das Abkommen, das nach dem Ersten Weltkrieg eine Grundlage für die geographische Neuordnung des Nahen Osten bildete, stand im Widerspruch zu den Zusagen der Engländer an die Araber. Großbritannien beanspruchte Südmesopotamien. Den Franzosen wurde die Kontrolle über Syrien zugesagt. Allerdings sollte Palästina einer internationalen Verwaltung unterstellt werden.²¹

17 Vgl. hierzu Donald M. McKale: *War by Revolution: Germany and Great Britain in the Middle East in the era of World War I*, Kent-Ohio 1998; Walid Khalidi: *Das Palästina-Problem. Ursachen und Entwicklung 1897–1948*, Rastatt 1972, S. 17.

18 Henry McMahon war der britische Hochkommissar in Ägypten.

19 Donald M. McKale: *War by Revolution*, a. a. O., S. 152 ff.

20 Aus dem Brief McMahons an Hussein vom 24. Oktober 1915, zitiert nach Margret Johannsen: *Der Nahostkonflikt*, a. a. O., S. 17 f.

21 Gudrun Krämer: *Geschichte Palästinas*, a. a. O., S. 170 ff.

Auf der Suche nach weiterer Unterstützung für ihre Orientpolitik ging die britische Regierung auf die Zionisten zu. Am 2. November 1917 erklärte der britische Außenminister Arthur J. Balfour (*Balfour-Deklaration*) gegenüber dem britischen Zionistenführer Lord Rothschild: »Die Regierung seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern (...).«²² Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass dieses Versprechen ebenfalls in Widerspruch zu den Zusagen gegenüber Hussein stand.

Als die Bolschewiki nach der Oktober-Revolution die geheimen Dokumente der zaristischen Regierung veröffentlichten, erlangte der Scharif von Mekka Kenntnis über die beiden Vereinbarungen. Die aufkommenden Zweifel an der Aufrichtigkeit der englischen Versprechungen zerstreute die britische Regierung in mehreren Erklärungen an die Araber im ersten Halbjahr 1918.

Die unmittelbare Nachkriegszeit

Allerdings sollten sich die Hoffnungen der Araber auf einen unabhängigen Staat nicht erfüllen. Vielmehr sah man sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges einer neuen Fremdherrschaft ausgesetzt. Dem türkischen Sultan folgten das britische Mandatsregime und der an Einfluss gewinnende Zionismus. Dabei schien eine Annäherung arabischer und zionistischer Interessen in Palästina Anfang 1919 noch möglich. Faisal und Chaim Weizmann, der Leiter der zionistischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Versailles, schlossen am 3. Januar in Paris eine Übereinkunft (*Faisal-Weizmann-Übereinkunft*). Man vereinbarte eine möglichst enge Kooperation bei der Entwicklung der arabischen und jüdischen Staatlichkeit. Für die Umsetzung der Übereinkunft war jedoch die Erlangung der arabischen Unabhängigkeit Grundvoraussetzung. Dazu kam es aber nicht.²³

Die Siegermächte waren sich zu diesem Zeitpunkt keinesfalls einig, wie die Neuordnung der nahöstlichen Landkarte aussehen sollte. Frankreich beanspruchte entgegen der Vereinbarungen des *Sykes-Picot-Abkommens* jetzt auch Palästina. Die amerikanische *King-Crane-Kommission*, die im Sommer 1919 Syrien besuchte, empfahl der Friedenskonferenz dringend und entgegen der englisch-französischen Vereinbarungen, die syrische Einheit unter Einschluss Palästinas zu wahren und das zionistische Programm einer uneingeschränkten Einwanderung nach Palästina zu überdenken. Die Kommission sah in den von England unterstützten zionistischen Plänen eine Gefahr für den Frieden in der Region. Der Bericht der Kommission stieß in London und Paris ebenso auf Ablehnung wie die Forderungen Faisals nach Anerkennung der arabischen Souveränität.²⁴ Mit einer Unterstützung durch Großbritannien war nicht mehr zu rechnen.

22 Zitiert nach Margret Johannsen: *Der Nahostkonflikt*, a. a. O., S. 16.

23 Gudrun Krämer: *Geschichte Palästinas*, a. a. O., S. 190.

Daraufhin erklärte der *Allgemeine Syrische Kongress* die Unabhängigkeit Syriens einschließlich des Libanons und Palästinas. Faisal wurde am 7. März 1920 zum König des Vereinigten Königreichs von Syrien gewählt. Die syrische Unabhängigkeit war aber nur von kurzer Dauer. Wenige Wochen nach der Proklamation einigten sich auf der Konferenz von San Remo (19. – 26. April 1920) die Alliierten schließlich über die Neuordnung des Nahen Ostens. Frankreich erhielt das Mandat für Syrien und vertrieb Faisal aus dem Land. Damit war die Verwirklichung eines unabhängigen arabischen Reiches in weite Ferne gerückt. England erhielt 1922 das Mandat des neu geschaffenen Völkerbundes über Palästina. Damit ging England nun auch völkerrechtlich bindend die Verpflichtung ein, die *Balfour-Deklaration* umzusetzen. Die Selbstorganisation des arabischen Widerstandes gegen England und die zionistische Einwanderung sowie die Entstehung einer palästinensischen Nationalbewegung waren Folgen dieser Ereignisse.²⁵

Der Konflikt eskaliert

Die anhaltende jüdische Einwanderung und der zionistische Staatsbildungsprozess – in den Augen der Palästinenser machten sich die Zionisten daran, einen »Staat im Staate« zu schaffen – wirkten immer bedrohlicher auf die arabische Bevölkerung Palästinas. Die politisch organisierten Araber, bzw. Palästinenser, artikulierten ihren Protest gegen die britische und zionistische Politik zumeist friedlich und konsensorientiert auf diplomatischer Ebene. Hierbei beriefen sie sich auf das vom amerikanischen Präsidenten Wilson postulierte Prinzip des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«. Allerdings eskalierte der Konflikt verschiedentlich; es kam zu blutigen Auseinandersetzungen und militanten Unruhen. Anfang April 1920 kam es während des muslimischen Pilgerfestes *Nabi Musa* in Jerusalem zu schweren Ausschreitungen gegen jüdische Einwohner. Der Konflikt um Palästina forderte auf beiden Seiten die ersten Todesopfer. Weit über 200 Personen wurden verletzt. Im Frühjahr 1921 eskalierte die Gewalt erneut in dramatischer Weise. In der ersten Maiwoche griffen Araber Juden und jüdische Einrichtungen in verschiedenen Orten Palästinas an. Die Gewalt der Araber zog Gewalt der Juden nach sich. Es kam zu Straßenschlachten und bewaffneten Kämpfen, die insgesamt über einhundert Todesopfer und mehr als 200 Verletzte zur Folge hatten. Der antizionistische Protest und das Ausmaß der Gewalt hatten eine neue Qualität angenommen. Erstmals seit Beginn der ersten Alija wurden jüdische Siedlungen gezielt von der arabischen Bevölkerung angegriffen. Die Ereignisse sind ein Ausdruck dafür, wie stark die Gesellschaft Palästinas bereits Anfang der 1920er Jahre segmentiert und gespalten war.²⁶ Der ara-

24 Ebenda, S. 191 ff.

25 Siehe hierzu und im Folgenden ebenda, S. 224 ff., S. 244.

26 Vgl. ebd., S. 250.

bische, bzw. palästinensische Nationalismus und der jüdische Nationalismus stehen sich seitdem scheinbar unversöhnlich gegenüber.

England hatte sich und den Nahen Osten mit seiner widersprüchlichen Politik gegenüber Arabern und Zionisten in eine unmögliche Lage gebracht. Die Mandatsmacht erwies sich zudem als unfähig, aber auch unwillig, einen Ausgleich zwischen Arabern und Juden herbeizuführen, der wenigstens eine friedliche Koexistenz beider Völker hätte ermöglichen können. Die Briten standen dieser selbstverschuldeten Situation bis zum Ende der Mandatszeit 1948 hilflos gegenüber. Es fehlte an ausgewogenen politischen Konzepten, die sowohl die jüdischen als auch die arabischen und – nicht zu vergessen – die britischen Interessen angemessen berücksichtigten.

Auf der Konferenz von Kairo im März 1921 zeigten sich die Engländer unter dem Eindruck des sich verschärfenden Konflikts noch einmal bemüht, den Forderungen der Araber entgegenzukommen. Die *Balfour-Deklaration* sollte nur für das Gebiet westlich des Jordans gelten. Das Gebiet östlich des Jordans wurde Faisals Bruder Emir Abdallah übertragen und im März 1923 als selbstständiges Emirat Transjordanien der britischen Mandatsverwaltung unterstellt. Die östlich des Jordans lebenden palästinensischen Araber empfanden die zionistische Einwanderung weiterhin als virulent.

Die Palästinenser, die den Verlust ihrer Heimat befürchteten, befanden sich in einer desperaten Situation. Der Protest der sich gedemütigt, unterdrückt und entrechtet fühlenden Bevölkerung entlud sich wiederholt in Gewaltausbrüchen. So kam es unter anderem im September 1928 und im August des darauf folgenden Jahres zu schweren Zusammenstößen und Massakern in Jerusalem und Hebron.²⁷

Der arabische Aufstand

Bis Mitte der 1930er Jahre machten der rücksichtslos betriebene zionistische Staatsbildungsprozess und der damit verbundene Umbau der Gesellschaftsordnung große Fortschritte. Was fehlte, war die Proklamation des jüdischen Staates, der faktisch geschaffen war – unter Ausschluss der Vertreter der arabischen Bevölkerungsmehrheit. In Folge dieses Prozesses stürzte die arabische Gesellschaft in eine tiefe ökonomische und soziale Krise.²⁸ Palästina glich inzwischen einem Pulverfass. Das Verhältnis der Araber zu den englischen Kolonialherren und den jüdischen Einwanderern war zum Zerreißen gespannt. Das angestaute Konfliktpotential entlud sich im April 1936 auf arabischer Seite in einem Aufstand, der mit Unterbrechungen fast drei Jahre dauerte.²⁹

27 Vgl. ebd., S. 264 ff.

28 Vgl. ebd., S. 283 ff.; Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel, a. a. O., S. 135 ff.

29 Zu Ursachen und Verlauf des Aufstandes siehe Gudrun Krämer: Geschichte Palästinas, a. a. O., S. 308 ff.

30 Margret Johannsen: Der Nahostkonflikt, a. a. O., S. 19.

Der Aufstand begann als Streik- und Boykottbewegung und ging im Sommer 1936 in bewaffnete Kämpfe über. Vermittlungsbemühungen aus dem arabischen Ausland führten zu einer Beruhigung der Situation. Die von den Engländern zur Untersuchung der Vorfälle berufene *Peel-Kommission* kam 1937 zu dem Ergebnis, dass eine dauerhafte Befriedung Palästinas nur möglich sei, wenn das Land in einen arabischen und einen jüdischen Staat geteilt würde. Der Teilungsplan löste unter den Arabern eine neue Welle der Gewalt und nationaler Empörung gegen Briten und Juden aus. Die britische Kolonialmacht entsandte 25 000 Soldaten ins Unruhegebiet, welche die Rebellion der Palästinenser Anfang 1939 endgültig niederschlugen.³⁰

Die Shoah und die Gründung Israels

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte die Mandatsmacht zwar wieder »Ruhe und Ordnung« hergestellt, aber nach wie vor keine tragfähigen Vorschläge für eine friedliche Lösung der Palästinafrage gemacht. Die industriell organisierte Massenvernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten, die Erfahrung der Shoah, verlieh dem Palästinakonflikt eine neue Qualität und Dramatik. Auf Grundlage des im Mai 1942 verabschiedeten *Biltmore-Programms* (Schaffung eines jüdischen Staates, *Jewish Commonwealth*), das eine uneingeschränkte Einwanderung der verfolgten Juden ermöglichte, flohen über 80 000 Juden während des Krieges nach Palästina und viele Tausende sollten ihnen nach Kriegsende folgen. Die einzige Möglichkeit, dem auf barbarische Weise verfolgten jüdischen Volk dauerhaft Freiheit und Sicherheit zu gewähren und das erlittene Unrecht wieder gutzumachen, schien in der Gründung eines souveränen jüdischen Staates zu liegen, die von den Vereinten Nationen vorbereitet wurde. Die Gründung Israels war somit ohne Alternative. Allerdings erwies es sich als verheerender Fehler, dass sowohl die Palästinenser als auch die benachbarten arabischen Staaten weiterhin diplomatisch isoliert blieben und nicht in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen wurden. Der Konflikt um Palästina verschärfte sich mithin erneut. Die Palästinenser fühlten sich ihres Landes beraubt und verstärkten ihren Widerstand gegen das Unvermeidliche.

Die Jahre zwischen Ende des Zweiten Weltkrieges und der Proklamation des Staates Israel waren geprägt von Gewalt- und Terrorakten zwischen den zionistischen und arabischen Untergrunds- und Widerstandsorganisationen. Im November 1947 beschloss die UNO in der Resolution 181 die Teilung des britischen Mandatsgebiets, in dessen Folge eine erste große Fluchtbewegung der um ihre Existenz fürchtenden Palästinenser ins benachbarte Ausland einsetzte. David Ben Gurion proklamierte schließlich am 14. Mai 1948 den Staat Israel. Wenige Stunden später begann der erste arabisch-israelische Krieg. Der palästinensisch-zionistische Konflikt weitete sich zu einem arabisch-israelischen Konflikt aus.

Funktion und Tradition der Palästinasolidarität in der alten BRD

Im schwierigen Bildungsprozess der Staaten Israel und Palästina wären Wege zu nachbarlichem Auskommen gefragt. Im Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung in der BRD nähren die dortigen Ereignisse vor allem den hiesigen Streit der Parteien und Richtungen um Ansehen, Geltung und Machtentfaltung Deutschlands. In unserer oppositionellen, linken Diskussion geht es nicht selten um Hegemonie kultureller und politischer Deutungsmuster, die verbandlich gepflegt und ausgebaut werden und deren Greifen oder Nicht-Greifen zur Frage von Sein oder Nicht-Sein solcher Vereinigungen werden kann. Kommt es zu solchen Verschiebungen des Erkenntnisinteresses, so steht am Ende der politische Mensch in einer Sackgasse, in einer erstarrenden Identität, die in der wirklichen geschichtlichen Bewegung vor allem Belege sucht, dass einmal mehr gesagt werden kann, was immer schon gesagt wurde. Ein Ausweg aus diesem vulgär mit Rechthaberei bezeichneten Dilemma könnte im kritischen Blick auf die politische Tradition liegen, aus der heraus argumentiert wird. Eine solche Anstrengung hat kaum mit Israel/Palästina und der dort möglichen Entwicklung zu tun, sondern mit der Israel-Palästinadiskussion in der BRD, die eine eigene Geschichte hat.

Das Israelbild in den 1950er Jahren: Orangen in der Wüste, Kibbuzim, Wiedergutmachung

In der öffentlichen Meinung der BRD, deren Westbindung mit der 1954 erfolgten Einladung zum 1955 vollzogenen Nato-Eintritt fixiert war, stand die Anerkennung Israels im Zusammenhang mit dem Streben nach »Wiedergutmachung«. Das Israelbild war positiv: im Sinne einer technischen (Orangen in bewässerter Wüste), zivilisatorischen (Demokratie statt Feudalstruktur) und sozialen (Kibbuzim) Verbesserung der Welt; ein wohlwollender und gegenüber der sogenannten Dritten Welt zugleich dünnkelhafter Interpretationszusammenhang, der von Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Religionsgemeinschaften und Teilen liberalisierter Presse gepflegt und in der jungen Generation aufgegriffen wurde. Die Auffassungen der 1956 verbotenen KPD drangen in eine breitere Öffentlichkeit nicht vor. Im Suez-Krieg von 1956 sah man dann aber Israel im Bündnis mit Großbritannien und Frankreich, Mächten, denen es offensichtlich um Verteidi-

gung einer kolonialen Einflussosphäre ging, wie das auch der Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien zeigte, der erst 1962 mit der Unabhängigkeit Algeriens endete.

Vietnam:

Der Glaube an die zivilisatorische Sendung des Westens schwankt

In der jüngeren Generation entwickelte sich wie in wohl allen Ländern des »Westens« eine Kritik an Kolonialismus und Rassismus. Die Verstrickung Israels in die Kriege des untergehenden klassischen Kolonialismus tat der Sympathie für die Staatsgründung einigen Abbruch. Allerdings blieben Konzepte einer im westlich-kapitalistischen Sinne missionierenden, zivilisierenden Entwicklung der Welt populär. Ausdruck davon waren die großen Erwartungen an den 1961 gewählten John F. Kennedy. Er fiel 1963 einem Attentat zum Opfer und wurde durch Vizepräsident Lyndon B. Johnson ersetzt, der als Mann der Rüstungsindustrie bekannt war. 1964 inszenierte die US-Regierung einen Zusammenstoß mit Nordvietnam (Flottenzwischenfall im Golf von Tongking), im März 1965 begann die Bombardierung Nordvietnams durch die USA, verbunden mit einer Anlandung von Truppen in Südvietnam. Binnen zehn, zwanzig Monaten verschoben sich die moralisch-politischen Koordinaten. Der Glaube an Entwicklung durch technische und kulturelle »Hilfen« brach zusammen. Als die USA die Unterstützung ihrer Verbündeten einforderten, auch seitens der BRD und auch mit dem Ruf nach Truppen, wurde der politische Kampf gegen diesen neuen Imperialismus zu einer lebenspraktisch dringlichen Frage der jungen Generation in allen Nato-Staaten. Es kam zu einem massiven Vertrauensverlust in die staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten, der eine Haltung der »Verweigerung« begründete.

Strukturwandel der Arbeitswelt – die Jugendkultur wird »antiautoritär«

Der in diesen Jahren einsetzende Strukturwandel der industriellen Welt besorgte zusätzlichen Schub. Forderte die Umwandlung handwerklicher Arbeit in industrielle Verfahren Anfangs des 20. Jahrhunderts den Typus des zur »genauen Arbeit nach Vorschrift« befähigten Arbeiters, wurden nun, im Zuge der Verwissenschaftlichung von Produktionsprozessen Arbeitskräfte benötigt, die schulisch und durch Studien vorgebildet, im vorgegebenen Rahmen Eigeninitiative entwickeln sollten. Autorität, Disziplin, Gehorsam, die noch in der Zeit des industriellen Wiederaufbaus der BRD Grundlagen von Leben und Überleben waren, wurden suspekt, ja lächerlich. In der BRD schuf diese Entwicklung neue Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland

sowie mit Institutionen und Traditionen aller Art, einschließlich auch denen der Lebensgestaltung zwischen Geschlechtern und Generationen, die als »autoritär« gekennzeichnet wurden und spätestens mit dem Generationswechsel dem Verfall verfallen schienen.

Politische Neuorientierung greift auf vorhandene Deutungsmuster zurück

Politische Neuorientierung und gesellschaftlicher Wandel vollzogen sich miteinander verschränkt, nebeneinander, durcheinander. Im Zuge dieser Neuorientierung griff die junge Generation vorhandene Deutungen und politische Strategien auf. Ein Teil blieb bei der Perspektive einer marktwirtschaftlichen Weltordnung, ein anderer tendierte zu einem staatswirtschaftlich geordneten System internationaler Arbeitsteilung, wie es sich im *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) zeigte, ein dritter zu der vor allem von der Volksrepublik China vertretenen Entwicklungsstrategie, die – wirtschaftlich und politisch – die staatliche Unabhängigkeit an die erste Stelle setzte und damit den nächsten Bedürfnissen der Gesellschaften entgegenkam, die es mit Kolonialherrschaft zu tun gehabt hatten. In diesem militärischen, staatspolitischen und ideologischen Kräftefeld vollzog sich eine Neubewertung des Staates Israel durch die Generation der 68er.

Der Staat Israel siegt im Sechs-Tage-Krieg von 1967 und verliert im Frieden

Ein Wendepunkt im Israelbild war der Sechs-Tage-Krieg von 1967, der mit dem Sieg des Staates Israel über ein Militärbündnis Ägyptens, Jordaniens und Syriens endete. Zunächst gehörte die öffentliche Meinung dem Staat Israel, der sich vor militärischer Zerschlagung gerettet hatte. Dann zeigten sich die Folgen für die Palästinenser. Nun wurde der Staat Israel von den linken Strömungen als Vorposten eines neuen Kolonialismus und Imperialismus der USA im Nahen Osten gesehen, als ein Teilabschnitt in einer weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, die nach dem Muster des Befreiungskrieges in Vietnam aufzunehmen sei. Das Deutungsmuster des von der US-Zentralmacht abhängigen Vorpostenregimes war damals verbreitet und wurde durch die Tatsache gestützt, dass das Nato-Bündnis viele Mitglieder und Partner hatte, die nicht demokratisch legitimiert waren. Kritik daran war gefährlich: Als im Juni 1967 Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration in Westberlin von der Polizei erschossen wurde, passte das ins Bild. Das System hatte die Kampfhandlungen eröffnet. Die für so viele politische und kulturelle Werte unempfindliche, naive Brutalität der damaligen Diskussion kann aus der realen Konfrontation mit dem Vietnam-Krieg erklärt werden. Die Legitimation des bewaffneten, auch durch irreguläre Einheiten getragenen Kampfes – sie war in den antikolonialen Befreiungskriegen

entstanden und in Vietnam in der Lage, der Militärgewalt der USA zu widerstehen –, wurde auf eine Vielzahl von Konfliktfeldern übertragen, die sämtlich unter den Begriff des »antiimperialistischen Kampfes« subsumiert wurden.

Die Einordnung des Konflikts in eine »weltweite Front gegen Imperialismus und Reaktion« und die Folgen

Im Nahen Osten mit dem Brennpunkten Israel/Palästina, im Konflikt zwischen »Zionismus und arabischer Reaktion« stellten sich die politisch linksgerichteten Bewegungen der Palästinenser als die Kraft dar, die für neue Verhältnisse, ein vereinigt, sozialistisches Palästina sorgen könnten. Im Zuge eines erfolgreichen Befreiungskriegs würden sich Probleme der politischen, technischen, zivilisatorischen Entwicklung lösen (»Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein ...«). Weltweit waren die Bewegungen der »Neuen Linken« nicht in der Lage, Kriterien für die Legitimation des bewaffneten Kampfes, bzw. der Zulässigkeit von Kampfhandlungen zu finden. 1972 führte die Taktik der Geiselnahmen in München in ein Blutbad, als ein palästinensisches Kommando Olympiateilnehmer aus Israel gefangen nahm, um palästinensische Häftlinge in Israel freizupressen. In der BRD-Linken hatte sich die Kritik an der Staatspolitik Israels in eine Kritik des staatlichen Bestandsrechts verwandelt.

Die Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel und der Antisemitismus der alten Nazis

Trotzdem kam es damals nicht zu Überkreuzungen von antisemitischer Nazi-Propaganda und antiimperialistischer Solidaritätsbewegung. Die antiautoritären, kritischen Bewegungen jener Tage standen vielmehr in einer heute kaum noch vorstellbaren direkten Auseinandersetzung mit Trägern der Staatsautorität, die »dabei« gewesen waren. Bis auf ganz wenige Gestalten (»Unbelehrbare«) standen die ehemaligen Nazis inzwischen fest an der Seite der USA, im Bündnis gegen die Länder des Staatssozialismus, gewillt Befreiungsbewegungen in den »Entwicklungsländern« zu unterdrücken und innenpolitisch in schroffem Gegensatz zu den kritischen, antiautoritären und linken Bewegungen der Jugend. Strukturen der Nazi-Herrschaft mit ihrer Missachtung alles Nicht-Deutschen zeigten sich in der BRD jener Tage zudem im Umgang mit sogenannten Randgruppen, vor allem aber in dem entrechteten Status der aus den agrarischen Ländern des Südens angeworbenen »Fremdarbeiter«, die in besonders belastenden Arbeitszweigen verschlissen wurden. Geplant war ein »Rotationsprinzip« mit Abschiebung der Verbrauchten in das Herkunftsland. Die Kritik an deutschem Dünkel, Ausgrenzung, Rassismus fand ihre Gegenstände in der Staatspolitik und

den gesellschaftlichen Strömungen, die sie provozierte. Am Kampf gegen die reaktionären Ausländergesetze sowie gegen ausschließende Praktiken und Ideologien beteiligten sich die Gewerkschaften, die auf eine Klärung der rechtlichen Stellung im Betrieb drängten; es beteiligten sich kirchliche, insbesondere faschismuskritische Kreise, es beteiligten sich ebenso radikaldemokratische Liberale, und es beteiligte sich die Linke, die damit ein strategisches Interesse an einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung verband. Im Zuge dieser Auseinandersetzung entwickelten sich vielfältige Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Kirchen und eben auch Organisationen der Neuen Linken zu in der BRD tätigen Vereinigungen von Migranten und Emigranten, die dezidiert kritische Auffassungen über die Zustände in ihren Herkunftsländern bekannt machten, nicht selten gestützt auf die erhebliche Zahl von Studenten aus diesen Ländern an den traditionsreichen Universitäten des Landes. In der jungen Generation entstand eine Stimmung internationaler Verbrüderung. Der tatsächlich erlebte Wandel der Welt verlieh Hoffnungen auf weitere, große Umgestaltungen Auftrieb: einen Fortschritt der Welt, mit dem sich bekannte Probleme der alten Gesellschaft quasi nebenbei erledigen würden.

Die strategischen Ansätze der sozialistischen Weltbewegung scheitern

Wie bekannt ist, fügte sich der Lauf der Welt nicht in diese Wünsche. Nach dem Ende des Vietnam-Krieges kam es zu regionalen Kriegen, in Kambodscha zu Terror und Massenmorden an der Bevölkerung. Die Anziehungskraft des »sozialistischen Weges« verblasste. Als 1979 das reaktionäre, mit den USA verbündete Schah-Regime Irans unterging, erlebte die Welt eine Machtergreifung des »Politischen Islam«, die eine ungeheure Ausstrahlung entwickelte. In diesem Zusammenhang steht auch die Intervention und Niederlage der UdSSR in Afghanistan, der Anfang vom Ende des staatssozialistischen Systems mit seiner nach politischen Kriterien organisierten und militärisch garantierten internationalen Arbeitsteilung. Auch die dazu alternative Strategie einer ganz »auf die eigene Kraft« gestützten Modernisierung forderte große und schreckliche Opfer (sie steht im Hintergrund der Massaker in Kambodscha), bis sie schließlich fast überall aufgegeben wurde. In dieser geänderten Weltlage fiel die Perspektive der Aufhebung des Israel–Palästina-Konflikts in einer neuen, besseren, sozialistischen Ordnung weg; sie wurde von keiner der relevanten Konfliktparteien mehr als Ziel formuliert.

Was nach dem Wegfall (allzu vieler) rechtfertigender Strategien bleibt

Unbestreitbar ist heute wohl, dass der Staat Israel, unter allen Umständen, die kommen mögen, jüdischem Leben eine Zufluchtsstätte garantieren will. Ebenso

kann als sicher gelten, dass die politischen Organisationen der Palästinenser nach einem Staat streben, dessen innere Ordnung und außenpolitische Bindung sie selbst bestimmen können. – Offenbar müssen beide Staaten nebeneinander existieren. Unter solchen Gegebenheiten konnte eine linke Kritik, die mit dem Bestandsrecht des Staates Israel spielt, zum Objekt von Nazi-Strategien werden. Besonders nach dem Anschluss der DDR an die BRD lebte in Deutschland die in der BRD stets latente Vorstellung vom ethnisch reinen, kulturell monolithischen »Deutschen Block in der Mitte Europas« auf. Weil für den Hauptstrom der politischen Meinungen die Anerkennung jüdischen Lebens nicht zur Debatte steht – diese Konsequenz aus Nazi-Herrschaft und Holocaust gibt es immerhin – muss die Nazi-Politik randständig bleiben.

Nichtachtung des Rechts auf staatliche Existenz vermengt links und rechts

Über eine Kritik an Israels Politik, die an die Aufhebung dieses einmal eingerichteten und anerkannten Staates denkt, gelingt eine umfassende politisch-ideologische Delegitimierung jüdischen Lebens. Durch die Überbrückung der Rechts-Links-Differenz gelingt es den Rechten, im breiten Hauptstrom der öffentlichen Meinung wirksam zu sein. Entscheidend dafür ist, diese Behauptung möchte ich hier aufstellen, die Fixierung der Idee, dass Juden und Judentum irgendwo zu verschwinden hätten. Es ist unumstritten, dass die Linke innenpolitisch für einen vernünftigen Pluralismus der Weltanschauungen, Religionen und Lebensstile eintreten und jede Art von Gleichschaltung und Ausgrenzung bekämpfen muss. In den internationalen Konflikten der Zeit, so scheint es, werden die Kräfte, die für Emanzipation, Demokratie und soziale Befreiung eintreten, nichts gewinnen, wenn sie gestützt und womöglich geleitet durch auswärtige Kräfte auf Umsturz und Grenzverschiebungen hinarbeiten. Eine solche Politik würde den Rückhalt bei den fortschrittlichen Strömungen der weltöffentlichen Meinung verlieren, für die die Einhaltung zivilisierter Regeln im Umgang zwischen Staaten und die Beachtung von Menschenrechten sowie sozialen Belangen im Verhältnis zwischen Staat und Einwohnern unverzichtbar sind. Eine Palästinasolidarität, die sich nicht aus der Tradition der aufhebenden Kritik löst, die sich um die Legitimation von Kampfhandlungen kaum kümmert, sondern alles Mögliche als Beitrag zur »Befreiung« wertet, trägt zum Misserfolg, zur Zementierung des Konflikts bei.

Nicht dulden, dass Deutungsmuster der Vergangenheit die Zukunft bestimmen

Deutungsmuster, die in der Zeit des Vietnam-Kriegs entstanden sind, müssen aufgegeben werden. Israel wäre als »Statthalter der USA« falsch bestimmt,

ebenso die politischen Organisationen der Palästinenser als »Teil einer weltweiten Front im Kampf der Dritten Welt gegen den Imperialismus«. Eine neue Perspektive muss entwickelt werden, und wo dies nicht geschieht, können Deutungsmuster, die aus vergangenen historischen Konstellationen stammen, sich umgekehrt zu einer Macht erheben, die Verhältnisse herstellt, die zu ihnen passen.

Parallele Präfixe: die Zionismus-Debatte in Israel zwischen Ideologiekritik und politischer Theologie

Der gegenwärtige Zionismus und die doppelte Ausrichtung der Kritik

Wichtige Begriffe haben stets mehr als nur eine Bedeutung. Ideologien können sich in ihre Gegensätze verwandeln, ohne ihren Wesenskern zu verlieren. So wird manchmal ihr eigentlicher Gehalt erkennbar, gerade wenn sie sich in ihren Gegensatz verwandeln. Der Staat Israel wurde in seinen ersten Jahren – in bestimmten Kreisen noch immer – als ein »Experiment« angesehen: einen Staat zu errichten, dem nichts anderes zugrunde liegt – keine gemeinsame Kultur, Sprache, Herkunft, kein geographisch bestimmter Ort, kein historischer Lebensraum –, nichts anderes als Geist, oder wenn man so will: Ideologie. Eines ist jeder israelischen Geschichtsschreibung – so umstritten wie sie gegenwärtig auch sein mag – gemeinsam: Die Ideologie des Zionismus wird als das entscheidende Vehikel zur Errichtung des Staates Israel angesehen. In allen Kreisen, bei Kritikern ebenso wie unter Befürwortern, herrscht der Konsens vor, dass ohne Zionismus kein jüdischer Staat zu denken ist. Umso erstaunlicher ist für viele die Feststellung, dass diese Ideologie in den letzten zwei Jahrzehnten an Bedeutung verloren hat und derzeit weiter verliert. Sie wird sowohl in ihrer historischen wie auch gegenwärtigen Form zunehmend zum Gegenstand von Angriffen – nicht nur von kritischer, linksemanzipatorischer Seite, sondern ebenfalls aus der theologisch argumentierenden, rechtskonservativen Richtung.

Als die offizielle Staatsräson durchdringt der Zionismus alle Facetten des öffentlichen wie des privaten Lebens. Vom staatlichen Bildungssystem bis zur privaten Unterhaltungsindustrie, von der Politik bis zu alltäglichen Konsumgütern, in allen Bereichen ist der Zionismus – seine Symbolik, Denk- und Verhaltensweise – präsent. So überträgt sich die politisch-ideologische Spannung, die sich in den letzten Jahrzehnten zwischen Konzept und Wirklichkeit, zwischen Anspruch und Tragfähigkeit auftut, zugleich auch auf die Individuen, auf ihre Wahrnehmung und Identität. Der Begriff des Zionismus, durch das israelische System stark indoktriniert, erweist sich in vielerlei Hinsicht als mit den Ansprüchen und Problemen der Gegenwart inkompatibel. Es ist insofern schwierig, die gesamte Problematik des Nahostkonflikts zu verstehen, ohne sich dieser Spannung zwischen Begriff und Wirklichkeit des Zionismus sowie ihrer Bedeutung im israelischen Alltagsleben bewusst zu werden.

Spätestens seit den 1990er Jahren – ansatzweise sogar früher – treten mindestens zwei Formen der Auseinandersetzung mit dieser Spannung ins israelische öffentliche Bewusstsein. Beide verstehen sich als kritische Alternativen zum staatlich-offiziellen Verständnis des Zionismus, zünden vor allem in akademischen Kreisen stürmische Diskussionen an und werden – in verschiedenen Formen – auch in der offiziellen Politik vertreten. Der *Post-Zionismus*, eine im Grunde linksemanzipatorische Kritik am Zionismus, steht im Alltagsbewusstsein dem rechtskonservativen Neo-Zionismus gegenüber. Beide bieten nicht nur Argumente für Kritik, bzw. für eine Aktualisierung des Zionismus an, sondern verfügen jeweils auch über ein umfassenderes außenpolitisches (vor allem in Bezug auf den Nahostkonflikt), wissenschaftstheoretisches und zugleich soziales und ökonomisches Programm.

Ich werde im Folgenden beide Strömungen, letzte als theologisch-politische, erste als dekonstruktive oder ideologiekritische darstellen. Anschließend werde ich die These aufstellen, wonach beide Kritikformen letztendlich ineinander übergreifen und sich bei näherer Betrachtung als parallele Denkrichtungen erweisen, die einander in ihrem Kern mehr ähneln als ausschließen. Wenn beide »Auswege« aus der Problematik des Zionismus im Grunde ineinandergehen und gleichsam ein politisch paralysierendes Gleichgewicht herbeiführen, müsste eine umfassendere Einsicht in die offensichtliche Ausweglosigkeit der allgemeinen Situation im Lande gewonnen werden. Es müssten insofern zuerst die Gründe dieser Ausweglosigkeit geklärt, ja beseitigt werden – mithin das, was beide ausweglose Alternativen miteinander verbindet. Erst danach könnte ein wirklicher Ausweg gefunden werden. Auf diese Gründe und auf mögliche Alternativen werde ich nach der Schilderung der Problematik konkreter eingehen.

Die Herausbildung der Ideologie: historische Hintergründe und Spannungen

Die zionistischen Bewegungen und ihre (frühen) Gegner

Der Begriff des Zionismus vereinigt in sich zugleich Theorie und Praxis: ein Ideenkomplex und eine politische Bewegung, die einerseits miteinander zusammenhängen, sich andererseits in vielen Aspekten voneinander unterscheiden. Aus historischer Perspektive fällt es der Forschung immer schwerer festzulegen, ob die Idee des Zionismus als eine politisch-theologische Idee der politischen Praxis vorausgegangen ist oder erst nachträglich konzipiert wurde, um diese Praxis zu legitimieren. Die grundlegende politische Idee des Zionismus verwies auf historische und religiöse Gründe und strebte die Errichtung eines jüdischen Staates an. Die Geschichte und die Religion des jüdischen Volkes waren also zugleich die Begründung und die Motivation für die Entstehung einer Nationalbewegung, de-

ren erklärtes Ziel ein religiös begründeter Nationalstaat war.¹ So waren das Verhältnis sowie die immanente Spannung zwischen Nation und Religion der Idee des Zionismus von Anbeginn eigen.

Es lässt sich auch auf keinen klaren, eindeutigen Hintergrund für die Notwendigkeit oder Motivation der Entstehung einer jüdischen Nationalbewegung in Europa Mitte des 19. Jahrhundert zurückgreifen, die ihre nationalen Bestrebungen gerade außerhalb der geographischen Region verwirklichen wollte, in der sie lebte. Die theologische Argumentation des Zionismus plädierte für die Auswanderung des jüdischen Volkes in das Gebiet am Mittelmeer, das in der jüdischen Tradition *Eretz Israel* – »Land Israel« – genannt wird: *Zion* ist der Name einer der Berge auf denen die historische Stadt Jerusalem liegt; im erweiterten Sinne bezieht sich der Name aber nicht nur auf diesen Berg oder auf die Stadt Jerusalem, sondern auf das gesamte Gebiet, das zu der Zeit *Palästina* hieß und deren Grenzen niemals genau festgelegt wurden. Ebenso wie die Grenzen des Begriffs selbst.

Denn das, was man unter Zionismus zu verstehen behauptete, hing stets ebenso von der jeweiligen historischen Situation wie von der religiösen Einstellung ab. So waren die Unterstützer und Mitglieder der verschiedenen zionistischen Vereinigungen seit ihren ersten Jahren aus den unterschiedlichsten Gründen motiviert. Der religiöse Glaube an messianische Offenbarung spielte darin eine gleich große Rolle wie die antisemitischen Pogrome, die sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Osteuropa häuften. Beides – religiöse Verwirklichung und irdische Verfolgung – werden in der zionistischen Geschichtsschreibung als Ursprünge genannt; das eine wird oft auf das andere zurückgeführt und umgekehrt. Was für die Schaffung eines einheitlichen politischen Ethos zuerst legitim und notwendig schien – die Verbindung unterschiedlichster, einander oft in anderen Aspekten fast ausschließender Weltanschauungen –, zeigte sich später, nach der Verwirklichung der Utopie eines jüdischen Staates, als äußerst problematisch.

Aber auch in der Frühgeschichte des Zionismus finden sich ebenso innere wie äußere Spannungen in Bezug auf den Zionismus-Begriff und seine praktische Umsetzung. Als innere Spannungen lassen sich die Kontroversen innerhalb der zionistischen Bewegung(en), das heißt der Unterstützer der Idee eines jüdischen Nationalstaats verstehen. Äußere Spannungen sind dagegen die kritischen Auseinandersetzungen im Rahmen der jüdischen Bevölkerung mit der Idee und der Praxis des Zionismus. Aus den inneren Spannungen sind verschiedene Strömungen innerhalb der zionistischen Bewegung hervorgegangen, die sich auf die konkrete Gestaltung des Staates richteten. Diese Differenzen im Verständnis und in der Umsetzung der zionistischen Idee führen auf die unterschiedlichen Weltanschauungen der Anhänger des Zionismus zurück. So waren unter den bedeutendsten Strömungen zum einen der *sozialistische* Zionismus, dessen Vision des jüdischen Staates auf der Idee der Gleichheit und der gemeinschaftlich arbeitenden

1 Vgl. Michael Brenner: Geschichte des Zionismus, München 2002, 2. Auflage 2005, S. 16 ff.

Gesellschaft basierte (und somit für die Kibbutz-Bewegung zuständig war), zum anderen der *revisionistische* Zionismus, dessen Wurzeln in der europäischen Romantik liegen und der den romantischen Nationalismus mit der jüdischen Tradition zu verbinden beabsichtigte.²

Ließen sich diese Differenzen als eher geistig-theoretische bezeichnen, das heißt als Differenzen in der Weltanschauung und in der Vision des zu errichtenden Staates, so zeigten sich in den ersten Jahrzehnten des Zionismus ebenfalls praktische Differenzen in Bezug auf die politische Umsetzung der Idee. Hier unterscheidet man hauptsächlich zwischen dem sogenannten *politischen* und dem *praktischen* Zionismus. Der erste, dessen prominenter Vertreter Theodor Herzl war, bemühte sich um eine internationale politische Anerkennung des Bedürfnisses des jüdischen Volkes nach Emanzipation und territorialer Zugehörigkeit. Seine Mittel waren die politische und publizistische Arbeit, vor allem im europäischen Raum, deren Ziel die Überzeugung wichtiger Politiker von der Notwendigkeit – ebenso wie von der Nützlichkeit – der Errichtung eines jüdischen Staates war. Der *praktische* Zionismus konzentrierte sich dagegen auf die Schaffung von Tatsachen, das heißt, er bemühte sich um die Beschleunigung der Einwanderung nach Palästina und die jüdische Besiedelung des Landes – unabhängig von der internationalen Legitimität und Legalität dieser Praxis. Eine dritte Strömung, die als *synthetischer* Zionismus bezeichnet wird, versuchte, zwischen beiden Alternativen zu vermitteln. Prominenter Vertreter dieser Richtung war Chaim Weizmann, später Israels erster Präsident. Weitere Strömungen des Zionismus hoben vor allem dessen *religiösen* Charakter hervor und positionierten sich weniger zu Fragen der praktischen Umsetzung.

Die äußeren Spannungen um den Begriff und die Bewegung des Zionismus werden oft allgemein als Anti-Zionismus bezeichnet, unterscheiden sich jedoch teilweise so stark voneinander, dass man sie schwerlich in einem Begriff fassen kann. Die Kritik am Zionismus begleitete diesen von seinen ersten Schritten an, sowohl als Idee wie auch als Praxis wurde ihm stets Illegitimität, wenn nicht sogar ein politisches und moralisches Defizit, vorgeworfen. Die Kritiker richteten ihre Kritik – ähnlich wie seine Befürworter – aus verschiedenen Perspektiven an den Zionismus. Jedoch, um das Folgende präzise und die Probleme klarer darzustellen, beziehe ich mich in diesem Zusammenhang nur auf die Kritik des Zionismus innerhalb der jüdischen Bevölkerung – das heißt in Bezug auf seine potentiellen Unterstützer, auf diejenigen, die der Zionismus, um seine Ziele zu verwirklichen, einwerben, bzw. von seiner Richtigkeit überzeugen müsste. Denn um sein endgültiges Ziel zu erreichen: die Einwanderung aller Juden nach »Zion«, ist er gerade auf seine Kritiker angewiesen. Es ist insofern eine wesentliche Charakteristik des Zionismus, zumindest dem Begriff nach, dass keine Kritik an diesem legitim sei – der Allgemeinheitsanspruch der zionistischen Ideologie, *alle* Juden in das jüdi-

2 Vgl. ebd., S. 85 ff.

sche Land zu mobilisieren, wird durch jeden Einzelnen, der dem Appell nicht folgt, verletzt.

Bezeichnenderweise erweisen sich die Argumente derer, die den Zionismus ablehnen, als strukturell verwandt mit den Argumenten der Befürworter: Sehen die einen die »Rückkehr« aller Juden in das *Heilige Land* als notwendig für die religiöse Offenbarung, so sehen die anderen gerade diese Rückkehr als hinderlich, ja religiös gefährlich. Sehen die einen die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates als die politische Lösung des Antisemitismus-Problems, so sehen die anderen ebendiese politische Aktion als verantwortlich für sein Erstarken.

Der jüdisch-religiöse Anti-Zionismus stammte hauptsächlich aus orthodoxen Kreisen, die in der zionistischen Idee eine Art Hybris oder Gotteslästerung und als solche eine religiöse Sünde zu erkennen glaubten. Denn es ist nach diesem Verständnis Gott selbst, der das jüdische Volk als Strafe in die Diaspora vertrieben hatte. *Nur* er kann sie auch in das Heilige Land zurückbringen.³ Kehren die Juden ohne Gottes Wort in dieses Land zurück, so begehen sie eine schwerwiegende Sünde. – Nicht selten wird in diesen Kreisen der Holocaust als Strafe für diese Sünde angesehen.

Dem säkularen, politischen Zionismus, der sich als eine realpolitische Lösung des Antisemitismus-Problems begriff, entgegeneten mehrere jüdische Organisationen mit der Befürchtung, der jüdische Staat (ohne oder mit internationaler Anerkennung) würde den Antisemitismus in der Welt nur verstärken. Statt auszuwandern verlangten sie nach Gleichberechtigung und Integration innerhalb der europäischen Staaten, in denen sie lebten.

Man sollte hier allerdings zwischen bürgerlichen und sozialistischen Organisationen unterscheiden, die den Zionismus ebenfalls aus unterschiedlichen Richtungen kritisierten oder ablehnten. Der bürgerlich-liberale *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* in Deutschland lehnte den Zionismus ab und trat für Bürgerrechte und Gleichstellung der Juden in Deutschland ein.⁴ Anstatt der zionistischen Forderung nach Anerkennung der Juden als Nation, als ein gemeinsames politisches Wesen, verlangte die Vereinigung nach einer Anerkennung der Juden als Individuen, als gleiche und gleichberechtigte Bürger.

Hingegen war in den osteuropäischen Ländern der »Bund« (der *Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland* genannt wurde) von großer Bedeutung. Der Bund lehnte die zionistischen Bestrebungen ab und sah diese als separatistisch und unvereinbar mit sozialistischen Positionen an. Stattdessen strebte er die Integration jüdischer Arbeiter in die *Kommunistische Internationale* an.

Diese Spannung zwischen dem Verständnis des Judentums als Religion, Nation, Volk oder als einer individuellen Angelegenheit jedes Einzelnen begleitete den Zionismus seit seinem Entstehen. Die Debatten haben allerdings in den folgenden Jahrzehnten nachgelassen, das Erstarken des Antisemitismus und seine

3 Gideon Shimoni: *The Zionist Ideology*, Hanover/London 1995, S. 136.

4 Brenner: *Geschichte des Zionismus*, a. a. O., S. 17 f.

Kulmination im Zweiten Weltkrieg ließen kaum Raum für theoretische und ideologische Debatten. In den folgenden Jahren, nach der Staatsgründung Israels 1948, war die zionistische Bewegung, vor allem in Form der regierenden Arbeiterpartei, die einen sozialistischen Zionismus vertrat und umsetzte, die zentrale und monopole Stimme in den politischen Angelegenheiten des jüdischen Volkes.

Der Zionismus als eine hegemoniale Ideologie

Mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 erhielt eine bestimmte zionistische Richtung die Oberhand. Die zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei regierte das Land auf eine kollektivistisch-zentralistische Weise und machte den Zionismus zur herrschenden Ideologie Israels. Andere, konkurrierende Auffassungen des Zionismus, insbesondere aber auch der jüdischen Frage im Allgemeinen haben angesichts des Entsetzens, das die allmählich nach Israel durchdringenden Nachrichten über das Schicksal des europäischen Judentums auslösten, zunehmend an Bedeutung verloren. Die herrschende zionistische Arbeiterpartei zog aus dem Holocaust die Konsequenz, man müsse alle inneren Diskussionen beiseite legen und sich um den Aufbau sowie um die Verstärkung des jüdischen Staates bemühen, der das verfolgte Judentum aus aller Welt aufnehmen und zu *einem* Volk zusammenfassen sollte.

Aus den historischen Erkenntnissen, verbunden mit einer gemilderten Variante der jüdischen Tradition (gemildert, damit sie für die große nicht-religiöse Mehrheit der Juden in Israel akzeptabel und auf den allgemeinsten gemeinsamen Nenner reduziert werde, um die verschiedensten Strömungen miteinander zu verbinden), wurde langsam ein klares, wenn auch komplexes ideologisches Ideengebäude entwickelt, das die historischen Erkenntnisse und Traditionen in neue Formen von Symbolik, Zeremonien und kulturellen Werten verwandelte, um damit eine neue nationale Identität herauszubilden. Die Heterogenität der jüdischen Selbstverständnisse sollte durch eine homogene – *israelische* – Identität ersetzt werden. Aus einer Ideologie, die bis zur Staatsgründung umstritten war, ist insofern eine Identität entstanden, die durch das Bildungssystem, durch die Öffentlichkeit und durch alle Sphären der Kultur gepflegt und indoktriniert wurde.

Persönliche Lebensentwürfe, Wünsche, Hoffnungen ebenso wie Ängste und Leid wurden durch die hegemoniale zionistische Ideologie durchdrungen. Das Persönliche und Private wurde kollektiviert. Die historischen Ängste des als *jüdisch* apostrophierten Staates wurden zu privaten Ängsten jedes israelischen Individuums. Sahen sich die europäischen Überlebenden als Opfer, so wurde das Bewusstsein des Opfers zu einem allgemeinen, allumfassenden Bewusstsein.⁵ Kämpften die israelischen Soldaten in Kriegen gegen die arabischen Staaten, so

5 Adi Ophir: »The Identity of the Victims and the Victims of Identity: A Critique of Zionist Ideology for a Postzionist Age«, in: Laurence J. Silberstein (Hg.): Postzionism. A reader, New Brunswick/New Jersey/London 2008, S. 81-101.

wurde jeder israelische Bürger zu einem Soldaten gemacht, ganz gleich, ob er an den kriegerischen Handlungen teilnahm oder nicht.

Der kollektivistische Anspruch der zionistischen Ideologie ließ kaum Raum für den Einzelnen. Das »Ich« wurde zum »Wir«; die kollektivistische Identität durfte nicht in Frage gestellt werden. Die herrschende Arbeiterpartei *Mapai* (»Partei der Arbeiter des Landes Israel«), geführt von David Ben-Gurion (Israels Premierminister seit der Staatsgründung 1948–1953, später erneut von 1955–1963), ergriff eine eindeutige kulturpolitische Linie, die sich – offiziell! – »Schmelztiegelpolitik« nannte. Diese erschien der Partei notwendig angesichts der kulturellen, sprachlichen wie auch weltanschaulichen Vielfalt innerhalb der israelischen Gesellschaft. Als eine junge Einwanderungsgesellschaft ließen sich wenige Werte und Anschauungen finden, die allen Israelis gemeinsam waren. Die israelische Identität musste mithin neu erfunden werden – und auch angesichts der bedrohlichen außenpolitischen Lage schien sich die *innere Einheit* als vorrangig zu erweisen. Deshalb überließ die Regierungspartei die Herausbildung einer neuen Identität nicht dem natürlichen Prozess, sondern bestimmte sie durch eine starke Kulturpolitik.

Die zionistische Ideologie, die den entwurzelten Einwanderer eine neue – sichere und selbstbewusste – Identität zu verleihen beabsichtigte, ließe sich insofern auf einen Zwang zurückführen: aus einer Gesellschaft, deren Mitglieder kaum etwas verbindet außer einer unterschiedlich verstandenen Religion und dem Moment der Heimatlosigkeit, eine neue, starke, gefestigte Gesellschaft herbeischaffen zu müssen. Diese ideologische Fassade begann allerdings spätestens in den 1970er Jahren zu bröckeln, als neue Gesellschaftsschichten hervortraten, deren Stimme bis dahin weder gehört noch in der Herausbildung der offiziellen, hegemonialen Staatsideologie berücksichtigt wurde. Es war insofern gerade die Ideologie, die den entwurzelten Einwanderern und Überlebenden eine neue Identität sowie ein neues Selbstbewusstsein verlieh. Die meisten erhielten diese neue Identität im buchstäblichen Sinne: Sie mussten ihren nicht-hebräischen Namen »hebräisieren«, das heißt: ihn aufgeben und durch einen neuen, hebräischen Namen ersetzen. Die brachiale Art und Weise, wie die zionistische Ideologie und die vorgeschriebene kollektive Identität den Menschen Schaden zufügte, wurde erst später, in den 1980er und 90er Jahren Gegenstand der Kritik.

Neue Herausforderungen und Eskalationen

Ein wichtiger Bestandteil der offiziellen zionistischen Ideologie war ihr moralisches Selbstverständnis. Die *Mapai*-Partei und Ben-Gurion vertraten ihrem Selbstverständnis nach eine gerechte und konstruktive Bewegung: einen »Nationalismus mit humanem Antlitz«. ⁶ Dies war nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 äußerst frag-

6 »Ben-Gurion was admirably representative of labor Zionism's highly moralistic self-image as an inherently just, progressive and constructive movement: a nationalism with a human face that fused exemplary social values

lich geworden. Auf das Kriegsende folgte eine israelische Besetzung der Sinai-Halbinsel, des Gazastreifens, des Westjordanlands, der Golan-Höhen und Ost-Jerusalems. Für Israel bedeutete die Besetzung eine Herrschaft über ein anderes Volk, das *per definitionem* nicht in die israelische Gesellschaft, deren Grundlage die jüdische Zugehörigkeit und Identität bildete, integriert werden konnte. Der militärische Sieg bedeutete zugleich die Notwendigkeit, in die offenen Wunden, in die inneren Abgründe der israelischen Gesellschaft hineinzuschauen. Neben der moralischen Fragwürdigkeit einer Herrschaft über ein anderes Volk wurde die immanente Spannung in der wichtigsten Selbstbeschreibung des israelischen Staates deutlich: als eines jüdischen *und* demokratischen Staates. Erhob bis dahin der Zionismus seinen unangefochtenen Anspruch, einen jüdisch-demokratischen Staat zu begründen, so zeigte sich dieser nach 1967 ebenso in theoretischer wie in praktischer Hinsicht als äußerst problematisch.

Weitere Herausforderungen gegenüber dem Anspruch der *Mapai*, das Land zugleich kollektivistisch und gerecht zu führen, formierten sich durch das Fortbestehen der Einwanderungswellen jüdischer Immigranten aus vor allem nordafrikanischen Ländern, die größtenteils von Machtpositionen und Entscheidungsinstanzen der Regierungspartei ausgeschlossen wurden. Ebenfalls verstärkte sich die Stimme derjenigen, die aus europäischen Ländern – jedoch nicht aus sozialistisch-zionistischen Motivationen, sondern aus Zwang und Notwendigkeit – nach Israel einwanderten. Diese stammten zumeist aus bürgerlich-liberalen Milieus und unterstützten die kollektivistische, zentralverwaltete Politik, insbesondere die Wirtschaftspolitik der Arbeiterpartei, nicht.

1977 fand ein Machtwechsel statt. Der sozialistische Zionismus trat ab; eine rechtskonservative, wirtschaftlich liberale Regierung gelang an die Macht. Die *Likud*-Partei, geführt durch Menachem Begin, einem ehemaligen Mitglied der jüdisch-terroristischen Organisation *Etzel*, vertrat eine härtere, nationale Linie, die zu einer Eskalation des Konflikts mit den arabischen Staaten führte. Die *Likud*-Regierung unter Begin war vor allem für eine weitgehende jüdische Besiedlung der im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebiete und für den Libanon-Krieg 1982 – Aktionen, die in den arabischen Staaten, vor allem in der palästinensischen Bevölkerung, zu großem Unmut führten.

Die Eskalation des Nahostkonflikts in den 1980er Jahren, die ihren Höhepunkt in der ersten Intifada: im palästinensischen Aufstand von 1987 bis 1991 fand, weckte unter vielen Israelis Zweifel an der zionistischen Ideologie und ihrem Anspruch, den Staat Israel als den einzigen sicheren Ort für das jüdische Volk aufzubauen. Das Aufkommen der politischen Rechten in Israel sowie die Eskalation der Gewalt waren der Hintergrund für eine tiefere Infragestellung des zionistischen Ethos, das die israelische Identität konstituierte.

with national aspirations and the sought to serve the needs of its own people without being inconsiderate of those of other affected peoples.« – Shimoni: *The Zionist Ideology*, a. a. O., S. 379.

Radikale Kritik und Affirmation: aktuelle Formen der Auseinandersetzung mit dem Zionismus

Post-Zionismus: Ideologiekritik und Dekonstruktion des Zionismus

Die Frage, ob der Zionismus – als eine Ideologie ebenso wie als eine politische Bewegung – die Interessen der Juden am besten zu vertreten vermag und auf ihre Probleme, Schwierigkeiten und Ängste eine akzeptable Antwort findet, begleitete diesen von Anbeginn. Die Errichtung eines jüdischen Staates, der sich im Laufe der Zeit stark und souverän präsentierte, zugleich auch eine gewisse internationale Anerkennung erfuhr, schien diese Zweifel zu beschwichtigen. So erneuerte sich die Unsicherheit, als die Existenz des Staates und die Sicherheit seiner Einwohner immer weniger selbstverständlich wurden. Kritische Fragen wurden zuerst an die zionistische Geschichtsschreibung gestellt, die das gesamte ideologische Ethos einer Minderheit ehemaliger Opfer, die eine feindliche Mehrheit – moralisch und gerecht – besiegt hat, ins andere Licht stellt.

»The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947–1949« heißt der Titel des Buches, das Benny Morris, einer der Pioniere der neuen Kritikart am Zionismus, 1987 veröffentlichte.⁷ Das Buch erregte großes Aufsehen in der israelischen Öffentlichkeit, da es einem wesentlichen Bestandteil der zionistischen Geschichtsschreibung, das zum Selbstverständnis der israelischen Identität als moralisch und gerecht gehörte, widersprach. Im zionistischen Selbstverständnis spielte die Erkenntnis eine entscheidende Rolle, wonach die palästinensische Bevölkerung während des sogenannten Befreiungskriegs 1948 das Land freiwillig, spontan, sei es aus Angst oder auf Aufforderung arabischer Führer, verlassen hätte. Morris konnte Beweise anbringen – gefunden durch Recherchen in israelischen Archiven –, dass dies keineswegs freiwillig geschah, sondern dass die palästinensische Bevölkerung aus ihren Dörfern gewaltsam vertrieben wurde. Einige Dokumente weisen sogar auf Vergewaltigungen hin. Wies die offizielle zionistische Staatsdoktrin darauf hin, dass die arabischen Angriffe auf den jüdischen Staat auf eine fundamentale Feindschaft: auf einen tiefen Hass zurückzuführen seien – der zugleich zur Opfer-Mythologie beitragen sollte –, so zeigte Morris, dass die Feindschaft historische Gründe hatte. Insofern wären konkrete Zugeständnisse, Kompromisse und Versöhnungsakte notwendig, um der Gewalt in der Region ein Ende zu setzen.

Der Zionismus, wie er durch die regierenden Parteien von Links und von Rechts vertreten wurde, erwies sich als eine ideologische Interpretation der Geschichte und Gegenwart. Die Ereignisse in der Region (aber auch auf internationaler Ebene) wurden durch die Brille des Zionismus verzerrt wahrgenommen.

In den 1990er Jahren folgten weitere Studien, die die offizielle zionistische Geschichtsschreibung in Frage stellten und damit neue Perspektiven und neue Ansätze zur Betrachtung der Gegenwart anbieten konnten. So ließe sich in diesem

7 Benny Morris: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947–1949*, Cambridge 2004, 2. Aufl.

Zusammenhang von »Neuen Historikern« sprechen – ein Begriff, der zuerst pejorativ gemeint war, später jedoch von den Wissenschaftlern selbst affirmativ angenommen und positiv gewendet wurde.⁸ Neben den Neuen Historikern entstand parallel eine Wissenschaftlergruppe, die sich »Kritische Soziologen« nannte. Diese Gruppe hinterfragte die offizielle Sicht über die israelische Gesellschaft und widmete sich neuen Perspektiven in der Forschung. So war die »staatliche« Soziologie (vertreten vor allem durch Shmuel N. Eisenstadt) darauf gerichtet, Israel als ein Einwanderungsland darzustellen, dessen Ziel (das praktische Ziel der *Mapai*) die Schaffung einer gerechten homogenen Gesellschaft sei. Für die Kritischen Soziologen schien dieses Ziel äußerst problematisch, da es die starken Unterschiede, die unüberwindbaren Differenzen in den verschiedenen Facetten der Gesellschaft ignorierte, sogar verdeckte, um das Bild einer homogenen Gesellschaft zu zeichnen. Die Kritische Soziologie zeigte, inwiefern die zionistische Ideologie mit ihrer Schmelztiegel-Politik die Ungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaft, die Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die verdeckten Risse nur vertiefte.⁹

Kritische Soziologen plädieren insofern für eine neue Auseinandersetzung mit Fragen der israelischen Identität und Politik – und sehen beide eng miteinander verknüpft. Sie verbinden Methoden der marxistischen Ideologiekritik mit denen der post-strukturalistischen Dekonstruktion und fragen nach der Herausbildung von Identität sowie dem Mechanismus (symbolisch ebenso wie sozial-ökonomisch), der den anderen ausschließt. So sind in die wissenschaftliche Betrachtung auch Bevölkerungsgruppen aufgenommen, die bisher ignoriert worden waren: Orientalische Juden, Palästinenser, Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft, Schwule und Lesben.

Die Neuen Historiker ebenso wie die Kritischen Soziologen lehnen die Ideologie des Zionismus nicht prinzipiell ab, behaupten jedoch, dass deren *Realisierung* zumindest problematisch, wenn nicht sogar ganz falsch abgelaufen sei. Darum verwenden sie für ihre Sichtweise den Begriff des Post-Zionismus, der impliziert, dass die zionistische Bewegung im Grunde keine ungerechte und unberechtigte (wie dies der Anti-Zionismus sieht), sondern für die damalige Zeit eine richtige oder notwendige Bewegung gewesen sei; sie erweise sich aber im Laufe der Zeit als problematisch. Spätestens mit der Gründung des Staates Israel erübrigte sich der Zionismus und sei in seinen Ansprüchen wie auch in seiner Praxis illegitim geworden.

Der Post-Zionismus ist zwar in erster Linie durch eine wissenschaftliche Fragestellung entstanden, erhielt aber in den 1990er Jahren zunehmend politische Wirkmacht. Denn neben einer wissenschaftlichen verfügt er auch über eine so-

8 Vgl. Barbara Schäfer (Hg.): *Historikerstreit in Israel. Die »neuen« Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main 2000.

9 Uri Ram: *The Changing Agenda of Israeli Sociology: Theory, Ideology and Identity*, New York 1995.

ziale und politische Programmatik. In sozialer Hinsicht zielt er auf die Aufdeckung der Spannungen und Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft sowie auf die Verstärkung der Stimmen jener, die durch die kollektivistische Herrschaft (vor allem der Arbeiterpartei) systematisch verschwiegen wurden. Der kollektivistische Staat sollte dem Einzelnen in seinem Anderssein mehr Raum geben. Die kollektivistische Ideologie sollte zugunsten der privaten Sphäre, der individuellen Freiheit der Identitätsbildung aufgegeben werden.

In außenpolitischer Hinsicht sollte ein Ende der gewalttätigen Herrschaft über das palästinensische Volk angestrebt werden. Durch die Aufdeckung von Verbrechen des israelischen Staates, vorrangig des Militärs, sollte eine Bereitschaft für Zugeständnisse ermöglicht werden, die als Voraussetzung für Friedensgespräche angesehen wurde. Man kann insofern einen Zusammenhang zwischen der wissenschaftlichen Kritik am Zionismus und den Entwicklungen des Friedensprozesses während der 1990er Jahre erkennen. Zu der Frage, inwieweit das Ziel dieser Verhandlungen die Errichtung eines palästinensischen Staates neben dem israelischen oder ein binationaler Staat sein sollte, ließ sich keine einheitliche Antwort finden. Entscheidend sei jedoch, dass der Staat Israel in seiner gegenwärtigen Form – als jüdisch *und* demokratisch, als Herrscher über ein anderes Volk und in einem dauerhaften Konflikt mit diesem – so nicht weiter existieren könne.

Neo-Zionismus: Die politisch-theologische Fundierung militanter Außenpolitik und liberaler Ökonomie

Die Sackgasse, in die die Friedensgespräche Ende der 1990er Jahre gerieten, korreliert mit der Sackgasse des Post-Zionismus. Waren die Bemühungen des – vor allem linksorientierten – Post-Zionismus darauf gerichtet, die Palästinenser als einen legitimen Partner für die Friedensverhandlungen zu etablieren, denen man angesichts historischer Ungerechtigkeiten Zugeständnisse machen sollte, so verleiteten die Ereignisse Anfang des neuen Jahrzehnts die israelische Öffentlichkeit zu der Überzeugung, es gebe keinen Partner, mit dem man verhandeln könne. Seit Mitte der 1990er Jahre häuften sich Selbstmordattentate in Israel, seit 2001 spricht man von einer zweiten Intifada, ausgelöst durch Ariel Sharons (damals noch Oppositionsführer) provokanten Besuch des Tempelbergs. Der palästinensische Aufstand, der sich mit Gewaltaktionen gegen die israelische Bevölkerung richtete, sorgte für einen allgemeinen Zustand der Angst und verstärkte das Misstrauen gegen die Chancen einer Friedenspolitik. Durch die Wahlen in 2001 verlor Premierminister Ehud Barak (Vorsitzender der linken Arbeitspartei)¹⁰ das Amt an Ariel Sharon. So hat ironischerweise gerade die Person, die in mehrfacher Hinsicht für die Gewalteskalation verantwortlich war, von dieser profitiert. Noch ironischer war Sharons politischer Plan einer einseitigen (d. h. ohne Verhandlungen,

10 Inwieweit Baraks Politik allerdings zu Recht als links, bzw. als Friedenspolitik bezeichnet werden konnte, sei dahingestellt.

ohne Zustimmung, ohne Rücksicht auf das palästinensische Volk) Abkopplung Israels aus den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten. Dieser Plan sorgte für ein großes Aufsehen in der israelischen Gesellschaft, insbesondere im politischen Spektrum der Rechten.

Sharons Politik wurde von vielen – vor allem in den Siedlerbewegungen und in den verschiedenen nationalreligiösen Kreisen – als Verrat angesehen: ebenso an den Werten des Zionismus wie auch an der jüdischen Religion, sogar an »Gott« selbst, der das Land dem jüdischen Volk zugeeignet habe. Der Widerstand gegen den Abkopplungsplan nahm verschiedene Formen an – von Massendemonstrationen bis zu Gewaltaktionen. Der Hintergrund war vor allem geistig-religiös bestimmt; er war politisch-theologisch motiviert. Um das Verbrechen an Sharons Politik zu verdeutlichen und den – auch gewaltigen – Widerstand gegen diese zu legitimieren, wurden Argumente aus der jüdischen Überlieferung sowie aus religiösen Schriften politisiert, die das »historische Anrecht« des jüdischen Volkes auf das Land begründeten und die »Notwendigkeit« einer gewaltsamen »Verteidigung« plausibel machen sollten.

Die Situation war allerdings nicht die Geburtsstunde des Neo-Zionismus; sie war vielmehr der Augenblick, in der diese theologisch fundierte rechtsnationalistische Weltanschauung in die mediale Öffentlichkeit gelangte und eine große politische sowie finanzielle Unterstützung (vor allem seitens Prominenter des amerikanischen *Neo-Conservatism*) erhielt. Die Ursprünge des neuen politisch-theologischen Zionismus gehen vielmehr auf die ersten Formierungen der Siedlerbewegungen in den 1970er Jahren zurück,¹¹ als nach dem Sechs-Tage-Krieg in Form einer außerparlamentarischen Bewegung *Gush-Emunim* (»Block der Getreuen«) entstand, deren Ziel die jüdische Besiedlung des neu besetzten Westjordanlands war. Es war keine rechtskonservative oder rechtspopulistische Politik, die *Gush-Emunim* vor Augen hatte, sondern sie betrieb eine theologisch fundierte Lesart der neueren jüdischen Geschichte und vor allem des Nahostkonflikts.

So drückten auch die »Neo-Zionisten« eine Kritik an der hegemonialen Ideologie des Zionismus aus: Nach ihrer Auffassung war der staatlich angeordnete Zionismus säkularisiert und entkräftet worden; er habe demnach seinen ursprünglich stärkeren religiösen und nationalen Charakter verloren, was zur politischen Ausweglosigkeit führte. Verantwortlich dafür seien der Mangel an zionistischer Entscheidungskraft, an national-politischer Treue zu dem Land und seiner Geschichte, zu dem biblischen Gebot eines untrennbaren Verhältnisses zwischen dem jüdischen Volk und dem »Gelobten Land«.¹² Aus diesen Hintergrundgedanken seien daher nicht ohne Weiteres politische Konsequenzen zu ziehen. Es be-

11 Uri Ram: »Historiosophical Foundations of the Historical Strife in Israel«, in: Antia Shapira, Derek J. Penslar (Hg.): *Israeli Historical Revisionism: from left to right*, London and Portland 2002, S. 43-62; S. 57-58; Uri Ram: »From Nation-State to Nation-State: Nation, History and Identity Struggles in Jewish Israel«, in: Ephraim Nimni (Hg.): *The Challenge of Post-Zionism, Alternatives to Israeli Fundamentalist Politics*, London/New York 2003, S. 20-41; S. 25-30.

12 Yoram Hazony: *The Jewish State. The Struggle For Israel's Soul*, New York 2000.

dürfe jedenfalls zunächst einer fundierten, vor allem geisteswissenschaftlichen Forschung, die die politisch-theologische Perspektive eröffnen, legitimieren und in der Öffentlichkeit verbreiten soll.

Während sich post-zionistische Wissenschaftler an ideologiekritischen und dekonstruktivistischen Methoden orientierten (kritische Lektüre der herrschenden Geschichtsschreibung, Infragestellung von unbefragten Auffassungen zur gesellschaftlichen Struktur), bemühten sich Neo-Zionisten um die Verstärkung grundlegender Erkenntnisse, die für die Aktualisierung, gleichsam für das Fortbestehen des Zionismus notwendig seien. Die neo-zionistische Sicht versteht sich ebenfalls wie die post-zionistische als Kritik des hegemonialen Zionismus, wie er vor allem in den langen Jahren der *Mapai*-Regierung und bis in die 1990er Jahre hinein wirkmächtig war. Es ist insofern eine Kritik am real-politischen Zionismus, dem es nach dieser Lesart an Essenz: an fundiertem Selbstverständnis und vor allem an historischem Bewusstsein mangle. So hat sich Ende der 1990er Jahre die neo-zionistische Bewegung zum Ziel gesetzt, die »geistige Leere«, die sich im öffentlichen Raum hinsichtlich der Legitimation der »Notwendigkeit« eines jüdischen Staates sowie der damit verbundenen Zwecke und Ziele (Staatsräson) auftat, wieder mit Inhalten zu füllen.¹³

1994 wurde ein wissenschaftliches Institut, das *Shalem-Center*, gegründet, dessen Ziel darin besteht, zwischen den historischen Grundlagen jüdischen Denkens und den gegenwärtigen, vermeintlichen Aufgaben der Verstärkung des jüdischen Staates eine Verbindung herzustellen. Die Gründer, Yoram Hazony und Daniel Polisar, sind Absolventen der renommierten *Princeton University* und pflegen enge Kontakte zum amerikanischen Neokonservatismus, dessen Geschichts- und Politikauffassung übernommen wurden. Das *Shalem-Center* wurde im Laufe der Jahre zu einem akademischen Zentrum der israelischen nationalistischen Rechten. 1996 beginnt es mit der Herausgabe der Zeitschrift *Tchelet/Azure*, in der rechtskonservative Positionen neben wissenschaftlichen – theologischen und historischen sowie philosophischen und kulturkritischen Positionen – vertreten sind. 1997 gründet das Zentrum den *Shalem-Verlag*, der neben originellen Forschungsarbeiten sich auch der Übersetzung vor allem philosophischer Werke widmet, die bisher in hebräischer Sprache nicht zugänglich waren – Schriften verschiedenster Denker, die mit den Positionen des Instituts kompatibel sind (oder gemacht werden konnten): von Xenophon und John Stuart Mill über Alasdair MacIntyre und Hans Blumenberg bis zu Milton Friedman und Friedrich Hayek. Damit hat der Verlag einen wichtigen Beitrag zum geisteswissenschaftlichen Kanon in Israel geleistet und eine Art Mitbestimmung über die Grundlagen der geisteswissenschaftlichen Forschung in den akademischen Einrichtungen erhalten, die bislang vor allem linkskritisch orientiert waren.

13 Uri Ram: »The Future of the Past in Israel. A Sociology of Knowledge Approach«, in: Benny Morris (Hg.): *Making Israel*, Ann Arbor 2007, S. 202-230.

In den folgenden Jahren gewannen das Shalem-Center und die neo-zionistische Ideologie an Bedeutung: sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik. Die Auffassung, derzufolge der staatliche Zionismus der Regierungsparteien zu schwach war, um die großen Herausforderung zu bewältigen und die nationalen Interessen zu verteidigen, erhielt eine immer breitere Zustimmung in der israelischen Öffentlichkeit. Das Zentrum entwarf 2008 ein Programm zur Erweiterung seiner Arbeit von der Forschung zur Lehre: Es soll das erste »Liberal Arts College« in Israel nach amerikanischem Vorbild werden, in dem ein Bachelor-Abschluss in Philosophie, Wirtschaft und Nahost-Studien (gemäß den thematischen Schwerpunkten der wissenschaftlichen Ausrichtung des Zentrums) angestrebt werden kann. Das Programm wurde im April 2009 durch das israelische Bildungsministerium bewilligt. Nunmehr stand der Absicht, eine neue Generation rechtskonservativer national-religiöser israelischer Wissenschaftler auszubilden, nichts mehr im Wege.

Das Zentrum verstärkte seine Bedeutung und seinen Einfluß nicht nur im akademischen, sondern auch im politischen Bereich. Im Mai 2009 wurde einer der prominenteren Führer des neo-zionistischen Instituts, Dr. Michael Oren, durch Premierminister Benjamin Netanyahu und Außenminister Avigdor Lieberman zum Botschafter Israels in den USA ernannt – ein Ausdruck der wichtigen Rolle des Neo-Zionismus in der Politik der rechtsnationalistischen Netanyahu-Regierung.

Parallele Präfixe: Post und Neo – zwei Seiten derselben Medaille?

Sowohl Post-Zionismus als auch Neo-Zionismus sind Formen einer kritischen Auseinandersetzung mit der Ideologie des Zionismus. Beide lassen sich als Versuche verstehen, angesichts Drohungen von innen und von außen eine Antwort auf die Krise des Staates und dessen Politik zu finden. Die Hegemonie der zionistischen Ideologie in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung erwies sich insofern für beide Richtungen als problematisch: Die einen sahen sie als verantwortlich an für zahllose Ungerechtigkeiten in der israelischen Gesellschaft sowie im Umgang mit dem palästinensischen Volk. Für die anderen zeigte sie sich als zu schwach: als ohnmächtig in der Verteidigung der nationalen Interessen. Auf den ersten Blick scheint sich ein unüberwindbarer Abgrund zwischen beiden Positionen aufzutun. Nicht nur in ihrer Weltanschauung, der historischen Betrachtung und Beziehung zur Religion scheinen sie sich zu unterscheiden, sondern auch in der unmittelbaren politischen Praxis. Betrachtet man diese beiden Positionen genauer und fragt nach dem Ursprung ihrer jeweiligen Antworten auf die Krise sowie die Herausforderungen der israelischen Politik in den Jahren nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen, so zeigt sich eine interne Verbindung zwischen den scheinbaren Gegensätzen.

Spätestens 2001, nach der zweiten Intifada, wurde in der israelischen Öffentlichkeit, vor allem aber in akademischen Diskussionen, die Frage aufgeworfen,

inwieweit und warum der Post-Zionismus an Bedeutung verliert – eine Ideologie, die für viele linke Akademiker nicht nur zeitgemäß zu sein schien, sondern sich auch im Einklang mit der globalen wissenschaftlichen Tendenz nach der Konstruktion von Identitäten, Ideologien und Politiken befinde. Erklärt wurde dies durch die spekulative Annahme, die realen Bedingungen, die äußere Drohung und innere Unsicherheit seien dafür verantwortlich, dass radikale Positionen in der israelischen Gesellschaft ihre Legitimität verlieren. Für den inneren Zusammenhalt bedürfe es in schwierigen Zeiten der Konstruktion, nicht der Dekonstruktion nationaler Identität.

Die Lesart, die der äußeren Bedrohung die gewichtigste Rolle beimisst, berücksichtigt jedoch die inneren Veränderungen in der israelischen Gesellschaft nicht, die durch eine notwendige Auseinandersetzung mit den globalen Entwicklungen hervorgerufen wurden. Vor allem waren es die Tendenzen zur Globalisierung und Privatisierung, die in der israelischen Gestalt einen schnellen und allumfassenden Abschied von der kollektivistischen und nationalstaatlichen Politik, die maßstabsetzend gewesen war, forcierten. So wurden Werte wie das Kollektive und das Gemeinschaftliche an der zionistischen Ideologie zugunsten einer Hervorhebung des Individuellen, Privaten und Konkurrenzfähigen aufgegeben. Parallel sind die meisten staatlichen Unternehmen an private Hand übergeben worden. Im Allgemeinen lässt sich zugleich vom Entstehen eines neuen Mittelstandes reden, in dessen Ideologie die Werte des kollektivistisch-staatlichen Verständnisses vom Zionismus durch die Werte und die Praxis des marktwirtschaftlichen Individualismus ersetzt wurden.

Daniel Gutwein (Professor für jüdische Geschichte an der *Haifa University*) zeigt, inwiefern gerade der linksemantizipatorische Post-Zionismus auf eine paradoxe Weise zum Vehikel der ideologischen Rechtfertigung der neo-liberalen »Revolution« in Israel wurde – in Korrespondenz mit dem Neo-Zionismus. Denn nach beiden Auffassungen sollte die Leere des hegemonialen Zionismus mit neuen Inhalten gefüllt werden: Im Gegensatz zu den real-politischen, »materialistischen« Inhalten des kollektivistischen Zionismus sollten nunmehr »geistige« Inhalte im Vordergrund stehen.¹⁴

Insofern zeigen sich sowohl Post- als auch Neo-Zionismus als Aufrufe zu individualistischen Identitätspolitik, die den Etatismus und Kollektivismus des israelischen Staates ablehnen und ihre Stärke aus den Kräften des freien Markts beziehen. Die Privatisierung des Staates sollte demzufolge diesen vom vermeintlichen Bären dienst der kollektivistischen sozialstaatlichen Politik befreien und die tatsächliche Definition des »neuen« Zionismus sowie die Bestim-

14 Daniel Gutwein: »Left and Right Post-Zionismus and the Privatization of Israeli Collective Memory«, in: Anita Shapira, Derek J. Penslar (Hg.): *Israeli Historical Revisionism – From Left to Right*, London/Portland 2002, S. 9-42. Die deutsche Übersetzung einer ähnlichen Version trägt den Titel: »»Neue Historiographie« oder die Privatisierung des Gedächtnisses«, in: Barbara Schäfer (Hg.): *Historikerstreit in Israel. Die »neuen« Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main 2000, S. 208-255.

mung jüdischer Identität dem freien Markt überlassen. So engagierten sich Vertreter sowohl des neo- wie auch des post-zionistischen Lagers theoretisch wie auch praktisch in der neoliberalen »Privatisierungsrevolution« in Israel Ende der 1990er Jahre sowie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die zionistische Ideologie, von beiden Seiten als unzeitgemäß angesehen, wurde durch ein neues Lebensethos ersetzt, das auf das Individuum: seinen wirtschaftlichen Erfolg sowie seine private Lebensanschauung orientiert.

Ausblicke und Perspektiven: Depolitisierte Stagnation und die Politisierung des Alltäglichen

Als eine ursprünglich emanzipatorische Bewegung ist der Zionismus in seiner hegemonialen Form zu einer Ideologie geworden, die ebenso von rechts wie von links als überholt und problematisch erscheint. Während sich beide Kritiken auf den ersten Blick voneinander stark unterscheiden, zeigt eine genauere Analyse, dass sie auf ähnlichen Grundlagen basieren. Die verschiedenen Strömungen des Zionismus in seinen Anfängen, die hier dargestellt wurden, drückten unterschiedliche Weltanschauungen aus und verbanden damit gegensätzliche politische Theorien ebenso wie Praxisformen. Die gegenwärtigen Auffassungen über die Zukunft des Zionismus erweisen sich als widersprüchlicher und komplizierter als ihre Vorgänger und sind dadurch hinderlich für eine politische Praxis. Dies trifft jedoch etwas mehr auf die linke post-zionistische Strömung zu, deren Bedeutungsverlust mit dem Verschwinden linksliberaler Politik in Israel korreliert. Diese Politik, die durch die zionistischen linken Parteien vertreten wird (vor allem die neue Form der Arbeitspartei und der *Meretz*-Partei), scheint am immanenten Widerspruch zwischen linker und zionistischer Politik zu scheitern.¹⁵

Der individualistische und neoliberale Charakter beider Kritikformen am Zionismus verweist zugleich auch auf einen Bedeutungsverlust des Staates – in diesem Fall des zionistischen Staates – an sich. Denn mit ihrer Kritik am zionistischen Staat verbindet sich eine Kritik an der Ideologie (da diese zu stark oder zu schwach sei) mit einer Kritik am Staat, genauer: am sozialen Charakter des Staates. Wollen die einen den Staat als Sozialstaat in seiner ursprünglichen sozialistisch-zionistischen Form in der globalisierten Welt auflösen, in der keine Grenzen zwischen Völkern stünden, so wollen die anderen den israelischen Staat in einen jüdisch-messianischen transformieren, ohne jedoch die wirtschaftliche Realpolitik zu vernachlässigen, die sie als notwendig für sein Fortbestehen halten.

Diese beiden Kritiken an der bisherigen israelischen Politik führen zu paradoxen Konsequenzen: Sie führen gleichzeitig zur Radikalisierung der politischen Positionen in der israelischen Gesellschaft *sowie* zur politischen Stagnation,

15 Als eine linke, nicht-zionistische und nicht neoliberale Partei scheint nur die Hadash-Partei zu existieren; sie ist zudem die einzige jüdisch-arabische Partei im israelischen Parlament.

gleichsam zur Depolitisierung der Gesellschaft, zum Interesseverlust der breiten Öffentlichkeit am politischen Geschehen im Lande. Neben dem Erstarken der radikalen Rechten in Israel – eine Tendenz, die 2009 durch die Wahlen nicht gesetzt, sondern nur bestätigt wurde – erkennt man zugleich den unangefochtenen Sieg neoliberaler Wirtschaftspolitik mit ihren zugleich individualistischen wie politisch-theologischen Werten (eine Besonderheit des israelischen Neoliberalismus). Bezeichnenderweise sind es gerade die schwächeren Segmente der Gesellschaft, die die rechten Parteien und ihre Privatisierungspolitik unterstützen, da diese die soziale Spaltung der Gesellschaft durch das neoliberale Versprechen einer »Chancengleichheit für alle« verdecken.

Versteht man den Neo- und Post-Zionismus als zwei Seiten derselben Medaille, so bleibt die Frage nach den Alternativen offen, die für eine israelische emanzipatorische und gerechte Politik noch möglich wären. Die Antwort darf hier nicht im geistigen, ideologischen oder theoretischen Bereich stehenbleiben. Sie muss die konkrete Situation der gegenwärtigen Gesellschaft berücksichtigen. Zwei Kennzeichen des heutigen Israel scheinen mir in diesem Zusammenhang entscheidend zu sein. Das eine führt auf die immer breiter werdenden Spaltungen in der Gesellschaft zurück, die sich auch nach Jahren der Integrationsbemühungen immer noch als Klassenunterschiede manifestieren. Das andere auf die Interesselosigkeit der israelischen Mehrheitsgesellschaft für politische Angelegenheiten im Allgemeinen, eine Art »Politikmüdigkeit«. Beide ließen sich als Konsequenzen der neoliberalen Herrschaft verstehen. Beide sind miteinander eng verknüpft. Der Kampf im gegenwärtigen Israel drückt sich nicht mehr primär als ein Kampf zwischen links und rechts, sondern vielmehr als ein Kampf um das Politische überhaupt: zwischen Depolitisierung und Politik aus.

Paradoxerweise führt die offizielle, das heißt regierungsgeführte Politik Israels zu einer Art Depolitisierung: Sie erzeugt den Eindruck, dass die innere wie äußere Situation der Gewalt und Ungerechtigkeit nicht von sich aus lösbar sei. Die Linie zwischen der depolitisierenden neoliberalen, konservativen Politik der letzten Regierungen und der Stagnation des Friedensprozesses ebenso wie der Sozialpolitik wird deutlich erkennbar. Zugleich findet in Israel, an den Rändern der Gesellschaft, oft ohne mediale Berichterstattung, jedenfalls ohne Unterstützung der meisten politischen Parteien, ein alltäglicher, zivilgesellschaftlicher Kampf gegen kleine wie große Ungerechtigkeiten und für Menschenrechte statt, die die offizielle Politik alltäglich verletzt. Gegen die Depolitisierungstendenzen, die das »große« parteipolitische System in der breiten Bevölkerung auslöst und unterstützt, lässt sich eine Politisierung dessen erkennen, was aus der offiziellen politischen Tagesordnung herausfällt. Es sind gerade diese alltäglichen Kämpfe um die Politisierung des scheinbar Unpolitischen, die der größeren Beachtung und Unterstützung bedürfen und eine reale Menschenrechtspolitik darstellen – jenseits von ideologischen Debatten.

Antisemitismus: ein praktischer Leitfaden

Ein ungarischer Witz: Während des Junikrieges 1967 traf ein Ungar seinen Freund. »Warum siehst du so glücklich aus?«, fragte er. »Ich hörte, dass die Israelis heute sechs in Sowjetrußland hergestellte MiGs abgeschossen haben«, erwiderte sein Freund. Am nächsten Tag sah sein Freund sogar noch fröhlicher drein. »Die Israelis brachten heute weitere acht MiGs zum Absturz«, verkündigte er. Am dritten Tag aber ist sein Freund niedergeschlagen. »Was ist los? Haben die Israelis heute keine MiGs heruntergeholt?«, fragte der Mann. »Doch sie haben«, antwortete der Freund. »Aber heute sagte mir jemand, dass die Israelis Juden sind!« Das ist die ganze Geschichte in einer Nusschale.

Die Antisemiten hassen die Juden, weil sie Juden sind, ganz unabhängig von dem, was sie tun. Juden können gehasst werden, weil sie reich sind und damit prahlen oder weil sie arm sind und im Schmutz leben. Weil sie eine große Rolle in der bolschewistischen Revolution spielten oder weil einige nach dem Kollaps des kommunistischen Regimes unglaublich reich geworden sind. Weil sie Jesus gekreuzigt oder weil sie die westliche Kultur mit der »christlichen Mitleidsmoral« angesteckt haben. Weil sie kein Vaterland oder weil sie den Staat Israel geschaffen haben.

Das steckt in der Natur aller Arten von Rassismus und Chauvinismus. Man hasst jemanden, weil er ein Jude, ein Araber, eine Frau, ein Schwarzer, ein Inder, ein Muslim, ein Hindu ist. Was der oder die Einzelne an persönlichen Eigenschaften hat, was er oder sie tut, was er oder sie leistet, ist unwichtig. Wenn er oder sie zu einer verhassten Rasse, Religion oder dem weiblichen Geschlecht gehört, wird er oder sie gehasst werden.

Die Antworten auf all die Fragen, die mit Antisemitismus zusammenhängen, folgen dieser Grundtatsache. Zum Beispiel:

Ist jeder, der Israel kritisiert, ein Antisemit?

Absolut nicht. Jemand der Israel wegen gewisser Akte kritisiert, kann deswegen nicht des Antisemitismus' verklagt werden. Aber jemand, der Israel hasst, weil es ein jüdischer Staat ist – so wie der Ungar im oben erzählten Witz –, ist ein Antisemit. Es ist nicht immer einfach zwischen diesen beiden Arten zu unterscheiden, weil schlaue Antisemiten vorgeben, *bona fide* Kritik an Israels Aktionen zu üben.

Aber jede Kritik an Israel als Antisemitismus hinzustellen, ist falsch und kontraproduktiv. Es schadet dem Kampf gegen Antisemitismus.

Viele Personen mit hohem, sittlichem Ernst kritisieren unser Verhalten in den besetzten Gebieten. Es ist dumm, sie des Antisemitismus' zu verklagen.

Kann jemand ein Antizionist sein, ohne ein Antisemit zu sein?

Absolut ja. Zionismus ist eine politische Ideologie und muss wie jede andere behandelt werden. Man kann ein Anti-Kommunist sein, ohne antichinesisch, ein Anti-Kapitalist ohne ein Anti-Amerikaner zu sein, ein Antiglobalist, ein Anti-irgendetwas sein ... Doch wieder ist es nicht einfach, eine klare Linie zu ziehen, weil wirkliche Antisemiten behaupten, nur Antizionisten zu sein. Man sollte ihnen nicht helfen, den Unterschied zu verwischen.

Kann jemand ein Antisemit und gleichzeitig prozionistisch sein?

Tatsächlich ja. Der Gründer des modernen Zionismus, Theodor Herzl, versuchte die Unterstützung von bekannten russischen Antisemiten zu gewinnen, indem er ihnen versprach, die Juden aus ihrer Gesellschaft zu holen. Vor dem Zweiten Weltkrieg hat die zionistische Untergrundorganisation *Irgun* (IZL) unter der Aufsicht antisemitischer Generäle (die auch die Juden los sein wollten) militärische Trainingslager in Polen eingerichtet. Heute empfängt die zionistische extreme Rechte ungeheure Unterstützung von den amerikanischen fundamentalistisch eingestellten Christen, die von der Mehrheit der amerikanischen Juden – nach einer vor einiger Zeit veröffentlichten Umfrage – zutiefst als antisemitisch betrachtet werden. Ihre Theologie geht davon aus, dass am Vorabend der Wiederkunft Christi alle Juden zum Christentum konvertieren müssen oder sie ausgerottet würden.

Kann ein Jude antisemitisch sein?

Das klingt wie ein Oxymoron – ein Widerspruch in sich selbst. Aber die Geschichte kennt einige Beispiele von Juden, die zu wilden Judenhassern geworden sind. Der spanische Großinquisitor Torquemada war ursprünglich Jude. Karl Marx schrieb ein paar garstige Dinge über Juden, wie auch Otto Weininger, ein bedeutender jüdischer Schriftsteller am Ende des 19. Jahrhunderts. Auch Herzl, sein Zeitgenosse und Wiener Landsmann, schrieb in seinen Tagebüchern einige sehr wenig schmeichelhafte Bemerkungen über Juden.

Wenn jemand Israel mehr kritisiert als andere Länder, die dasselbe tun, ist er dann ein Antisemit?

Nicht unbedingt. Es stimmt, es sollte für alle Länder und Menschen ein und derselbe moralische Maßstab gelten. Die russischen Aktionen in Tschetschenien sind nicht besser als unsere in Nablus, vielleicht sogar schlimmer. Das Problem ist, dass Juden als »das Volk der Opfer« dargestellt werden, und sie sich selbst als solches darstellen und (tatsächlich) ein »Volk der Opfer« waren. Deshalb ist die Welt schockiert, dass die Opfer von gestern die Täter von heute sind. An uns wird ein höherer moralischer Maßstab gelegt als an andere Völker. Und das ist ganz in Ordnung so.

Ist Europa wieder antisemitisch geworden?

Nicht wirklich. Die Zahl der Antisemiten in Europa ist nicht gewachsen; sie ist eher zurückgegangen. Allerdings ist das Maß der Kritik an Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern gewachsen, die nun als die »Opfer der Opfer« erscheinen.

Die Situation in einigen Vororten von Paris, die oft als Beispiel für wachsenden Antisemitismus genannt wird, ist aber eine ganz andere. Wenn nordafrikanische Muslime auf nordafrikanische Juden treffen, dann übertragen sie den israelisch-palästinensischen Konflikt auf europäischen Boden. Es ist auch eine Fortsetzung der Fehde zwischen Arabern und Juden, die in Algerien begann, als Juden das französische Regime unterstützten und die Muslime sie als Kollaborateure der verhassten Kolonialherren betrachteten.

Warum hat dann die Mehrheit in den europäischen Staaten bei einer vor kurzer Zeit ausgeführten Umfrage ausgesagt, dass Israel für den Weltfrieden eine größere Gefahr als andere Staaten darstellt?

Da gibt es eine einfache Erklärung. Die Europäer sehen in ihren Fernsehprogrammen jeden Tag, was unsere Soldaten in den besetzten palästinensischen Gebieten tun. Von dieser Konfrontation wird mehr als von jedem anderen Konflikt auf Erden (mit Ausnahme des augenblicklichen Konfliktes im Irak) berichtet, weil Israel auf Grund der langen Geschichte der Juden in Europa »interessanter« ist, und weil Israel den westlichen Medien näher steht als die muslimischen und afrikanischen Länder. Der palästinensische Widerstand, den Israel »Terrorismus« nennt, scheint für viele Europäer dem französischen Widerstand unter deutscher Besatzung zu ähneln.

Wie ist es mit der antisemitischen Manifestation in der arabischen Welt?

Zweifellos sind typisch antisemitische Anzeichen in letzter Zeit in den arabischen Diskurs geraten. Es genügt zu erwähnen, dass die berüchtigten »Protokolle der Weisen von Zion« auf Arabisch veröffentlicht wurden. Das ist ein typisch europäischer Import. Die Protokolle wurden von der Geheimpolizei des zaristischen Russlands erfunden.

Was immer für Unsinnigkeiten von gewissen »Experten« ausgesprochen werden, so gab es nie einen weit verbreiteten muslimischen Antisemitismus, wie er im christlichen Europa existiert hat. Während seines Machtkampfes hat der Prophet Muhammad auch gegen benachbarte jüdische Stämme gekämpft. So kamen ein paar negative Passagen über Juden in den Koran. Dies kann aber nicht mit den anti-jüdischen Passagen der neutestamentlichen Geschichte über die Kreuzigung Christi verglichen werden, die die christliche Welt vergiftet und unendliches Leid verursacht haben. Das muslimische Spanien war für die Juden ein Paradies, und niemals gab es in der muslimischen Welt einen jüdischen Holocaust. Selbst Pogrome waren äußerst selten.

Muhammad verfügte, dass die »Völker des Buches« (Juden und Christen) tolerant behandelt werden sollten; sie wurden zwar Bedingungen unterworfen, die aber unvergleichlich liberaler waren als im Europa der damaligen Zeit. Die Muslime haben ihre Religion nie mit Gewalt Juden und Christen aufgezwungen, was allein die Tatsache belegt, dass fast alle aus dem katholischen Spanien vertriebenen Juden sich in muslimischen Ländern ansiedelten und dort wohl fühlten. Nach jahrhundertelanger muslimischer Herrschaft sind Griechen und Serben durchaus Christen geblieben.

Wenn Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt zustande gebracht wird, werden wahrscheinlich (und hoffentlich) die giftigen Früchte des Antisemitismus aus der arabischen Welt zum größten Teil verschwinden (so wie die giftigen Früchte des Araberhasses in unserer Gesellschaft).

Sind die Äußerungen des Ministerpräsidenten von Malaysia, Mahathir bin Muhammad, über die »jüdische Weltkontrolle« antisemitisch?

Ja und nein. Sicherlich illustrieren sie die Schwierigkeit, den Antisemitismus dingfest zu machen. Von einem sachlichen Standpunkt aus hatte der Mann Recht, wenn er behauptet, die Juden hätten einen weit größeren Einfluss als ihr prozentualer Anteil an der Weltbevölkerung dies allein berechtigen würde. Es stimmt, dass die Juden einen großen Einfluss sowohl auf die Politik der Vereinigten Staaten, der einzigen Supermacht, als auch auf die amerikanischen und internationalen Medien ausüben. Man braucht nicht die gefälschten »Protokolle«, um sich diesen Fakten zu stellen und seine Ursachen zu analysieren. Aber der Ton macht die Musik, und Mahathirs Musik klingt tatsächlich antisemitisch.

Sollten wir also den Antisemitismus ignorieren?

Ganz sicher nicht. Rassismus ist eine Art Virus, der in jeder Nation und in jedem menschlichen Wesen existiert. Jean-Paul Sartre sagte, wir seien alle Rassisten. Der Unterschied liegt nur darin, dass einige von uns sich dessen bewusst sind und dagegen ankämpfen, während andere diesem Übel erliegen. In normalen Zeiten gibt es eine kleine Minorität eklatanter Rassisten in jedem Land; aber in Zeiten der Krise kann ihre Zahl plötzlich katastrophal wachsen. Das ist eine ständige Gefahr. Jedes Volk muss gegen die Rassisten in seiner Mitte kämpfen.

Wir Israelis sind wie alle anderen Völker. Jeder von uns kann in sich einen kleinen Rassisten entdecken, wenn er ernsthaft genug danach sucht. Wir haben in unserem Land fanatische Araberhasser, und die historische Konfrontation, die unser Leben beherrscht, lässt ihre Macht und ihren Einfluss noch mehr wachsen. Es ist unsere Pflicht, sie zu bekämpfen. Wir sollten es den Europäern und den Arabern aber selbst überlassen, sich mit ihren eigenen Rassisten zu befassen.

Übersetzung aus dem Englischen von *Ellen Rohlfs*.

Zwischen Israelkritik und Antisemitismus Versuch einer jüdischen Positionsbestimmung

Es will zuweilen scheinen, als habe sich in den letzten Jahren der in Deutschland vorherrschende Diskurs über den Antisemitismus von seinem Gegenstand, dem real vorwaltenden Antisemitismus, solchermaßen gelöst, dass man den Eindruck gewinnen könnte, mehr als um die vorgebliche Bekämpfung des realen Antisemitismus gehe es um die Perpetuierung des Eigenwerts, den seine ideologische Zerredung erlangt hat. War es der deutschen politischen Kultur der Nachkriegsära weitgehend um die Überwindung dessen zu tun, was der deutsche Sonderweg mit zwei Weltkriegen, der NS-Diktatur und dem am europäischen Judentum verübten Genozid gezeitigt hatte, mithin um die unermüdliche Aufdeckung der den »Rückfall in die Barbarei« subkutan bedingenden sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen, vor allem aber um die rigorose Bekämpfung von perennierendem Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass, so hat sich diese ursprünglich emanzipativ ausgerichtete Politisierung des Sozialen mittlerweile dermaßen verdinglicht, dass ihre Praxis zu einer durchideologisierten Reihe von als »öffentliche Debatten« ausgegebenen leeren Worthülsen verkommen ist. Rang man früher noch beharrlich um den Begriff des weltgeschichtlich Monströsen, weil man das Unsagbare als solches zu respektieren trachtete; verbat sich für Adorno nach Auschwitz Lyrik als kulturelle Gedenkleistung, weil Kultur Verrat begangen hatte, so ist »Antisemitismus«, mithin »Auschwitz«, inzwischen solch inflationärem Gebrauch ausgesetzt, dass das postulierte Einzigartige der Shoah zum Fungiblen, das Unsagbare zum allzeit Abrufbaren entartet. Die Bekämpfung dessen, was als Vorstufen der Barbarei herausgearbeitet worden war, ist in die befindlichkeitsbeseelte Arena des diskursiven Kampfes um deutsch-normale, bzw. normalisierende antideutsche Identitätsfindungen entglitten.

Der erste Aufschrei ist bereits hier deutlich vernehmbar: Darf man die vom real vorwaltenden Antisemitismus ausgehenden Bedrohungen und die Überspanntheiten, die seiner verhunzten Rezeption innewohnen, auf *eine* Vergleichsebene stellen? Geht es bei dem einen nicht um eine praktisch verübte Repression Juden gegenüber, während es sich bei dem anderen lediglich um schiefe Bewusstseinslagen handelt? Zweierlei muss bei der Beantwortung dieser Fragen angegangen werden: zum einen das Problem einer antisemitisch motivierten *realen* Bedrohung von Juden. Dazu einiges später. Zum anderen aber das akute Problem der heteronomen Ideologisierung rhetorischer Praktiken bei der vorgeblichen Bekämpfung von Antisemitismus. Denn man kann sich schlechterdings kaum

noch des Eindruckes erwehren, dass bei dem vermeintlichen anti-antisemitischen Diskurs in Deutschland etwas ganz anderes ausgetragen wird, als was (zumindest gemessen an dem mantrahaften Gerede über die den Juden drohende antisemitische Gefahr) zu erwarten wäre: Juden, will es scheinen, haben deutsche Antisemitismuskritiker nie *konkret* interessiert. Juden wurden (und werden) von ihnen stets abstrahiert, bzw. in ferne Regionen außerhalb des unmittelbaren lebensweltlichen Blickfelds und Zusammenhangs delegiert. So sind Juden als »Sechs Millionen« vernichtete Shoah-Opfer, als exemplarische Holocaust-Überlebende (möglichst im Ausland), als Träger untergegangener Lebenswelten und Kulturen (vorzüglich im klezmer-beseelten Osteuropa) oder eben als »wehrhafte Israelis« im »zionistischen Zufluchtsland des jüdischen Volkes« argumentativ in Anschlag gebracht worden. Die in Deutschland *real* lebenden Juden werden, insofern sie nicht schon durch ihr Fremdländisches ein (diskret) unterdrücktes Befremden auslösen, mehr oder minder ignoriert. Und da sie – seit Ende des Zweiten Weltkrieges zumeist osteuropäischer Provenienz – sich selbst kaum je als der »deutschen Gesellschaft«, in der sie leben, im emphatischen Sinne zugehörig gefühlt, vielmehr ein jahrzehntelang währendes Selbstverständnis des transitorischen Auf-den-Koffern-sitzens gepflegt haben, enthielt dieses lebensgeschichtlich originär gewachsene Entfremdungsmoment in der Tat stets einen gewissen gesellschaftlichen Wahrheitskern. Das deutliche Desinteresse deutscher Bekämpfer des Antisemitismus an den in Deutschland lebenden Juden war (besonders in der Nachkriegszeit) der argwöhnischen Distanz dieser Juden gegenüber ihrer als »deutsch« begriffenen Umwelt eng verschwistert. Als Ignaz Bubis Ende der 1980er Jahre öffentlich mit dem Postulat auftrat, jüdisches Gemeindeleben möge in Deutschland wieder erblühen, wurde er nicht nur von den meisten jüdischen Gemeindemitgliedern seiner Generation verwundert schief bäugt. Interessant war die durchschnittliche nichtjüdische Wahrnehmung seiner Erscheinung: Man registrierte »wohlwollend«, dass es einen exemplarischen Juden gab, der einer Renormalisierung der deutsch-jüdischen Beziehungen in Deutschland, mithin *mutatis mutandis* einer Art eigenen »Schlussstrichs« das Wort redete, ohne dass es die philosemitischen und sonstigen Befürworter dieses neuen Zugangs zu etwas anderem verpflichtet hätte als zur abstrakten Anerkennung einer offenbar ausgebrochenen Versöhnlichkeit seitens »der Juden«. Als dann Bubis durch die Walser-Debatte eines Besseren belehrt werden, mithin auf hartem Weg lernen sollte, wie es um die konkrete Solidarität mit Juden bestellt ist, wenn es einmal nicht um die Unterstützung des weit (genug) entfernten Israels oder um die wochenendliche Liebe zur altdiasporischen Klezmermusik (eine in Deutschland bezeichnenderweise besonders stark verbreitete Liebe) ging, stellte er am Ende seines Lebens resigniert fest, seine Mühe sei umsonst gewesen, sie habe nicht gefruchtet. Seine Schlussfolgerung mag dahingestellt bleiben. Nicht auszuschließen ist indes, dass sich seine Resignation primär gerade auf die deutschen Antisemitismus-Bekämpfer, seine vermeintlichen Verbündeten, bezog. Über latente und manifeste Antisemiten durfte er sich ohnehin keine Illusion machen.

Dennoch floriert das Anti-Antisemitismus-Geschrei im heutigen Deutschland mehr denn je. Das mag mit einer realen Zunahme antisemitischer Tendenzen zusammenhängen. Es will jedoch scheinen, als sei die Diskursaufgewühltheit primär anderen, ihrem Wesen nach heteronomen Ursachen geschuldet. Bezeichnend war in diesem Kontext die Antwort eines renommierten, antisemitismuskritischen deutschen Herausgebers und Verlegers vor einigen Jahren, der, darauf hingewiesen, dass er einen bestimmten Sachzusammenhang in Bezug auf Israel falsch sehe, antwortete, Israel interessiere ihn gar nicht. Es gehe ihm einzig um Deutschland. Geht man davon aus, dass ihm »Israel« für »Juden« stand, der Staat der Juden mithin das jüdische Volk kodierte, so ist das hier anvisierte Problem prägnant auf den Punkt gebracht: Philosemitismus, Antisemitismuskritik und Israelsolidarität als (anti-)deutscher Befindlichkeitsdiskurs. Nun mag man einwenden, das sei letztlich gar nicht so falsch – ist doch der Antisemitismus kein Problem des Juden, sondern in erster Linie das des Antisemiten. Wohl wahr, man kann dieser alten Sartreschen Einsicht noch immer weitgehend beipflichten. Und doch wird man sich füglich fragen lassen müssen, wann die instrumentalisierende Funktionalisierung »des Juden« für wie auch immer emanzipativ gemeinte Zwecke ins Gegenteil umschlägt und die Abstraktion dessen, was man zu verteidigen wähnt, der gleichen fremdbestimmten Struktur verfällt, kraft der (bei umgekehrten Vorzeichen) der Antisemitismus erst eigentlich möglich wird. Die Vereinnahmung konkret *ausgeblendeter* Juden als »Juden«-Matrix der eigenen Identitätsbestimmung mag sich spätestens dann als fatal erweisen, wenn es darum geht, dem *konkreten* Juden, der sich als solcher stereotyp-heteronomer Abstraktion entzieht, in der eigenen Lebenswelt zu begegnen. Es mag sich dann peinlicherweise herausstellen, wie sehr der Jude als Projektionsfläche wohlmeinender Deutscher fungiert. Die vom Philosemiten latent betriebene Entindividualisierung des individuellen Juden hat dem manifesten judenfeindlichen Ressentiment des Antisemiten nichts voraus. Der Aufschrei gegen den Antisemitismus kann durchaus Spuren dessen aufweisen, was der Struktur nach als antisemitismusfördernd zu werten wäre. Wenn es also stimmt, dass die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen werden, dann stimmt es auch, dass der »wiedergutmachende« deutsche Philosemit keinem Juden seine auschwitzferne Individualität verzeihen kann.

Muss man gleich Philosemit sein, wenn man den Antisemitismus anprangern und bekämpfen möchte? Natürlich nicht. Da nun aber die unentrinnbare Bürde einer monströsen Geschichtskatastrophe jegliche Beziehung zwischen Deutschen und Juden affiziert, Auschwitz mithin zum Paradigma dieser Beziehung geronnen ist, bestehen nun einmal wenige »Fluchtwege« aus dem sich stets aufs Neue verfestigenden Neuralgiezirkel. Viele begehren – normalisierungssüchtig –, sich von der Geschichte ganz abzuwenden. Andere »bewältigen« das Unbewältigbare durch einen primitiven Projektivantisemitismus, wieder andere durch einen ressentimentgeladenen, zutiefst unreflektierten Antizionismus. Manche verharren in einem apolitisch gelähmten Ehrfurchtsschweigen – ja, und zunehmend viele sind

zu Sachwaltern einer neuen Antisemitismusbekämpfung mutiert, und zwar mit solcher Verve, dass man den Eindruck gewinnt, der Anti-Antisemitismus sei zum neuen zivilgesellschaftlichen Lustprinzip eines gewissen Teils der deutschen Öffentlichkeit avanciert. In shdanowistischer Türhütermentalität wird alles angeprangert und verfolgt, oft auch pauschal denunziert, was nach »Antisemitismus« riecht, bzw. – genauer – was sich unter dem neuen Begriff von Antisemitismus, den sich diese Öffentlichkeit zurechtgebastelt hat, subsumieren lässt. Aufklärungselan und paranoider Pathos durchwirken sich dabei solcherart wechselseitig, dass politische Emanzipationspraxis zur befindlichkeitsgeschwängerten Lust am publikten Verfolgungswahn verkommt. Man gefällt sich als »hauptamtliche Antisemitenjäger« (auf gut deutsch: der Verbeamtung von Emanzipation frönd), beruft sich dabei auf Adornos neuen kategorischen Imperativ, wobei sich freilich der alte Frankfurter Denker im Grabe drehen dürfte, wenn er erführe, von welchem Ungeist diese Vereinnahmung beseelt ist, und geht alles brutal-denunziatorisch an, was sich nicht den Vorgaben des manipulativen Antisemitismus-Diskurses unwidersprochen fügt. Auch Juden sind vor der Definitionsallmacht dieser vermeintlichen Sachwalter nicht gefeit.

Man mag sich fragen: Ist das schlimm? Ist es nicht begrüßenswert, dass gerade in Deutschland und gerade angesichts der neuen Erstarkung neonazistischer Tendenzen der Antisemitismus mit so viel Elan attackiert wird? An sich schon. Nur stellt sich zunehmend die Frage, ob tatsächlich ein erstarkender Antisemitismus angegangen wird, der beispielsweise in der »braunen Szene« immer schon sein zuverlässiges historisches und gesellschaftliches Zuhause hatte und noch immer hat. Oder ob nicht doch der ungleich »attraktivere« Weg der politisch-korrekten Polemik gewählt wird, bei der der periodisch sich einstellende antisemitische Verbalskandal um eine Person des öffentlichen Lebens mit mehr oder minder auffälliger Breitenwirkung zur Drohkulisse einer heraufbeschworenen Verantisemitisierung, gar Neonazifizierung der gesamten Gesellschaft hoch-, bzw. niederstilisiert wird. Da der Antisemitismus immer schon soziale (oft auch sozio-ökonomische), sozialpsychische und kulturell-ideologische Ursachen hat – man hüte sich stets davor, den Antisemitismus zu enthistorisieren, bzw. gesellschaftsfern zu abstrahieren. Da man diese Ursachen bei der gängigen »Bekämpfung« von Antisemitismus geflissentlich zu ignorieren pflegt, erweisen sich die medienwirksamen Empörung-Knalleffekte um die enttabuisierten, bewusst-provokant orchestrierten miniantisemitischen Verbaleklats als bewusstseinstrübende *Ideologie* der sogenannten Antisemitismus-Bekämpfung. Die sensationslüsterne Aufgewühltheit begnügt sich mit dem Lustgewinn an öffentlicher Erregung. Um Gesellschaftskritik, gar emanzipativen sozialen Wandel kümmert sie sich zumeist herzlich wenig, wenn überhaupt jemals. In der Tat mag man sich die Frage stellen, was da letztlich *bekämpft* wird: die sich politisch-korrekt nicht gehörende Zulassung des antisemitischen Verbalressentiments, mithin die publike Akzeptanz seiner manifesten Erscheinung, oder die strukturellen Ursachen, also gesellschaftlich wirkmächtigen

Bedingungen für Entstehung, Verfestigung und Sedimentierung dieses Ressentiments. Handelt es sich um Erstes, so liegt dem ein Antisemitismusbegriff zugrunde, der sich mit dem (durchaus notwendigen) Geplänkel einer feuilletonistisch-publizistischen Kultur debattierenden Zerredung, mit akademischen Diskursanalysen und massenmedialen Talkrunden »fürs Volk« begnügt. Sein Geltungsbereich ist die Sphäre parlierender Entrüstung und getragener Nachdenklichkeit von besorgten Gutmenschen. Handelt es sich hingegen um Letztes, so sieht man sich vor einem Problem ganz anderer Größenordnung gestellt. Denn man kommt dann nicht um die ehrliche Einschätzung von Stellenwert und Bedeutung dessen, was – salopp als »Antisemitismus« eingestuft – eine fundamentale Gesellschaftskritik und rigorose politische Tathandlungen erfordern würde.

So muss man sich beispielsweise fragen, was mit *Bedrohung von Juden* im heutigen Deutschland gemeint sei. Sind in Deutschland lebende Juden heutzutage in ihrer Existenz bedroht? Lässt sich eine Entwicklung in Deutschland denken, die die Existenz von Juden ernsthafter Bedrohung aussetzen würde? Die Antwort darauf muss notwendig spekulativ bleiben. Aber abgesehen von massiver Bewachung jüdischer Institutionen, die primär der Bedrohung durch arabischen Terror geschuldet ist, besteht seit Jahrzehnten keinerlei physische Bedrohung von in Deutschland lebenden Juden als Juden. Dies hat nicht nur damit zu tun, dass jüdisches Gemeindeleben in der bundesrepublikanischen Nachkriegsära ohnehin nur spärlich aufkeimte (die Zahl der Juden in der DDR war ganz nichtig), sondern vor allem damit, dass das allgemeine Entsetzen vor dem Grauen der jüngsten deutschen Vergangenheit zu einer tabuisierten Unantastbarkeit von Juden geronnen war. Die politische Aufregung um die Erstarkung der NPD Mitte der 1960er Jahre galt nicht der möglichen *realen* Bedrohung von Juden, sondern der Durchbrechung des Tabus, das im Zuge der sogenannten Vergangenheitsbewältigung jedem politischen Funken, der sich anschickte, den antinazistischen Konsens provokant anzusetzen, ein politisch prästabiliertes Lösungs-Veto zu erteilen trachtete. Es handelte sich um eine Regung in der Sphäre *symbolischer* politischer Interaktion, um ein Gerangel im Reich der Signifikanten, nicht um reale Bedrohung von Juden. So werden bis zum heutigen Tag jüdische Friedhöfe in Deutschland geschändet, auch Gebäude jüdischer Institutionen mit antisemitischen Verbalinjurien beschmiert. Aber das sind auch die Grenzen: Jüdische Menschen bleiben unangetastet, man regt sich an ihren steinernen Monumenten ab. Dem ist entgegengehalten worden, es handle sich um ein an einem sehr dünnen Faden hängendes Tabu – es reiche hin, dass sich in der politischen Klasse ein Stimmungswechsel vollziehe und ein Zeichen »von oben« gesetzt werde, damit die perennierende antisemitische Hölle in Deutschland wieder losbreche und große Teile der Gesellschaft erfasse. Eine zweifellos düstere Prognose, wenngleich eine eher zweifelhafte. Denn nicht nur lässt sich vermuten, dass ein für Juden antisemitisch-bedrohlich gewordenes Deutschland von Machtinstitutionen der westlich-amerikanischen Öffentlichkeit wohl kaum ohne deutliche Nachteile für ein sol-

ches Deutschland hingenommen würde, sondern in Deutschland selbst dürften sich massive zivilgesellschaftliche Kräfte mobilisieren, um einer solchen unheilvollen Entwicklung entgegenzuwirken. Diejenigen aber, die einer solchen Prognose aus uneingeschränkter Überzeugung das Wort reden, mithin fest davon überzeugt sind, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis es Juden in Deutschland wieder an den Kragen geht, dürften sich nicht mit ihrer Einsicht begnügen. Aus der sich von dieser Einsicht ableitenden Verantwortung müssten sie unermüdlich dafür sorgen, dass Juden schleunigst aus Deutschland herauskommen. Dass sie sich nie und nimmer einfallen ließen, diesen Schritt zu unternehmen, lässt darauf schließen, dass sie ihrer eigenen Katastrophalprognose wohl selbst nicht sonderlich trauen, dafür aber als gestandene Protagonisten im Spielfeld pseudoemanzipativen Raunens die endzeitliche Katastrophe in ein diskursiv-polemisch lohnendes kulturelles Kapital umso perfekter für eigene Belange umzusetzen verstehen. Gleiches gilt übrigens für jene in Deutschland lebenden jüdischen Studenten, die sich bei einer Veranstaltung darüber beklagten, dass sie sich zuweilen in der Tat nicht mehr als Juden auf die Straße wagen könnten. Danach gefragt, warum sie sich nicht schleunigst diesem üblen Zustand durch Auswanderung entzögen, verfielen sie in den Gestus indignierter Aufgebrachtheit von Menschen, denen man gerade ein Stück ihrer (diasporischen) Identität geraubt hatte – die der existentiell gelebten Bedrohung durch eine zutiefst feindliche Umwelt.

Das will wohlverstanden sein: Es soll hier mitnichten der Ungeist einer neuerlichen Legitimation von Antisemitismen im öffentlichen deutschen Diskurs, schon gar nicht die Zunahme neonazistischer Politpraktiken und Agitation verantwortungslos verharmlost, bzw. schöneredet werden. Das, was sich in der alten Bundesrepublik spätestens seit Ende der 1960er Jahre an kritischer Öffentlichkeit und aufklärerischer politischer Kultur herausgebildet und sedimentiert hat, muss stets aktiviert werden, um besagtem Ungeist rigoros entgegenwirken zu können. Dieses Postulat verliert selbst dann nicht an Geltungsanspruch, wenn man in Kauf nimmt, dass es um den kritischen Geist und seinen Trägern zur Zeit nicht gerade zum Besten bestellt ist. Denn selbst unter Bedingungen eindimensionierender Entsorgung der umfassenden Kritik am Bestehenden darf und muss gefordert werden, dass die Enttabuisierung dessen, was, wie immer scheinhaft, in den Stand des Unantastbaren gesetzt worden ist, kritisch reflektiert werde. Zwischen solcher Kritikforderung und der paranoid-leichtfertigen Heraufbeschwörung eines neuen, für Juden bedrohlichen Antisemitismus liegt freilich eine Kluft, die ihrerseits der Reflexion bedarf.

Denn wenn dem in der Tat so ist, dass der Antisemitismus einerseits wieder salonfähig wird (bzw. Tabus seiner Eindämmung gebrochen werden), andererseits aber auch zum konjunkturell gestylten »Thema« mit entsprechender Feuilleton-Resonanz verkommt; wenn darüber hinaus gefragt werden muss, ob es gerade Juden sind, welche die real bedrohteste und ungeschütztste Minorität im deutschen xenophobischen Diskurs abgeben, dann muss zugleich auch geklärt werden, ob

die in diesem Zusammenhang allzu schnell und leichtfertig abgerufene Auschwitz-Metapher die adäquate Kategorie für die geforderte Auseinandersetzung mit dem zu Bekämpfenden sein könne. Es muss ferner danach gefragt werden, inwieweit mit der veralltäglichen Aushöhlung dieses Begriffs nicht zugleich die systematische Banalisierung des Antisemitismus als Auslöser einer geschehenen welthistorischen Katastrophe und als Folie künftiger Bestrebungen, Rassismus und Fremdenhass zu bekämpfen und auszurotten, stattfindet. Wenn sich zudem der Verdacht zugesellt, dass mit der vorgeblichen Bekämpfung des Antisemitismus etwas ausgetragen wird, das sich zwar für die »Lehre aus Auschwitz« ausgibt, letztlich aber als projektive Entleerung dessen erweist, was als zu Mahnendes im Bewusstsein erhalten werden soll, dann kommt man schlechterdings nicht um die ärgerliche Einsicht herum, dass deutsche Befindlichkeiten wieder einmal am Werk sind: Befindlichkeiten, die den Antisemitismus als Fahrplan der Ausfechtung von Heteronomem vereinnahmen. Es wird an diesem Phänomen besonders deutlich, wie sehr doch der Antisemitismus dem antisemitismuseindlichen Philosemitismus stets verschwistert ist. In beiden Fällen hält »der Jude« für etwas her, wird mithin dahingehend seines konkreten Daseins beraubt, dass er als leeres Gefäß für austauschbare Inhalte, für das fungibel Abladbare in instrumentalisierender Absicht konstruiert wird. Ob dabei Hass und Aggression oder Schuld und wiedergutmachende »Liebe« abgeladen werden, bleibt sich im Hinblick auf das Resultat der entmenschlichenden Abstraktion des Juden letztlich gleich. Immerhin hätten Philosemiten aber keine KZs errichtet, lässt sich dagegen einwenden. Wohl wahr. Aber genau darum geht es ja im heutigen Deutschland *nicht*. Es geht beim gegenwärtigen Antisemitismus-Diskurs *nicht* um die Möglichkeit einer neuen Shoah. Dass aber gerade die Assoziationsfolie des KZ (als »Auschwitz« kodiert) für etwas in Anschlag gebracht wird, das sich ihm als Reales entzieht (und mag dabei das Pathos des aus der Vergangenheit fürs Künftige abgeleiteten Anmahnsens sich noch so sehr selbst hochpeitschen), indiziert, wie erbärmlich sich der Begriff des historischen Grauens im Spiegel der befindlichkeitsgeschwängerten Realitätsbewältigung der Gegenwart ausnimmt. »Antisemitismus«-Bekämpfung als Reparation für »Auschwitz« – eine neue ideologische Variante des psychologischen Grundverhältnisses, wonach die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen werden.

Ein zweiter Aufschrei lässt sich an dieser Stelle vernehmen: Ist es zulässig, im hier erörterten Zusammenhang pauschal von *Deutschen*, von *deutschem* Antisemitismus-Diskurs und von *deutscher* Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu reden? Verbietet sich eine solch generalisierende Nomenklatur nicht schon deshalb, weil doch sehr unterschiedliche, gar gegensätzliche Stimmen und jedenfalls eine heterogen gestimmte deutsche Öffentlichkeit auf kurzfristige tagespolitische Aufloderungen wie auf geschichtlich verfestigte Ideologeme, bzw. Tabüübertretungen reagieren? Dem ist gewiss so, und sicher ist der eine oder andere Punkt in der vorliegenden Erörterung überspitzt geraten. Und doch lässt sich darauf insis-

tieren, dass die plurale Stimmenvielfalt einem umfassenden (hier idealtypisch angesprochenen) Muster subsumiert sei, das sich an der elementaren Neuralgie des Verhältnisses von Deutschen-und-Juden-nach-Auschwitz schärft und bei periodisch paroxystisch aufflammenden Debatten um die nun einmal als *deutsch* apostrophierte und als ebendiese verhandelte »Vergangenheit« in einer sich stets zugleich einstellenden Polarisierung mit besonderer Deutlichkeit zutage tritt. Antisemitische Abneigung gegen Juden und philosemitische Juden»liebe« erweisen sich dabei, ebenso wie vorgebliche, vor allem bei Jugendlichen anzutreffende »Indifferenz« Juden gegenüber, als exemplarische Reaktionsmuster, die eines gemeinsam haben: die abschätzige, verklärende oder eben »teilnahmslose« *Abstraktion* von »Juden«, die als solche zur Projektionsfläche für selbstbezogene Befindlichkeitskämpfe und Identitätsgerangel reduziert werden und sich einzig der unhintergehbaren neuralgischen Verfasstheit eines jeden »Deutschen« gegenüber dem »Juden« verdankt. Ob es in der gegenwärtigen Geschichtsphase einen Ausweg aus diesem Zirkel gibt, sei dahingestellt. Ganz gewiss findet er sich jedoch ebenso wenig in der normalisierungssüchtigen Abkopplung von der deutschen Vergangenheit wie in der »Bekämpfung« eines katastrophisch herbeigeschriebenen Antisemitismus, so als stünde nichts weniger als die Heraufkunft des Vierten Reiches bevor.

Die eklatanteste, zugleich auch politisch geladene Form der instrumentalisierenden Abstraktion des Juden für heteronome Zwecke manifestiert sich in der metonymisch verwendeten Gleichsetzung des Juden mit Israel und – davon kurzschlüssig abgeleitet – des Antisemitismus mit Antizionismus oder gar schon mit simpler Israelkritik. Man ist zunächst geneigt, die Analogisierung wie selbstverständlich hinzunehmen: Da sich der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes und den Staat Israel als Staat der Juden (zuweilen auch als »jüdischen Staat«) versteht, liegt es scheinbar nahe, »Israel« als *pars pro toto* eines wie immer zu denkenden Jüdischen anzusehen. Da zudem die Gründung des Staates Israel unmittelbar nach der Shoah stattfand und nicht zuletzt *in Folge* dieser Katastrophe des jüdischen Volkes erheblich forciert wurde, wird Israel nicht nur mit Juden gleichgesetzt, sondern sowohl in der proklamierten Ideologie des Zionismus als auch im Selbstverständnis vieler Juden als »Zufluchtstätte des jüdischen Volkes« apostrophiert, die der jüdischen Diaspora, mithin einer Jahrtausende alten Verfolgungsgeschichte ein Ende setzen soll. Dass diese *ex negativo* gebildete Gleichsetzung vieles an ideologischer Verzerrung schon deshalb in sich birgt, weil viele Juden keine Zionisten, viele Zionisten keine Israelis, und viele Israelis keine Juden sind, fällt im hier erörterten Zusammenhang zunächst nicht ins Gewicht. Denn es reicht schon hin, davon auszugehen, dass die allermeisten Juden eine durch die schiere Existenz des Judenstaates genährte Israelaffinität entwickelt haben, um die Verbindung zwischen »Juden« und »Israel« als selbstverständlich gegeben zu akzeptieren.

Was sich indes an der (wie immer ideologisierten) jüdischen Israelaffinität aus der Perspektive besagter Leiderfahrung als unhinterfragbar ausnehmen mag, er-

hält in der Israelrezeption von Deutschen gemeinhin einen ganz anderen Stellenwert – besonders dann, wenn Deutsche »Israel« und »Juden« in Beziehung zueinander setzen. Denn dass Deutsche die Staatsgründung Israels als eine Art »Wiedergutmachung« der Geschichte für das von ihnen geschichtlich am jüdischen Volk Verbrochene ansehen, mithin einer grundsätzlichen Israelsolidarität das Wort reden, mag all zu natürlich erscheinen. Welches Volk, wenn nicht das deutsche, müsste so »fühlen«? Ob dabei die offiziellen Staatsabkommen zwischen der alten Bundesrepublik und Israel (wie etwa das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 oder die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Jahre 1965) diesem »Gefühl« nachkommen konnten, darf mehr als bezweifelt werden. Zweifellos drückte sich demgegenüber in fortlaufenden Unternehmungen wie *Aktion Sühnezeichen* ein genuines Bedürfnis aus, etwas von der letztlich unabtragbaren historischen Schuld durch eine fortwährende, zweckgebundene Handlungspraxis zu »sühnen«. Und doch darf man sich fragen, ob sich an der gängigen deutschen Israelrezeption und Israelsolidarität nicht primär jenes Projektionsmuster festmacht, welches der neuralgischen Grundbeziehung zwischen Deutschen und Juden nach der Shoah zwangsläufig zugrunde liegt. Denn nicht nur muss einerseits ein von nichtjüdischen Deutschen deklarativ gefeierter Antizionismus, der in der grundsätzlichen Infragestellung des Existenzrechts Israels kulminiert, auf seine latenten Motivationen hin abgeklopft, mithin der ihm möglicherweise einwohnende antisemitische Impuls entlarvt werden. Nicht minder dringlich ist andererseits die Dekodierung einer allzu überschwänglichen deutschen Israelsolidarität angeraten, die bei jedem massiven Militärschlag Israels Urstände feiert, ohne sich freilich je die Larmoyanz über die vermeintliche Bedrohung der Existenz Israels vermiesen zu lassen. Die Vernichtungsphantasie des deutschen Antisemiten ist der Freude an der von Juden praktizierten Gewalt des deutschen Philosemiten aufs Engste verschwistert. Bezeichnend ist dabei das sich im Topos der »Existenz des Judenstaates« deutlich niederschlagende projektive Moment. Was der antizionistische Antisemit wunschgedanklich imaginiert, komplementiert der zionismussolidarische Philosemit durch die »besorgte« Heraufbeschwörung desselben wunschgedanklichen Inhalts. Gemessen daran, dass Israel schon seit Jahrzehnten *nicht* in seiner Existenz bedroht ist (und nicht sein kann: jeder Staat im Nahen Osten, der sich anmaßte, es in seiner physischen Existenz zu bedrohen, würde unweigerlich seinen eigenen Untergang mit festschreiben), nimmt sich die permanente Imagination besagter Existenzbedrohung mehr als prekär aus: Was der brachiale antizionistische Antisemit gern »am Juden« austoben würde, aber nicht austoben darf und daher zur Phantasie der Vernichtung des Judenstaates gerinnen lässt, lebt der israelsolidarische Philosemit an dem aus, was der zionistische Judenstaat gewaltdurchwirkt an anderen austobt, bzw. von anderen an ihm ausgetobt wird. Deutsche Israelfreunde pflegen den Kampf Israels »um seine Existenz« bis zum letzten israelisch-jüdischen Blutstropfen auszufechten.

Die hier skizzierte Komplementärdichotomie trägt freilich idealtypischen Charakter. Der proisraelische Philosemit kann sich gleichwohl durchaus auch als selektiv in seiner »Judenliebe« erweisen, wie denn der gängige Antisemit gar nicht israelfeindlich zu sein braucht. Denn während letzter sich ohne weiteres alle Juden nach Israel wünschen mag, damit sie aus seiner Lebenswelt verschwinden, kann erster bitterböse werden, wenn er einem israelkritischen Juden oder einem zionismuskritischen Israeli begegnet. Zuweilen wird er, der Deutsche, sich nicht entblöden, ihn, den Juden, als Antisemiten zu schmähen – denn nie wird der »wiedergutmachende« philosemitische Israelfetischist, der seine objektive Zugehörigkeit zum Tätervolk kaum je verwinden kann, dem israelkritischen Juden, der aus Auschwitz *nicht* die Konsequenz eines militaristisch ideologisierten und gewaltdurchwirkten Israels gezogen hat, diese andere Art des Judeseins verzeihen. Als im Jahre 1999 deutsche Kampfflugzeuge im Kosovo zum Einsatz kamen, schrieb Frank Schirrmacher in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: »Dieser Krieg wird in Deutschland, anders als in anderen Ländern, fast ausschließlich mit Auschwitz begründet. Und vielleicht stimmt es ja, und die deutschen Tornados im Himmel über Jugoslawien bombardieren in Wahrheit nicht die Serben, sondern die deutsche Wehrmacht von 1941.«¹ Was bombardieren in den Augen deutscher Israelanhänger israelische Kampfflugzeuge, wenn sie über palästinensische Ziele fliegen? Etwa auch die deutsche Wehrmacht? Gar Auschwitz? Das Perverse dieser Art der Projektion erweist sich nicht nur an der Widerlichkeit der späten Kompensation dessen, was historisch nicht stattgefunden hat, mithin an der instrumentellen Funktionalisierung der Nachfahren der Opfer für die neurotischen Bedürfnisse der Nachfahren der Täter, sondern auch daran, dass mit der legitimierten Täterwerdung »der Opfer« sich *mutatis mutandis* eine Entlastung dessen vollzieht, was immer schon als die pathologische Grundlage der vorgeblichen deutschen Israel-solidarität angesehen werden darf. Die gängige Variante dazu ist: der antizionistische Antisemitismus. Auch er speist sich aus der historischen Schuld und der psychischen Bemühung um ihren projektiven Abbau. Was allerdings beim Antisemiten in diesem Kontext in Aggression gegen den Juden umschlägt, wird beim Philosemiten auf den aggressiven Juden übertragen – einzig er vermag, den historisch schuldig gewordenen Deutschen kraft selbst aufgeladener Schuld zu entschulden: israelische Sicherheitspolitik als Heilung deutschbefindlicher Neuralgien.

Nun spielt sich aber Israels Sicherheitspolitik in einem bestimmten Kontext ab – dem einer seit nunmehr 38 Jahren betriebenen Okkupation und brutaler Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und Gazastreifen. Will man den geschichtlichen Kontext weiter stecken, so kann man auf 1948 zurückgehen, dem Jahr der israelischen Staatsgründung, zugleich aber auch dem der *Nakba*, der großen Katastrophe des palästinensischen Volkes. Man mag letzt-

1 FAZ vom 17. April 1999.

lich auch auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurückgreifen, der Entstehungszeit des politischen Zionismus als der nationalen Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes, die aber zugleich eine massive Kolonisierungsbewegung in Gang setzte, die das Territorium Palästinas eben nicht, wie es die zionistische Ideologie von Anbeginn weismachen wollte, als »Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« besiedelte, sondern auf ganz bewusste Landnahme eines bereits bevölkerten Territoriums aus war. Man beurteile den Nahostkonflikt, wie man möchte – an dem von Juden am palästinensischen Volk begangenen historischen Unrecht kommt man schlechterdings nicht vorbei. Bringt man in Anschlag, dass die zionistische Staatsgründung (oder doch zumindest ihre forcierte Beschleunigung) sich in erheblichem Maße der von Deutschen am jüdischen Volk verbrochenen Vernichtungskatastrophe »verdankte«, so muss auch die Rezeption des Nahostkonflikts durch Deutsche von der schweren Last der deutsch-jüdischen Vergangenheit affiziert werden. Mehrere Ausrichtungsmuster sind dabei möglich: Manche werden sich von dem Umstand, dass die Palästinenser zu historischen »Opfern der Opfer« geworden sind, »entlastet« fühlen und in eine sachlich disproportionale, womöglich durchaus auch antisemitisch durchwirkte Israel-, bzw. Zionismuskritik verfallen. Andere werden sich in ihrer Israelkritik mit der Begründung zurückhalten, keinem Deutschen stünde es an, einen Juden, mithin Israel als Judenstaat je zu kritisieren. Wieder andere werden sich aber in eine umso euphorischere, ihrem Wesen nach fetischistische Solidarität mit »Israel« hineinstürzen, nicht zuletzt, um somit die letzte Konsequenz aus der verbrecherischen Geschichte ihres Landes zu ziehen. Die hier idealtypisch aufgelisteten Muster weisen allesamt einen projektiven Charakter auf, bei dem Deutschbefindliches, »Juden« und »Israel« nur indirekt Angehendes, ausgetragen wird. Heißt das nun, dass Deutsche in der gegenwärtigen Geschichtsphase im Wesentlichen unfähig seien, einen sachgerechten Zugang zu Israel und zu Juden (was im Übrigen mitnichten dasselbe ist) zu entwickeln? Sind sie dazu verurteilt, alles Jüdische von Grund auf neuralgisch zu rezipieren? Geht man bis auf die tiefenpsychische Matrix der perennierenden Belastung durch die deutsch-jüdische Geschichte, muss man diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt in gewisser Hinsicht bejahen. Beredten Ausdruck verlieh diesem Grundgefühl Karl-Heinz Hansen, Bundestagsmitglied von 1969 bis 1983, dem während der Walser-Debatte von 1998/99 in einem Leserbrief an die *Süddeutsche Zeitung* der Kragen platzte: »Wenigstens solange noch ein einziges Opfer des deutschen Verbrecherstaates unter uns lebt, sollten Leute wie Walser und Dohnanyi diese nicht beleidigen dürfen und uns nicht mehr mit ihren persönlichen Wehwechen belästigen. Sie sollten schlicht und einfach die Klappe halten.«² Der in diesen Worten mit Emphase beklagten Instrumentalisierung des Schuldimpulses auf deutscher Seite ist freilich eine nicht minder instrumentalisierte Heteronomisierung des Schuldzusammenhangs auf israelischer eng ver-

2 SZ vom 18. Dezember 1998.

schwivert. Nicht von ungefähr sind es unter allen Kollektiven gerade Deutsche und Israelis, die unermüdlich auf »Normalität« und »Normalisierung« des eigenen Kollektivs pochen. Nichts vermag das Anormale ihrer pathologischen Grundbeziehung besser zu manifestieren als gerade diese (ideologische) Normalitätssehnsucht.

Nun lässt es sich aber so nicht gut leben. Das gängige Verhältnis des jüdischen Israeli zu Deutschland mag dabei im hier debattierten Zusammenhang unerört bleiben. Was bedeutet demgegenüber obiges Verdikt für Deutsche? Sie können ja nicht außerhalb jeglicher Beziehung zu Israel (und Juden) stehen. Die objektive Wirklichkeit des stets entflammaren Nahen Ostens und der in seinem Kontext besonders gravierenden Besatzungsrealität in Palästina fordert ihnen unweigerlich eine, wie auch immer schwach bewusste und nur partiell bestimmte Positionierung ab. Von selbst versteht sich dabei, dass alles, was den Geruch von Antisemitismus aufkommen lässt, geschweige denn manifester Antisemitismus, kritisch angegangen und rigoros bekämpft werden muss. Nicht minder kritisch freilich ist die Fetischisierung der Antisemitismusbekämpfung anzuvisieren, die sich in ihrer pseudoemanzipativen Paranoide immer mehr als kontraproduktiv für das vorgegebene eigene Anliegen erweist. Die Erzählung vom kleinen Kind, welches das eine ums andere Mal »Wolf! Wolf!« schrie, ohne dass von diesem direkte Gefahr drohte, dem aber dann auch niemand mehr glaubte, als es das erste Mal vor einem wirklichen Wolf zu warnen trachtete, mag da in den Sinn kommen. Was es zu bekämpfen gilt, muss eine Realität haben. Die Protagonisten des Antisemitismus-Diskurses müssen sich aber vor allem darum bemühen, diesen Diskurs auf die ihn zunehmend durchwirkenden Elemente befindlichkeitsgeprägter Projektion und damit auf das Engste verschwisterter Abstraktion des »Juden« reflexiv zu durchforsten.

In diesem selbstreflektierten Zusammenhang stellt sich nun unausweichlich die Frage der adäquaten Israelkritik, bzw. der unhinterfragten Israelsolidarität in ihrer umfassenden Komplexität und tendenziellen Ideologielastigkeit. Denn gerade, weil Israel aus einem ganz bestimmten geschichtlichen Kontext entstanden ist, der die Realität eines ideologisch zusammengeschweißten zwangsläufig zeitigen, mithin die fundamentalen Widersprüche und zentralen Konfliktachsen dieser historisch determinierten Gewachsenheit durch eine fortwährend perpetuierte Einheitsideologie überbrücken musste, stellt sich nicht nur für den Außenstehenden, aber gewiss auch für ihn, die Frage, *mit welchem* Israel er sich solidarisiere, wenn er einer am wirklichen Leben vorbeiziehenden Abstraktion nicht auf den Leim gehen möchte. Meint er das säkulare (liberale, bzw. sozialistische) Israel oder das religiöse (orthodoxe, bzw. nationalreligiöse)? Das Israel einer aschkenasischen Hegemonie oder das eines in den letzten fünfzehn Jahren von orientalischen Juden in ganz andere Bahnen des Selbstverständnisses getriebene? Das »jüdische« Israel einer seit über fünfzig Jahren systematisch betriebenen Diskriminierung und perpetuierten Unterprivilegierung eines Fünftels seiner Bevölkerung, der in

Israel noch vor der Staatsgründung lebenden arabisch-palästinensischen Minderheit? Das Israel einer von Privatisierung und beschleunigt forciertem Sozialabbau gebeutelten Gesellschaft, die sich inzwischen durch eine sich immer bedrohlicher vertiefende sozial-ökonomische Kluft kennzeichnet? Das Israel der ultrarechten Siedlerbewegung, in der eine expansive Großisrael-Ideologie, ein religiös-fundamentalistischer Messianismus und eine politisch wie militärisch durchwachsene Gewaltbereitschaft zur nahezu autonomen Wirklichkeit eines Staates im Staat geronnen ist? Das Israel der in den letzten Phasen ihres Untergangs begriffenen Kibbutz-Bewegung? Der von der Arbeitspartei zerschmetterten Gewerkschaften? Des durch die deteriorierte ökonomische Lage ins Wanken geratenen Gesundheits- und Erziehungswesen? Das durch die in den 1990er Jahren vom Staat organisierte Masseneinwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion demographisch und kulturell solchermaßen transformierte Israel, dass es mit dem idealisierten »alten Israel« so gut wie keine Gemeinsamkeit mehr aufweist? Über den Umgang mit den über 300 000 Gastarbeitern aus verschiedenen Ländern der zweiten und dritten Welt, die ein oft entrechtetes Sklavendasein im ehemals sich sozialistisch gerierenden Israel fristen, soll hier geschwiegen werden. Immer länger ließe sich die Ausstaffierung der Liste eklatanter Widersprüche und innerer Ungereimtheiten der israelischen Gesellschaft fortsetzen, die aber letztlich allesamt auf eines hinauslaufen: Wer sich *abstrakt* mit »Israel« solidarisiert, segnet *mutatis mutandis* alle diese Widersprüche ab, trägt mithin dazu bei, dass die von diesen strukturellen Antinomien und latenten Konfliktherden *innerisraelisch* ausgehende Bedrohung der israelischen Gesellschaft erst gar nicht angegangen werden kann – und zwar nicht nur, weil er mit einem pauschalisierenden »Israel«-Begriff alles Heterogene über einen (simplifizierenden) Kamm schert, sondern auch, weil damit der für die schmerzhafteste, zugleich aber auch notwendige Auseinandersetzung mit der Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft unabdingbare Frieden mit den Nachbarn, vor allem mit den Palästinensern quasi ins Abseits gestellt, gleichsam entsorgt wird. Wer das Wohl Israels will, kann sich schlechterdings nicht mit einem zur reinen Projektionsfläche eigener Befindlichkeiten geronnenen »Israel« solidarisieren. Wer aber nach alledem noch immer darauf beharrt, Israelsolidarität wegen Israel drohender Gefahren bekunden, mithin durch nämliche Solidarität »Juden« vor Antisemitismus schützen zu müssen, sollte sich fragen lassen, ob er Israel, bzw. Juden meine, oder ob ihm »Israel« und »Juden« nicht letztlich doch zu dem verkommen sind, was das antisemitische Ressentiment und der israel-feindliche Impuls mit nicht minderer ideologischer Verve zu bedienen vermöchte.

Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? Ein internationaler Diskursvergleich

Der »neue Antisemitismus«¹ unterscheidet sich von seinen Vorläufern dadurch, dass er den Nahostkonflikt als Ursache oder Auslöser habe, jedoch trotzdem eine generalisierte Judenfeindschaft darstelle. Neben muslimischen Fundamentalistinnen² wurde auch die politische Linke zur Zielscheibe der Kritik. Während der *heutigen* Linken nun wahrlich keine Anschläge gegen Jüdinnen oder deren Einrichtungen zur Last gelegt werden können, steht sie doch an der Spitze der zum Teil radikalen Israelkritik. Diese ist wieder zu einem *der* linken Themen geworden. Gerade die globalisierungskritischen und die Antikriegsbewegungen machten Palästina zum Top-Thema. Hier soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern in dieser israelkritischen Grundsituation tatsächlich Platz für Antisemitismus, weltbildhaften Antizionismus und andere problematische Sichtweisen, wie Rassismus und Islamophobie ist. Konkret untersucht werden die Deutungsmuster (*Frames*)³ des Konflikts in der politischen Linken Großbritanniens und der BRD. Dass die Frage nach linkem Antisemitismus (und Rassismus) notwendig nur einen Teilaspekt des umfänglicheren und mehr Ebenen umfassenden Nahostdiskurses beleuchtet, ist offensichtlich, aber aus Platzgründen soll hier der Hauptfokus liegen.⁴

- 1 Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznajder (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine Globale Debatte*, Frankfurt am Main 2004.
- 2 In diesem Text werden für alle Personenbezeichnungen der Einfachheit halber nur die weiblichen Formen verwendet. Männer fühlen sich bitte mitgemeint.
- 3 Der Begriff Deutungsmuster oder Frame ist eine Möglichkeit der empirischen Konzeptualisierung des Diskurses, die sich besonders für den Kulturvergleich eignet, weil nicht nur konkrete evaluative Positionierungen zu einem Thema erfasst werden, sondern eben die Art und Weise der Deutung sowie der mögliche Deutungskonflikt, also der Blickwinkel auf die interessierenden Fragen, die ordnende Struktur hinter den einzelnen Diskursbeiträgen, die Brille, durch die ein Ereignis betrachtet wird. Konkrete inhaltliche Standpunkte innerhalb eines Frames sollen hingegen als Positionen bezeichnet werden. Für die deutsche Linke ist z. B. der Frame »Antisemitismus?« (definiert durch die Unterscheidung »Ist ein Akteur antisemitisch oder nicht?«) wichtig, z. B. für die Bewertung des palästinensischen Widerstandes. Eine Position wäre dann die konkrete Einordnung des zu Bewertenden als gut oder schlecht, oder als (generell, strukturell, subjektiv) antisemitisch oder eben nicht. Eine Position ist auch eine israelkritische oder palästinasolidarische. Doch sie kann innerhalb verschiedener organisierender Deutungsmuster vorkommen, z. B. im Besatzungsframe (Leiden die Palästinenserinnen unter der Besatzung durch Israel?) oder im Deutungsmuster »deutsche Verantwortung« (Sind die Palästinenserinnen indirekte Opfer der deutschen Geschichte?).
- 4 Der Beitrag ist eine komplett überarbeitete und erweiterte Fassung des Autors; vgl. Peter Ullrich: »Neuer Antisemitismus von links? Der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD«, in: Karl-Siebert Rehberg (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Kassel 2008, S. 5567-5577. – Für die ausführlichere Dar-

Die deutsche Linke

Die deutsche linke Nahostdebatte ist hochgradig aufgeheizt. Dabei stehen sich im Prinzip zwei Lager gegenüber – ein proisraelisches und ein propalästinensisches. Zwischen diesen Polen befindet sich aber der wohl größte Teil, also diejenigen, die in unterschiedlicher Gewichtung sowohl berechnete Interessen als auch Schuldanteile an Zustandekommen und Aufrechterhaltung des Konfliktes Israel und den Palästinenserinnen in Rechnung stellen – oder schlicht nicht am Thema interessiert sind, bzw. sich genervt von der Art und Weise, wie die Diskussion geführt wird, aus dem Themenbereich zurückgezogen haben.

Wie gestaltet sich diese Auseinandersetzung? Einige Beispiele: In Berlin gab es im Jahr 2004 eine Messerattacke propalästinensischer auf proisraelische Aktivistinnen. In Hamburg prügelte sich ein Teil einer antifaschistischen Demonstration mit anderen Linken, die sich, so wird berichtet, mit Israelfahnen an die Spitze des Protestzuges setzen wollten. In einem besetzten Haus in Frankfurt am Main gibt es zwei Parteien, die kaum mehr miteinander kommunizieren. Zuvor war in dem Haus, in dem sich auch eine Kneipe befindet, ein Besucher, der einen Davidstern an eine Wand gemalt hatte, verprügelt worden. Die streitenden Parteien können sich nicht einigen, ob diese Gewalt akzeptabel ist oder nicht.

Diese Beispiele kommen aus der radikalen Linken. Doch auch die einen breiteren Ausschnitt aus der Linken repräsentierenden Globalisierungskritikerinnen von *Attac* haben ihren Antisemitismusstreit. Kritikerinnen bezeichnen einen Teil der *Attac*-Politik (zum Beispiel Boykottbestrebungen gegen Israel) als antisemitisch. Außerdem sei – so ein anderer Strang der Diskussion – die Ideologie von *Attac* mit ihrer Fixiertheit auf die Finanzmärkte insgesamt »anschlussfähig für Antisemitismus«, weil diese wie im klassischen antikapitalistischen Antisemitismus eine Trennung zwischen »schaffendem« und »raffendem« Kapital impliziere.

Trotz einer grundsätzlichen Dominanz einer propalästinensischen, bzw. zionismuskritischen bis antizionistischen Position in der Geschichte der Linken weltweit wie in der Bundesrepublik⁵ bis in die 1980er Jahre hinein gab es in der deutschen Linken trotzdem immer wieder Streit um die Sicht auf den Nahostkonflikt. Lange Zeit waren die abweichenden Stimmen aber marginal. Seit Beginn der 1990er Jahre ist eine israelfreundliche Position mit einer ganz spezifischen Strömung verbunden, die sich auch an Fragen des Verhältnisses der Linken zu Israel

stellung der theoretischen Herangehensweise und Nachweise der empirischen Quellen sei auf das Buch Peter Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin 2008 verwiesen. Es untersucht die linken Nahostdiskurse auf Basis von Interviews mit Aktivistinnen in beiden Ländern sowie Dokumentenanalysen.

5 Vgl. Thomas Haury: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002; Peter Ullrich: *Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt*, Berlin 2007. – Eine Ausnahme stellt, insbesondere für die deutsche Linke, die Zeit nach dem Nationalsozialismus dar, in der die Identifikation mit dessen Opfern auch eine kurzzeitige Änderung der Wahrnehmung des Zionismus beinhaltete.

gebildet hat und über ihr eigenes Milieu hinaus eine diskursive Wirkmächtigkeit entfaltet – die sogenannten Antideutschen.

Entstanden ist diese Strömung aus Teilen der autonomen Linken und Spaltprodukten des *Kommunistischen Bundes* während der Wendejahre 1989/90. Sie hatten zunächst Agitation gegen die Vereinigung zum Ziel. Unter dem Motto »Etwas besseres als die Nation« wandten sie sich gegen den aufkommenden Deutschnationalismus. Eine der Quellen für diese Strömung war aber auch die sich seit den 1980er Jahren verstärkt regende Kritik an innerlinken Problemen. Zu diesen gehörten die deutschnationalen Tendenzen eines Teils der Friedensbewegung. Ein Fokus der damaligen »antinationalen« und »antideutschen« Strömung lag fortan in der Kritik der deutschen Nation sowie des spezifischen Charakters des deutschen Nationalismus und »der Deutschen«. Aber auch die Auswüchse eines weltbildhaften, oft antisemitischen Antizionismus wurden von den Antideutschen kritisiert. Dazu muss man wissen, dass militante deutsche Linke (nicht *die* deutsche Linke!) in ihrer falsch verstandenen Palästinasolidarität bis zu Bombenanschlägen auf Synagogen bereit waren – Phänomene eines sekundären Antisemitismus. Das Vorhandensein nicht nur antiisraelischer und antizionistischer, sondern antijüdischer Elemente wurde auch der Friedensbewegung gegen den Golfkrieg 1991 attestiert. In der Zeitschrift *konkret*, in der Folge eine der Zeitschriften mit antideutschen Positionen, wurde stattdessen der Krieg unter Führung der USA unterstützt, weil er Israel schützen helfe.

In den 1990er Jahren wurden Antisemitismus und Auschwitz zu den zentralen Problemen, um die antideutsches Denken kreiste. Dazu kam auch eine wachsende Beschäftigung mit Israel und dem Judentum. Spätestens mit Beginn der zweiten Intifada im September des Jahres 2000 wurde – neben einem Prokriegs-Engagement – der Kampf gegen Antisemitismus und Solidarität mit Israel zum zentralen Anliegen der Antideutschen. Seinen deutlichsten Ausdruck findet das in der Forderung nach unbedingter Solidarität mit Israel und dem symbolträchtigen Auftreten mit israelischen Fahnen, T-Shirts der israelischen Armee und dergleichen mehr.

Antisemitismus ist nicht nur der Dreh- und Angelpunkt der antideutschen Ideologie, sondern hier auch der *Frame*, in dem der Nahostkonflikt von Antideutschen wahrgenommen wird. Die Antideutschen, von denen sich ein Teil tatsächlich zu einer schlichten Israelsolidaritätsbewegung entwickelt hat, haben entsprechend das israelische militärische Vorgehen in der Regel unterstützt und betont, dass Israel einen Krieg gegen Gegner führe, die Israel und die Jüdinnen vernichten wollen. Die Identifizierung mit den ehemaligen Opfern der Deutschen und die Kritik an einer fehlerbehafteten Linken haben sich dabei aber ins Obszessive gesteigert. Linke wie rechte, religiöse wie säkulare Kräfte bilden in dieser Weltsicht, zumindest in ihrer zugespitzten Form eine »antisemitische Internationale«. Alles und jeder kann als Gefahr für Jüdinnen gedeutet werden.⁶

6 Die Wahl eines solchen Deutungsmusters impliziert häufig den Ausschluss anderer möglicher Sichtweisen und damit größerer Komplexität in der Wahrnehmung.

Tatsächlich gibt es Versuche der Bildung einer die traditionellen politischen Lager übergreifenden Einheitsfront aus Israelkritikerinnen und Israelgegnerinnen. So erklärt die *Linksruck*-Aktivistin Christine Buchholz, dass es sich bei der »Dämonisierung der *Hisbollah*« um einen »Teil der Kriegführung« handle. In dem asymmetrischen Konflikt kämpfe auf der einen Seite Israel mit Unterstützung und für die USA. »Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die *Hisbollah*, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.«⁷ Noch deutlicher und expliziter wurde die Problematik in einem antiimperialistischen Protestschreiben an israelische Einrichtungen während des Gaza-Krieges im Jahre 2009. Der Verfasser zitiert, nachdem er mithilfe des Bruttoninlandsproduktes Israels und seiner Nachbarn »bewiesen« hat, dass Israel zum »imperialistischen Club« gehört, ein Kampflied und schließt: »Die KämpferInnen der Hamas stehen und agieren in der Tradition dieses internationalistischen Liedes aus den 1920er Jahren, im antiimperialistischen Kampf.« Hier kommt die traditionelle, noch immer existente Gegenposition zu den Antideutschen zum Ausdruck: die antiimperialistische Palästinasolidarität. Sie nimmt den Nahostkonflikt als imperialistische Dominanz Israels über das palästinensische »Volk« wahr. Interessanterweise misst dieses Weltbild auf Basis seiner Israelfeindschaft dem islamistischen Charakter der *Hisbollah* oder der Tatsache, dass es zu ihren erklärten Zielen gehört, Israel zu zerstören, keine Bedeutung bei.

Diese beiden Pole prägen die Diskussion. Auf der einen Seite stehen die Israelfreunde, die den Konflikt vorrangig durch den Antisemitismusframe wahrnehmen und entsprechend Israels Verteidigung, aber nicht seine Rolle bei der Entstehung des Konflikts betonen. Am anderen Pol stehen die israelkritischen Kräfte (sie thematisieren im »Besatzungsframe« vor allem das Machtungleichgewicht und die miserable Lebenssituation der Palästinenserinnen), die den Konflikt jedoch häufig zusätzlich mit antiimperialistischer Ideologie aufladen und damit eine weltpolitische Situation aus der Zeit des Kalten Krieges perpetuieren, aber die Dimension des Antisemitismus und der Bedrohung der israelischen Bevölkerung (etwa durch Raketen der *Hisbollah*) nicht thematisieren. Diese innerlinke Auseinandersetzung hatte insbesondere in der radikalen Linken während der zweiten Intifada ein Eskalationsniveau erreicht, welches dazu geführt hat, dass nicht wenige Aktivistinnen sich von dem Thema gänzlich abgewandt haben. Zu groß war das Risiko persönlicher und unter Umständen sogar physischer Verletzung. Dies verstellte den Blick darauf, dass wohl die Mehrheit der Linken in der Bundesrepublik eine Mittelposition einnimmt. In dieser Position vereinen sich Kritik an der israelischen Besatzung mit der Forderung nach der Garantie des israelischen Existenzrechts und Kritik am Vorgehen der Palästinenserinnen, insbesondere an den Selbstmordattentaten.

7 Vgl. Christine Buchholz: »Im Krieg muss sich die Linke positionieren«, in: *junge welt* vom 15. August 2006, S. 2.

Damit wären wir bei einem dritten prominenten *Frame*: »Deutsche Verantwortung«. Eine solche moralische Verantwortung insbesondere für Israel und die Jüdinnen wird als aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus und insbesondere der Shoah resultierend postuliert. Abgesehen von traditionell-linken, antiimperialistischen Positionen, ist die Brille, über die der Konflikt in diesem *Frame* betrachtet wird, eine stark an Israel orientierte. Das liegt in der Zentralität der NS-Erinnerung für die deutsche politische Kultur und deren Verknüpfung mit dem Nahostthema begründet. Da aus dieser Verantwortung häufig auch die Verpflichtung zu einem besonderen Einsatz für die gesicherte Existenz Israels abgeleitet wird, ist er auch wichtig zur Bewertung der Gegnerinnen und Kritikerinnen Israels. Fast konsensuell wird betont, dass es wichtig sei, das israelische Existenzrecht zu akzeptieren. Sowohl israel solidarische als auch neutrale oder propalästinensische Kräfte argumentieren so. Nur radikale antimperialistisch-antizionistische Positionen lassen sich auf Grund ihres dominanten Antiimperialismus auf dieses Deutungsmuster gar nicht ein, bzw. nehmen in ihm die Position ein, dass der Staat Israel im Grunde illegitim sei. Selbst Vertreterinnen von Parteien wie der DKP, die grundsätzlich dem leninistischen Antiimperialismus folgen, haben diese Sicht mittlerweile um den Aspekt »Existenzrecht Israels« ergänzt – das ist Ausdruck eines intergenerationalen Lernprozesses.⁸ Dieses aus spezifischen deutschen Erfahrungen resultierende Framing mit einem proisraelischen Bias konkurriert aber immer mit dem (eher propalästinensischen) Besatzungs*frame* und führt dazu, dass die Positionen im deutschen Diskurs im Fluss bleiben.

Die britische Linke

Gänzlich anders stellt sich die Situation in Großbritannien dar. Die britische Linke rahmt den Konflikt fast ausschließlich im Besatzungs*frame* und ist dabei mehrheitlich auf Seiten der Palästinenserinnen positioniert. Nicht mit welcher Konfliktpartei man sich identifiziert, ist umstritten, sondern wie weit die Unterstützung der Palästinenserinnen reicht und welche genaue Lösung des Konfliktes man sich vorstellt. So ist die Haltung zu Selbstmordattentaten umstritten. Auch wenn diese in der Regel nicht explizit gutgeheißen werden, vertreten doch viele eine sogenannte *no comment*-Argumentation.

Die wichtigere Auseinandersetzung ist die über die angestrebte Lösung des Konfliktes: Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung? Diese Frage berührt für Teile der Linken Grundfragen ihrer politischen Identität. Dabei ist zunächst zu sehen, dass

8 In manchen Fällen ist dieser Lernprozess, der weltbildhaft antizionistische Positionen, wie sie bis in die 1980er Jahre linke Weltansichten dominierten, überwand, auch einer auf der persönlichen Ebene. Da insbesondere von außen geforderte Selbstreflexion und harte politische Auseinandersetzungen oft zu Rückzug und Verteidigung der eigenen politischen Identität führen, ist ein nachhaltiger Lernerfolg aber vorrangig intergenerational erfolgt. Er resultiert aus der Möglichkeit nachwachsender Generationen, aus einem breiteren politischen Angebot zu wählen, als einmal eine Metadebatte über linke Nahostpositionen begonnen hatte.

die britische Linke, auch ein Teil der Linken in der *Labour Party*, sehr traditionell und von einem leninistischen Antiimperialismus geprägt ist. Die Szenerie wird von trotzkistischen Parteien wie der *Socialist Worker's Party* dominiert. Diese ist auch tonangebend im Umgang mit dem Nahostkonflikt. Der leninistische Antiimperialismus fußt auf der Annahme eines weltweit virulenten Imperialismus, der als kapitalistische Gesellschaftsformation aufgefasst wird. Anders als in anderen Kapitalismusanalysen gilt im Antiimperialismus nicht mehr das Kapitalverhältnis oder der Klassenkampf als zentraler Fokus der gesellschaftlichen Analyse, sondern der Kampf zweier großer weltpolitischer Lager gegeneinander. Das eine Lager ist das des Imperialismus, welches unter Führung der Hauptmacht USA steht. Das zweite Lager ist weniger klar bestimmt. Meist werden ihm verschiedene Länder, Bewegungen, Gruppierungen, in der Regel aber um ihre Befreiung von der imperialistischen Dominanz kämpfende »Völker« gegenübergestellt. Für Antiimperialistinnen gilt es, das antiimperialistische Lager zu »erkennen«. Dieses wird dann unterstützt und nicht wegen eigener Fehler oder interner Probleme kritisiert (jedenfalls nur sehr begrenzt), um die Einheitsfront nicht zu gefährden.

Die dominanten Kräfte der britischen Linken nehmen den Nahostkonflikt in genau dieser antiimperialistischen Spezifizierung des Besatzungsframes wahr. Es handelt sich hier um einen Fall, wo Ideologie und *Framing* ineinanderfallen. Außerdem wirkt diese Deutung auch auf andere Aktivistinnen, die nicht explizit das ideologische System des Antiimperialismus in seiner Gänze mittragen, aber den Nahostkonflikt so strukturiert wahrnehmen. Die Nähe Israels und der USA zueinander, das offensichtliche ökonomische und militärische Machtungleichgewicht der Konfliktparteien lassen den Nahostkonflikt als eine Front des Kampfes der beiden Lager gegeneinander erscheinen. Einzelereignisse werden jeweils auch so wahrgenommen. Schuld wird dabei grundsätzlich Israel zugewiesen. Die Palästinenserinnen werden ausschließlich als Opfer und kaum als eigenständige Akteure gesehen. Es gibt in der Linken nur recht marginale Gruppierungen, die nicht von einer prinzipiell israelfeindlichen Position aus argumentieren. Diese deuten den Konflikt vorzugsweise im Antisemitismusframe, bzw. im Frame »Demokratische Lösung«. Innerhalb des Frames »demokratische Lösung« wird diskutiert, welche Seite im Nahostkonflikt nationale Selbstbestimmung beanspruchen kann. Die eine Diskursposition innerhalb dieses Frames sieht in der Zwei-Staaten-Lösung die bestmögliche Verwirklichung der Rechte aller Beteiligten, während die Gegenposition einen gemeinsamen binationalen demokratischen Staat für Palästinenserinnen und Jüdinnen fordert, dabei aber mehr die zu gewinnenden palästinensischen Rechte betont. Die *Alliance for Workers Liberty* (AWL) ist eine dieses *Framing* häufig in Anschlag bringende trotzkistische Gruppe, die den Rest der Linken immer wieder kritisiert, ihr Antizionismus und Antisemitismus vorwirft. So wie sie die Allianz von Linkskräften mit islamischen und islamistischen Gruppen seit Beginn der Antikriegsproteste und insbesondere im Rahmen der neuen Antikriegspartei *Respect* kritisierte, geht sie auch die *Socialist Workers*

Party (SWP) für ihre israelfeindlichen Positionen an. Dabei ist ihre Position keineswegs mit einer simplen proisraelischen Identifikation zu verwechseln. Vielmehr wird Israel für seine Besatzungspolitik und die Situation in den besetzten Gebieten von der AWL vehement kritisiert. Die prinzipielle Differenz zur antizionistischen Position besteht in dem expliziten und offensiven Bekenntnis zum israelischen Existenzrecht, ausgedrückt in ihrer programmatischen Forderung »Two nations, two states«, die sie als die eigentliche demokratische Lösung des Konfliktes ansehen.

Erst in den letzten Jahren haben sich Initiativen gebildet, die das Thema Nahostkonflikt, bzw. den linken Umgang damit zu ihrem eigentlichen Thema machen. Eine dieser Initiativen ist *Engage*. Die Gruppe, die vor allem aus Akademikerinnen besteht, fand sich zusammen, als zwei britische Universitätslehrer-Gewerkschaften beschlossen, israelische Universitäten zu boykottieren. Aus der Empörung über die Boykott-Beschlüsse wurde mittlerweile eine kontinuierliche Arbeit mit dem Ziel, Antisemitismus, besonders in der Linken, zu bekämpfen. Ähnlich wie der AWL geht es auch *Engage* darum, zu zeigen, dass das Antisemitische im Antizionismus daran erscheine, dass Israel *wie kein anderes Land* immer wieder Zielscheibe der Kritik wird und dass sich somit der Antizionismus mit seinen doppelten Standards als die aktuelle Ausprägung des Antisemitismus darstelle. Eine andere Initiative hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Im *Euston Manifesto*⁹ geht es nicht nur um Israel. Vielmehr sollen grundlegende Prinzipien einer progressiven Politik spezifiziert werden. Klar spricht sich das Manifest gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte aus, gegen Antiamerikanismus und Antizionismus und falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terroristen, die, wenn sie als antiimperialistisch wahrgenommen werden, allzu oft damit rechnen können, dass man bei ihren Inhalten ein Auge zudrückt.

Israelkritik, Antizionismus, Antisemitismus und Philosemitismus

Ein Kern der Debatte um den »neuen Antisemitismus« besteht in der Frage, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus liegt. Ergänzt werden müsste dies noch um die Frage, wo sich die Grenze zwischen berechtigter Kritik am arabisch-palästinensischen Widerstand und Antiislamismus oder Anti-arabismus befindet.

Im Rahmen der linken Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt haben wir es in der Tat neben Positionen, die aus einem linken, universalistischen, oft menschenrechtsfundierten Hintergrund herrühren mit drei Problemfeldern zu tun.¹⁰ Diese

⁹ Vgl. www.eustonmanifesto.org.

¹⁰ Vgl. dazu Ullrich: *Begrenzter Universalismus*, a. a. O.

drei Problemfelder sind der Philosemitismus, der häufig mit einer antiarabischen oder antiislamischen Position einhergeht, der Antizionismus und der Antisemitismus, wobei die beiden letztgenannten Phänomene oftmals ineinander übergehen.

Philosemitismus und Philoisraelismus¹¹

Unter Philosemitismus wird gewöhnlich eine Position verstanden, die Jüdinnen als Gruppe diskriminiert, allerdings in zunächst wohlgesinnter Absicht. Schon lange gab es Vertreterinnen solcher Positionen im protestantischen Christentum, im deutschen Nachkriegs-Konservatismus, aber auch in der Linken. Mit den Antideutschen hat sich der Philosemitismus innerhalb der Linken erneut institutionalisiert. Nicht nur ergreift diese Seite im Konflikt explizit und radikal Partei für Israel, schmückt sich mit Israelfahnen und identifiziert sich mit dem mehrheitlich jüdischen Staat bis hin zu dem Verdikt eines namhaften Vertreters dieser Richtung, dass alle Israelkritik antisemitisch sei. Antisemitismus ist das wesentliche *Framing*, mit dem Ereignissen in der Welt Relevanz zugewiesen wird und das andere Aspekte oft nicht zu würdigen bereit ist. Von dieser Identifizierung mit Israel ausgehend, erfolgte bei einem Teil der Strömung zusätzlich eine weitgehende emotionale Identifikation mit dem Jüdischem *per se*. So ist die *Jüdische Allgemeine* häufig gelesenes Blatt, der Davidstern vielverwendetes Symbol. In antideutschen Zeitschriften gab es schon Rubriken mit jüdischen Witzen oder wurde die Quelle des Linksseins im »jüdischen Denken« gefunden. Dabei erfolgt eine Hypostasierung Israels, und es wird mit einer säkularisierten Heilserwartung verknüpft, wenn es als »erste gelungene Abschlagszahlung für den Kommunismus« angesehen wird. Ebenso erfolgt eine Homogenisierung auf Grund des Aufgebens von Links-rechts-Unterscheidungen; besonders deutlich zugespitzt ist das erkennbar, wenn ein Antideutscher – wie geschehen – sich die Emailadresse *yabotinsky@...* gibt und sich somit als bekennender Kommunist positiv auf die revisionistische, den Palästinenserinnen gegenüber besonders rassistische Variante des Zionismus bezieht.

Das Gefährliche am Philosemitismus ist nicht so sehr seine Position gegenüber Jüdinnen, sondern die damit einhergehende Diskriminierung derjenigen, die als Gegnerinnen der Israelis, bzw. Jüdinnen konzipiert werden. Illustriert werden soll dies am Beispiel der Diskussionen um die Sperranlage (von den Befürworterinnen »Zaun«, von den Gegnerinnen »Apartheidsmauer« genannt), die Israel in der Westbank baut. Dieses Bauwerk, teilweise tatsächlich ein Zaun mit sehr breitem Sicherheitstreifen, teilweise eine bis zu acht Meter hohe Mauer, soll, so die israelischen Bauherren, dazu dienen, Selbstmordanschläge zu verhindern. Mit dieser

11 Die Reihenfolge stellt keine Wertung dar, derzufolge der Antisemitismus das geringere Problem darstellt. Vielmehr folgt sie der Darstellungsweise im gesamten Text, jeweils erst die eher deutsche Ausprägung zu analysieren und sie dann mit dem britischen Fall zu konfrontieren.

Argumentation haben Antideutsche die Mauer stets unterstützt und sich so der Position der israelischen Regierung angeschlossen. Dass die Mauer – wie linke Kritikerinnen einwerfen – eine Kapitulation vor der Gewaltförmigkeit des Konfliktes darstellt, dass sie viele Palästinenserinnen von der Außenwelt isoliert oder von ihrer Lebensgrundlage (z. B. ihren Feldern), bzw. von Freundinnen und Verwandten abschneidet, dass sie komplett auf besetztem palästinensischem Territorium gebaut ist und effektiv einen weiteren großen Teil palästinensischen Landes enteignet – all dies hat in der Wahrnehmung vieler Antideutscher keinen Platz oder wird billigend in Kauf genommen.

Solche Positionen finden sich fast ausschließlich in der deutschen Linken. Sie sind nur über den spezifisch deutschen Bias zu erklären, dessen historisch begründete Israelolidarität ein fragiles Arrangement der deutschen politischen Kultur darstellt, welches die aus der Shoah folgende grundsätzliche Problematik und innere Widersprüchlichkeit deutscher nationaler Identität und Staatlichkeit oberflächlich und floskelhaft legitimatorisch abzusichern versucht.

Britische Linke, die ähnliche Positionen im Nahostdiskurs vertreten, kann man im wahrsten Wortsinne an einer Hand abzählen.

Übergänge Antizionismus und Antisemitismus

Ein großer Teil der britischen und ein eher kleiner Teil der deutschen Linken bekennen sich offen und explizit zum Antizionismus. Antizionismus gilt dabei als nichts Anstößiges, vielmehr wird das *Label* zur Selbstbezeichnung ebenso umstandslos gewählt, wie »Zionisten« für die Gegenseite. Dabei wird immer wieder betont, dass zwischen Antizionismus und Antisemitismus genau zu unterscheiden sei. Diese Argumentation ist beinahe das einzige *Framing* im Antisemitismus-*frame* aus antizionistischer Sicht. Der Antisemitismusvorwurf wird aber als unrechtes oder bewusst zur Denunziation eingesetztes Mittel zurückgewiesen. Eine Auseinandersetzung damit, bzw. mit der Frage, ob der Antisemitismusvorwurf zumindest einen gewissen rationalen Kern hat, weil er tatsächliche Schwierigkeiten linker Weltbilder thematisiert, erfolgt nicht. Die Abwehr des Vorwurfs erfolgt dabei umso reflexhafter, als dieser vielfach eben nicht mehr von links, sondern von der *Mainstreampresse* oder polemisierenden Ex-Linken als gegen die Linke gerichtet hervorgebracht wird und somit von Akteurinnen, die oft zugleich linke Essentials (wie eine konsequente Friedenspolitik) aufgegeben haben und deswegen von traditionellen linken Akteurinnen *per se* nicht als glaubwürdig anerkannt werden.

Vermutlich wird man jedoch auch in der antizionistischen britischen Linken kaum Vertreterinnen finden, die explizit antijüdische Vorurteile oder Antipathie gegen Jüdinnen äußern. Und doch existiert eine Verbindung zwischen dem Antizionismus und dem Antisemitismus durch verschiedene Anschlussmöglichkeiten.

Diese bestehen insbesondere in der absoluten Ungleichbehandlung und Dämonisierung Israels, dem (möglicherweise unbewussten) Aufgreifen antijüdischer Stereotype sowie im Gewähren von Raum für Antisemitinnen.

Gerade die Ungleichbehandlung Israels ist ein Ansatzpunkt der linken britischen Kritikerinnen des Antizionismus. Als innerhalb der Gewerkschaften Anstrengungen unternommen wurden, israelische Hochschulen zu boykottieren, wiesen sie darauf hin, dass bisher keine linke Organisation auf die Idee gekommen war, etwa saudische Universitäten zu boykottieren, weil diese Frauen diskriminierten, autoritär, rückständig und undemokratisch seien. Doch im Fall Israels wird die Forderung erhoben. Die Furcht der Kritikerinnen, dass hinter dieser Forderung eben nicht nur Mitgefühl für die Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten steht, erscheint berechtigt, wenn man sich die Publizistik der antizionistischen Linken zum Nahostkonflikt anschaut.

Dies soll anhand einer Broschüre der SWP illustriert werden. Es handelt sich um das Buch *Israel: The Hijack State* von John Rose aus dem Jahre 1986, welches die SWP 2002 wiederveröffentlichte. Bereits ein Jahr später erfolgte noch eine Neuauflage.¹² Es fügt sich schon von der Gestaltung des Titelbildes her in eine antisemitische Ikonographie ein. Auf dem Buchcover werden die USA von einem grässlichen Hund gezogen, der Israel darstellt. Gleich mehrere antisemitische *Topoi* tauchen in diesem Bild auf: Israel wird als wildgewordener Hund verunglimpft, der zudem scharfe Krallen und schreckliche Zähne besitzt, vor Blut trieft wie eine Bestie. Gleichzeitig werden die USA durch einen schwachen *Uncle Sam* mit einem großen Dollarzeichen auf dem Hut überzeichnet. Die Reduzierung der USA auf das Finanzielle und Kapitalistische, das sich zugleich gegen die vermeintliche »israelische Bestie« nicht zur Wehr setzen kann, jedenfalls von deren »blutrünstigen Interessen« dominiert werde, ist ein signifikant antisemitisches Stereotyp. In genau die gleiche Richtung weist denn auch die Stellungnahme der interviewten SWP-Vertreterin, die Israel als »watchdog of imperialism« bezeichnet.

Während die antisemitische Semantik klar erkennbar ist, haben wir es aber doch nicht mit Antisemitinnen zu tun. Hier wird deutlich, warum es sich um ein soziales, nicht um ein psychopathologisches Problem handelt. Redet man mit radikalen Antizionistinnen dieser *Couleur*, so wird man feststellen, dass sie sich subjektiv keines Antisemitismus bewusst sind; sie können sogar mit Fug und Recht behaupten, keine antijüdischen Gefühle zu hegen. Und doch wird von ihnen etwas reproduziert, was die semantischen Strukturen des Antisemitismus aufgreift, allerdings auch mit anderen Bedeutungen belegt werden könnte.

Das Verständnis zu erweitern, ermöglicht ein Blick in den Text. Dort wird erklärt, dass die Geschichte Israels einzigartig sei, denn »no modern state has been established by means of expropriation of an entire people«. Israel wird apostrophiert als »the terrorist state«, der schon im Keim schlecht sei. Zionismus und An-

12 John Rose: *Israel: The Hijack State. Americas Watchdog in the Middle East, A Socialist Workers Pamphlet* (1986), London 2003.

tisemitismus werden als Zwillinge, statt als Gegensätze gesehen. Ihre größte Zuspitzung findet diese antizionistische Weltsicht in der Bezeichnung Israels als »oppressor nation«. Schon immer hat die kommunistische Bewegung besondere Schwierigkeiten mit der Anerkennung eines jüdischen Nationalismus gehabt und diesen, den Zionismus, anders als andere Nationalismen, als Ablenkung vom Klassenkampf abgelehnt. Den Hintergrund bildete in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah aber die Erwartung der Revolution, die Hoffnung auf den Kommunismus, der alle religiösen wie nationalen Partikularismen überwinden würde.¹³ Auch damals schon handelte es sich um eine Ungleichbehandlung der Jüdinnen, jedoch mit einer strikt universalistischen Begründung. Die heutigen Antimperialistinnen unterstützen explizit *nationale* Befreiungskämpfe und nicht die Aufhebung der Nation. Ganz explizit werden aber im radikalen antimperialistischen Antizionismus die israelischen Jüdinnen davon ausgenommen.¹⁴

Dies zeigt sich in vielerlei Gestalt. So ist zum Beispiel in der britischen linken Öffentlichkeit (dies offenbarte sich auch in den meisten Interviews mit Aktivistinnen), anders als in der deutschen von Ängsten, Wünschen, Interessen der Israelis kaum die Rede. Diese werden, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, schlicht nicht erörtert. Wer im britischen linken Diskurs wie die AWL oder die *Communist Party of Great Britain* »nationale Selbstbestimmung« sowohl für die Palästinenserinnen als auch für die jüdischen Israelis fordert, wird dafür hart angegriffen.

Die Homogenisierung aller Israelis zu einer Unterdrückernation im radikalen Antizionismus ist eine eindeutige Aburteilung einer ganzen Gruppe von Menschen, deren interne Vielfalt nicht mehr wahrgenommen wird. Diese Sicht lässt sich jedoch nur halten, wenn man über einen Antizionismus als Weltbild verfügt, der Differenzierungen nicht zulässt, mithin keine Einsicht in die Anteile am Zustandekommen und der Entwicklung des Israel-Palästinakonfliktes aufbringt, die die palästinensische Seite beigesteuert hat. Dabei soll hier nicht argumentiert werden, dass alle Seiten irgendwie gleich Schuld wären. Maßstab für einen Antizionismus als Weltbild ist die Geschlossenheit gegenüber Bedürfnissen der Israelis und Fehlern oder Missständen der Palästinenserinnen, die diese selbst zu verantworten haben.

Die offensichtlichste Schnittstelle der Linken zum Antisemitismus ergibt sich jedoch durch die Kooperation mit Antisemitinnen, getreu dem Motto: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund.« Aus der im Zuge der Antikriegsproteste etablierten Koalition von britischen Linkskräften unter anderem aus der *Labour*-Linken, der SWP, der *Communist Party of Britain* und der *Campaign for Nuclear*

13 Vgl. Mario Keffler: *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin 1994.

14 Anders als im stalinistischen Antizionismus der 1950er Jahre steht aber »zionistisch« nicht für »jüdisch«. Auch wenn es Bezüge gibt, wird doch normalerweise kein Bild einer zionistischen, d. h. jüdischen Weltverschwörung vertreten. Aber es stehen bei den radikalen Antizionistinnen die guten arabischen Völker gegen ganz Israel. – Vgl. Klaus Holz: *Nationaler Antisemitismus*, Hamburg 2001, Kap. VII.

Disarmement mit islamischen Vereinigungen wie der *Muslim Association of Britain* resultierte sogar die Bildung einer neuen Partei: *Respect – The Unity Coalition*. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit tauchten auf linken Demos antisemitische Sprechchöre wie »Jew, Jew, JewSA« auf und Plakate mit dem Davidstern und dem Hakenkreuz, die ineinander verwoben waren. Eine Interviewte, selbst führendes Mitglied der *Stop The War Coalition* gibt offen zu, dass es nicht gelungen sei, diese Vorfälle zu unterbinden. Dies symbolisiert eine – zumindest im Vergleich zur deutschen Situation – große Laxheit im Umgang mit Antisemitismus.

Beispielhaft für einen nicht mehr nur lax zu nennenden Umgang steht der mehrfach von Linken hofierte Islamist Azzam Tamimi, welcher unter anderem Selbstmordattentate gerechtfertigt haben soll.¹⁵ In der linken Zeitschrift *Weekly Worker* wird berichtet, dass Tamimi auch in Bezug auf Israel kein Blatt vor den Mund nimmt: »Something will be done about Israel. We will fight until they are no more there.«¹⁶ Ganz offen unterstützt er zudem die *Hisbollah* und die *Hamas*. Auf der SWP-Konferenz »Marxism« 2006 bekannte er vor Hunderten linker Aktivist: »I've been a member of the Muslim Brotherhood all my life. I am a staunch supporter of Hamas. And I am proud of it.«¹⁷ Die Reaktion des Publikums auf das Bekenntnis zu einer autoritären, fundamentalistischen, frauenfeindlichen, antiliberalen und antisemitischen Organisation war eine Welle der Begeisterung. Fast alle Anwesenden beteiligten sich an *standing ovations*.

Auf der sozialen Ebene wird auf diese Weise Anschluss an den Antisemitismus geschaffen, ohne dass dazu unter den Akteuren tatsächlich Antisemitinnen nötig wären. Dies schlägt in der Linken normalerweise nicht in generalisierte antijüdische Gefühle um, weswegen der Begriff des Antisemitismus, wie er allgemein verstanden wird, problematisch ist. Der weltbildhafte Antizionismus hat allerdings klar rassistische Komponenten, weil er durch die propalästinensische Brille die jüdischen Israelis nicht beachtet, einseitig Schuld zuweist und auf dieser Basis antisemitische Bündnispartner hofiert.

Universalismus und Kontingenz

Der Nahostkonflikt lässt sich nicht, wie das manche der im Diskurs Beteiligten gern täten, auf die Dimension des Antisemitismus reduzieren. Der Versuch mit diesem Schlagwort alles erklären und verstehen zu wollen, wie es gelegentlich antideutsche und andere israelfreundliche Statements nahelegen, ist zum Scheitern verurteilt, weil er wichtige Dimensionen des Konfliktes aussparen muss. Zu diesen wichtigen Dimensionen gehören neben dem Leid der unter Besatzung le-

15 Ben Taylor: »Firebrand Islamic academic: »dying for your beliefs is just««, Daily Mail vom 20. August 2006.

16 Tina Becker: »High on rhetoric, low on solutions«, Weekly Worker 634/2006, S. 6.

17 Vgl. Peter Ullrich: »Vielleicht doch kein Satan«, jungle world 30/2006, S. 13.

benden palästinensischen Bevölkerung beispielsweise auch seine Bedeutung für menschen- und völkerrechtliche Entwicklungen und seine geopolitische Dimension. Andererseits, dies sollte die vorangegangene Darstellung deutlich machen, ist es ebenso verfehlt, die ideologische Überdetermination des Konfliktes selbst und seiner Metaausstrahlung in Gestalt eines innerlinken Nahostkonfliktes zu ignorieren. Diese zeigt sich vor allem in Anschlägen des Antizionismus an den Antisemitismus, aber – unter anderen Vorzeichen – auch im rassistischen Umschlagen des Philosemitismus.

Nicht zuletzt die Verknüpfung dieser Thematik mit anderen linken Konfliktfeldern (z. B. dem Irak-Krieg) erschwerte bisher oft eine ernsthafte Auseinandersetzung. Dabei sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, zumindest den Raum für die Reflexion überkommener dichotomer Weltbilder (so eines platten Antiimperialismus sowjetkommunistischer Prägung) oder auch spezifischer nationaler Prägungen und ihrer Folgen für die Entstehung linker Weltbilder offenzuhalten. Insbesondere letztere sind von kaum überzubewertender Prägekraft für linke Positionierungen. So hat die starke propalästinensische Identifikation britischer Linker ihre Ursache nicht nur in der Virulenz des Antiimperialismus, sondern auch in anderen nationalen Randbedingungen politischer Sozialisation. Insbesondere die (post)koloniale Erfahrung im ehemaligen *Empire* verstärkte eine antirassistische Prägung der Linken und damit auch ihren Bias gegen das westlich-weiße Israel, dessen Vorbereitung und Gründung *de facto* unter britischer Aufsicht erfolgte. Ebenso ist die besondere Aufmerksamkeit gegenüber Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken Resultat ihrer nationalen Erfahrungen. Beide besonderen Sensibilitäten gehen jedoch auch mit besonderen Unsensibilitäten einher. Umso befruchtender müsste es sein, die Positionierungen in einen nicht durch nationale Enge begrenzten Dialog zu überführen, der von beiderseitiger Lernbereitschaft geprägt sein müsste und insbesondere von dem Willen, die eigenen politischen Sozialisationsbedingungen zu hinterfragen. Dies bedeutet in der Konsequenz auch, einzusehen, dass eigene Positionierungen, weit weniger als dies der üblichen (Selbst-)Wahrnehmung entspricht, Ausdruck bewusster theoretischer Überlegungen sind, sondern dass sie vielmehr auch als kontingent betrachtet werden müssen – als Ausdruck von Erfahrungen, die der Zufall der nationalen Zugehörigkeit mitbestimmt.

Die Beachtung dieser Kontingenzen ist immens wichtig, weil diese, wie geschildert, auch blinde Flecken produziert, die einen Angriff auf den Universalismus der linken Emanzipationshoffnungen darstellen, indem sie (und sei es nur aus strategischen Überlegungen) die legitimen Interessen bestimmter Gruppen auf dem Altar der Identifikation mit anderen opfern.¹⁸ Deshalb ist eine ebenso wich-

18 Vgl. dazu Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina, a. a. O., S. 303 ff. – Eine komplexere Position, die sich mit Jüdinnen gegen Antisemitismus und mit Palästinenserinnen gegen Besatzung solidarisiert und dies nicht als Überforderung begreift, ist keineswegs selbstverständlich, weil die zuspitzende Diskursdynamik immer wieder binäre Verortungen produziert.

tige geforderte Reflexionsleistung die der Identitätslogik und des mit ihr immer notwendig einhergehenden Ausschlusses.

Die Schlussfolgerung kann nur lauten, dass die Linke eine universalistische und inklusive Menschenrechtskonzeption mit gleicher Aufmerksamkeit für allgemeine und Partikularinteressen braucht und diese dann auch verbinden und verfolgen muss, oder sie läuft Gefahr, im Vertreten bestimmter Gruppeninteressen ihre eigenen humanistischen Grundlagen zu untergraben. Doch ist zu sehen, dass eine solche Konzeption nicht aus der Theorie oder Ideologie folgt, sondern konkrete gesellschaftliche Bedingungen (das können Brüche im nationalen Diskurs oder die Konfrontation mit anderen Positionen im internationalen Dialog sein) die Voraussetzungen für Reflexionsprozesse schaffen, die der Linken ihre eigenen Grenzen, ihre Beschränktheiten und die (nationale) Exklusivität ihrer Solidarität vor Augen führen und ihr somit Chancen für kollektives Lernen eröffnen.

Für einen linken Zugang zum Nahostkonflikt jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen

Wenn es um den Nahen, bzw. Mittleren Osten geht, scheiden sich in der deutschen Linken bekanntlich die Geister. Der Vorwurf des Antisemitismus ist gern schnell zur Hand, genauso schnell wird Israel zum imperialistischen Bollwerk der USA degradiert. Auch die sich im Entstehen befindende Linkspartei blieb angesichts des Nahostkonfliktes von diesem Zerwürfnis nicht unberührt. Am Ende einigte sich die Fraktion fast einstimmig auf einen konkreten Handlungsplan. Die Einigung bezüglich der konkreten Handlungsebene ist zu begrüßen. Jedoch kann diese Einigung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb der neuen Linkspartei historisch bedingt sehr unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema gibt. Diese Zugänge gilt es zu benennen und auf ihre aktuelle Belastbarkeit zu überprüfen.

Bestehende linke Sichtweisen auf den Nahostkonflikt

Während und nach dem Ende des Kalten Krieges

In Zeiten des Kalten Krieges pflegten die meisten Linken in der BRD und viele Menschen in der DDR ein Bild des Nahostkonfliktes, das von einem ziemlich kompromisslosen Antizionismus geprägt war. So galt Israel als aggressiver imperialistischer Staat und als Vorposten des amerikanischen Imperialismus. An der Solidarität mit den palästinensischen Nationalisten und Nationalistinnen hingegen gab es wenig Zweifel, und die Legitimität des israelischen Staates galt nicht als unumstößliches Essential. Auch antiisraelisch orientierte arabische Regime genossen mindestens verhaltene Sympathie. Und das, obwohl die Regime in der Regel blutig und grausam gegen Teile der eigenen Bevölkerung und oft genug auch gegen einheimische Kommunistinnen und Kommunisten voringen. Schon damals spiegelte eine solche Sicht keineswegs die komplexe Realität der Interessenkonstellationen in der Welt wider.

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus endete die Dualität der konkurrierenden Machtblöcke. In ihrem – in der globalisierungskritischen Szene besonders intensiv rezipierten – Buch *Empire* führen Michael Hardt und Antonio Negri mit dem Modell eines netzwerkartigen Imperiums, in dem es kein Innen und Außen mehr gibt und sich imperiale Ansprüche durch die politischen Mehrebenen und Körper ziehen, ein zu diskutierendes und innovatives Erklärungs-

muster ein.¹ Auf der anderen Seite versucht die Diskussion um einen »neuen Imperialismus« den Imperialismusbegriff weiterzuentwickeln und von theoretischen Engführungen (zum Beispiel in der Staatsfrage) zu befreien. Auf die Frage, wie die Weltordnung nach dem Ende des Dualismus zu bewerten sei, gibt es im wesentlichen zwei Erklärungsmuster: *Imperialismus im neuen Gewande oder Polyzentrismus*.

Die These von der Wiederkehr des Imperialismus im neuen Gewande erscheint plausibel, solange man nur die Dominanz der USA-Regierung betrachtet. Die Welt ist jedoch trotz der US-amerikanischen Dominanzansprüche viel zu komplex, um sie in ein einfaches Schema zu pressen. Gerade die gegenwärtigen Ereignisse im Irak und in Afghanistan sowie die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Iran zeigen die Grenzen amerikanischer Hegemoniepotentiale. Die nach hegemonialer Teilhabe strebenden Kräfte sind vielfältig. Zu verweisen ist auf den Aufstieg Chinas und Indiens, auf das Wachstum Europas und die vorläufige Stabilisierung Russlands. Nicht nur Staaten, sondern auch *de facto* internationale Bewegungen treten als Kräfte in der globalen Auseinandersetzung um Einfluss, kulturelle Dominanz und Ressourcen auf. Es ist mithin einseitig, die Entwicklungen in der »islamischen Welt« allein als Reaktionen auf die Politik der US-Regierung zu erklären.

Insofern steht am Ende des Kalten Krieges eine polyzentrische Welt, die von dem unilateralen Machtstreben der US-Regierung geprägt ist.

Die Linke zwischen Antiimperialismus und Antideutschen

Die Verdienste des »historischen« linken Antiimperialismus sind unbestritten. Der Widerstand gegen die US-amerikanische Politik war legitim und notwendig. Er schuf eine globale Öffentlichkeit gegen gewaltsame Interventionen, welche immer wieder demokratische Gegenentwürfe zu Diktaturen im Trikont verhinderten. Der Antiimperialismus trat offensiv für die Interessen diskriminierter Bevölkerungen ein, deren Recht auf demokratische und soziale Teilhabe verletzt wurde. Er vermittelte eine populäre Kapitalismuskritik an breite Bevölkerungsschichten und mobilisierte sie zu verschiedenen Formen von Protest – auch und gerade in den USA.

Ein Teil der antiimperialistischen Bewegung aus der Zeit des Kalten Krieges blendete jedoch die Bereitschaft der angeblich »Besseren« aus, eigene Ziele mit Gewalt durchzusetzen, wie dies in Afghanistan oder Äthiopien noch in den 1980er Jahren geschah. Als zentrale Komponenten dieser alten antiimperialistischen Ideologie fungierten in erster Linie Anti-US-Amerikanismus und Antizionismus. Geprägt von dem Denkmuster, meines Feindes Feind ist mein Freund, führte der Anti-US-Amerikanismus nur zu oft zu einer distanzlosen Heroisierung

1 Vgl. Michael Hardt, Antonio Negri: *Empire: Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main 2002.

von nationalistischen, sogenannten antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Dabei wurde und wird der reaktionäre Gehalt dieser Bewegungen nur zu oft entschuldigt.

Der linke historische Antiimperialismus stellt einen Teil des Erbes der bundesdeutschen Linken und der neuen Linkspartei dar. Er markiert darüber hinaus das Erbe der bundesdeutschen Gesellschaft, in der die Erinnerung an die Friedensbewegung der 1980er keineswegs erloschen und mindestens die Skepsis gegenüber amerikanischer Großmachtspolitik fest verwurzelt ist. Die PDS hatte sich in den 1990er Jahren erklärtermaßen als antimilitaristische Partei um die Aneignung der positiven Elemente dieser Tradition bemüht.

Dagegen haben kleinere, aber recht sprachgewaltige Gruppen linksradikaler Intellektueller, die sogenannten Antideutschen, den linken Antiimperialisten und Antiimperialistinnen argumentativ »den Krieg erklärt« und eine Umdrehung der Vorzeichen vorgenommen. In den Augen zumindest einiger Vertreterinnen und Vertreter dieser Richtung erscheinen Israel und die USA als ultimative Verteidiger westlicher und demokratischer, ja sogar linker Werte gegen antimoderne, dem Faschismus nahe kommende Barbarei. Die Antideutschen zeichnen sich durch Einseitigkeit und einen leichtfertigen Umgang mit dem schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus aus. Außerdem kann von einer antimilitaristischen Orientierung bei den Antideutschen keine Rede sein. Trotzdem kann auch dieser Richtung nicht abgesprochen werden, dass sie wichtige kritische Thesen in den linken Diskurs in Deutschland eingebracht hat. Die Hinterfragung des »historischen« Antiimperialismus war und ist notwendig, ebenso wie eine erneute Diskussion über Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Zwischenzeitlich haben sich die Antideutschen in die Rolle eines Bürgerschrecks für linke Spießer und Spießerinnen versteigert; einige von ihnen scheinen inzwischen Anschluss an antikommunistische und konservative Positionen zu finden.

Zwar ist die antideutsche und antinationale Argumentation an vielen Stellen mehr als problematisch. Jedoch verweist sie auf ein linkes, bewahrenswertes Credo: Proletarier und Proletarierinnen haben kein Vaterland. Diese kritische Haltung zu Vaterland und Nation ist auch innerhalb der PDS, bzw. der Linkspartei, Gegenstand von Auseinandersetzungen. An dieser Stelle sei nur an die regelmäßig wiederkehrenden Debatten über das »Verhältnis zu Deutschland« erinnert, die insbesondere von verschiedenen Jugendgruppen ausgehen. Diese patriotismuskritischen Positionen finden in der Linkspartei ihren Widerpart einerseits in eher ostdeutsch-regionalistisch orientierten Ansätzen und andererseits bei Westlinken, die eher auf einen Patriotismus von links abstellen. Es handelt sich hier um einen politischen Konflikt, den man auf keinen Fall auf einen Generationenkonflikt reduzieren sollte.

Auf der Suche nach einem linken Konsens

Die linke Debatte um die aktuellen Nahostkonflikte ist keineswegs zu ihrem Ende gekommen. Die Breite von Positionen verdeutlicht vor allem die Tiefe der Gräben im linken Diskurs und zeigt die Notwendigkeit einer sachlichen Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung muss nicht zwingend die radikalsten Positionen einschließen. Jedoch ist ein gewisser Konsens in der auf gesellschaftliche Veränderung sowie auf soziale und demokratische Rechte orientierten Linken wünschenswert. Auch im Sinne der Bekämpfung rechtsradikaler Unterwanderungsversuche von sozialen Bewegungen müssen sich bestimmte Essentials durchsetzen. Schließlich dürfte niemandem die verlogene Palästinasolidarität, der plumpe Antiamerikanismus und die geheuchelte Friedensdemagogie der radikalen Rechten entgangen sein. Zu einem solchen Essential gehört die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Das Existenzrecht Israels bedingungslos anerkennen

Der Zusammenhang zwischen der europäischen Geschichte und der Entwicklung des Staates Israel ist evident. Zu erwähnen wäre der europäische Antisemitismus der Neuzeit, der im Übrigen eine wichtige Inspiration für den modernen muslimischen Antisemitismus darstellt. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielte zudem der europäische Kolonialismus, dessen klassische Doktrin des »Teile und Herrsche« entscheidende Voraussetzungen für die heutigen Konflikte schuf.

Um die Rolle Israels im Nahen Osten zu verstehen, muss der Kontext des Kalten Krieges berücksichtigt werden. Das territorial kleine und über eine geringe Bevölkerung verfügende Israel war von autoritären Staaten sowie von auf seine Vernichtung ausgerichteten nationalistischen Bewegungen bedroht. Deswegen paktierte es – schon um seiner Existenz willen – mit den USA und entwickelte eine offensive Verteidigungsdoktrin.

Auch der deutsche historische Kontext kann leider nicht oft genug genannt werden: Eliminatorischer Antisemitismus war die zentrale ideologische Komponente des von der Mehrheit der Deutschen getragenen Nationalsozialismus. Er war so zentral, dass das faschistische Deutschland seinem Vernichtungsprogramm selbst in Zeiten der Bedrohung seiner eigenen Existenz die höchste Priorität einräumte. Die historische Verantwortung angesichts der Shoah ist und bleibt ein Grund für viele deutsche Linke, innerhalb globaler linker Diskurse für das bedingungslose Existenzrecht Israels einzutreten. Auschwitz machte Israel zur Notwendigkeit. Bei dieser Position handelt es sich nicht, wie von Kritikerinnen und Kritikern dieser Position vorgebracht, um einen deutschen Spleen. Dazu befinden sich antisemitische Ideologien, die auf eine Elimination Israels abzielen, leider zu sehr im Aufwind.

Auch in den arabischen Ländern werden antizionistische und antisemitische Ressentiments gern zur Verdeckung der bestehenden Klassenantagonismen miss-

braucht. Dies ist ein weiterer Grund, warum gerade Linke Antisemitismus in arabischen Ländern nicht hinnehmen oder gar entschuldigen dürfen.

International und im eigenen Land sollte die Linkspartei keine Aufrufe oder Aktionen zum Nahostkonflikt unterstützen, die nicht ausdrücklich das Existenzrecht Israels formulieren.

Die Verantwortung Israels thematisieren

Mit dem Angriff auf den Libanon im Jahre 2006 hat die israelische Regierung Völkerrecht gebrochen, und mit den militärischen Reaktionen auf die Provokationen der *Hisbollah* hat sie leichtfertig zivile Opfer in Kauf genommen. Daran gibt es bei aller Solidarität und allem Wissen um die besondere Situation von Israel nichts zu relativieren und nichts zu entschuldigen.

Auch wäre es vermessen zu behaupten, Israel, seine Regierungen, sein Militär und seine Bürgerinnen und Bürger trügen keine Verantwortung für zahlreiche zivile Opfer von Kriegen und Vertreibung in der Vergangenheit. Bis heute ist Israel als Besatzungsmacht auf einem nicht zu ihm gehörenden Territorium aktiv. In den Jahrzehnten der Existenz Israels wurden zahlreiche Kriege geführt, die allerdings meist unter dem Zeichen der Verteidigung standen und keine »imperialistischen« Ziele hatten. Dass dabei Menschenrechtsverletzungen stattfanden und stattfinden, steht außer Zweifel und gehört kritisiert.

Dieser Umstand gibt aber auch hier keinen Anlass, sich auf die Seite derer zu stellen, die Israel und seine Bevölkerung vernichten wollen. Er rechtfertigt ebenfalls nicht ein Relativieren des Existenzrechtes Israels mit dem Verweis auf das Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Ein Zitat, welches dem Grundsatzdokument der *Hamas* vorangestellt ist, verdeutlicht das Vorhandensein solcher Vernichtungsvorhaben: »Israel will exist, and will continue to exist, until Islam abolishes it, as it abolished that which was before it.«²

Bei aller Kritik an der Militärpolitik Israels, bei allen sozialen Problemen und bei aller zu kritisierenden faktischen Diskriminierung von arabischsprachigen Bevölkerungsgruppen, so gilt es doch festzuhalten, dass Israel im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten seit Jahrzehnten eine funktionierende Demokratie darstellt.

Den Antizionismus verwerfen

Es ist immer wieder seltsam festzustellen, dass gerade linke Anhänger und Anhängerinnen von sogenannten nationalen Befreiungsbewegungen antizionistische Positionen einnehmen. Insofern ist eine Auseinandersetzung mit dem Antizionismus dringend erforderlich. Doch zuerst soll die Entstehung des Zionismus skizziert werden.

2 Vgl. »The Covenant of the Islamic Resistance Movement – Hamas«, 18. August 1988, Webseite des israelischen Außenministeriums: www.mfa.gov.il.

Exkurs zur zionistischen Linken: Ende des 19. Jahrhunderts entstanden in Europa jüdische nationalistische Bewegungen, darunter der Zionismus. Diese Bewegung für einen eigenen jüdischen Staat entstand in Reaktion auf den besonders aggressiven Charakter des Antisemitismus. Speziell in Mittel- und Osteuropa erhielten jüdische nationalistische Bewegungen besonderen Zulauf. Schließlich war dort die Lage für Jüdinnen und Juden durch das Fehlen bürgerlicher Gleichberechtigung und die soziale Not der jiddischsprachigen Bevölkerung besonders brisant.

Die Verbindung der Idee der Befreiung von Fremdherrschaft mit dem Gedanken eines souveränen Staates wurde von den Ideologen und Ideologinnen der antikolonialen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts übernommen. Auch die damalige kommunistische Bewegung hatte sich letztlich auf nationalstaatliche Lösungen festgelegt und in diesem Rahmen sogar ihrerseits das letztlich erfolglose Projekt eines jüdischen Sowjetstaates im fernen Osten betrieben. Die Forderung nach einem jüdischen Staat ist insofern von einem solchen Standpunkt aus nicht anzufechten.

Zionismus ist weder im geschichtlichen Rückblick noch in seinen modernen Tendenzen als einheitliche Ideologie zu verstehen. Linker Zionismus ist ein Teil des linken Erbes. Selbst in der von Anbeginn antizionistisch orientierten Sowjetunion wurde die Partei der zionistischen Kommunisten und Kommunistinnen, die *Poale Zion Linke* (»Arbeiter Zions Linke«), als letzte politische Partei außer den Bolschewiki bis 1928 toleriert. Sie trat für ein sozialistisches Palästina ein und bemühte sich vergeblich um die Aufnahme in die *Kommunistische Internationale*.

Neben dem linken Zionismus gab und gibt es jedoch auch zionistische Ideologien, die Nationalismus und Rassismus generieren. Diese gilt es zu kritisieren. Jenen Zionisten und Zionistinnen hingegen, die Nationalismus und Rassismus bekämpfen, gilt unsere Solidarität.

Der bedeutsame Beitrag der zionistischen Linken zur Gestaltung Israels lässt Elemente eines sozialistischen Projekts sichtbar werden, die allerdings auch hier kapitalistischer Realität und neoliberalen Reformen zum Opfer fallen. Formen der Gemeinwirtschaft und der Selbstverwaltung von unten haben das zionistische Staatsprojekt erst ermöglicht. Die 1948 gegründete linkszionistische *Mapam* war in ihrem Eintreten für Zionismus, für Sozialismus, für die Bruderschaft der Völker unter anderem vom *Poale-Zionisten* Ber Borochow (1881–1917) inspiriert. Der Versuch der Arbeiterzionisten und -zionistinnen, Sozialismus von unten aufzubauen, verdient aus linkssozialistischer Sicht Anerkennung.

Kritik des Antizionismus: Es gibt eine Reihe gewichtiger Gründe, für die aktuelle außenpolitische Debatte den alten Antizionismus zu verwerfen. Da wären zum einen die historische Legitimität der jüdischen Nationalbewegung und der israelischen Staatsgründung. Der Umstand, dass jüdische Identität, bzw. eine wie auch immer zugeschriebene jüdische Abstammung heute noch immer eine Gefährdung für Menschen darstellt, ist ein wichtiger Grund, der die Existenz Israels nicht nur rechtfertigt, sondern auch erfordert.

Noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts gingen nichtzionistische Linke davon aus, dass durch die Verbesserung der sozialen Lage sowie durch Gleichstellung der jüdischen Werktätigen an ihrem jeweiligen Lebensort ein eigener Staat überflüssig werden würde. Diese Hoffnungen mögen damals begründet gewesen sein. Allerdings zeigt die Gegenwart, dass diese assimilatorischen Vorstellungen der nichtzionistischen Linken leider nicht eingelöst wurden. Somit bleibt die zionistische Agenda aktuell. Aktueller Antizionismus kann also keine Grundlage eines linken Meinungskonsenses sein. (Nur um nicht missverstanden zu werden: Die Ablehnung des heutigen Antizionismus ist deutlich von einer inhaltlich begründeten Kritik an einzelnen zionistischen Ideologien zu unterscheiden. Allerdings muss dann auch der Standort der Kritik benannt werden. Die Kriterien, die hier interessieren, sind linke Prinzipien wie Gleichheit und Freiheit.)

Darüber hinaus gehört zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Antizionismus eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Elementen in den eigenen Traditionslinien. Um es noch einmal zu unterstreichen: Es geht um antisemitische Elemente einzelner Traditionslinien. Eine Gleichsetzung des historischen Antizionismus mit Antisemitismus hingegen wäre kontrafaktisch, ahistorisch und leichtfertig. Wie überhaupt in aktuellen Auseinandersetzungen der Vorwurf des Antisemitismus angesichts seiner Schwere nicht leichtfertig verwendet werden sollte.

Die Vorgänge der sogenannten schwarzen Jahre (1948–1953) in der Sowjetunion und in Osteuropa gehören aber natürlich in eine kritische Aufarbeitung der linken Geschichte. Damals, in der Phase des späten Stalinismus, schlug der zuvor auch von jiddischen Bolschewiken und Bolschewikinnen der *Ewsekzija* propagierte kommunistische Antizionismus in eine Spielart des Antisemitismus um. Dabei tauchen explizit immer wieder drei Vorwürfe auf – und zwar erstens der »jüdischen Weltverschwörung«, zweitens dem Zionismus und drittens den amerikanischen Weltherrschaftsplänen zu dienen. Der antisemitische Charakter wird durch den Umstand, dass die Vorwürfe alle Jüdinnen und Juden unter Generalverdacht stellten und sich explizit nicht nur gegen Zionisten und Zionistinnen richteten, bestätigt. Alle diese Momente trugen in der Spätphase des Stalinismus dazu bei, aus dem Zionismus eine Art böartige destruktive Ideologie zu konstruieren.

Auch – aber nicht nur – wegen dieser besonders schwarzen Seite des Antizionismus ist es erstrebenswert, den Antizionismus zu verwerfen.

Bündnispartner im demokratischen und emanzipatorischen Spektrum suchen

Wenn am Anfang dieses Textes von einer polyzentrischen Welt unter den Bedingungen US-amerikanischer Dominanz gesprochen wird, so ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Suche nach geeigneten Bündnispartnerinnen und -partnern der Linken heute. Es wäre verkürzt, die radikal-islamischen Bewegungen auf den

Charakter von Protestbewegungen unterdrückter Bevölkerungen zu reduzieren, wiewohl sich in ihrem Rahmen Protest kanalisiert. Moderne linke Kritik globaler Machtpolitik kann – wie bereits oben ausgeführt – nicht bruchlos an die Imperialismuskritik aus Zeiten des Kalten Krieges anknüpfen. Aus heutiger Sicht stellen sich viele »historische« Konflikte in einem anderen Licht dar und erfordern eine politische Neubewertung. Es bedarf einer Kritik, die frei von Mystifizierungen und Verschwörungstheorien ist.

So gibt es keinen erkennbaren Grund für Sympathien mit jenen, die ihren Protest auf menschenverachtende Weise gegen Zivilistinnen und Zivilisten richten. Die ohnehin zu befragende und aus »alten Tagen« herrührende Solidarität mit nationalen, sogenannten antiimperialistischen Befreiungsbewegungen lässt sich nicht ohne weiteres auf den aktuellen radikalen, bzw. »Politischen Islamismus« beziehen. Nach Einschätzung der im Libanon lebenden Friedensaktivistin Raika Hatoum nutzt der »Politische Islam« den Islam nur als Vehikel für eine rechtsorientierte Restrukturierung der herrschenden Klassen. Der Widerstand der *Hizbollah* ebenso wie der »Widerstand« im Irak – so Hatoum – artikuliere einen religiös aufgeladenen Nationalismus und nicht den Widerstand der Arbeiterklasse. Hinzu kommt eine gnadenlos inhumane Einstellung gegenüber möglichen Opfern und auch gegenüber den eigenen Akteuren und Akteurinnen. Eine emanzipatorische Komponente ist bei diesen »antiimperialistischen« Bewegungen nicht erkennbar. Weder für Einzelne noch für Kollektive ist hier ein Freiheitsgewinn zu erkennen.

Sind trotzdem – womöglich mit Verweis auf die besondere historische Situation – Sympathien mit diesen Gruppen oder Verständnis für sie angemessen? Vermutlich möchte niemand, der diesen Text liest, in einer Gesellschaft leben, die nach dem Beispiel von Afghanistan zur Zeit der Taliban-Herrschaft organisiert ist. Warum also sollte dies den Menschen zugemutet werden, die im unmittelbaren »Einzugsgebiet« dieser Bewegungen leben? Solidarität mit Reaktionären – und sei sie nur zeitweilig – bringt den weltweiten Freiheitskampf nicht voran.

Unsere Solidarität mit der libanesischen oder palästinensischen Bevölkerung kann sich nicht darin ausdrücken, dass wir die bei großen Teilen dieser Bevölkerung vorhandenen Sympathien zu den radikalen Befreiungsbewegungen teilen. Bündnispartner und -partnerinnen müssen wir uns unter den demokratisch und zivilgesellschaftlich orientierten Kräften in dieser Region suchen. Es gilt praktische Solidarität mit den sozialen Bewegungen zu üben, die sich der herrschenden Konfrontationslogik entziehen. Auch wenn hierzulande solche sozialen Bewegungen kaum wahrgenommen werden, so gibt es sie doch. So fanden beispielsweise in der irakischen Stadt Basra Studierendenproteste statt, die sich einerseits gegen den Politischen Islam und andererseits gegen die US-amerikanische Besatzung richteten.

Attac Deutschland bringt es in seiner Erklärung zum Krieg im Nahen Osten auf den Punkt: »Je ausgewogener das Politische in ethnische, nationale, rassistische Ka-

tegorien gezwungen wird, in desto weitere Ferne rückt die Befreiung von Unterdrückung, Ausbeutung, Ausgrenzung.« Linke Strategien schließen also die Tolerierung rassistischer Denkmuster bei möglichen Bündnispartnerinnen und -partnern aus. Der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung muss stattdessen bei einer Kritik ethnischer und rassistischer Kategorien ansetzen.

Partei ergreifen für Gewaltfreiheit

Selbst wenn man keine strikt pazifistische Grundhaltung einnimmt, gibt es entscheidende Gründe dafür, dass die Linke in der Frage, welche Mittel bei der Durchsetzung von linken Zielen angewendet werden sollten und welche nicht, klar Partei für Gewaltfreiheit ergreift. Die Friedensbewegung hat aus gutem Grund immer wieder auf den schrecklichen Mechanismus der Gewaltspirale hingewiesen. Wer erst einmal persönlich Leid erfahren hat, wer womöglich Angehörige und Freunde verloren hat, ist schneller für den Irrweg des Hasses und der Vergeltung als für den Weg der friedlichen Konfliktlösung zu gewinnen. Die Leidtragenden des Irrweges sind dann auf beiden Seiten jeweils unschuldige Männer, Frauen und Kinder. Wenn erst einmal die Waffen sprechen, haben es die Stimmen der Vernunft und des Rechts schwer, sich Gehör zu verschaffen. Die Linke darf einfach nicht Teil der Gewaltspirale werden. Schon allein deswegen, weil sie damit zur Legitimierung dieser Methoden beiträgt.

Wer wie die USA über die Instrumente einer wirtschaftlich dominanten und militärisch aggressiven Militärmacht verfügt, der ist nicht angewiesen auf Räume der Verständigung und des Austauschs von Argumenten. Die Kräfte der Zivilgesellschaft hingegen, die Kräfte, die mit der herrschenden Logik und mit der herrschenden Macht brechen wollen, sind darauf angewiesen, dass es Räume gibt für Verständigung. Im Schatten von drohenden Gewaltanschlägen entwickeln sich solche Räume wohl kaum – und zwar unabhängig davon, ob die Gewaltanschläge auf Gesundheit und Leben von Menschen, von Staaten oder von Einzelgruppen abzielen.

Die USA setzen auf militärische Dominanz. Dem sollten wir nicht mit einem weiteren Dreh in der Gewaltspirale begegnen. Dem sollten wir eine multilaterale Spannungspolitik entgegensetzen.

Zusammenfassung

Im Zusammenhang mit der Herausbildung einer neuen linken Partei in Deutschland stehen wir vor der Herausforderung, uns kritisch unseren antiimperialistischen und antizionistischen Traditionslinien zu stellen. Eine solche Auseinandersetzung birgt die Chance zu einer kritischen Reflexion linker Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen. Wir kommen ferner nicht umhin anzuerkennen, dass sich

unsere Welt mit dem Untergang des Staatsozialismus gravierend gewandelt hat. Eine neue Herangehensweise erscheint dringend erforderlich.

Israel verdient unsere kritische Solidarität. Sein Existenzrecht ist unanfechtbar. Es darf nicht Projektionsfläche für real empfundene, aber nicht hinterfragte Widersprüche innerhalb des globalen Kapitalismus werden. Der Antizionismus ist spätestens seit den 1950er Jahren in den Kontext des Kalten Krieges zu stellen und für aktuelle Politikansätze zu verwerfen. Mit nationalen, sogenannten anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen, die sich der Methoden des Terrors bedienen, kann es kein Bündnis und keine Solidarität geben. Für die Linken in Deutschland stellt sich heute vor allem die Aufgabe, mit humanistisch gesinnten Vertreterinnen und Vertretern der Friedens-, Flüchtlings- und Frauenbewegung und den demokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern ins Gespräch zu kommen. Mögen diese Initiativen und Stimmen gegenwärtig auch noch so marginalisiert, unterdrückt und klein sein, sie bilden die Hoffnung auf eine andere, eine bessere Welt. Ihnen gehört unsere Unterstützung.

Antideutsche Linke oder antilinke Deutsche?

Bei dem Begriff »antideutsch« schrillen die Alarmglocken. Man ist versucht, das Gespräch – sofern es friedlich ausgehen soll – auf ein unverfänglicheres Gebiet zu lenken. Andernfalls droht Gefahr, dass eine hochemotionale Diskussion entsteht, die in einer ganz und gar unfriedlichen Trennung gipfelt. Vorwürfe des Antisemitismus, Rassismus, Proisraelismus, Islamismus oder Antiamerikanismus werden von allen Seiten zumeist völlig sinnentfremdet vorgenommen.

Linke Streitereien

Selten haben sich an einem Thema so die linken Geister geschieden wie seit Jahren schon an den antideutschen Positionen. Der Konflikt eskaliert derart, dass sich personell unterbesetzte Gruppen spalten und linke Organisationen auseinanderbrechen. So sehr die Diskussion um die Antideutschen die Linke erschüttert und verwirrt, so sehr geht sie an der übrigen Öffentlichkeit – von linksliberal bis Neue Rechte – ganz und gar vorbei. Dies ist beruhigend und bedenklich zugleich. In einigen Kreisen jedoch stößt die Entwicklung innerhalb der Linken auf größeres Interesse. Unter dem Titel »Linksextremisten demonstrieren gegen Linksextremisten« berichtete der Berliner Verfassungsschutz im Juli 2004: »Rund 200 linksextremistische sogenannte Antideutsche zogen am 10. Juli 2004 vom Hermannplatz bis zum Heinrichplatz, um ›Gegen den antizionistischen Konsens – Schluss mit der antisemitischen Gewalt in Kreuzberg und Neukölln‹ zu protestieren. Als Adressaten für die Vorwürfe sehen die Antideutschen die linksextremistischen Antiimperialisten. Begleitet wurde der Aufzug der Antideutschen am Sonnabend von ebenso vielen Gegendemonstranten aus dem antiimperialistischen Spektrum. Die Kontrahenten lieferten sich verbale Auseinandersetzungen, in denen sich beide Lager zum Beispiel Rassismus vorwarfen. Gegenseitig wurde darüber hinaus die Parole ›Nazis raus‹ skandiert – bezogen auf den jeweiligen Gegner aus dem linksextremistischen Spektrum. Zudem kam es zu mehreren Rangeleien, in deren Verlauf Eier und Tomaten, aber auch Flaschen und Steine geworfen wurden. (...) Anlass der Demonstration war eine Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der antideutschen Gruppe ›Kritik und Praxis‹ und Mitgliedern der Gruppe ›Revolutionäre Kommunisten‹ beim ›Karneval der Kulturen‹ am 30.05.04, wobei ein Mitglied der ›Revolutionären Kommunisten‹ ein ›Kritik und Praxis‹-Mitglied mit einem Messer am Oberschenkel verletzte. (...) In der sehr emotional geführten Diskussion zwischen antideutsch und antiimperialistisch ge-

prägten linksextremistischen Gruppierungen ist es bereits mehrmals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.«¹

Zumindest der Verfassungsschutz hat also seine Freude: Sogenannte Linke schlagen sich gegenseitig die Köpfe ein. Die Linke ist derzeit weit davon entfernt, eine starke Kraft in der Bevölkerung zu sein. Interne Anfeindungen und Zerwürfnisse führen zu einer unnötigen Schwächung und erschöpfen die ohnehin geringen Kapazitäten. Antideutsche Positionen stellen noch immer ein bedeutendes Gewicht in linken Diskussionszusammenhängen dar. Die Gründe dafür werden nicht ausreichend diskutiert, sondern treten hinter emotionalen Diskussionen über den Nahostkonflikt oder persönlichen Streitigkeiten in den Hintergrund. Wer Interesse an einer starken und handlungsfähigen Linken hat, wird sich mit den Positionen der Antideutschen *ernsthaft* auseinandersetzen müssen.

Allerdings gibt es kein Manifest *der* Antideutschen, dessen Positionen man analysieren könnte. Antideutsche stimmen miteinander zwar theoretisch in wesentlichen Punkten überein, ihre konkreten Positionen sind aber häufig sehr unterschiedlich. Insofern ist es unablässig, aus den Positionierungen verschiedener antideutscher Gruppen zunächst die allen gemeinsam zugrunde liegende *antideutsche Weltanschauung* zu abstrahieren. Tonangebende antideutsche Positionen finden sich in den Zeitschriften *Bahamas*², *Phase 2*³, *Jungle World* und zuweilen in der *Konkret*. Darüber hinaus gibt es einige Gruppierungen, die sich explizit als antideutsch bezeichnen und bei Veranstaltungen offensiv als solche auftreten.⁴ Sie unterhalten in der Regel im Internet Informationsportale, Magazine und dergleichen mehr. Mittlerweile verstehen sie sich häufig selbst nicht (mehr) als links und grenzen sich aufs Schärfste von der Linken ab.⁵ Aber auch in beinahe jeder größeren linken Organisation finden sich antideutsche Tendenzen.

Bei allen Uneinigkeiten und Streitigkeiten innerhalb der Linken bestand immer ein gewisser Grundkonsens: ein linkes Selbstverständnis, das die Grundlage gemeinsamer Aktionen und Diskussionen bildete. Genau dieses Grundverständnis wird von Antideutschen in Frage gestellt. Insofern ist zu erörtern, inwieweit es sich bei ihnen überhaupt noch um eine linke Strömung handelt. Zwar sind sie unbestreitbar aus der deutschen Linken entstanden, dies sagt aber noch nichts darüber aus, wo sie heute stehen. Dass sich auch aus der Linken reaktionäre Tendenzen entwickeln, ist keine Seltenheit. Gerade aus der deutschen Linken sind etliche Sektoren fragwürdigen Inhalts hervorgegangen.

1 Homepage des Verfassungsschutzes Berlin: www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/. – Vgl. auch Verfassungsschutz NRW zum Thema: www.im.nrw.de/sch/414.htm.

2 Siehe www.redaktion-bahamas.org.

3 Siehe <http://phase2.nadir.org/>.

4 Z. B. Kritik und Praxis Berlin, Antideutsche Kommunisten, Georg-Weerth-Gesellschaft Köln und diverse Antifragruppen.

5 »Wer es mit der Forderung ›Für den Kommunismus‹ ernstmeint, der wird erkennen müssen, dass Befreiung und Emanzipation nur gegen diese Linke erkämpft werden kann, nicht mit ihr.« – *Bahamas* 38/02, S. 14.

Mittlerweile mangelt es bereits an Diskussionen zu der Frage, was heute »links« bedeutet. In der autonomen Szene bezeichnen sich einige inzwischen nicht mehr als links, um sich nicht »einordnen« zu lassen. Zuweilen verstehen sich hingegen Konservative und Angehörige der »neuen Mitte« als linksliberal oder sozialdemokratisch. Auch der Zerfall klassisch linker Begrifflichkeiten wie des Faschismus- oder Imperialismusbegriffes, das immerwährende Gerede von »Extremismus« und den »zwei deutschen Diktaturen«, dem derzeit kaum etwas entgegengesetzt wird, tragen zu einem regelrechten Begriffs-Chaos bei. Darüber hinaus sind Standpunkte, die früher als rechts galten, heute weit verbreitet. Die deutsche Gesellschaft scheint – trotz der Verdrängung der alten Nazis – seit den 1970er Jahren immer mehr nach rechts zu rücken.

Linke Grundüberzeugung und antideutsche Weltanschauung

Während die Konservativen traditionell das Bestehende erhalten wollen, orientieren die Linken stets auf den Fortschritt in der Geschichte. Man könnte also meinen, links stehe für fortschrittlich und rechts für konservativ, rückwärtsgewandt oder reaktionär. Diese Richtungsangaben führen allerdings nicht weiter, solange Fortschritt als Bestandteil des Bestehenden definiert wird, die Geschichte trotz stetiger Weiterentwicklung der Wissenschaften in keine eindeutig erkennbare Richtung verläuft, sogar in vielen Bereichen derart rückläufig ist, dass die Bewahrung von bereits einmal Erreichtem zu einem linken Anliegen wird.

Marxistische Geschichtsauffassung

Nach der marxistischen Geschichtsauffassung ist die Geschichte eine von Klassenkämpfen, die schließlich – nach Fort- und Rückschritten – durch Revolutionen überwunden werden. Es herrscht mithin – auf lange Sicht – ein gewisser *Geschichtsoptimismus* vor. Die Unterdrückung Andersdenkender oder Fremder wird als typisches Mittel der Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft und als Ausdruck von Widersprüchen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften angesehen. Spätestens nach dem Holocaust ist das linke Selbstverständnis um die Erkenntnis erweitert worden, dass historische revolutionäre Situationen statt zu fortschrittlichen Umbrüchen auch zu Konterrevolutionen ungeahnten Ausmaßes führen können.

Die Antideutschen betrachten die Geschichte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Verfolgung von Juden. Antisemitismus zieht sich, so besehen, als ein roter Faden und in unterschiedlicher Vehemenz durch die Geschichte, kulminierte im Nationalsozialismus und ist seitdem nicht überwunden. Zwar weisen Antideutsche immer wieder auf ein »notwendig falsches Bewusstsein«⁶ und einen

6 »Der Antisemitismus ist die falsche Art und Weise sich den Kapitalismus zu erklären, er ist das notwendig falsche Bewusstsein der kapitalisierten Gesellschaft.« – <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismustreit.htm>.

aus dem Kapitalismus entstehenden »Verblendungszusammenhang« hin. Das Wesen von Ideologiekritik aber ist die Rückführung von Handeln auf Interessen: Wem nützt ein bestimmtes Handeln (*cui bono*)? Dies tritt jedoch bei antideutschen Analysen konkreter Situationen und bei Gesprächen über die Alltagspolitik allzu häufig in den Hintergrund. Der Unterschied zur traditionell linken Sichtweise besteht darin, dass die Antideutschen die nationalsozialistische Judenvernichtung nicht primär als krassen Ausdruck einer kapitalistischen Systemkrise, sondern als jenen des systemunabhängigen genuinen Charakters einer Menschengruppe (insbesondere der Deutschen) bewerten. Der Nationalsozialismus stellt in beiden Sichtweisen einen einzigartigen und schrecklichen Höhepunkt dar. Es werden jedoch je nach Analyse unterschiedliche Lehren für die Zukunft gezogen.⁷ Die Geschichtsauffassung der Antideutschen beruht auf der Annahme, dass der liquidatorische Antisemitismus bis heute virulent geblieben und deshalb ein erneuter Massenmord an den Juden derzeit noch möglich sei.

Antikapitalismus

Seit Marx geht die traditionell antikapitalistische Linke davon aus, dass der Kapitalismus ein System der Ausbeutung der Lohnarbeiter und die Grundlage der Entfremdung des Menschen vom Menschen ist. Menschenverachtende Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus sind zwar auch in früheren Gesellschaftsformationen wirkmächtig gewesen, erhalten aber im Kapitalismus eine besondere Qualität. Um den Charakter des ungezähmten Kapitalismus und seine Kompatibilität mit diktatorischen Regimen aufzuzeigen, wird vor allem auf die faschistischen Diktaturen in Lateinamerika der 1970er Jahre verwiesen, aber auch der Bogen zu den faschistischen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts gespannt, als deren grauenhafter Höhepunkt der Nationalsozialismus gilt.

Die Einstellung der Antideutschen zu Staat und Kapital ist allerdings höchst ambivalent. Einige bezeichnen sich als Kommunisten, während sie zugleich das Prinzip der freien Marktwirtschaft verteidigen. Einerseits teilen sie angeblich die radikale Kapitalismus- und Nationalismuskritik, andererseits ergreifen sie Partei für Staat und Kapital, wenn es darum geht, sie als Bündnispartner im Kampf gegen den von ihnen so bezeichneten »Islamfaschismus« zu gewinnen.

Die Antideutschen argumentieren, man wolle zwar das kapitalistische System überwinden, allerdings würde zurzeit nur dieses den drohenden (Islam-)Faschismus verhindern können.⁸ Es gelte sich also zunächst auf Seiten der kapitalisti-

7 »Die Welt nach Auschwitz ist eine andere. Somit hat Auschwitz in Bezug auf die Beurteilung dieser Welt eine Bedeutung, ob man das will oder nicht. Eine Kritik am Antisemitismus fordert die Zerschlagung eines deutschen Staates, aber auch jeglicher anderen Staaten mit Ausnahme von Israel.« – <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismusstreit.htm>.

8 Vgl. Redebeitrag der Antideutschen Kommunisten: »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«. Es wird konstatiert, dass »die Feinde der USA noch fürchterlicher sind, als der Weltpolizist selbst«. Weiter heißt es: »[Es] droht ein Schrecken, gegen den alle amerikanischen Gräueltaten harmlos erscheinen. (...) Nicht auszu-

schen Demokratien gegen die reaktionären faschistischen Kräfte zu stellen und erst danach das kapitalistische System anzugreifen.⁹ In ihren Augen halten sich die Antideutschen wohl an Max Horkheimer, der sich davor scheute, die USA – das Land, in das er vor den Nationalsozialisten flüchten konnte – allzu hart zu kritisieren, aus Angst davor, in einem vermeintlich falschen Moment mit seiner Kritik die Regierung zu schwächen, wovon womöglich der Faschismus profitieren könnte. Aber jener sagte auch: Wer den Kapitalismus nicht kritisieren will, soll zu Auschwitz schweigen. Auch eine dauerhafte Bezugnahme auf Adorno kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Antideutschen von der Ableitung des Holocaust aus der »bürgerlichen Kälte« längst abgerückt sind. Im Sinne der Totalitarismustheorien wird statt der traditionellen linken Staateneinteilung in *kapitalistische* Staaten mit demokratischem Antlitz und *kapitalistisch-faschistische* Diktaturen von den Antideutschen das Kapitalismuselement gestrichen und die Welt in zivilisatorische Demokratien und faschistisch-antisemitische Diktaturen eingeteilt. Dass hierbei der Zusammenhang zwischen den Demokratien und den Diktaturen und damit letztlich die Kapitalismuskritik verlorengeht, führt zu schwerwiegenden Verzerrungen in der Analyse.

Positives Menschenbild

Links zu sein, zeichnet sich wesentlich durch emanzipatorische Prinzipien aus. Von dem Grundsatz ausgehend, dass die Herrschaft des Menschen über den Menschen keine naturgegebene, sondern eine durch den Menschen selbst geschaffene Unterdrückung ist, wird Bevormundung jedweder Art bekämpft. Der Einzelne soll befähigt werden, selbst nachzudenken, sich seiner Lage bewusst zu werden und entsprechend zu handeln. Man interessiert sich für die Situation der Unterdrückten, der Randgruppen der Gesellschaft. Hierzu gehören in der Mehrzahl nichtintellektuelle Bevölkerungsschichten, deren Bedürfnisse man in linken Kreisen stets bemüht ist, ernstzunehmen. Ziel ist es, die Macht perspektivisch von oben nach unten zu verlagern, das heißt langfristig die Machtkonzentration eines bürgerlichen Staates zu überwinden. Der Mensch ist an und für sich dazu in der Lage, sich selbst zu befreien. Man könnte diese linke Grundüberzeugung durchaus als positives Menschenbild bezeichnen, da grundsätzlich vorausgesetzt wird, dass der Mensch zumindest gut sein kann.

denken, was passiert, wenn der Irak tatsächlich die Fähigkeiten erlangt, Tel Aviv zu eliminieren. (...) Wenn schon der Kapitalismus in der ganzen Welt kriselt und ganze Weltteile zusammenbrechen, so könnte es der Menschheit wenigstens eine Atempause verschaffen, wenn die USA die Kräfte aufhält, die auf die Krise ganz nach dem deutschem Vorbild reagieren.« – www.antideutsch.tk. – Siehe auch: »Bei allen Borniertheiten, die eine spätkapitalistische Industriemacht notwendig an sich hat, verteidigen die USA mit ihrer Weltordnung die Welt gegen den Faschismus und Israel gegen die Bedrohung der Eliminierung.« – Flugblatt der antideutschen Kommunisten vom 9. Dezember 2002, www.antideutsch.tk.

9 »Wer [nicht] gegen Europa und für die USA agitiert, der wird auch nie zum Kommunismus kommen können, der doch so dringend geboten ist und von dem schlicht niemand auch nur reden mag.« – Ebenda.

Bei vielen Antideutschen ist demgegenüber eine gewisse Menschen- und Bevölkerungsverachtung anzutreffen. Die Minderheitenposition, in der sich Linke häufig befinden, wurde traditionell immer als ein zu überwindender Zustand betrachtet. Die Antideutschen haben sich bewusst in ihr eingefunden. Die »dumme Mehrheit« erscheint ihnen als verachtenswerter Gegner, den es zu bekämpfen gilt.¹⁰ Begründet wird dies folgendermaßen: In der Zeit der Manipulation durch Presse und Politiker, in der Millionen Menschen zur Unmündigkeit erzogen werden, sei es den »verblendeten« Menschen gar nicht möglich, wirklich revolutionäre Gedanken zu entwickeln. Gerade die Deutschen seien nicht imstande, größere Zusammenhänge zu entdecken, seien nur auf ihre privaten Vorteile, aber nie auf eine Systemveränderung aus und suchten sich Sündenböcke, an denen sie ihre Wut auslassen können.¹¹ Dementsprechend wird von Antideutschen die Übertragung der Macht auf »den kleinen Mann auf der Straße« mit großer Skepsis gesehen. Immerhin sei in den Massen der autoritäre Charakter, der für den Faschismus konstitutiv gewesen ist, weit verbreitet.

Diese Argumentation blendet allerdings aus, dass der Nationalsozialismus niemals an die Herrschaft gelangt wäre, wenn nicht die traditionellen Eliten des Kaiserreiches und der Weimarer Republik aus Militär, Wirtschaft und Politik Hitler und seinen Gefährten die Staatsmacht übertragen hätten, gleichsam als Abwehr der proletarischen Ideen in Gestalt einer Revolution des »kleinen Mannes« und der Arbeiterbewegung. Es waren erst die Eliten, die den Nationalsozialisten Tür und Tor öffneten, bevor die Massen auf den Faschismus umschwenkten und die Arbeiterbewegung gleichgeschaltet, das heißt zerschlagen wurde. Dass die Massen schließlich den Nationalsozialismus mittrugen, hat weniger mit deren anthropologischen Charakter, aber viel mit kapitalistischen Herrschaftstechniken zu tun.

Die Erkenntnis, dass Menschen, denen es schlecht geht, anfälliger für rassistische Ideen sind, weil sie ihre (berechtigte) Wut gegen die Falschen richten, wird von Antideutschen derart überspitzt, dass sie zu einer Entfremdung von sozialen Bewegungen führt. Statt in zugespitzten Verhältnissen *aktiv* zu werden und über die wirklichen Ursachen der Probleme aufzuklären, die Chance der Bewusstwerdung zu nutzen, entfernen sich Antideutsche solcher Gemengenlage, halten Abstand und arbeiten gegen das Entstehen von sozialen Bewegungen an. Statt eines emanzipatorischen Anliegens dominiert die zweifelhafte Gewissheit, dass Massen nicht aufzuklären, das heißt unbelehrbar seien.

10 Antideutsche sprechen zum Beispiel von »den geknechteten und oft scheußlichen Massen«, vgl.: »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«, www.antideutsch.tk.

11 »(...) das Leben zu führen, das man gerade führt, ist so erbärmlich, dass kein Mensch es aushalten kann – es sei denn, er schaltet sein Hirn aus. (...) Deshalb erkennt Ihr auch keine Herrschaft mehr (...). Euer Irrationalismus ist nur der der aktuellen Erzeugungsart und das Prädikat dumm damit eine Tatsachenfeststellung und keine Beleidigung.« – Antideutsche Kommunisten zum Studierendenstreik 2003, – www.antideutsch.tk. – Siehe auch: »Weil aber den Bildzeitungslesern nicht ernsthaft Vorwürfe zu machen sind, wenn noch nicht einmal die postmoderne linke Intelligenz, denkfaul wie sie heute ist, einen vernünftigen Gedanken herausbringt (...).« – »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«, a. a. O.

Solidarität mit den unterdrückten Massen

Eng mit dem Emanzipationsgedanken verbunden war und ist für Linke stets der Solidaritätsgedanke. Solidarität führt überhaupt erst zur Stärke gegenüber der herrschenden Klasse. Wer auf die Massen verzichtet, die Notwendigkeit der Solidarisierung nicht teilt, der hat sich vom Emanzipationsgedanken zumindest in der Einheit von Theorie und Praxis verabschiedet und setzt – wenn er sich aus der Politik nicht gänzlich heraushält – auf die herrschenden Eliten: auf ihren Einfluss und ihre Gewalt. Mit linkem Verständnis hat das nichts mehr zu tun. Linke setzen auf Aufklärung, nicht auf Zurückhaltung der Massen. Sie bemühen sich um die Solidarisierung der Unterdrückten, der Beherrschten, Schwachen und Gedemütigten. Für Antideutsche gibt es als Objekt ihrer Solidarität einzig (ehemals und aktuell) verfolgte Juden, mit denen sie sich zu deren vermeintlichem Schutze bedingungslos solidarisieren.¹² Sie stellen sich zu diesem Zweck hinter die israelische und die US-amerikanische Regierung und rechtfertigen noch die gewalttätigsten Maßnahmen derselben. Damit stehen sie – weit von emanzipatorischen Gedanken entfernt – an der Seite eines kapitalistischen Herrschaftsapparats.

Das linke Handeln in Kollektiven hat auch praktische Gründe. Streiks, Protestaktionen, Demonstrationen sind ein öffentlicher Ausdruck von kollektiver Unzufriedenheit, dem der Gedanke zugrunde liegt, den politischen Protest zu legitimieren. Nun ist allerdings nicht erst durch den Nationalsozialismus klar geworden, dass Menschengruppen sich nicht nur dann bilden, wenn sich Personen mit politischem Bewusstsein dazu entschließen, gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen. Unbewusste Revolten der Massen können ins Desaster führen.

Linke versuchen in diesen Situationen, alle Personen zum eigenständigen und kritischen Denken aufzufordern und so viel Beteiligung und Rückkopplung wie möglich bei Entscheidungen zuzulassen. Antideutsche lehnen aber bereits die Massensituation an sich ab und diffamieren die Akteure. Die »Hartz IV«-Proteste, die Antiglobalisierungsbewegung und Demonstrationen gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak hatten aus ihrem Blickwinkel angeblich einen antisemitischen Hintergrund. Während die Linken sich darum bemühten, rechte Gruppen von den Protesten fernzuhalten, waren für Antideutsche die in Einzelfällen mitlaufenden Neo-Nazis auf Demonstrationen so wie die gelegentliche Gleichsetzung von Bush und Hitler auf Plakaten eine Bestätigung für das falsche und gefährliche Bewusstsein der Massen, und dafür, dass Proteste in Deutschland immer kippen müssen. Die Empörung der Antideutschen über »die Linken« war groß, die Kritik verächtlich: »die Antifaschistische Aktion Berlin verteidigt nun zusammen mit den Antisemiten von Attac, den Grünen und der PDS den Frieden und damit Saddam Hussein. Sie mobilisieren den pluralen Mob zur großen Friedensdemo (...). Schlägt die Antifa sich auf die Seite der deutschen Bürgerinnen

12 »Der Staat Israel wurde notwendig zum Schutz der Juden, nachdem der erste Anlauf zur kommunistischen Weltrevolution am Proletariat in den Metropolen scheiterte. (...) Die sich staatlich organisierenden Juden lassen sich nicht mehr abschlagen!« – Flugblatt der Antideutschen Kommunisten vom 9. Dezember 2002.

und Bürger, also auf die Seite der Friedensbewegung, so befindet sie sich auf der Gegenseite derer, die für Emanzipation kämpfen. (...) Die sozialen Basisbewegungen Europas und die Islamisten haben denselben Feind.«¹³ Die historisch eingehend bekannte Situation, dass (Neo-)Nazis linke Einstellungen mit nationalisierten Vorzeichen *scheinbar* übernehmen, um Personen für sich zu gewinnen, müsste eigentlich genau dadurch bekämpft werden, dass man selbst die besagten Themen aufgreift und die Neo-Nazis verdrängt, anstatt die »oft scheußlichen Massen«¹⁴ sich selbst zu überlassen.

Wenn Antideutsche sich gegen »Massenaktionen« wenden, weil dort die Bereitschaft, sich führen zu lassen, zum Ausdruck komme, ignorieren sie, dass politische Ziele von unten nur über Protestaktionen der Massen durchzusetzen sind. Ein anderes Mittel gibt es gar nicht. Wer es nicht nutzen will, hat sich längst entpolitisiert. Zu behaupten, das Mittel des Protestes zum Erreichen eines berechtigten Zwecks sei nur deshalb schlecht, weil auch Neo-Nazis – wenn man sie nicht daran hindert – mitmachen könnten, ist wohl mit dem vergleichbar, dass man keine Che-Guevara-T-Shirts mehr tragen dürfe, weil diese neuerdings unter Neo-Nazis Mode geworden sind. Oder man dürfe nur deshalb nichts mehr gegen das US-amerikanische System sagen, weil die Neo-Nazis ebenfalls etwas dagegen haben. Oder man dürfe keine Palästinenser-Tücher mehr tragen, weil diese auch von Selbstmordattentätern getragen werden.

Antiimperialismus

Ein weiterer Aspekt des linken Grundverständnisses ist der Antiimperialismus. Der Imperialismus wird als internationales System der Ausbeutung gesehen. Anstatt nur Missstände im eigenen Land zu kritisieren, wenden sich Linke auch gegen die Unterschiede zwischen den Staaten, die Ausbeutung der Dritten Welt und gegen Kriege, die zum Zwecke der Ausbeutung geführt werden. Man solidarisiert sich auch mit den Unterdrückten anderer kapitalistischer Länder gegen die dort Herrschenden – in dem Wissen, dass die Überwindung von Kapitalismus und Nationalstaatlichkeit überhaupt nur im globalen Rahmen erfolgreich sein kann.

Die Antideutschen solidarisieren sich im Gegensatz dazu mit den Staatsmächten der USA und Israels. Ähnlich wie beim Geschichtsbild fällt auch hier auf, dass das Hauptaugenmerk auf der Verfolgung von Juden liegt. Da allerdings die USA

13 Ebenda. – Solche abstrusen Behauptungen sind keine Ausnahmen in antideutschen Publikationen. Siehe: »Ist es nicht so, dass der Antikapitalismus von Globalisierungsgegnern nationalsozialistisch gestimmt ist und nicht die Befreiung, sondern die Verewigung des Elends und der Unterdrückung im Schilde führen (...)?« – »Kommunismus statt Antikapitalismus«, www.redaktion-bahamas.org. Siehe auch: »Die Deutschen waren weder Patrioten, noch hatten sie irgendwelche Ideale zu verteidigen – aber sie blieben selbst dann noch friedlich gegenüber ihren Herrschenden, als ihnen die Bomben der englischen und amerikanischen Flieger auf den Kopf regneten – anders als die Iraker, welche im Golfkrieg 1991 den Aufstand wagten und die USA als Befreier begrüßten. Dieser Durchhaltewillen ist es, der auf Friedensdemonstrationen eingeübt wird.« – Flugblatt »Letzte Warnung« der Antideutschen Kommunisten, a. a. O.

14 »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«, a. a. O.

und auch Israel am internationalen System der Ausbeutung aktiv beteiligt sind, geraten die Antideutschen abermals in eine widersprüchliche Haltung. Da sie aus der Geschichte eine bedingungslose Solidarität mit dem israelischen Staat ableiten, nehmen sie eine unkritische Haltung gegenüber jener Staatsmacht ein, die die Palästinenser als Bürger zweiter Klasse im eigenen Land wie auch auf palästinensischem Gebiet unterdrückt. Ebenso wenig stören sich Antideutsche an der Außenpolitik der USA – etwa in Lateinamerika. Dass es auf der Erde Regionen mit ganz anderen Konflikten und Problemen jenseits von Antisemitismus gibt, wird kaum wahrgenommen. Viele Antideutsche wollen gar nicht antiimperialistisch sein, weil dies nicht ihre »Aufgabe« sei; sie haben die antiimperialistischen Linken zu ihren Gegnern erklärt.¹⁶ Sie agieren auch nicht international. Sie kritisieren die deutsche Bundesregierung nicht dafür, dass sie die Bundeswehr zu Kampfeinsätzen ins Ausland entsendet, sondern dafür, dass sie sich *nicht genügend* hinter die USA stellt, wenn diese Kriege führen.¹⁷ Daran, dass Deutschland ob seines (sowieso geheuchelten) Pazifismus gescholten wird, macht sich eine Bereitschaft der Antideutschen zum Krieg bemerkbar, die dem linken Grundverständnis zuwiderläuft. Indem unter dem Vorwand »Nie wieder Auschwitz« Kriege gerechtfertigt werden, geht der *Zusammenhang* zwischen Krieg und Auschwitz verloren.

Antisemitismus- und Rassismuskritik

Es hat selbstverständlich seinen guten Grund, insbesondere Antisemitismus in der Welt zu bekämpfen. Diesen Kampf allerdings aus dem antirassistischen und antikapitalistischen Kontext herauszunehmen, birgt die Gefahr, zu vergessen, worum es eigentlich geht: die Veränderung der Welt, die Rassismus und Antisemitismus erst hervorbringt. Antisemitismus ist eine *besondere* Form des Rassismus, da eine Personengruppe auf Grund ihrer *Religionszugehörigkeit* seit Tausenden von Jahren diskriminiert, verfolgt und ermordet wurde. Deshalb geht es in linken Kreisen, einmal mehr in Deutschland, stets darum, *insbesondere* gegen Antisemitismus vorzugehen.

15 Vgl.: »Coole Kids tragen kein Palituch«, Homepage der Antifa-Duisburg, www.antifa-duisburg.de/pali.htm.

16 »Der Antiimperialismus als das höchste Stadium der Dummheit, ist ein wesentliches Merkmal deutscher Identität.« – <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismusstreit.htm>.

17 »Die [deutsche Politik] steht allerdings der zivilisatorischen Form amerikanischer Außenpolitik diametral entgegen, nur, sie ist nicht militaristisch und auch nicht großdeutsch, sondern (...) Zeichen des antiamerikanischen Bündnisses mit der ›Dritten‹ und hier insbesondere der islamischen Welt gegen Amerika.« – Sören Pünjer auf www.conne-island.de/nf/111/27.html. – Zum Irak-Krieg schreiben Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken in der *Bahamas* über die USA, dass ihr »Kriege seit der Revolution immer einem klar formulierten Ziel gedient haben, das ideologisch ausgedrückt am besten mit dem Wort ›Freiheit‹ zu umschreiben ist: Ob gegen die britische Krone, den spanischen Kolonialismus, Emporer Wilhelm, die Nazis oder den Kommunismus.« Oder: »Als junger Mensch wird man in Deutschland in dem Ungeist erzogen, dass Krieg ›an sich‹ schlecht und Nationalismus immer die Vorstufe oder eine Form von Faschismus ist.« – Sören Pünjer auf www.conne-island.de/nf/111/27.html.

Antideutsche lösen aber den Antisemitismus vom Rassismus ab und betrachten ihn als etwas Einzigartiges. Dabei gehen einige sogar so weit, neofaschistische Gruppen, die sich gegen den Bau von Moscheen einsetzen, gegen den Vorwurf des Neonazismus zu verteidigen.¹⁸ Die Antideutschen sind häufig nicht nur nicht antisemitisch: Bei Demonstrationen wie der der *Bahamas* in Berlin-Kreuzberg im Jahr 2004, bei der unter anderem die Schließung von Migrantprojekten gefordert wurde,¹⁹ wie auch in Artikeln über islamische Migranten, die in einem Atemzug mit islamistischen Selbstmordattentätern genannt werden, kommen klar rassistische Tendenzen zum Vorschein.

Rassismus ist bereits die Herleitung eines nationalen Charakters aus unabänderlicher Natur oder die Subsumierung des Einzelnen unter eine kollektive Identität, ohne Herleitung aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, ihrer Genesis und Geltung. Rassistisches Denken unterteilt Menschen in unterschiedliche Gruppen und bewertet diese. Insofern ist nicht nur der Antisemitismus, sondern auch der Philosemitismus rassistisch. In diesem Sinne ist auch der Antiamerikanismus genauso rassistisch wie es ein »Anti-Franzosisimus«, »Anti-Afrikanismus« oder »Anti-Brillenträgerismus« wäre, und auch antiislamische oder antideutsche Grundhaltungen sind rassistisch.

Die Tatsache, dass es innerhalb einer größeren Gruppe immer fortschrittliches und zugleich auch reaktionäres Potential gibt, wird von Antideutschen oft übersehen. Dass es zwischen den Palästinensern auch solche gibt, die Selbstmordattentate ablehnen, diese sich sogar in der Mehrheit befinden, so dass es kein Problem darstellen könnte, sich mit ihnen zu solidarisieren, scheint nicht von Belang zu sein. Dass selbst bedeutende israelische Kräfte den Israel-Palästinakonflikt sehr viel differenzierter sehen als Linke in Deutschland, wird ebenfalls nicht beachtet. Weil Israel unbestreitbar ein Zufluchtsort für Juden ist, darf seine Existenz nicht hinterfragt werden, die Entscheidungen der israelischen Regierung können aber sehr wohl kritikwürdig sein. Viele linke Israelis lehnen die Mauer, die Israel von den palästinensischen Gebieten trennt, strikt ab. Die Mauer gilt Antideutschen aber gleichsam als »Schutzzaun«, der *die* Israelis, das heißt *die* Juden vor *den* Palästinensern schützen soll. Linke Israelis hegen allerdings deutliche Zweifel daran, dass ihre Regierung stets zu dem Zwecke handelt, »die Vernichtung seiner Bürger zu verhindern«²⁰. Wer die israelische Regierung für Maßnahmen wie den

18 So schreibt die antideutsche Georg-Weerth-Gesellschaft aus Köln über die Antifa K: »Um aber doch ein klares Feindbild in Köln zu haben, verpasst sie keine Gelegenheit, die rassistische Bürgerbewegung Pro Köln in eine Nazi-Partei umzulügen, die sie nicht ist, und den Nationalsozialismus damit um sein zentrales Element, den Antisemitismus (welcher eben bei Pro Köln nicht im Vordergrund steht), zu verkürzen und somit zu verharmlosen.« – www.gwg-koeln.com/text_referat_antifa.html. – Siehe auch: »der Antisemitismus, welcher unbestreitbar das wichtigste Merkmal des Nationalsozialismus ist, [ist] bei Pro Köln zwar vorhanden, aber eben nicht zentral (...)« – www.gwg-koeln.com/text_antifa.html.

19 Redebeiträge, die auf der Demonstration gehalten wurden, sind unter www.redaktion-bahamas.org/aktuell/10-7-04-Beitraege.htm zu finden.

20 »Allererster Zweck [des Staates Israel ist es], die Vernichtung seiner Bürger zu verhindern. Was immer der israelische Staat (...) als Herrschafts- und Gewaltinstanz gegenüber seinen Untertanen und den auf seinem Territo-

Mauerbau kritisiert, spricht nach Ansicht der Antideutschen Israel schon beinahe das Existenzrecht ab. Das wiederum würden die feindlichen Nachbarstaaten Israels auch tun, deren arabische Bevölkerungen alle Juden am liebsten ins Meer werfen würden. Wenn jemand nicht bedingungslos für Israel ist, sei er mithin dagegen.²¹ Zwischentöne gibt es nicht. Die befremdende Tatsache, dass Antideutsche damit Positionen der äußersten israelischen Rechten vertreten, wird von diesen durch einen Taschenspielertrick aus dem Weg geräumt: Man spricht der israelischen Linken ab, links zu sein.²² Und deutschen Linken wird unentwegt Antisemitismus unterstellt.²³

Neben Israel bleiben auch die USA vor pauschalen Sympathiebekundungen der Antideutschen nicht verschont. Sie werden als einziger Staat wahrgenommen, der rundherum mit Israel solidarisch sei. Mithin erscheinen auch sie als »guter Staat«. Folgerichtig wird die deutsche Regierung dafür angegangen, dass sie die USA kritisiert. Wenn Linke hierzulande die USA kritisieren, tun sie das in den Augen der Antideutschen ebenfalls aus einer antisemitischen Motivation. Anti-amerikanismus wäre danach grundsätzlich antisemitisch. Diese Einteilung der Welt in gute Amerikaner, gute Juden, aber böse Muslime und böse Deutsche, ist eindeutig rassistisch.

Deutsche Vergangenheitspolitik und Instrumentalisierung

Als zentralen Grundsatz nehmen Antideutsche für sich in Anspruch, etwas gegen Deutsche und ihre mangelnde Aufarbeitung des Faschismus zu haben. Dies unterscheidet sie erst einmal nicht von anderen linken Strömungen. Deutsche Linke leben in einem Land, das mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nur sehr bedingt gebrochen hat.

Grotesk mutet der Umstand an, dass Antideutsche kaum einen Gedanken an die Erinnerung von deutschen, kommunistischen Widerstandskämpfern gegen das »Dritte Reich« verwenden. Wenn sie von der Prämisse ausgehen, dass alle Deutschen grundsätzlich antisemitische Täter seien, dann duldet dieses Verdikt keiner-

rium lebenden Nichtbürgern tut, alles also, was der Kritik Anlass und Gründe liefert – es ist dieser Funktion untergeordnet.« – Stephan Grigat: »lechts und rinks – und wie man das verwechseln kann, wenn es um Israel geht«, in: Konkret 12/2005, zu finden auch unter www.cafecritique.priv.at/dilemma2.html.

21 »Wer aber Juden und Jüdinnen angesichts der täglichen Bedrohung das Recht auf Selbstverteidigung streitig macht, verfolgt daher, wissentlich oder nicht, die Auslöschung des jüdischen Staates.« Es wird eine Solidarität verlangt, »die es nicht vermag zwischen zivilen und militärischen Opfern zu unterscheiden, eine Solidarität, die mit der israelischen Regierung ebenso solidarisch ist wie mit der israelischen Bevölkerung, dem israelischen Staat und seiner Armee, die alles daran setzen, dem Ansturm der Barbarei standzuhalten.« – »Die Linke und ihr Hass auf Israel«, www.cafecritique.priv.at/Sisrael.html.

22 Vgl. Grigat: »lechts und rinks«, a. a. O.

23 Vgl. Tjark Kunstreich in der *Jungle World* vom 13. Februar 2002: »Wo deutsche Linke sich zusammenrotten, fasst man auch schon mal Mut, es den »Judenknechten« und »Zionistenschweinen« zu zeigen: So auf Demonstrationen (...), wo Leute mit proisraelischen Transparenten beschimpft bzw. von den Veranstaltern ausgeschlossen wurden. (...) Mit anderen Worten: Was der politischen Klasse die Walser-Rede war, ist der deutschen Linken der 11. September.« – Zit. n. »Sie warn die Antideutschesten«, a. a. O., S. 117.

lei Ausnahmen. Auch die kommunistischen Widerstandskämpfer werden über einen Leisten geschlagen. Dies ist der gleiche Umgang, den der westdeutsche Staat seit jeher mit kommunistischen Antifaschisten pflegt. Antideutsche identifizieren sich stattdessen lieber mit den siegreichen amerikanischen Bombern.²⁴ Damit verhalten sich auch die Antideutschen respektlos gegenüber jenen Deutschen, die ihr Leben im Widerstand gegen Faschismus und Antisemitismus verloren haben.

Antideutsche lehnen vorgeblich eine Gleichsetzung des Holocaust mit anderen Verbrechen der Geschichte oder Gegenwart ab. Sie selbst allerdings betreiben ebensolche Gleichsetzungen, um Kriege zu rechtfertigen. Sie ziehen Parallelen zwischen dem gegenwärtigen Antisemitismus in der islamischen Welt und dem der 1930er Jahre in Deutschland und Europa.²⁵ Die islamistischen Selbstmordattentäter werden als gelehrige Schüler der Nazis und als »Islamfaschisten« aufgefasst; ihre Attentate werden als »antisemitische Massaker« in eine Reihe mit dem nationalsozialistischen Massenmord gestellt.²⁶ In solchen Gleichsetzungen kommt eine Relativierung der Verbrechen des »Dritten Reiches« zum Ausdruck. Antideutsche, die sich zu solchen Gleichsetzungen hinreißen lassen, verkennen dadurch selbst die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung.

Der Antisemitismus in der islamischen Welt hat gerade nicht dieselben Ursachen wie im Deutschland der 1930er Jahre. Andere Ursachen erfordern aber auch andere Erklärungsmuster und vor allem andere Bekämpfungsstrategien. Der inflationäre Vorwurf des Antisemitismus nutzt sich zudem ab. Leute, die ständig hören, alle Welt sei antisemitisch, werden über kurz oder lang die Augen und Ohren verschließen. Eine solche Gleichgültigkeit wäre gerade hierzulande äußerst bedenklich und kann ganz sicher auch nicht im Sinne der Antideutschen sein.

Die Antideutschen leisten mit der Fokussierung auf den Antisemitismus im Nahen Osten außerdem eine Verlagerung, die eine Entlastung der deutschen Schuld zur Folge hat: Dadurch, dass die Islamisten zu ebenbürtigen Nazis erklärt werden, hat man die eigene Geschichte ganz weit in die Ferne, das heißt außer Reichweite gerückt und *entsorgt*. Denselben Effekt erzielte bereits die Bundesregierung, als es hieß, die Bundeswehr bombardiere die »SS von Milošević«²⁷, sie stehe demnach diesmal auf der richtigen, der antifaschistischen Seite. Auf diese Weise kann

24 Auf einer Demonstration in Berlin-Kreuzberg wurde von Antideutschen am 10. Juli 2004 ein Frontransparent getragen, auf dem geschrieben stand: »Bomber Harris Superstar – dir dankt die rote Antifa«.

25 »Es ist hier ein zur Vernichtung entschlossener Antisemitismus am Werk – darin seinem Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig –, der die Wahl- und Maßlosigkeit palästinensischen Massenmordens begründet. In dieser Hinsicht kommt momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerseits Hitlers Machwerk Mein Kampf.« – Zit. n. »Sie warn die Antideutschesten«, a. a. O., S. 125.

26 Clemens Nachtmann verkündet auf einer antideutschen Demonstration in Hamburg am 24. April 2004: »über Hitler und die Nazis sollte besser den Mund halten, wer vom Mufti von Jerusalem und den Moslembrüdern, den Islamnazis, nicht reden mag.« – Zit. n. »Sie warn die Antideutschesten«, a. a. O., S. 48.

27 Vgl. Volkhard Mosler: An Krieg wieder gewöhnen? Niemals! Die Rückkehr des deutschen Militarismus, Frankfurt am Main 1999, S. 46.

man auch in Deutschland wieder guten Gewissens Kriege fordern.²⁸ Wenn es wirklich um das Wohl der Bevölkerung ginge, würden Antideutsche sich für friedliche Alternativen einsetzen und fortschrittliche Initiativen in den betroffenen Ländern unterstützen. Sie geben vor, Lehren aus der eigenen Geschichte zu ziehen, während sie in Wirklichkeit auf Argumente zurückgreifen, die sowohl in der deutschen als auch in der internationalen Geschichte seit jeher dazu dienen, Kriege zu rechtfertigen (vermeintliche Befreiung unterdrückter Gruppen, Verteidigung von Menschenrechten, gefährlicher Waffenbesitz von Tyrannen, Terrorismus etc.). Damit gehören die Antideutschen zu den ideologischen Unterstützern westlicher Außenpolitik und der offiziellen deutschen Kriegspolitik.

Linke Gegenstrategien

Dass antideutsche Positionen eine derart wirkmächtige Ausformung und Bedeutung in der deutschen Linken erfahren konnten, geht darauf zurück, dass die Linke jahrelang eine sehr einseitige Positionierung im Nahostkonflikt eingenommen hat. Die Antideutschen haben die unkritische Solidarisierung mit dem »palästinensischen Befreiungskampf« in platte Israelverehrung umgekehrt. Damit haben sie in den Augen vieler heutiger Linker auf ein »Problem« hingewiesen, das durchaus einleuchtet. Zu seiner Lösung haben jedoch gerade die Antideutschen nichts beizutragen. Sie liefern nämlich keine differenzierte Betrachtung des Nahostkonflikts, sondern verpacken klassische neokonservative Inhalte in deutsche Befindlichkeiten.

Es sollte in Zeiten der Globalisierung für Linke in Deutschland möglich sein, gegen alle Arten des US- und EU-Imperialismus klar Stellung zu beziehen. Daneben sollte es zugleich möglich sein, mit Blick auf den Nahen Osten zu einer kritischen und differenzierten Haltung zu gelangen, die auch das Phänomen des reaktionären Islamismus nicht ausklammert. Antideutsche werden erst dann an Einfluss verlieren, wenn die durch sie besetzten Themen von der Linken aufgegriffen, ernsthaft behandelt und in einen internationalen, *linken* Kontext gestellt werden.

28 So wird die Linke gefragt: »Warum (...) war man gegen den Krieg (...) zum Sturz des faschistischen Baath-Regimes? Und warum können die Fakten nicht dazu bewegen, wenigstens nach (...) dem Tag der Befreiung Bagdads, endlich zu sagen: Ja, man hat sich geirrt, man ist Antiamerikanismus und Antiimperialismus aufgefressen (...), weil man mitmachen wollte in einem Spiel ohne Grenzen, das in Wirklichkeit den Weltkrieg gegen die Juden meint.« – »Kommunismus statt Antikapitalismus«, in: Bahamas vom 23. Mai 2003, www.redaktion-bahamas.org. – Siehe auch Matthias Küntzel in der Konkret: »Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Dihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent verfolgt.« – Konkret, 11/01.

Dem Reinheitswahn verfallen. Westliche Sicherheitsdiskurse und Islamismus ergänzen sich

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben islamistische Terrorgruppen zahlreiche Anschläge verübt, bei denen tausende Zivilisten starben. Kaum eine Weltregion wird verschont, wie die Anschläge von Bali, Mombasa, Casablanca, Jakarta, Istanbul, Djerba, Beslan, Madrid und London sowie permanente Attentate in Israel und im Irak zeigen. All diese Terroraktionen stehen in direktem Zusammenhang mit dem Aufstieg einer rechten sozialen Bewegung: dem Islamismus. Diese Bewegung engagiert sich, wenn man so will, für Sicherheit und gegen linke, bürgerlich oder säkular orientierte Lebensentwürfe. Sie verkörpert die regressive Sehnsucht nach gesicherter Identität und Gemeinschaft, welche gegenüber den Umbrüchen der Moderne einen sicheren Fluchtpunkt bietet. Die Gemeinschaft suggeriert Schutz, und dazu steht keineswegs im Widerspruch, dass den Militanten Angriff als die beste Verteidigung gilt. In den Landstrichen mit islamistischer Hegemonie herrscht ein Klima der Einschüchterung, das sonst nur aus paramilitärisch erstickten Gesellschaften wie in Kolumbien bekannt ist.

Die westlichen Regierungen reagieren verunsichert und mit dem Abbau von Freiheitsrechten und Freizügigkeit (was exakt dem Programm der Islamisten entspricht). Auch im Westen ist Sicherheitspolitik traditionell das Feld, in dem Machtpolitik von Oben und das regressive Bedürfnis nach Abschottung von Unten zusammentreffen. Deshalb wird der islamistische Terror weniger als rechte Bewegung analysiert, sondern schlicht dem herrschenden Angsthaushalt und den vorhandenen Projektionen vom bösen Außen hinzugefügt. Die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen folgen der Devise »Ausgrenzung statt Ursachenbekämpfung«.

Und die Linke? Sie reagiert auf diese Situation mehrheitlich mit scharfer Kritik am repressiven staatlichen Sicherheitsregime mit seinen Gesetzesverschärfungen, Überwachungsmaßnahmen, Abschiebungen und Zwangsintegrationsversuchen. Die islamistische Seite des Problems wird dabei oft ausgeblendet. Eine umfassende Zurückweisung des Sicherheitswahns – gleich ob er islamistisch oder westlich geprägt ist – gestaltet sich als schwierig.

Deutsche Unsicherheiten

Bei der Frage nach den Zukunftsaussichten wird in Deutschland zunehmend die Angst vor Abstieg genannt. Laut dem Institut für Demoskopie in Allensbach hält weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer ihren Job noch für sicher. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer warnt in seiner Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlust nach innen zu Erkrankungen führen könne und nach außen zu »Ausländerfeindlichkeit«.¹ Über 60 Prozent der Deutschen sagen, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. Dieser Wert ist deutlich gestiegen. Die Zunahme von Ressentiments und die wachsende Zustimmung zu härteren Strafen seien auf zunehmende »Orientierungslosigkeit« zurückzuführen, schreibt Heitmeyer. Das machtlose Verzagen gegenüber den Starken verbinde sich mit einer abwertenden Haltung gegenüber Schwachen wie »Fremden«: Muslime, Juden, Homosexuelle, Obdachlose.

Die aktuelle Migrationsbewegung von Afrika nach Westeuropa wird unter solchen Umständen aufwendig an den EU-Außengrenzen gestoppt. Schwarze Immigration gibt der Unsicherheit ein Gesicht. Auch die innenpolitischen Sicherheitsdebatten um den öffentlichen Raum sind stets mit Außenprojektionen verbunden. Das Schreckgespenst Drogen erscheint im schwarzafrikanischen Dealer, Straßekriminalität in migrantischen Jugendgangs.

In ganz ähnlicher Weise wird der islamistische Terror behandelt. Die politische Herausforderung durch diese rechte Bewegung wird nicht adäquat diskutiert. Die Bilder des Terrors erhöhen einfach das Ressentiment gegen alles Fremde. Mehr als sinnloser Aktionismus kommt dabei nicht heraus. Niemand glaubt ernsthaft, dass die gezielte Beleidigung muslimischer Einbürgerungswilliger beispielsweise durch den baden-württembergischen Fragenkatalog den Islamismus schwächt: »Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist?« In welche Richtung werden die Einbürgerungswilligen hier getrieben? Solche Fragen könnten permanent an die Gesellschaft gestellt werden, gerne mit Nachdruck. Hier dienen sie zur Stigmatisierung von Migranten. Islamfundamentalistische Praxis wird mit solchen Maßnahmen nicht konkret betrachtet, sondern pauschal dem »Außen« zugeschrieben, das diffus bedroht.

Bedrohte Sicherheit steht in Deutschland traditionell im Zusammenhang mit dem »gefährlichen Ausländer«: Die Terroristen sind Ausländer, »unsere« Arbeitsplätze sind von ihnen bedroht, und jetzt machen sie Schulen und ganze Stadtteile zu gefährlichen Orten. Berlin-Neukölln gilt als »schwieriger Stadtteil«, an der dortigen Rütli-Hauptschule sind Probleme im März 2006 medienwirksam eskaliert. Die Resonanz ist einmütig: Die fehlende Integration sei das Problem. Die

1 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt am Main 2005, S. 13-34.

Ausgrenzungsbewegung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den hauptsächlich migrantischen Hauptschülern wird hingegen klein gezeichnet.

Armut, Macht, Gewalt

Sicherlich gibt es Abschottungstendenzen ebenfalls seitens verschiedener migrantischer *Communities*, und sie sind inakzeptabel. Weniger wegen der ausbleibenden »Integration«, sondern weil die Verwehrung von Außenorientierung regressiv ist – gleich ob letztere von Innen, von *Communities* selbst, oder von außen, von der ausschließenden Dominanzgesellschaft, verwehrt wird. Der ethnische oder religiöse Einschluss bestimmter migrantischer *Communities* und der Ausschluss der bürgerlichen deutschen Mehrheitsgesellschaft fördern beide die Regression von sogenannten Unterschichtenjugendlichen. Und die sehen in Gewalt oft ihre einzige Möglichkeit, um auf Kosten von anderen Handlungsmacht zu erlangen. Demgegenüber nur Integration oder härtere Strafen einzufordern, entlarvt die Komplizenschaft des Sicherheitsdiskurses mit den zugrunde liegenden Gewaltverhältnissen.

Gewalt ist an sich kein Unterschichtenphänomen, aber die Ausgrenzung in die Unterschicht produziert unter anderem Gewalt. Die spezifische Gewalt in »Problembezirken« rührt nicht von fehlenden Sicherheitsmaßnahmen, sondern von Armut her. Dabei steigt in der Bundesrepublik, wie weltweit, der Reichtum konstant. Nach Angaben der Bundesbank besitzen die bundesdeutschen Haushalte heute vier Billionen Euro, das sind 1,5 Billionen mehr als zehn Jahre zuvor. Statistisch hat jeder Haushalt in Deutschland über 100 000 Euro Vermögen. Im Neuköllner Reuterkiez ist hingegen jeder Dritte ohne Schulabschluss. Der Sicherheitsdiskurs vernebelt diese Diskrepanz. Gewalt in »Problembezirken« reproduziert nur die herrschende strukturelle Gewalt: Sie gibt in der Regel das vorgefundene Muster von Oben nach Unten weiter.

Ohne die anhand der Rütli-Schule medial vermittelte Jugendgewaltdebatte wäre Berlin-Neukölln ein vergessener und ausgemusterter Stadtteil geblieben. Das verweist auf die begründete Angst der Individuen, von heutigen Mehrheitsgesellschaften übersehen zu werden. Was dies bewirkt, beschreibt Friedrich Dürrenmatt in »Der Auftrag« so knapp wie präzise: »Nicht mehr beobachtet, käme er sich nicht beachtenswert, nicht beachtenswert nicht geachtet, nicht geachtet bedeutungslos, bedeutungslos sinnlos vor.«² Ohne ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit erkrankt das Individuum. Gewalt ist ein letztes Mittel, mit dem die überflüssig gemachten Schichten Beachtung erlangen, indem sie das Sicherheitsgefühl der anderen erschüttern.

2 Vgl. Markus Schroer: »Sehen, Beobachten, Überwachen«, in: Leon Hempel, Jörg Metelmann: Bild-Raum-Kontrolle, Frankfurt am Main 2005.

Geborgenheit durch Islamismus

Die weltweite Konkurrenzgesellschaft schafft permanente Unsicherheit. Selbst eigentlich profitable Unternehmen riskieren bei Stagnation, abgewickelt zu werden. Der inneren Logik dieser Verhältnisse entspricht, dass bei steigender Prekarität der Verhältnisse der Rückzug auf einfache, sichere Vergemeinschaftungsformen als Ausweg erscheint: Gangs, Banden, Rackets, Familien, ethnische oder religiöse Gemeinschaften. Das Unbehagen der Islamisten richtet sich dabei nicht gegen den Kapitalismus als solchen, sondern gegen den Westen (den sie wiederum mit den USA und Israel identifizieren). Denn als arabische Mittelschicht, als große und kleine Unternehmer und als Kleinbürger sind die Islamisten der Marktwirtschaft durchaus verbunden. Ebenso wenig kommen für sie traditionelle Werte als Wurzel von Unzufriedenheit in Frage. Also muss eine Verschwörung vorliegen: des Großkapitals, des raffenden Geldes, Israels oder der Amerikaner. Das regressive Phantasma der Bedrohung äußert sich in der Kleinbürgerseele stets als strukturierendes Ressentiment, welches das unverstandene Unbehagen an den Unwägbarkeiten der kapitalistischen Gesellschaft abspaltet. Das Abstrakte und Fremde einerseits sowie das Einfache und Gemeinschaftliche andererseits können so voneinander getrennt werden, wie auch Gut und Böse oder sicher und unsicher.

Mit den militanten Islamisten betreten Akteure die Bühne, welche diese Aufspaltung in großer Meisterschaft betreiben. Ihre extreme Opferhaltung harmoniert mit Draufschlagen. Israelhass, Terror gegen ziviles Leben, das Ziel der »Ausmerzungen« von Homosexualität, Kopftuchzwang – all das ist im Taliban-Afghanistan schon einmal in einer totalen Diktatur aufgegangen. Spätestens hier müsste auch antiimperialistischen Linken klar geworden sein, dass die Barbarei nicht exklusiv aus der nördlichen Hemisphäre kommt. Die Vorstellung vieler Linker, dass Israel im Gazastreifen einfach Subalterne unterdrücke, blendet die ideologischen und politischen Ziele der *Hamas* aus, die Israel von der Landkarte gelöscht sehen möchte.

Trotz der hohen Risikobereitschaft islamistischer Aktivisten spielt in ihrer Denkweise Sicherheit eine große Rolle. Ihr Bezugspunkt ist ein schützenswerter Ort: die Umma, die islamische Religionsgemeinschaft. Sie folgen dem aggressiven Impuls ihrer Ausweitung und dem defensiven Impuls der Sicherung islamischer Gemeinschaft gegen Veränderungen. Militante Islamisten sind keine einfachen Warlords: Ihre Utopie ist die generalisierte Sicherheit der homogenen Gemeinschaft.

Die besten Erfolgsaussichten für eine geschlossene Umma generiert allerdings ein geschlossener Westen, der sich in die Konfrontation mit »der islamischen Welt« begibt. Es gibt keine »islamische Welt« – allenfalls als Projektion von Kulturkämpfern. Für den politischen Islam interessiert sich nur eine Minderheit der Muslime, und selbst er ist ein heterogenes Phänomen, das nicht allein aus *Hamas* und Taliban besteht. Die Beachtung dieser Differenzierungen ist für die Analyse der Gefahr islamistischer sozialer Bewegungen wichtig.

Es braucht kein »Wir«, um die islamistische Bewegung abzulehnen, es braucht ein »Nein«. Respekt vor den ideologischen und kulturellen Schutzwällen, mit denen Konservatismus seine imaginäre Gemeinschaft umgeben will, war stets der falsche Weg zu seiner Bekämpfung. Offene Gesellschaften, Migration, vielfältige Lebensentwürfe, Popkultur oder Kapitalismuskritik sind dem Islamismus gefährlicher, als es ein repressives Sicherheitsregime je werden kann.

Die Linke und der Staat

Der offensive Islamismus gefährdet nicht nur den Siegeszug der westlich-kapitalistischen Globalisierung. Er terrorisiert gerade auch jene offenen oder selbstorganisierten gesellschaftlichen Milieus, die traditionelle und marktwirtschaftliche Diktate hinterfragen. Dass islamistische Fanatiker eine Bedrohung darstellen, ist unübersehbar, und nicht erst dann, wenn der iranische Präsident Ahmadinedschad Israel von der Landkarte tilgen will. Es sollte für Linke einfach sein, sich hier in schlichter Gegnerschaft zu positionieren.

Doch viele Linke zeigen lieber reflexhaft auf die USA. Die friedensbewegte Zeitschrift *Ohne Rüstung leben* (1/06) veröffentlicht beispielsweise einen Artikel des Osnabrücker Politikwissenschaftlers Mohssen Massarat, der es auf vier Seiten schafft, die antisemitischen Tiraden Ahmadinedschads, seine Unterstützung von Islamterroristen und die Menschenrechtsverletzungen im Iran nicht einmal zu erwähnen. Verständnis entwickelt der Autor hingegen dafür, dass der Erdöl- und Gasexportriese Iran seinen Strombedarf bald nicht mehr ohne Atomkraft decken könne. Militärisch sei der Iran den USA und Israel hilflos ausgeliefert, deshalb sei der Wunsch nach Atomwaffen sicherheitspolitisch nachvollziehbar. Es ist verückt: »Ohne Rüstung leben« verharmlost ein Gewaltregime beim Griff nach der Atombombe.

Doch so eindeutig die Ablehnung der spezifisch islamistischen Sicherheitsbedrohung ausfallen muss, so schwierig ist die Antwort auf die Frage, was gegen Terror und rechte Militanz hilft. Staatliche Sicherheitspolitik jedenfalls nicht: Weder der Fragekatalog für Einbürgerungswillige noch der maschinenlesbare Pass mit gespeicherten biometrischen Merkmalen verhindern ein Attentat. Schon Kurt Tucholsky wusste: »Der Pass schützt nichts und keinen – er hindert Harmlose.« Zwischen dem Reinheitswahn der Islamterroristen und dem der Passbiometriker gibt es Parallelen. Eine radikale Kritik des Reinheitswahns lehnt daher Pässe und andere Mittel zur Selektion generell ab. Denn Grenzschrützer vollziehen, was auch Islamisten erreichen wollen: Sortierung. Natürlich gibt es zwischen beiden Unterschiede, eine Gleichsetzung wäre abstrus. Der Grad der Menschenverachtung ist verschieden, und die westlichen Staaten verstehen sich tendenziell stärker als Gesellschaft, Islamisten hingegen als organische Gemeinschaft von Gläubigen.

Im Falle der europäischen Neofaschisten gelang es der Linken, die Gefahr einer rechten Bewegung zu bezeichnen, ohne dass linke Überzeugungen verraten werden mussten. Es konnte konstatiert werden, dass die Neofaschisten ein größeres Problem als der bürgerliche Staat sind, ohne dass dies ein Grund ist, letzteren aufzuwerten. Gegenüber »national befreiten Zonen« ist das staatliche Gewaltmonopol vorzuziehen. Staatliche Repressalien gegen Rechte sind zwar keine linke Strategie gegen Rechts; sie berühren keine Ursachen des Faschismus. Doch war die Linke gut beraten, sich die Bekämpfung staatlichen Vorgehens gegen Rechte nicht auf die Fahnen zu schreiben.

Ablehnung oder Affirmation

Nicht viel anders ist es im Falle des militanten Islamismus. Gegen die Festnahme eines Selbstmordattentäters an der israelischen Grenze oder die Verhinderung des Bombenanschlags auf den Straßburger Weihnachtsmarkt durch staatliche Repressionskräfte kann kaum etwas eingewandt werden. Dem Widerspruch zwischen Ablehnung und Affirmation des Staates lässt sich dabei schwer entkommen. Viele Linke machen es sich aber lieber einfach. Sie weisen zwar zu Recht die Einschränkungen von Freiheiten und westliche Abschottungsmaßnahmen zurück, lehnen aber zugleich jeden Schritt gegen Islamismus ab. Isolierung des Iran auf Grund seiner chauvinistischen Atomausrüstungspolitik? Nein, lieber diplomatische Rücksichtnahme. Stopp staatlicher Zuschüsse an die Hamasregierung in Palästina? Nein, das trifft die Zivilbevölkerung. Solidarität mit den Zeichnern der Mohammed-Karikaturen? Um Gottes willen, Religionskritik ist beim Islam islamophob. Eine Kampagne gegen sogenannte Ehrenmorde? Nein, damit gäbe man Schily, Schäuble und Beckstein Recht.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass über all diese Themen kontrovers debattiert wird und staatliche Politik sowie dominanzkulturelle Ideologeme permanent hinterfragt werden. Sicherheitspolitik ist schließlich eine klassische Domäne von Machtpolitik, und die meisten Feindbilder der herrschenden Sicherheitspolitik beruhen auf wilden Projektionen. Aber die Toleranz vieler Linker gegenüber einer starken, rechten Bewegung, die die Einschüchterung von Zivilbevölkerung, die Vernichtung Israels oder die islamische Homogenität nicht nur proklamiert, sondern mit Terror auch durchzusetzen versucht, ist unheimlich. Es ist nicht vernünftig, die Kritik am Islamismus zu unterlassen, weil sie angeblich das westliche Sicherheitsregime stärkt. Radikale Kritik an Sicherheitsfanatismen ist unteilbar. Eine Annäherung an den (neo-)konservativen, westlichen Sicherheitsdiskurs ist daher ebenso fatal wie ein Schutzreflex beispielsweise gegenüber dem Iran. Das Gegenteil vom Falschen ist selten richtig. Beides ist Ausdruck jener Panik, auf die der Terror baut.

Aspekte des Philosemitismus

Der Philosemitismus erscheint als positiver Gegenpol des Antisemitismus, weil dieser negativ konnotiert ist. Dies hat insofern seine Berechtigung, als behauptet werden kann, dass es den Juden während ihrer Exilgeschichte zweifelsohne besser ergangen wäre, wenn ihnen das nichtjüdische Umfeld in der jeweiligen Gesellschaft, in welcher sie ihre Lebenswelten einrichteten, philo- und eben nicht antisemitisch begegnet wäre. Zumindest darf davon ausgegangen werden, dass ihnen nicht die Gewalt widerfahren wäre, der sie im traditionellen, religiös begründeten Judenhass, erst recht aber dann im späteren modernen Antisemitismus und seinen in Auschwitz kulminierenden Vernichtungsexzessen ausgesetzt waren.

Nun nimmt sich aber allein schon das Konjunktivische dieser einleitenden Worte als gelinde Unverschämtheit aus: Gemessen daran, dass die Geschichte der Juden nun mal nicht entsprechend des im nachmaligen Wunschdenken angelegten Irrealen verlaufen ist, sondern eben als gewaltdurchwirkte Verfolgungsgeschichte, kann der Philosemitismus nicht schlicht als utopische Emanzipationsfolie eines *anders* Bestehenden begriffen, sondern muss im Kontext dessen, was den Antrieb ebendieser Verfolgungsgeschichte ausmachte – Judenhass und Antisemitismus –, erörtert werden. Die Verspieltheit der irrealen Möglichkeit steht der Monstrosität des historisch Stattgefundenen nicht an. Nicht zuletzt aus diesem Grund subsumiert sich der Philosemitismus zwangsläufig dem Antisemitismus-Paradigma. Denn geht man davon aus, dass der antisemitische Diskurs sich von der Akzeptanz einer vermeintlich real existierenden »Judenfrage«, gar eines »Judenproblems« herleitet, so gilt dies in nicht geringerem Maße auch für die philosemitische Welt-sicht. Antisemitismus wie Philosemitismus haben gleichsam zur Voraussetzung, dass man »den Juden«, bzw. »die Juden« als Prototypen eines außerhalb des »normal« Existierenden, als den schlechthin »Anderen« im exkludierenden Sinne wahrnimmt, was aber zur Folge haben muss, dass »der Jude« abstrahiert, mithin alles Individuellen entkleidet wird. Die abstrahierende Entmenschlichung »des Juden« lässt ihn zur bevorzugten Projektionsfläche des Antisemiten wie auch des Philosemiten werden.

Was der Antisemit dem Juden an Verabscheuungswürdigem und Bedrohlichem anhängt, was der Philosemit ihm an Tugenden und Bewundernswürdigem zuschreibt, hat mit der (jedem Kollektiv eigenen) Heterogenität jüdischer Menschen etwa so viel zu tun wie das ideologisch selbstherrlich homogenisierte Wir-Gefühl der wahl- und skrupellos projizierenden Antisemiten und Philosemiten mit der Wirklichkeit ihres lädierten Selbstwertgefühls und ihrer letztlich fremdbestimmten individuellen Selbstwahrnehmung.

Antisemitismus und Philosemitismus wurzeln im gleichen Ressentiment und sind daher tendenziell dahingehend gleichermaßen gefährlich, weil das vermeintlich Positive (für Juden) am Philosemitismus unter gewissen historischen Bedingungen ins schiere Gegenteil umschlagen kann, um sich dann mit umso größerer Vehemenz der vorbewusst erahnten Selbsttäuschung gegen das ehemalige abstrakte »Liebes«objekt, welches nunmehr zum Projektionsobjekt des Ressentiments umgewandelt worden ist, zu richten. Darüber ist schon viel gesagt worden, und vieles wäre dem hinzuzufügen.

Nicht darum soll es aber im anstehenden Zusammenhang gehen, sondern um das, was in der phänomenologischen Erörterung des Philosemitismus für gewöhnlich ausgespart bleibt: die Verhaltensmuster von Juden in prononciert philosemitischen Situationen. Reaktionsformen von Juden in antisemitischem Kontext sind weitgehend bekannt. Sie reichen von entrüsteter Empörung über entlarvende Verurteilung antisemitischer Inhumanität bis hin zu stillschweigender Hinnahme antisemitischer Attacken, wenn reale Macht- und Gewaltverhältnisse nichts anderes zulassen. Gemeinsam ist all diesen Reaktionen ihr mehr oder minder bewusster, innerlicher wie äußerlicher Rekurs aufs Moralische angesichts erfahrenen Opferleids. Der antisemitisch attackierte Jude *prangert* den Antisemiten offen an oder wahrt zumindest seine innere *Würde* im stummen Ertragen des ihm Widerfahrenen, wo eine äußere Protestreaktion unmöglich ist. Von selbst versteht sich dabei, dass nichts von alledem übrigbleibt, wo die Gewalt des Antisemitismus so weit reicht, dass die Entmenschlichung des Juden ihm nur noch den (gegebenenfalls aussichtlosen) Kampf ums Überleben übriglässt, etwa im Konzentrationslager. In diesem extremen Fall geht es allerdings auch nicht mehr um moralische (mithin Macht und Gewalt potentiell verändernde) Reaktionen des Juden auf den brachialen Antisemitismus, sondern einzig um die adäquate Handhabung nackten Überlebens und Davonkommens. Wie aber verhält es sich für den Juden in der typischen philosemitischen Begegnung?

Zunächst verkommt die moralische Grundlage seiner Reaktion zur Farce. Denn das Positive, das der Philosemit dem Juden zuschreibt, gar die Bewunderung, die er ihm gegenüber bezeugt, hat für gewöhnlich nichts mit der Selbstwahrnehmung des Juden zu tun. Aus eigenem Umgang mit anderen Juden weiß er, dass mitnichten alle Juden ausnehmend »klug«, »moralisch« gefestigt oder kulturell außerordentlich »gebildet« sind. Lebensweltliche Anschauung und Erfahrung haben ihn gelehrt, dass sich Juden als Individuen genauso voneinander unterscheiden wie Einzelmenschen anderer nationaler, ethnischer oder religiöser Kollektive. Aber nur selten, wenn überhaupt je, wird der Jude den ihn mit generalisierendem Lob überschüttenden Philosemiten korrigieren. Er wird ihn zumeist wider besseren Wissens in seinem auf hanebüchenen Pauschalurteilen basierenden Glauben belassen. Dass dabei der Jude geschmeichelt ist, der philosemitisch beseelten Situation mithin eine narzisstische Genugtuung abgewinnen mag, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass er bei aller Hingabe an die an ihn (als Angehörigen eines

hochgelobten Kollektivs) »von außen« herangetragene Aufwertung seiner Person im Innern doch weiß, wie sehr sein situativ gesteigertes Selbstwertgefühl in einer Lüge wurzelt. Sein Stillschweigen über das unverdiente Lob ist also letztlich selbst verlogen. Diese Selbsttäuschung ist freilich vornehmlich ideologischen Charakters. Denn in Folge der jahrhundertealten Geschichte jüdischer Leiderfahrung nimmt sich das positive Attribuierungsritual des Philosemiten als eine – ungewohnte – nichtjüdische Zuwendung aus, die keine kritische Reflexion erfordert, sondern – ganz im Gegenteil – geeignet ist, ins historisch geschundene Selbstbild aufgenommen zu werden, um sich in diesem als Ideologem zu verfestigen. Das jüdische Beschweigen der philosemitischen Bewunderung enthält, genau besehen, ein Element sozialer Selbstvergewisserung, welches sein Ideologisches darin hat, dass die narzisstische Selbsttäuschung zur Grundlage eines verlogenen Selbstbildes und einer damit einhergehenden unehrlichen Selbstdarstellung avanciert.

Fatal wird es dort, wo dieses Ideologische zur kollektiven Doktrin narzisstischer Exzellenz erhoben wird. Gängige Muster des Umgangs der politischen Kultur Israels mit Antisemitismus und Philosemitismus kommen in diesem Zusammenhang in den Sinn. Der Antisemitismus bildete bekanntlich von Anbeginn einen integralen Bestandteil der *raison d'être* der klassischen zionistischen Ideologie. Er war es vornehmlich, der das diasporische Dasein der Juden in den Augen der Urväter des Zionismus im 19. Jahrhundert zunehmend als unerträglich erscheinen ließ; dies ist eine Einschätzung, die in einem Zentralpostulat des Zionismus – der Negation der Diaspora – kulminierte. Da nun aber die »Lösung« des »jüdischen Problems« angesichts des immer heftiger um sich greifenden Antisemitismus nicht im gesellschaftlichen Rahmen seiner realen Wirkmächtigkeit gefunden werden sollte, sondern in der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk auf einem fernab liegenden Territorium; und da die Juden, die den erst noch zu gründenden Staat bevölkern sollten, motiviert werden mussten, ihre Residenzgesellschaften und traditionellen Lebenswelten zu verlassen, um sich im noch unbekanntem, unwirtlich anmutenden Land niederzulassen, kam dem Antisemitismus als Antriebsfaktor für einen solchen Emigrationsakt ein besonders hoher Stellenwert in der Gesinnungsfestigung zu. Er avancierte nachgerade zum ideologischen *Argument*, welches in der Shoah den historisch ultimativen »Beweis« für die Unanfechtbarkeit besagten Postulats erblickte. Direkt inspiriert von dieser instrumentellen Vereinnahmung des Antisemitismus für zionistische Belange ist das israelische Ideologem, demzufolge »die ganze Welt« gegen die Juden sei (*ha'olam kulo negdenu*), eine Leitidee, die in David Ben Gurions selbstherrlichem Diktum (wichtig sei nicht, was die Gojim sagten, sondern was die Juden machten) und seiner abschätzigen Beurteilung der israelkritischen UNO (*Um-schmum*) ihren wohl prononciertesten Ausdruck erfahren hat. Geprägt (mithin der neuralgischen Reaktion aufs antisemitische Ressentiment komplementär verschwistet) ist die Arroganz solch positiver Selbstsetzung durch die rigide Abset-

zung von allem, was ihr zuwiderlaufen könnte. Freilich erweist sie sich dabei als von diesem Zuwiderlaufenden wesentlich abhängig, weil sie das gefällige Selbstbild des Kollektivsubjekts zunächst nicht aus etwas ihm intrinsisch Eigenem schöpft. Das Selbstwertgefühl dieses imaginierten kollektiven Selbst war über Jahrhunderte diasporisch erfahrener Missachtung und Erniedrigung zuschanden gekommen. Vielmehr schöpft es aus der Negation des Feindseligen, welches seinerseits das Kollektivsubjekt erst gleichsam *ex negativo* konstituiert. Der diasporisch gefärbte, in Israel daher eher verkümmerte jiddische Witz wusste übrigens mit diesem ideologischen Moment narzisstisch überheblicher Selbstwahrnehmung in weiser Selbstironie umzugehen: er sprach vom *nebbechdiken Schimshon* – dem »erbärmlichen Samson«.

Dass diese heilsam subversive Einsicht in die objektive Unangemessenheit ideologisch zelebrierter Omnipotenz den nach dem Sieg von 1967 in Israel ausgebrochenen Triumphalismus, einen Exzess an narzisstischer Selbstüberschätzung und euphorischer Verblendung, letztlich nicht zu verhindern vermochte, sollte nicht über den wahren Kern der Einsicht hinwegtäuschen: Noch heute manifestiert sich an Israels sozialer wie politischer Realität, wie sehr sich das Land vor rund 40 Jahren geschichtlich übernommen hat – den Apfel, den es damals in den Mund führte, vermochte es weder zu schlucken noch auszuspucken, und nun droht es, an der (monströs angewachsenen) Frucht zu ersticken. Diejenigen, die damals – und dann über Jahre – proklamieren zu sollen meinten, die Zeit arbeite »zu unseren Gunsten«, müssen sich heute fragen lassen (wenn sie sich dessen nicht schon längst selbst bewusst geworden sind), ob die Hybris von 1967 Israel nicht dereinst in das apokalyptische Ende eines an fataler Selbstüberschätzung zugrunde gegangenen Samsons stürzen könnte. Etwas von der dieser Ambivalenz inhärierenden Dissonanz hat sich wohl auch ins Vorbewusstsein vieler Juden in Israel eingeschlichen. Wie immer euphorisch ihr zur Schau gestellter Kollektivnarzissmus, so geht mit ihm und der ideologischen Selbstvergewisserung, die er leistet, stets auch ein gerüttelt Maß an ebenso ideologischer Selbstviktimsierung einher. Je mehr sich der repressive Charakter des israelischen Okkupationsregimes in den besetzten Gebieten manifestiert, mithin das Wesen einer Opfer erzeugenden Politik offenbart, desto wahrnehmungsresistenter erweisen sich viele Israelis, die sich selbst, und zwar einzig sich selbst, als Opfer sehen und darstellen. Kausalbezüge und Wirkzusammenhänge werden eingeebnet, bzw. krude ausgeschaltet, um ja nicht das Selbstbild als Opfer, welches in voller Selbstherrlichkeit, mithin im Bewusstsein der eigenen Macht zelebriert wird, korrigieren zu müssen. In die Folklore der israelischen politischen Kultur ist Golda Meirs Diktum eingegangen, sie werde den Palästinensern nie verzeihen, sie gezwungen zu haben, auf sie zu schießen. Die an narzisstischer Verdrehungskunst und pseudodialektischer Verrenkung wohl kaum zu überbietende Selbstdarstellung darf als paradigmatisch für die ideologische Selbstwahrnehmung der allermeisten Juden in Israel angesehen werden. Alles ist in ihr angelegt: die eigene moralische Integrität, die Abwehr

jeglicher historischer Schuldzuweisung sowie das Wissen um die wahren Macht- und Gewaltverhältnisse – ein psychisch wie inhaltlich perfektes Ideologem.

Den getreuesten Verbündeten haben die israelischen Platzhalter solch ideologischer Denk- und Rationalisierungsmuster im Philosemiten. Er, der die Begriffe Juden, Zionisten und Israelis zumeist wahl- und heillos durcheinanderzuwerfen pflegt, bedient ihre extrinsischen Selbstvergewisserungsbedürfnisse besonders effektiv. Denn in ihm verkörpert sich, gleichsam »von außen« kommend, die Komplementärinstanz zur oben erwähnten Ideologie jüdischer Vereinsamung in der judenfeindlichen Welt (*am lewadad jischkon*). Und so, wie der talmudischen Überlieferung zufolge in jeder Generation »Sechsenddreißig Gerechte« leben, denen es zu verdanken ist, dass die Welt existiert, wird der »vereinsamte« (wiewohl selbstherrliche) israelische Jude stets dankbar auf die Bewunderungsavancen und Treuebezeugungen ausländischer Philosemiten zurückgreifen. Allzu viele dürfen es freilich nicht sein – man wäre sonst nicht wirklich »einsam« und nur bedingt »Opfer« –, aber ausdrucksstark und durchaus mächtig (wenn sie denn mächtig sind) sollen die Philosemiten nach Möglichkeit auftreten. Und so schlägt das israelische Herz stets hoch, wenn einige tausend Mitglieder der japanischen Makoya-Sekte, die sich dem Judentum und dem Land Israel eng verbunden weiß, im Rahmen ihrer alljährlichen Pilgerzeremonie singend und jubilierend durch Jerusalems Straßen ziehen und um Frieden für die Heilige Stadt und den Staat Israel beten. Noch die xenophobsten Israelis sind diesen Fremden gegenüber stets wohlwollend eingestellt und ermuntern sie bei ihrem exaltierten öffentlichen Treiben.

Weniger harmlos nehmen sich da die US-amerikanischen Evangelisten aus, christlich-religiöse Eiferer, die an die biblische Prophezeiung der Wiedergeburt eines jüdischen Großisraels in den biblischen Grenzen glauben. Sie postulieren einen in besagtem israelischen Großreich stattfindenden Endzeitkampf zwischen Gut und Böse, in welchem das Gute siegen werde, wobei sie sich, auf die aktuelle Nahostlage bezogen, proisraelisch geben, ohne jedoch ihre letztlich antijudaistische Gesinnung offenzulegen. Der sich an ihrem israelbegeisterten Zuspruch (sowie an ihrer tatkräftigen finanziellen wie politischen Unterstützung) delektierende israelische Jude weiß für gewöhnlich nicht, dass am Ende aller Tage der »wahre Messias Jesus Christus« von allen Menschen anerkannt werde müsse, und was, ebendiesen christlichen Fundamentalisten zufolge, dem blühen mag, der diesem Gebot nicht Folge leisten wird. Aber über das Exotische der Makoya-Sekte und den realpolitisch sich auswirkenden Religionsfanatismus der amerikanischen Evangelisten hinaus, finden sich Gelegenheiten zur philosemitischen Erbauung jüdisch-israelischer Herzen auch im Trivialbereich massenmedialer Kulturindustrie: So entblödeten sich viele israelische Fernsehzuschauer jahrelang nicht, akribisch zu registrieren, wer »Israel« beim *Eurovision Song Contest* mit welcher Punktzahl bedacht, von welchen »antisemitischen« Ländern man nichts zu erwarten habe, und welche Länder für eine (philosemitisch gedeutete) »positive Überraschung« gesorgt hätten.

Spuren solch latenter buchhalterischer Aufrechnung lassen sich bis in die israelischen Alltagsinteraktionen hinein verfolgen. So berichtete der deutsche Schriftsteller Peter Schneider unlängst Folgendes von seinem ersten Besuch in Israel: »Für den Gast aus Berlin (...) erweisen sich allerlei mitgebrachte Reflexe als unnötig – etwa das Zögern, im Taxi, im Restaurant oder am Strand mit dem Partner deutsch zu reden. Wer in Tel Aviv deutsch spricht, muss sich nicht auf ein Schimpfwort gefasst machen, sondern auf die neugierige Frage, wie es dem Gast in Tel Aviv gefalle und ob er bald wiederkomme. Wenn der Gast dann noch bekennt, dass er aus Berlin angereist ist, kann es ihm passieren, dass er begeisterte Erzählungen über den letzten Besuch in der deutschen Hauptstadt auslöst.«

Bemerkenswert an dieser Passage ist die als »neugierig« apostrophierte Frage des israelischen Bürgers, wie es dem ausländischen Gast in Tel Aviv gefalle. »Neugierig« ist diese Frage mitnichten, denn der israelische Einheimische erwartet vom deutschen Touristen nichts als die Antwort, dass es ihm in Tel Aviv gut gefalle. Ihm wird auch gleich das Kriterium für die »richtige« Antwort mitgeliefert – ob er nämlich bald wiederzukommen gedenke. Gar nicht erst erörtert wird dabei die mögliche Antwort, dass es dem Gast nicht gefalle, er mithin nicht vor habe, bald wiederzukommen. Sie mag unerörtert bleiben. Zu peinlich fiele die Reaktion des israelischen Fragestellers aus, bei einem Deutschen zumal. Bemerkenswert ist aber auch die Befindlichkeit des deutschen Gastes: Aus historischen Gründen durchaus nachvollziehbar und politisch korrekt bringt er »Reflexe« mit, um erleichtert festzustellen, dass sie »unnötig« seien. Warum eigentlich? Weil die »zuvorkommende« Reaktion des Israeli ihn entlastet hat? Was nun aber, wenn sich erwiese, dass diese »Entlastung« bedingt ist, nämlich durch die »adäquate« Antwort des Deutschen – dass ihm Tel Aviv nämlich gut gefalle? Von einiger Überraschung (und leisem Stolz?) scheint auch die Feststellung eingefärbt zu sein, dass der Israeli von der deutschen Hauptstadt begeistert sei, so als gehörte sehr viel dazu, vom heutigen Berlin begeistert zu sein. Es ist, als sei dieser Textpassage, trotz der in ihr thematisierten positiven Irritation des deutschen Autors, ein nicht ausgesprochener Normalisierungsdiskurs unterlegt. Darin hat sich für Deutsche und Israelis wohl doch nicht allzu viel seit den 1950er Jahren verändert: Sie bleiben die einzigen Kollektive in der (westlichen) Welt, die unaufhörlich ihre eigene Normalität postulieren, während sie letztlich davon getrieben sind, dass nichts Normales an einem Land sein kann, das aus der Shoah geboren wurde, schon gar nichts an einem Land, das diese verursacht hat. Das Interessante im hier erörterten Zusammenhang ist das Komplementärverhältnis von jüdischem Durst nach philosemitischer Anerkennung und deutscher Neuralgie, diesem Bedürfnis »adäquat« nachzukommen (insofern kein kruder Antisemitismus oder aber auch nonchalante Indifferenz, welche freilich leicht als »antisemitisch« gedeutet werden könnte, am Werk sind).

Ideologisch gewendet, liegt in diesem heteronomen Grundverhältnis ein zentrales Muster der israelischen politischen Kultur begründet: die auf den »philosemi-

tischen« Reflex abzielende Instrumentalisierung der Shoah-Erinnerung. Weniges vermag die immanente Verschwisterung von Antisemitismus und Philosemitismus so deutlich zu exemplifizieren wie die eingespielte Interaktion von taktischer Funktionalisierung des Gedenkens und provozierten Betroffenheitsreaktionen. Idealtypisch gesprochen, sind Israelis (als »Opfer«) und Deutsche (als »Täter«) darauf gleichsam abgestimmt. Dabei dienen freilich das eigentliche Geschichtsergebnis der Shoah und die mit diesem direkt zusammenhängenden Reaktionen der gedenkenden Erinnerung und Trauer lediglich als Folie für abgeleitete, wesentlich fremdbestimmte Wahrnehmungen und Praktiken. Das hat zwar auch mit der zunehmenden zeitlichen wie psychischen Entfernung vom realen historischen Ereignis zu tun, aber nicht nur. Denn spätestens, wenn die Sühne ins Materielle, mithin in den Bereich des Tauscherts und tendenziell Fungiblen überführt wird, verkommt das genuine Scham- und Schuldgefühl derer, die sich einem historischen Täterkollektiv zugehörig fühlen, zur krassen Ideologie. Das gilt für die frühen 1950er Jahre nicht minder als für die heutige Zeit. Wenn nämlich davon ausgegangen wird, dass etwas am Grauen des Völkermords »wiedergutmacht« werden *soll*, dann ist – gemessen daran, dass historisch nichts »wiedergutmacht« werden *kann* – die vermeintlich direkte »Kompensation« fürs Verbrochene nahezu beliebig austausch- und auf zahllose fremde Bereiche übertragbar. Auf der Hand liegt dabei, warum sich schuldgetriebene Deutsche (in Zusammenhang mit »Israel« zumal) auf eine solche Transaktion einlassen, verschaffen ihnen doch die »philosemitischen« Sühneleistungen eine willkommene kollektiv-psychische Entlastung für das, was zum gegenwärtigen historischen Zeitpunkt belastend und letztlich unentschuldig bleiben muss. Das gemarterte Gewissen – als individuelles, aber eben auch als kulturelle Kollektivinstanz – kommt dabei zu einer gewissen versöhnlichen Ruhe. Aber auch das, was im Haushalt der geschichtlichen Verarbeitung unaufgelöst bleibt, mag potentielle Linderung erfahren, und zwar mit dem inzwischen fast schon institutionalisierten Extrabonus periodisch auflodernder innerdeutscher Debatten über »Normalisierung«, »Schluss-Strich« und »neues Nationalgefühl« – allesamt willkommene Gelegenheiten, dem unreflektierten, mithin ressentimentgeladenen Unmut über die Zumutungen der objektiven Geschichtslast öffentlich Luft zu verschaffen.

Es ist nun gerade diese Reaktionsformation, auf die das instrumentalisierte Shoah-Gedenken, das der israelischen politischen Kultur in vielem eignet, seinerseits abzielt. Dass sich dabei Antisemitismus wie Philosemitismus als komplementär verwendbar erweisen, bezeugt auch in dieser Hinsicht ihre Wesensverwandtschaft. So konnte vor einigen Jahren Israels Premierminister Ariel Sharon behaupten, jede aus Europa kommende Kritik an seiner Politik gegenüber den Palästinensern sei antisemitisch, ohne sich ernstzunehmenden Widerspruch seitens der israelischen Öffentlichkeit zuziehen zu müssen. Dass er sich darüber hinaus noch zur Folgerung verstieg, diese antisemitisch geschwängerte Kritik mache klar, wie es in Europa zur Shoah kommen konnte, hat sein Skandalöses weniger

darin, dass er sich einer solch eklatanten Shoah-Banalisation skrupellos bediente – Schlimmeres, nicht minder Abwegiges ist bereits aus dem Munde israelischer Politiker in vergleichbaren Zusammenhängen zu hören und zu lesen gewesen –, als vielmehr darin, dass Sharon sich offenbar gewiss war, mit derlei manipulativer Polemik auf elementaren Zuspruch seitens breiter Teile der israelischen Bevölkerung zählen zu dürfen. Was aber auf israelischer Seite in der larmoyant-narzisstischen Selbstsetzung als »Opfer« wurzelt, findet seine Entsprechung in der von deutscher Seite garantierten »Anerkennung« des »Opfer«-Status, wobei sich diese Affirmation der Beziehung gemeinhin in zwei vermeintlich konträren, in Wahrheit jedoch sich gegenseitig ergänzenden Mustern ausdrückt: Zum einen kann sich ein aus dem allgemeinen Shoah-Bewusstsein gewachsener Kompensations-Philosemitismus – unter prozionistischem, bzw. israelsolidarischem Deckmantel – als Reflex auf den »von jüdischer Seite« erhobenen Antisemitismus-Vorwurf einstellen. Abgesehen von gängigen Treuebekundungen an die Juden und ihren Staat, tritt dieser Philosemitismus sehr oft auch in der passiven Form einer tabu-geprägten deutschen Selbstbescheidung auf, die (als entrichteter Zoll an die »besonderen Beziehungen« beider Staaten) in eine generelle Enthaltung jeglicher – auch gerechtfertigter – Kritik an Israel und seine Nahostpolitik zu münden pflegt. Der obligatorische Gang nach Yad Vashem, den jede offizielle ausländische (erst recht deutsche) Persönlichkeit bei ihrem Israelbesuch absolvieren muss, und die gleichsam staatsoffizielle Betroffenheit deutscher Besucher bei diesem standardisierten Gang bilden den zeremoniellen Aspekt dieses routinemäßig angereizten »Philosemitismus«-Kodes. Bemerkenswert ist dabei, wie sich die Struktur der staatsoffiziell ideologisierten Haltung mit der neuralgischen Reaktion privater (deutscher) Personen in dieser Hinsicht phänomenologisch decken. Zum anderen kann sich aber ein Anteil des latent fortwährenden Ressentiments mit dem starken Unbehagen am gezwungen-instrumentellen Verhältnis von »Deutschen« und »Juden«, bzw. »Israelis« vermengen und in aggressive Aversion umschlagen – eine ideologische Reaktion, die sich politisch als doktrinärer Antizionismus oder extrem krude Israelkritik, zuweilen auch als genuiner antisemitischer Affekt manifestieren mag. Dass es dabei aber zumeist um Ambivalenzen deutscher Befindlichkeit geht, die als solche direkter *antisemitischer* Ausformungen des Ressentiments nicht unbedingt bedarf, betrifft einen zentralen Aspekt besagter ideologischer Instrumentalisierung der historischen Neuralgie.

Als paradigmatisch für diesen letzten Hinweis darf die in Folge der Paulskirchen-Rede Martin Walsers 1998 in Deutschland ausgebrochene Debatte gelten. Dass sich Walser mit der »Dauerpräsentation unserer Schande« und der »Moralkeule Auschwitz« schwertat, mag einen weiteren prominenten Beleg für die verstörende Feststellung, dass die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen werden, abgegeben haben – zu einem Antisemiten haben seine Festredenäußerungen Walser deshalb noch nicht gemacht. Denn nicht das persönliche Seelengebrodel des deutschen Schriftstellers spielte bei der gesamten Debatte eine wirklich

erörterungswürdige Rolle, sondern der Stellenwert besagter Auslassungen im deutschen Diskurs der Gegenwart. Vergleicht man die Walser-Bubis-Debatte mit dem Historikerstreit der 1980er Jahre, sticht der Wandel, der sich offenbar inzwischen vollzogen hat, ins Auge. Denn empörte sich in der alten Bundesrepublik die linke und linksliberale Intelligenz der Achtundsechziger noch nahezu einhellig gegen die Shoah relativierenden Behauptungen eines Ernst Nolte, so gab sie sich bei Walser im (wieder)vereinten Deutschland knapp anderthalb Jahrzehnte später vergleichsweise stumm oder doch zumindest merklich verhalten. Die Deutung, derzufolge der Wandel auf einen wesentlich erstarkten Antisemitismus zurückzuführen sei, geht fehl. An der (gemessen an anderen Ländern eher begrenzten) Wirkmächtigkeit des antisemitischen Ressentiments in Deutschland hat sich seit Jahrzehnten nichts Gravierendes verändert. Deutlich gewandelt hat sich hingegen das Legitimationsmaß der Enttabuisierung ehemals strikt beschwiegener, bzw. aus dem öffentlichen Diskurs exkludierter »Themen« wie »deutsche Leiderfahrungen« im Zweiten Weltkrieg, »Normalisierung« der deutschen Nation oder – damit immanent verschränkt – das »neue deutsche Nationalgefühl«. Was dies für die Entwicklung der politischen Kultur Deutschlands bedeutet, mag hier unerörtert bleiben. Relevant für den hier behandelten Zusammenhang ist hingegen der sich wohl als ideologisches Antidot aufblähende Gegenzug zu dieser Entwicklung: Der »Antisemitismus« feiert wieder fröhliche Urstände. Alles, was sich nur halbwegs im Bereich des ehemals Tabuisierten und anrühlich Gebliebenen bewegt, wird diesem Begriff, gleichsam als alt-neues Konsens-Sammelbecken fürs leger Undifferenzierte und eklektisch Zusammengewürfelte subsumiert. So wünschenswert, ja erforderlich die öffentliche Entrüstung und Konfrontation wären, wenn es um wirklichen Antisemitismus, um reale Formen von Fremdenhass und Rassismus ginge, so erbärmlich und dem Kampf gegen den realen Antisemitismus schädlich ist diese ideologisch-fremdbestimmte Extravaganz im neudeutschen Diskurs. Dass sich dabei Koalitionen wie gewisse Teile der deutschen »Linken«, der *Zentralrat der Juden in Deutschland*, Organe der bürgerlichen Presse Deutschlands und die israelische Botschaft in diesem neuen *philosemitischen* Boot einfinden, ist symptomatisch: Nicht nur hat die politisch korrekte »Antisemitismus«-Ideologie dieser merkwürdigen Mélange heterogener Stimmen rein gar nichts mit der realen Lage der in Deutschland lebenden Juden zu tun, sondern Juden, Zionisten und Israelis, Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik werden so unreflektiert durcheinandergewirbelt und miteinander vermengt, dass sich Auschwitz und der Nahe Osten, deutsche Befindlichkeiten und jüdische Lebensweltrealitäten, Gedenken, Erinnerungsfetisch, Israelsolidarität und Islamophobie, Anti- und Philosemitismus, Klezmer und Falafel zu einem einzigen Konglomerat von Reizworten und Sensationen gerinnen, deren Aufklärungswert und emanzipative Ausrichtung, mithin das ihnen abgewonnene genuine Gedenken ans Verbrochene und die aus diesem zu ziehenden »Lehren« nichtig werden – vielleicht auch gar nichts anderes mehr sein wollen, als eben das: nichtig. Nicht aus-

geschlossen, dass sich auch diese Analyse – wie denn die hier angebotenen Darlegungen insgesamt – dem Verdikt des »Antisemitischen« ausgesetzt sieht. Welche der erwähnten Stimmen im neuen Philosemitismus-Diskurs sich dazu gibt, ein solches Verdikt auszusprechen, bleibt sich letztlich gleich. In ihrer Funktion als Träger der neuen deutsch-jüdischen Ideologie sind sie ohnehin austauschbar.

Kann es also einen genuineen, mithin wohlwollenden Philosemitismus geben, der dem wahren, aus judenhassendem Ressentiment geborenen Antisemitismus als dessen Entgegensetzung vergleichbar wäre? So gestellt ist die Frage falsch. Denn so, wie das Wahre des Antisemitismus sich einzig aus dem Ressentimentzusammenhang erklären lässt (und darin eben sein Unwahres hat), lässt sich das Genuine des Philosemitismus einzig aus seiner Wesensverwandtschaft mit dem Antisemitismus begreifen – worin sich letztlich das Bedrohliche seines vermeintlichen Wohlwollens erweist.

Befindlichkeit im Blick.

Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären

Erstarken des Antisemitismus

Seit einigen Jahren gibt es ein offensichtliches Aufleben des Antisemitismus in Europa¹ – und auch in der islamischen Welt. »Gekoppelt werden dabei neu-alte Erscheinungen des Antisemitismus mit den Kategorien des Antizionismus und der politischen Israelkritik und dies sowohl von Trägern der antisemitischen Rhetorik als auch von deren Kritikern«,² schreibt Moshe Zuckermann. Dabei vermengen viele antisemitische »Kritiker« wie auch Kritiker des Antisemitismus oft Dinge, die begrifflich-theoretisch auseinanderzuhalten sind. Die Dinge werden »im ressentimentgeladenen Affekt durcheinandergebracht«³.

Der Zionismus apostrophiert den Staat Israel als »Judenstaat«, der mit der Shoah des europäischen Judentums historisch und kausal verkettet ist, denn die Staatsgründung ist zumindest durch den Massenmord an den europäischen Juden beschleunigt worden, wenn nicht überhaupt erst dadurch zustande gekommen. Die Shoah ist gleichsam zur »raison d'être der nationalen jüdischen Heimstätte«⁴ geworden. Aber es gilt dennoch Judentum, Zionismus und Israel begrifflich, praktisch und lebensweltlich zu unterscheiden. Der Antisemitismus in seiner gegenwärtigen Form macht solche Unterscheidungen nicht; er äußert sich »meist im Sinne der Gleichsetzung von Juden, Zionismus und Israelis«⁵. Zuckermann sagt: »Diese Gleichsetzung ist nicht erst in dem Moment entstanden, als der Zionismus im Nahen Osten auftrat und dort zu einem antiarabischen Moment nicht nur hochstilisiert, sondern auch verdinglicht, fetischisiert und ideologisiert wurde.«⁶ Vielmehr sei der Antisemitismus ein christliches und abendländisches Phänomen.

Warum gilt es zwischen Judentum, Zionismus und Israel zu unterscheiden? Weil nicht alle Juden Zionisten, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden sind. Diese Differenzierung ist notwendig, wenn man zu einer fundierten

1 Siehe dazu Helga Elmbacher: »Neuer Antisemitismus in Europa – Historisch vergleichende Überlegungen«, in: Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005, S. 50-69; Juliane Wetzel: »Der schwierige Umgang mit einem Phänomen – Die EU und der Antisemitismus«, ebd., S. 90-109.

2 Moshe Zuckermann: »Editorial«, in: Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005, S. 9-13; S. 9.

3 Ebdenda.

4 Ebdenda.

5 »Die Logik der Okkupation. Eine Diskussion mit dem israelischen Historiker Moshe Zuckermann«, in: iz3w, Nr. 261 und in: sopus 5/2002.

6 Ebdenda.

Analyse des Nahostkonflikts kommen möchte. »Denn man kann Israel sehr wohl kritisieren, ohne gleich gegen Juden zu sein«, schreibt Zuckermann, »(man kann sogar Israels Politik und gesellschaftliche Entwicklung als Jude – gerade als Jude – kritisieren). Man kann ›Juden‹ nicht mögen und den Judenstaat Israel dennoch hoch schätzen (weil man zum Beispiel Araber noch mehr hasst als sie [oder weil man froh darüber ist, dass die Juden ihren eigenen Staat haben, statt in Deutschland zu sein – man kann also auch als Antisemit durchaus ›Zionist‹ sein, etwa weil man sich darüber freut, dass die Juden in Israel in ihrem individuellen Leben bedroht werden; MH]). Man kann auch den Zionismus hinterfragen, ohne gleich antisemitisch und sogar ohne antiisraelisch zu sein; denn es ist eine Sache, die geschichtlich realen Entwicklungsstrukturen des Zionismus zu beäugen, eine ganz andere – nach der Shoah zumal –, das nun mal in der zionistischen Ideologie eingebettete Existenzrecht Israels in Frage zu stellen.«⁷

Um das Existenzrecht Israels geht es hier nicht; es kann nicht und darf nicht zur Disposition stehen. Es geht hier um die Problematik des Zionismus. Zionismus in seinem heutigen Geltungsanspruch als »raison d'être der nationalen jüdischen Heimstätte« zu hinterfragen, scheint aus einem ganz bestimmten Grund geboten zu sein. Zuckermann schreibt: »Der Jude als Individuum ist heute nirgends auf der Welt stärker bedroht in seinem Leben als in dem Land, das ihm die endgültige Sicherheit versprochen hat. Die Frage ist, ob dieses individuelle Moment nicht auch fürs Kollektive gilt: dass nämlich die innere Logik der Politik, wie der Zionismus sie heute betreibt, zu einem regionalen Krieg führen könnte, der nicht nur Damaskus, Amman und Kairo, sondern auch Israel in Schutt und Asche legen würde.«⁸

Nicht jede Zionismuskritik beruht auf dieser Erwägung. Antizionismus geht oft einher mit Antisemitismus. Antizionistische Israelkritik erweist sich oft als verdeckter Antisemitismus. – Man darf jedoch nicht grundsätzlich davon ausgehen, dass Israelkritik oder Kritik am Zionismus *per se* antisemitisch seien.

Deutsche Befindlichkeiten

Es gibt traditionelle, antiimperialistische Linke, die in der Intifada immer noch eine Befreiungsbewegung sehen, die man im Kampf gegen das israelische Besatzungsregime unterstützen müsse.⁹ Sie vertreten einen antizionistischen Stand-

7 Moshe Zuckermann: »Editorial«, a. a. O., S. 9.

8 »Logik der Okkupation«, a. a. O.

9 Siehe z. B. Linksruck: »Der Terror kommt aus Israel«, in: Linksruck, Nr. 221 vom 19. Juli 2006: »Hamas und Hisbollah sind Teil dieses rechtmäßigen palästinensischen Widerstands. Wer Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit im Nahen Osten will, muss den Widerstand der Palästinenser unterstützen.« – Linksruck hat sich inzwischen aufgelöst. – Vgl. auch: Israel und die palästinensische Befreiungsbewegung. Ursachen des Nahostkonfliktes und Perspektiven für den Frieden, hrsg. v. Werner Halbauer, Verein für Geschichte und Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung e. V., Frankfurt am Main 2002; siehe auch Margarethe Berger: »Palästina im Umbruch. Die palästinensische Befreiungsbewegung nach Arafat«, in: Intifada – Zeitschrift für den arabischen Widerstand, Januar 2005.

punkt, und manche sind dann mitunter sehr schnell dabei, Israel das Existenzrecht abzuspochen.¹⁰ Wer das Existenzrecht in Frage stellt, stellt sich außerhalb des Kreises der ernstzunehmenden Diskussionspartner.

Auf der anderen Seite gibt es den antideutschen Standpunkt einer unbedingten, gleichsam mechanischen Solidarität mit Israel, weil die zionistische Staatsgründung von Israel vor dem Hintergrund des Massenmords an den europäischen Juden zustande gekommen ist. Die Gründung eines palästinensischen Staates begreifen Antideutsche als ein antisemitisches und autoritäres Projekt, sowie überhaupt den Islamismus als Faschismus. Die antideutsche Zeitschrift *Bahamas* bezeichnet die Palästinenser als ein »sich im Vernichtungswahn gerierendes völkisch islamistisches Judenhasserkollektiv«¹¹. Antideutsche sagen auch, Israels Militarismus sei ein notwendiger Schutz vor der weltweiten Bedrohung der Juden durch Nation und Kapital, die den Antisemitismus immer wieder hervorrufen.¹² Es gebe gleichsam einen »ewigen Antisemitismus« und diesen auch in der arabischen Welt, der Israel als das Fremde verteufelt.¹³

Mit diesen einseitigen Positionen tut man der israelischen Gesellschaft aber keinen Gefallen. Die diametral entgegengesetzten Positionen zwischen Antideutschen und bestimmten Traditionslinken haben Zuckermann zufolge etwas mit »deutschen Befindlichkeiten«¹⁴ zu tun, in die sich – zumal wenn es um den Nahostkonflikt geht – allzu oft Antisemitisches einschleicht – und auch Philosemitisches, das man als Invertierung des Antisemitismus begreifen kann. Und beide Standpunkte polarisierten sich in Deutschland in den letzten Jahren zunehmend. Diese Befindlichkeiten verweisen auf eine Ambivalenz des Kollektivgedächtnisses im Umgang mit der Vergangenheit, der der Dialektik von Schuld und Abwehr unterliegt. Die Polarisierung der Standpunkte ist dabei das Resultat einer sekundären Verarbeitung, das heißt Entsorgung oder Verdrängung der Ambivalenz. Im Resultat ergibt sich ein striktes Freund-Feind-Denken, gleichsam eine manichäische Struktur der Wahrnehmung.

Hierzu bemerkt Zuckermann: »Die nur schwer zu fassende ›Vergangenheit‹ (...) öffnet sich (...) immer konträren Interpretationen. Im Gegensatz zu seinem fundamentalen Streben nach klarer Entscheidung sieht sich (...) das gequälte Gedächtnis des Kollektivs dem Bann der Ambivalenz ausgesetzt. Weil es aber die Koexistenz widersprüchlicher Bestandteile seines Gedächtnisses nicht auszuhäl-

10 Vgl. »Stellungnahme in eigener Sache«, in: Linksruck, Nr. 128 vom 16. April 2002: »Es ist eine historische Tatsache, dass Juden in der Region leben. Wir wollen das nicht rückgängig machen. Aber Israel ist ein Unterdrückerstaat. Deshalb bedeutet Anerkennung Israels zugleich Aufrechterhaltung der permanenten Kriegssituation und damit verbundener Notstandsgesetze, die eine Million israelische Palästinenser zu Bürgern zweiter Klasse herabstufen.«

11 Horst Pankow: »›Kindermörder‹. Noch einmal über Antisemitismus, Zionismus, Deutsche und Palästinenser«, in: *Bahamas* 33/2000.

12 Vgl. »Die Möglichkeit des Schlimmsten. Interview mit Gerhard Scheit über Israelsolidarität, islamistische Rackets und Antisemitismus«, in: *iz3w*, Nr. 263 und in: *sopos* 9/2002.

13 Vgl. Thomas Käpernick: »Keine Stigmatisierung Israels«, in: *iz3w*, Nr. 250 und in: *sopos* 1/2001.

14 Moshe Zuckermann: »Editorial«, a. a. O., S. 11.

ten vermag, trifft das Kollektiv eine gleichsam manichäische, ihrem Wesen nach tendenziöse Wahl: Je nach ›Bedürfnis‹ ›neutralisiert‹ es gleichsam die Ambivalenz, indem es die in Folge immanenter Widersprüche des Gedächtnisses entstandene kognitive Dissonanz durch ›Auslöschung‹ bestimmter Erinnerungsteile und pointierter ›Hervorhebung‹ anderer auflöst. Hierbei durchlaufen die positiv bewahrten Erinnerungsteile einen langwierigen Prozess der *vereinfachenden Kodifizierung*. Mit anderen Worten: Da die akkumulative Kristallisierung des Kollektivgedächtnisses (einschließlich seiner historiographischen Manifestationen) als Erzeugnis, zugleich aber auch als *wirkender* Bestandteil einer historisch gewachsenen gesellschaftlichen Praxis fungiert, sortiert, wählt und verdrängt das Gedächtnis ›unliebsame‹ – zuweilen höchst bedeutsame – Teile des Vergangenen aus dem vorherrschenden Bewusstsein des Kollektivs. Es besteht, so besehen, immer eine *notwendige* Diskrepanz zwischen der eigentlichen Vergangenheit des Kollektivs und deren bestimmten Gestaltungen im Kollektivgedächtnis. Dieser Umstand hängt zwar immer mit den wirklichen Geschehnissen dieser Vergangenheit zusammen, mag aber auch die latente, wesentlich ideologische – somit heteronome – Funktion des Selektionsaktes erfüllen und sogar entfalten. Daraus wiederum erklärt sich das Phänomen, dass das im Kollektivgedächtnis registrierte Geschehen nicht in seiner vollen Komplexität bewahrt wird, bis es sich schließlich in komfortabel zugängliche Motive der Bewusstseinsmatrix, bzw. in *Kodes* verwandelt hat.«¹⁵

Die vereinseitigten Solidarisierungsaufforderungen (für Israel und gegen Palästina/gegen Israel und für Palästina) sind solche *Kodes oder Tickets*.¹⁶ Mit Kodes und Ticketdenken, mit projizierten und petrifizierten, das heißt verdinglichten Befindlichkeiten trägt man zur Lösung des Nahostkonflikts nichts Konstruktives bei. Dazu muss man sich schon auf die Realität im Nahen Osten einlassen, das heißt eine Realanalyse betreiben. Alles dies setzt die Reflexion dessen voraus, durch welche Befindlichkeiten im Blick unter Umständen von Beginn an die eigene Wahrnehmung beeinflusst ist.

Zuckermann bemerkt diesbezüglich: »Dies ist an sich nicht allzu schwer nachzuvollziehen. Denn wenn Israels *raison d'être* unweigerlich an die Shoah-Erfahrung gekettet ist, dann ist das Verhältnis von Deutschen Israel gegenüber von der durch Deutsche an Juden verbrochenen Monstrosität zwangsläufig affiziert, und zwar in einer Weise, die zum einen in eine moralisierende Überidentifikation mit ›Juden‹ und ›Israel‹ umschlagen, zum anderen sich aber auch im latenten wie offenen Ressentiment gegen die ›Dauerpräsentation der Schande‹, welche sich durch die schiere Existenz Israels zudem staatspolitisch institutionalisiert hat, verbohren und verfestigen kann. Tabus und damit einhergehende Denkverbote auf

15 Moshe Zuckermann: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998, S. 9 f.

16 Zum Begriff des Ticketdenkens siehe Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1969.

der einen Seite und der Drang nach ›Normalisierung‹ und daraus resultierende Tabubrüche auf der anderen tun ein übriges, um das seit 1945 von vornherein belastete Verhältnis von Deutschen und Juden und mutatis mutandis zu Israel vollends in die Abgründe heteronomer Ideologie und ideologischer Instrumentalisierung zu stürzen.«¹⁷ Auch in Israel werde instrumentalisiert; der politischen Klasse kommen, so Zuckermann, antisemitische Ausbrüche in Europa, insbesondere in Deutschland, zu pass, um »von den eigenen repressiven Entscheidungen und Taten ideologisch abzulenken«.¹⁸

Fazit: Weil sich Israel als zionistischer »Judenstaat« versteht und die Gründung mit Auschwitz kausal zusammenhängt, wird der Nahostkonflikt damit vermengt, obwohl die beiden Dinge getrennt voneinander zu betrachten wären.

»Unbedingte Solidarität« mit wem?

Der Blick von »außen« hat Vorteile für die Sicht, aber auch entscheidende Schwächen. Das »Außen« impliziert, man habe es mit einem neutralen, jedenfalls nicht involvierten Betrachter zu tun. Aber ein solches »Außen« gibt es gar nicht, kann es in Bezug auf den Massenmord an den Juden in zweierlei Hinsicht nicht geben. Zum einen nicht für einen Deutschen, der mithin aus der Gesellschaft der Täter kommt, auch wenn er aus einer anderen, später geborenen Generation stammt. Zum anderen nicht für irgendjemanden, weil Auschwitz die gesamte Zivilisation in Frage stellt und insofern einen universellen Charakter hat. Dennoch hat das »Außen« seine Berechtigung, denn Israel ist einerseits in der Folge von Auschwitz entstanden, andererseits muss man fähig sein, unabhängig von dieser Kausalität auf Israel schauen zu können. Aber mit welcher Befindlichkeit schauen wir von außen und neigen zu Projektionen, die die Klärung eines politischen Problems zumindest erschweren?

In der Wahrnehmungsweise eines Staates von außen neigt man dazu, oberflächlich geschlossene Entitäten als monolithische Blöcke zu konstruieren. Die Widersprüche zwischen handelnden Akteuren (zum Beispiel zwischen der Regierungspartei und der Opposition, zwischen Fundamentalisten und Gemäßigten, zwischen den subalternen Klassen und den herrschenden Eliten, zwischen religiösen und säkularen Gruppen) werden nicht gesehen, sondern zu »Israel«, »Palästina«, »Deutschland«, »USA« usw. zusammengefasst. Nicht einmal die wichtigste Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft gelingt häufig. Stattdessen eine Inhaftnahme des heterogenen Kollektivs Gesellschaft und seine holzschnittartige Identifizierung als Staat, Pauschalisierungen *des Juden*, *des Israeli*, *des Zionisten* und Gleichsetzungen mit Judentum, Israel und Zionismus. Wie aber setzt sich

17 Moshe Zuckermann: »Editorial«, a. a. O., S. 10 f.

18 Ebenda, S. 11.

eine Gesellschaft zusammen, die kollektiv für ein staatliches Handeln in Haft genommen wird? Dazu muss man den Blick differenzierend auf die Gesellschaft richten. Der Blick von außen bedarf differenzierender Werkzeuge und Methodik. Ansonsten läuft er Gefahr, seinen Befindlichkeiten freien Lauf zu lassen und Vorurteile, das heißt Freund-Feind-Dichotomien zu reproduzieren. Das führt zu entpolitisierten, moralischen Ansichten, das heißt zur Entpolitisierung von Konflikten, die nur noch moralisch bewertet werden, mit einem Wort: zu verdinglichten Positionen, die für die reale Politik keine konstruktiven Lösungsansätze zu bieten haben.

Nun zu der von Antideutschen erhobenen Forderung nach einer »unbedingten«, gleichsam mechanischen Solidarität mit Israel. Solidarität mit wem? Von wem ist überhaupt die Rede? Welches Israel ist gemeint? Der differenzierte Blick auf die israelische Gesellschaft offenbart eine zutiefst heterogene Gesellschaft voller innerer Spannungen. Die Heterogenität hängt mit den verschiedenen Einwanderungswellen aus unterschiedlichen Regionen der Welt zusammen. Die israelische Gesellschaft setzt sich zusammen aus aschkenasischen (aus der westlichen Welt, vor allem aus dem osteuropäischen Raum sowie aus der angelsächsischen Welt: aus den USA, Kanada und Australien), sephardischen (aus den romanischen Ländern, vor allem aus Spanien und Italien sowie Südamerika) und orientalischen Juden sowie aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Einwanderern (von denen nach halachischem Gesetz ca. 40 Prozent nicht als Juden gelten, heute aber dazugezählt werden) und Arabern mit israelischer Staatsbürgerschaft (ca. 1,3 Mio.). Unter den Juden der unterschiedlichen Herkunft muss man noch einmal unterscheiden bezüglich des Stellenwertes ihrer Religion: Die Spannbreite bewegt sich zwischen säkularen, traditionellen, nationalreligiösen und orthodoxen bis ultraorthodoxen Juden.¹⁹ Das Problem dabei ist nicht die »ethnische« Heterogenität als solche. Die entscheidenden Fragen sind: Welche Interessen und Orientierungen haben die einzelnen Gruppen in der israelischen Gesellschaft sowie am Staat, wie gehen sie miteinander und wie gehen sie mit der Erinnerung an die Shoah um?

Rezeption des Holocaust – Erinnerungsweisen

Die Erinnerung an den Holocaust ist weder in Deutschland noch in Israel monolithisch. Zuckermann konstatiert mindestens fünf bis sieben Holocaust-Diskurse in Israel – sie sind den einzelnen Gruppen zuzuordnen, die in Israel leben und ganz unterschiedliche Interessen haben:

¹⁹ Das in der angelsächsischen Welt dominierende Reformjudentum spielt in Israel keine Rolle.

Die orientalische Juden

Die orientalischen Juden waren Einwanderer etwa aus dem Irak, aus Marokko und Ägypten. Zuckermann zufolge bezeugen viele, dass es einen traditionellen islamischen Antisemitismus nicht gegeben hat. »Die meisten der orientalischen Juden betonen, sie hätten die besten Beziehungen zur islamischen Welt gehabt. Sie betrachten sich bis heute als arabische Juden.«²⁰ Bestimmte orientalische Juden – nicht alle – fühlen sich der arabischen Welt zugehörig; sie orientieren sich denn auch nicht nach Westen, nicht einmal nach dem modernen Tel Aviv, sondern nach Kairo, jedenfalls hinsichtlich der Radiosender. Sie haben eine arabische Kultur. Viele aber hassen auch die arabische Welt und verbitten sich, als arabische Juden apostrophiert zu werden.

Man muss wissen, so Zuckermann, »dass sich in Israel die Klassen- und die ethnische Frage überlappen, d. h. die unteren sozioökonomischen Klassen sind von orientalischen Juden bevölkert. (...) Viele der nach Israel eingewanderten [orientalischen] Juden haben in Israel eine größere Deklassierung erfahren als in ihren Ursprungsländern.«²¹

Ich wiederhole noch einmal, viele orientalische Juden begreifen sich als arabische Juden! – Hier wird wieder relevant, wie wichtig Unterscheidungen sind. Haben wir es mit einem islamischen oder arabischen Antisemitismus oder mit einem Antisemitismus in der arabischen Welt zu tun? Die orientalischen Juden haben anders als die aschkenasischen und sephardischen Juden keine unmittelbare Beziehung zur Shoah; ebenso wenig die ca. 1,3 Millionen Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft sowie die aus Russland Eingewanderten.

Die säkularen zionistischen Juden

Zionismus vor der Staatsgründung

Man muss wissen, dass der Zionismus ursprünglich keine Reaktion auf den Holocaust gewesen ist, sondern seinen Ursprung in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts im Kontext des weit verbreiteten, aber noch nicht eliminatorischen Antisemitismus fand. Das Programm der Aufklärung hatte es nicht vermocht, die Integration der Juden in die bürgerliche Gesellschaft zu gewährleisten, ohne dass die Juden ihre Religion hätten verleugnen müssen.

Jacob Katz – in den Jahren 1969–1972 Professor für Jüdische Sozialgeschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem – beschreibt in seinem Buch »Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft« den Versuch der jüdischen Emanzipation zwischen 1770–1870 in den europäischen Staaten, die ganz unterschiedliche Erfolge zeitigte und dort am geringsten oder am zögerlichsten vorankam, wo die Identität von Subjekt und Objekt der Befreiung stärker auseinandergering –

20 »Die Logik der Okkupation«, a. a. O.

21 Ebenda.

etwa in den deutschen Ländern. Seit dem Mittelalter fristeten die Juden in Europa am Rande der Gesellschaft, in Ghettos, ein Ausnahmedasein. Zwischen 1770 und 1870, also der Zeit, in der sich der Ständestaat auflöste und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche lockerte und durch die Aufklärung sich ein geringes Maß von religiöser Toleranz verbreitete, wurde versucht, die Juden in die bürgerliche Gesellschaft als gleichberechtigte Staatsbürger zu integrieren. Die Integration wurde allerdings an die Bedingung der kulturellen Anpassung an die Dominanzgesellschaft geknüpft. Die Juden mussten mit anderen Worten zum Christentum konvertieren, wollten sie nicht mehr Bürger zweiter Klasse sein – was tatsächlich auch viele taten, zum Beispiel der Vater von Marx, Heinrich Heine und Ludwig Börne. Antijüdische Vorurteile gegenüber konvertierten genauso wie gegenüber nicht-konvertierten Juden lebten ebenso fort wie ein Unbehagen konvertierter Juden, in der bürgerlichen Gesellschaft nicht wirklich integriert und angekommen zu sein. »Die Juden waren Bürger auf Probe. Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage war der Köder, denen man ihnen vor die Nase hielt, für den Fall, dass sie die Erwartungen erfüllen würden. Den Anpassungsprozess bezeichnete man passend als bürgerliche Verbesserung, ein Ausdruck, den Christian Wilhelm Dohm in seinem Buch *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* (1781) geprägt hatte, in dem er eine Reform jüdischer Gewohnheiten, Sitten und vielleicht auch der Religion sowie eine gleichzeitige Verbesserung ihres politischen Status befürwortete.«²²

In den deutschen Ländern war es selbst innerhalb der liberalen Bewegung keineswegs selbstverständlich, den Juden volle Bürgerrechte zuzusprechen. Wenn die Juden ihre Integration voranbringen wollten, mussten sie sich selbst organisieren, um ihrem Anliegen eine Stimme zu geben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Ausdruck »Emanzipation« erst 1828 zu einer gebräuchlichen Vokabel für die Bestrebungen nach Integration der Juden wurde.²³ Jacob Katz zeigt in seinem Buch auf, dass das Wort »Emanzipation«, das dem Lateinischen *emancipatio* entstammt und die *Freilassung eines Sklaven* bedeutet, Einzug in den politischen Sprachgebrauch erhielt, als irische Katholiken Ende des 18. Jahrhunderts für ihre politische und religiöse Freiheit kämpften und ihr Anliegen »katholische Emanzipation« nannten. Im Jahre 1828 führte der Kampf der irischen Katholiken um Gleichberechtigung gegenüber dem Anglikanismus zum Erfolg. Die Juden in England nahmen sich dies zum Vorbild und forderten nun ihrerseits »jüdische Emanzipation«. Von England aus verbreitete sich die Bezeichnung bis in die deutschen Länder,²⁴ wo der Widerstand trotz aufkommenden Liberalismus gegen die volle Integration der Juden auf viel stärkere Vorbehalte stieß. Die Lage

22 Jacob Katz: *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft. Jüdische Emanzipation 1770–1870*, Frankfurt am Main 1986, S. 212.

23 Zuvor waren andere Ausdrücke im Gebrauch, die ihrer Bedeutung nach darauf verweisen, dass es um erzwungene Assimilation, nicht um Befreiung ging, jedenfalls Subjekt und Objekt der Integration nicht zusammenfassen: »Naturalisierung«, »Régénération« (frz.), »Bürgerliche Verbesserung« (dt.). – Vgl. ebd., S. 211.

24 Vgl. ebenda, S. 215 f.

der Juden verbesserte sich erst wesentlich in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, weil sich die öffentliche Gesinnung zugunsten der Juden gewandelt hatte, wengleich von da an neue antisemitische Bewegungen aufkamen und der Antisemitismus innerhalb weniger Generationen im Massenmord an den Juden kulminierte.

Es waren aber vor diesem Massenmord unter anderem Pogrome in Russland am Ende des 19. Jahrhunderts, die Ritualmordprozesse in Mitteleuropa, die Dreyfuß-Affäre in Frankreich und antisemitische Grundstimmungen allgemein, die der zionistischen Bewegung als eine Form des *romantischen Nationalismus* schon Wirkmacht verliehen. Weitere Wirkmacht erhielt der Zionismus nach dem Ersten Weltkrieg durch Wilsons Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wodurch eine Welle neuer Nationalstaatsgründungen und eine Entkolonialisierungswelle in Gang kamen. Die zionistische Bewegung konnte nunmehr ihrer Forderung nach einem eigenen jüdischen Staat einigermaßen real entgegensehen.

Warum wurde ein israelischer Staat mitten in einer arabischen Region angesiedelt? Dazu ist zunächst zu sagen, dass Judentum und arabische Kultur in gewisser Hinsicht identisch und nicht-identisch sind. Die jüdische Bevölkerung, jüdische Kultur, hatte ihre Heimat bis 600 v. Chr. im Nahen Osten. Im Kampf gegen die Großmacht Babylonien verloren sie ihr Königreich und gingen in die babylonische Gefangenschaft; es war der Anfang einer zweieinhalbtausendjährigen Diaspora. In diesem Exil hat sich die jüdische Religion und Kultur verändert, um sich bewahren zu können. Es entstand ein politisches System der Sakralisierung zur Sicherung des Fortlebens der Religion im Exildasein. Es musste Ersatz geschaffen werden für die verlorenen Attribute staatlicher Macht. »Die Regierung hienieden wurde sublimiert, einer überirdischen Macht übertragen, die gegen jeden Angriff gefeit ist. Das nunmehr in Religionsgemeinden organisierte Volk unterwarf sich mit eiserner Disziplin unsichtbaren Gewalten.«²⁵ Religiöse Alltagsregeln entstanden, die eine explizit jüdische Identität ausmachten und eine Assimilation erschwerten, durch die die jüdische Identität verlorengegangen wäre. »Alles, was nationale Existenz bedingt, wurde der Religion einverleibt. Sprache, Tracht, Speisesitten erhielten göttliche Weihe. Selbst geringfügige Einzelheiten des Alltags, die nichts mit Religion zu tun haben, wurden mit der Glorie des Heiligenseins umgeben. Der Gott der Juden hatte nun sämtliche Aufgaben eines weltlichen Herrschers auszuüben. Die staatliche Souveränität wurde sakralisiert: Regierung und Gerichtsbarkeit in den Himmel verlegt, dem eine allzu irdische Wirklichkeit zugeschrieben wurde.«²⁶

Die jüdische Religion transformierte sich in der Diaspora gleichsam zu einem Kitt für den Zusammenhalt. Wenn sich heute zionistische Juden in Israel über die religiösen Sitten und Bräuche der orthodoxen Juden aufregen, dann vermutlich

25 J. Bartikwa: Das unheilige Land. Sozialgeschichte des Staates Israel, Darmstadt 1970, S. 34.

26 Ebenda.

auch deshalb, weil aus der Sicht eines zionistischen Juden diese Bräuche und Sitten nicht mehr nötig sind, weil das Exildasein durch die Gründung des Staates Israel negiert, das heißt aufgehoben ist. Eine weitere Absonderung käme mit einer Verweigerungshaltung und Nicht-Anerkennung der staatlichen Autorität gleich. – Und so ist es auch: Orthodoxe Juden begreifen sich gleichsam immer noch in der Diaspora und sehen die Staatsgründung Israels als eine Blasphemie an, da der Staat gegründet wurde, bevor der Messias erschienen ist.

In der europäischen Diaspora nahm das Judentum den westlichen, christlichen Geist in sich auf und transformierte sich zu einem »aristotelischen System von Gesetzen und Bräuchen«. ²⁷ Die Vertreibung aus Asien führte eben auch dazu, dass sich das Judentum von den geistigen Grundlagen Asiens entfernte. »Das Judentum in der christlichen Welt weiß vom asiatischen Kulturkreis, in dem seine Prophetie entstand, kaum noch etwas, es ist eine von der griechischen Philosophie geformte Gesetzesreligion, geistesgeschichtlich ein Teil des christlichen Kulturkreises, an dessen Wiege der sokratische Rationalismus stand.« ²⁸

Der Zionismus ist das politische Programm, die über zweieinhalbtausend Jahre fortwährende jüdische Diaspora zu beenden und einen jüdischen Staat zu gründen. Zunächst war der Zionismus eine territorial bestimmte Sehnsucht *ohne* Territorium. Der jüdische Staat sollte erst in der Gegend um Jerusalem herum gegründet werden.

Der Begriff »Zionismus« entstammt dem Wort »Zion«. Mit Zion ist ursprünglich eine im Alten Testament erwähnte vorisraelische Stadt der Jebusiter bezeichnet, die auf dem südöstlichen Hügel Jerusalems gelegen haben soll. ²⁹ Zion war auch der Begriff für die Heiligtümer Jerusalems ³⁰ und bezog sich auch auf den nordöstlichen Hügel Jerusalems, der von König David und Salomo bebaut wurde, das heißt auf den Palast- und Tempelberg. Später umfasste Zion die gesamte Stadt Jerusalem. Zion gilt seitdem als die auserwählte Stadt Gottes und seines Volkes – Mittelpunkt des jüdischen Glaubens und des »Gelobten Landes«. – Das Gebiet aber heißt Palästina, die Einwanderung findet auf dem Rücken der Palästinenser statt. Bis zu 800 000 Palästinenser werden in der Folge vertrieben.

Aber noch 1925 wurde auf dem 14. Zionistenkongress in Wien das programmatische Ziel »Palästina als Zweinationalitätenstaat [erklärt], in dem beide Völker ohne Vorherrschaft des einen und ohne Unterdrückung des anderen, in voller Gleichberechtigung zum Wohle des Landes arbeiten.« ³¹

27 Ebenda, S. 35.

28 Ebenda.

29 Vgl. Altes Testament, 2. Samuel 5,7.

30 Vgl. Jesaja 10,12.

31 Jüdisches Lexikon, Stichwort: »Araberfrage in Palästina«.

Zionismus als israelische Staatsideologie

Mit dem Holocaust wurde der Zionismus zu einer Massenbewegung von ganz besonderer Tragkraft. Das Zustandekommen der Staatsgründung am 14. Mai 1948 verdankt Israel einem Augenblick von Reue und Scham. Sechs Millionen Juden, darunter eineinhalb Millionen Kinder, sind dem antisemitischen Rassenwahn der Nationalsozialisten und zum Teil unter Duldung, passiver Hinnahme oder sogar Kollaboration westlicher Staaten zum Opfer gefallen.

Mit der Rückkehr des israelischen Staates in den Nahen Osten wird dieser von der arabischen Welt als ein westlicher Staat, gleichsam als ein Fremdkörper, das heißt als ein Vermächtnis der Kolonialmächte empfunden. Israel wird mit der christlich-westlichen Welt identifiziert. »Die Juden, die an der Nahtstelle von Europa, Asien und Afrika einen Staat erhielten, erscheinen in den Augen der asiatischen Völker als Agenten und Platzhalter der christlichen Welt.«³² – Die Feindseligkeit, die sich in drei Kriegen der arabischen Welt gegen Israel ausdrückte (1948, 1956 und 1967), ist demnach nicht einfach mit »arabischem Antisemitismus« zu erklären, wenn das Judentum in der arabischen Welt dem christlichen Kulturkreis zugeordnet wird; es wäre vielmehr eine antiwestliche und antichristliche Haltung.

Israel wurde ursprünglich als sozialistischer Staat gegründet. Davon war schnell nichts mehr zu spüren. Im Kalten Krieg wurden die Gewerkschaften zerschlagen, und es erfolgte eine Orientierung zum Westen; der Staat wurde schnell kapitalistisch, das heißt eine Klassengesellschaft, die zugleich »ethnisch« heterogen überlappt ist. Die politischen Eliten rekrutierten sich aus osteuropäischen Einwanderern, die intellektuellen Eliten aus Deutschland und aus Frankreich stammenden Juden. Orientalische Juden kamen aus dem Jemen, Marokko und dem Irak; sie gehören bis heute keiner Elite an und bilden in Israel die Unterschicht. Ethnizität überlappt sich hier mit der Klassenzugehörigkeit.

Die Herkunft der jüdischen Einwanderer und ihr »diasporischer Habitus« waren für den Zionismus bis zum Zeitpunkt der Einwanderung der entscheidende Bezugspunkt und gleich danach eine Herausforderung: »Für den Zionismus galt es, das diasporische Dasein, das Exilleben der Juden zu negieren. Komplementär dazu sollte ›der neue Jude‹ geschaffen werden. Er sollte wehrfähig und produktiv im Sinne eines neuen Bauerntums werden, er sollte eine aufrechte Haltung an den Tag legen können und eben nicht der Gejagte, Geplagte, sich in der Zirkulationsphäre seinen Lebensunterhalt Verdienende und vor allem nicht mehr der Wehrlose sein.«³³

Vom Exiljuden wurde erwartet, dass er sein »Exil-Habitus« und sein »Opferdasein« ablegt, wenn er nach Israel kommt und die israelische Staatsbürgerschaft annimmt. Es gab in den 1950er Jahren die Tabuisierung des Holocaust eben auch

32 Bartikwa, a. a. O., S. 38.

33 »Vielerlei Holocaust? Teil II einer Diskussion mit dem israelischen Historiker Moshe Zuckermann«, in: iz3w, Nr. 262 und in: sopus 7/2002.

in Israel – nicht nur in Deutschland. Man machte Hebräisch zur offiziellen Sprache – nicht etwa Jiddisch, die Sprache des aschkenasischen Exils. »In keinem Land wurde Jiddisch (...) so verfolgt wie in der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft in Palästina und im Israel der frühen Jahre nach der Staatsgründung.«³⁴

Die geschundenen Überlebenden aus den Vernichtungslagern hat man zwar aufgenommen, aber von ihnen wurde erwartet, dass sie ihre seelischen und körperlichen Blessuren nicht zeigen – also auch kein Jiddisch sprechen. So etwas entsprach nicht dem Bild des vom Zionismus proklamierten »neuen Juden«. »Und so blieben die Opfer immer nur ein Argument für Kriege, wurden aber nie Gegenstand einer Reflexion über diesen Zustand, der Menschen zu ohnmächtigen Opfern von Gewalt und Repression macht.«³⁵

Der Zionismus hat, Zuckermann zufolge, den Holocaust in ein Narrativ eingebunden: »Hier kulminieren zweitausend Jahre Verfolgungs- und Opfergeschichte im Holocaust, was durch den Zionismus mit der Gründung des israelischen Staates beantwortet wird. Die Staatsgründung ist somit – ich verwende jetzt die aus dem hebräischen übersetzte Wendung – »die Erlösung«, die Wiedererrichtung des jüdischen Volkes aus seiner Katastrophe.«³⁶

Die orthodoxen Juden

Das Problem ergibt sich für den israelischen Staat aber nun insofern, als es große Gruppen von Juden gibt, die sich dem zionistischen Selbstverständnis des Staates verweigern. Die orthodoxen und ultraorthodoxen Juden halten das Diasporische *innerhalb* Israels aufrecht.

»Für die orthodoxen Juden oder bestimmte ultraorthodoxe Strömungen bedeutet der Holocaust (...) etwas ganz anderes [als für die zionistischen Juden]: Sie gehen von der klassischen Frage aus, wie Gott eine solche Katastrophe zulassen konnte und haben folgende Erklärung gefunden: Gott hat das jüdische Volk für zweierlei bestraft. Erstens dafür, dass es den Weg des halachischen, mithin authentischen Judentums verlassen hat und den Weg der jüdischen Aufklärung gegangen ist. Zweitens dafür, dass es den Staat Israel als eine Neugründung des alten Königreichs Israel errichtet hat, bevor der jüdische Messias angekommen ist. Der politische Zionismus und die Errichtung des Staates Israel waren demnach die schlimmstmögliche Hybris gegen Gottes Willen.«³⁷

34 Moshe Zuckermann: »Psychoanalyse und Politik. Ein Beitrag zur Analyse der israelischen politischen Kultur«, Manuskript.

35 »Vielerlei Holocaust?«, a. a. O.

36 Ebenda.

37 Ebenda. – Folglich verweigern sie dem Staate Israel seine Autorität. Die orthodoxen Juden beziehen sich stattdessen auf das Halakhah, das Gesetzssystem des traditionellen Judaismus; es wurde vom 9. bis 18. Jahrhundert praktiziert und wird bis heute vom orthodoxen Judentum aufrechterhalten; es basiert maßgeblich auf dem Babylonischen Talmud.

Mit anderen Worten: Für den orthodoxen Juden ist der Zionismus der Grund des Holocaust, während für den zionistischen Juden der Holocaust der Grund ist für die israelische Staatsgründung. – Beide Diskurse sind miteinander inkompatibel, werden aber in Israel ausgetragen. Es wird deshalb schwierig, von »einem« Israel zu sprechen, wenn man »allgemein« ohne weitere Differenzierung von Israel spricht. Von welchem der vielen Israels wird also gesprochen, wenn sich mit ihm »unbedingt« solidarisiert wird?

Wenn man nun in die israelische Gesellschaft schaut und differenziert – also klar ist, dass man besser nicht in einer abstrakten Weise von »dem Israel« sprechen sollte, dann haben wir es mit unterschiedlichen Diskursen in der Erinnerung an den Holocaust, im Umgang mit der Religion, mit der zionistischen Staatsideologie und mit dem Nahostkonflikt, das heißt mit den Palästinensern zu tun. Man kann nun Kritik betreiben, indem man die jeweiligen Standpunkte auf Interessen zurückführt und als »notwendig falsches Bewusstsein« angeht.

Geschichte wird immer instrumentalisiert. Das kann nicht die Frage sein, mit der wir uns auseinandersetzen. Die Frage ist: Wie wird instrumentalisiert, das heißt, was ist die Absicht der Instrumentalisierung? Es ist ein gewaltiger Unterschied ob der Holocaust vereinnahmt wird, um zu schlussfolgern, dass es niemals wieder Opfer geben darf – oder zur Schaffung neuer Opfer. Zuckermann schreibt: »Für eine emanzipatorische Perspektive bedeutet Erinnerung für mich Folgendes: Ich will erst einmal dem Gedenkverständnis eines Walter Benjamin das Wort reden, also die Vergangenheit als katastrophische Vergangenheit begreifen und die Gründe für diese Katastrophe reflektieren sowie an die in dieser Vergangenheit untergegangenen Menschen erinnern. Aber nur wenn diese Erinnerung sich politisch in die emanzipative Richtung eines ›Nie mehr wieder soll dies passieren!‹ wendet, wenn sie sich für die Schaffung gesellschaftlicher, politischer, kultureller und ökonomischer Strukturen stark macht, die das Opfersein überflüssig machen – nur dann gedenkt man der Katastrophe im Stände ihres Katastrophischen. Für mich bedeutet Erinnerung also auch immer eine Ausrichtung auf Gegenwart und Zukunft. Erinnerung nur um der Erinnerung willen hat immer schon den affirmativen Charakter des Regressiven und des Reaktionären.«³⁸

Der Nahostkonflikt

Die Nahostproblematik weist eine komplizierte »konkret-reale, politisch-militärisch wirkmächtige Konstellation«³⁹ auf (Grundmatrix): »Israel betreibt seit Jahrzehnten ein Okkupationsregime und unterdrückt die Palästinenser, verhindert (...) deren nationale Selbstbestimmung.«⁴⁰ Und Zuckermann weiter: »Mögen also

38 Ebenda.

39 Zuckermann: »Editorial«, a. a. O., S. 9.

40 Ebenda.

die einen das geschichtliche Problem darin erblicken, dass die arabische Welt sich nie mit der Gründung eines zionistischen Staates in ihrer Region abzufinden vermochte, die anderen wieder darin, dass die Staatsgründung unweigerlich mit bestimmten kolonialen Tendenzen, vor allem aber mit der Katastrophe des palästinensischen Kollektivs im prästaatlichen Palästina einhergehen musste – fest steht allemal, dass die konkreten Auswirkungen dieser geschichtlichen Prädisposition den Dauerzustand von Repression und perennierender Leiderfahrung zeitigten, bei dem Israel macht-, gewalt- und herrschaftspolitisch objektiv die Rolle des Unterdrückers zukommt.«⁴¹

Niemand sei gezwungen sich mit Israel/Palästina auseinanderzusetzen. Aber wer es tut, so Zuckermann, »ist berechtigt, diese historisch unabweisbare Realität zu verurteilen. Wer es nicht tut, muss sich Rechenschaft darüber ablegen, von welchen heteronomen Motivationen er angetrieben wird.«⁴² Man kann sich mit Israel solidarisieren, auch wenn man zunächst feststellt, dass Israel ein historisches Unrecht an den Palästinensern begangen hat. Dieses historische Unrecht resultierte aus der Shoah, was dem ganzen eine besondere Tragweite gibt – aber es bleibt dennoch ein Unrecht, dessen Auswirkungen bis heute sehr lebhaft und tödlich zu spüren sind – und die nicht einfach mit »arabischem Antisemitismus« abzufertigen sind. Es darf allerdings nicht daraus geschlussfolgert werden, das Unrecht müsse beseitigt werden, indem die Staatsgründung rückgängig gemacht wird. Aber in diplomatischen Verhandlungen gebietet sich für Israel und die westliche Welt eine Position der Nachgiebigkeit. Für die andere Seite (die Palästinenser) muss klar sein, und das ist mehrheitlich klar, dass das Existenzrecht Israels nicht zur Disposition steht; es ist eine unhintergehbare Prämisse für jede mögliche Lösung des Konflikts.

Lösungsansätze für den Nahostkonflikt

Die Gründe, warum es bislang nicht zu einer Lösung gekommen ist, sind kompliziert – mit einseitigen Schuldzuweisungen kommt man nicht weiter. Für Zuckermann betreibt Israel ganz objektiv, eine »brutale Okkupation«, und mit »objektiv« verweist er zugleich auf real Gegebenes und auf eine heteronome Struktur des Handelns, die sich zum einen – psychoanalytisch gesprochen – aus einer »Wiederkehr des Verdrängten«, zum anderen aber auch aus der Wechselwirkung von Aktion und Reaktion, das heißt aus Bedrohung und Vergeltung ergibt, in der immer wieder unschuldige Menschen zu neuen Opfern gemacht werden. Solange diese Kette aus Bedrohung und Vergeltung nicht unterbrochen wird, werden immer wieder neue Opfer geschaffen.

41 Ebenda, S. 10.

42 Ebenda.

Die Bedrohung durch den islamistischen Fundamentalismus wird bei einer solchen Bewertung nicht aus dem Auge verloren: »In der aktuellen Situation muss man sich selbstverständlich mit dem Hass auf und mit der Gewalt gegen Israel auseinandersetzen. Man muss sich fragen, wie die Leute zu einem solchen notwendig falschen Bewusstsein kommen und zur Zerstörung Israels auffordern.«⁴³ – Eine Zerstörung Israels »würde – und das dürfte auch diesen Hardlinern klar sein – nichts anderes bedeuten, als dass der gesamte Nahe Osten in Schutt und Asche gelegt wird. Wir reden hier ja von einem bis zum Hals bewaffneten Land. Es ist der Aufschrei der Geknechteten und Erniedrigten und der Beleidigten, die zu nichts anderem fähig sind als ›die Zerstörung des Landes Israels‹ rauszukotzen. Rache ist für sie ein Lustgewinn – auch wenn im Gegenzug Ramallah, Nablus oder Jenin in Schutt und Asche gelegt werden.«⁴⁴ Es liegt mithin nicht in einem anthropologischen Charakter des Menschen, geschweige denn in der Natur des Palästinensers, *per se* ein aufbrausender Charakter zu sein. »Wenn man im Flüchtlingslager 14-Jährige sieht, die bereit sind, ihre aufblühende pubertäre Energie mittels eines Sprengsatzes umzusetzen, dann ist das doch nicht von Natur aus oder von einer Kultur aus gegeben. Leute werden in den Tod getrieben, indem sie auf den Tod getrimmt werden.«⁴⁵ Menschen werden weder als Fundamentalisten noch mit ausgeprägtem Realitätssinn geboren. Realitätssinn ist eine Frage der Erziehung und des Aufwachsens, der Sozialisierung in gesellschaftlichen Verhältnissen.

Haben Fundamentalisten keinen Realitätssinn mehr,⁴⁶ so ist doch die große Mehrheit der Palästinenser bisher nicht dem Fundamentalismus anheimgefallen – auch wenn bei demokratischen Wahlen eine fundamentalistische Partei die politische Macht erringen konnte. Die *Hamas* ist eine islamistische Partei. »Sie pfleg[t] eine Ideologie, die sie als fundamentale Gegner jedes Kompromisses mit Israel [bisher] aus[gewiesen hat], und kultivier[t] dieses Image ganz bewusst. Das hindert sie aber nicht daran, pragmatisch und machtorientiert zu agieren, wenn [ihr] das passend erscheint.«⁴⁷ Ihr bewaffneter Kampf schließt Selbstmordattentate ausdrücklich mit ein. Aufgrund ihrer Sozialarbeit – und nicht zuletzt wegen Korruption und Unfähigkeit der *Fatah* – aber wuchs in den letzten Jahren ihre Zustimmung in der palästinensischen Bevölkerung, obwohl es dort einen breiten Konsens *gegen* Selbstmordattentate gibt.

Mehr noch: Die Ergebnisse von zwei Meinungsumfragen von *Al-Jazeera* und einem palästinensischen Institut unmittelbar nach dem Wahlsieg der *Hamas* sowie Ende Februar 2006 verdeutlichen, dass die *Hamas* nicht *wegen*, sondern *trotz*

43 »Die Logik der Okkupation«, a. a. O.

44 Ebenda.

45 Ebenda.

46 Vgl. Lorenz Graittl: »Massen, Mörder, Märtyrer. Zur Sozialpsychologie von Selbstmordattentaten«, in: iz3w, Nr. 293 und in: sopus 6/2006.

47 Alexander Flores: »Eine schwache One-Man-Show. Hintergründe der jüngsten inner-palästinensischen Auseinandersetzungen«, in: iz3w, Nr. 280 und in: sopus 11/2004.

ihres islamistischen Fundamentalismus und ihrer Radikalfeindschaft zu Israel gewählt wurde. »Demnach erwarte[te]n 94 Prozent der Palästinenser von der Hamas, dass sie die wirtschaftliche Situation verbessert und die Arbeitslosenquote senkt. 90 Prozent woll[t]en die Korruption wirksam bekämpft sehen, 85 Prozent erwarte[te]n die Bekämpfung der Gesetzlosigkeit, das Einsammeln illegaler Waffen sowie Reformen innerhalb der PA. ›Außenpolitisch‹ würden immerhin 51 Prozent den Staat Israel anerkennen, 54 Prozent plädier[t]en für ein gewaltsames Vorgehen gegen Gruppen, welche die Waffenruhe brechen und 62 Prozent dafür, dass die Raketenangriffe gestoppt werden. 70 Prozent woll[t]en, dass der Friedensprozess mit Israel wieder aufgenommen wird, 75 Prozent, dass die Hamas ihr Ziel aufgibt, Israel zu vernichten, und 80 Prozent plädier[t]en dafür, die Waffenruhe weiter einzuhalten.«⁴⁸ Das waren sehr eindeutige Zahlen, die klar die Behauptung der *Bahamas* widerlegen, bei den Palästinensern handle es sich um ein »sich im Vernichtungswahn gerierendes völkisch islamistisches Judenhasserkollektiv«.

Der Leiter des Büros von MEMRI (*The Middle East Media Research Institute*), Jochen Müller, war damals der Ansicht, die *Hamas* werde sich mäßigen müssen, will sie die Regierungsgewalt nicht wieder verlieren, weil die Mehrheit der Palästinenser in ihren Erwartungen enttäuscht wird.⁴⁹ Die Frage lautete also, ob sich die *Hamas* mäßigen würde, nachdem sie zur Regierungspartei geworden war. Inzwischen hatte sich allerdings die Lage abermals dramatisch verändert. Die palästinensischen Autonomiegebiete sind seit dem innerpalästinensischen Bürgerkrieg zwischen *Hamas* und *Fatah* faktisch in zwei Teile zerfallen. Während die *Hamas* den Gazastreifen kontrolliert und sich wieder radikalisiert, entfernen sie sich ideologisch und territorial vom Westjordanland, in dem die *Fatah* die Macht ausübt, sofern es die Israelis zulassen.

Die übergroße Mehrheit der Palästinenser hat aber genauso wie in andere Bevölkerungen auch einen Realitätssinn; sie wollen sicher nicht, dass ihre Städte und Häuser zerstört und ihre Familien getötet werden (wenn auch in diesen Reihen das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird, dann ist das von anderer Qualität, als bei einem Antisemiten in Europa, der sein Hab und Gut nicht zu verlieren hat und um sein Leben nicht bangen muss).

Im Jahre 1988 wurde Israel von den Palästinensern anerkannt. Die *Hamas* allerdings ignorierte bisher diese bereits geleistete Anerkennung. Aus diesem Grund – und weil sie seit ihrem Wahlsieg im März 2006 auch als Regierung von der Gewalt nicht abließ – kam es zu einem internationalen Finanzboykott gegen die Autonomiebehörde, an dem sich auch die *Arabische Liga* beteiligte. Imai Hanija verzichtete auf das Amt des Ministerpräsidenten und war zu Neuwahlen bereit. Es zeichnete sich ab, dass einiges in Bewegung kommen könnte, nachdem

48 Jochen Müller: »Wird sich die Hamas mäßigen? Sie wird es müssen!«, in: iz3w, Nr. 292 und in: sopus 4/2006.

49 Anderer Ansicht ist Ilka Schröder von der Washingtoner Georgetown University. Sie meint, dass die *Hamas* sich nicht mäßigen können wird. – Vgl. Ilka Schröder: »Wird sich die Hamas mäßigen? Sie wird es nicht wollen!«, in: iz3w, Nr. 292 und in: sopus 4/2002.

eine Einigung zwischen *Hamas* und *Fatah* in Mekka erzielt wurde, die den innerpalästinensischen »Bruderkrieg« zwischenzeitlich beendete. Zwar wäre nicht unbedingt eine direkte Anerkennung Israels seitens der *Hamas* zu erwarten gewesen, aber eine indirekte war erfolgt,⁵⁰ jedenfalls konnte man es so deuten, dass die *Arabische Liga* beschlossen hatte, die Finanzhilfen für Palästina wieder fließen zu lassen und *Hamas* bereit war, auf einer Friedenskonferenz auch mit Israel zu verhandeln.⁵¹ Darüber hinaus wurde im Abkommen von Mekka seitens der *Hamas* versichert, sie werde sämtliche von der PLO unterzeichneten Abkommen mit Israel zwar nicht anerkennen, aber respektieren. In der Praxis wäre der Unterschied zwischen Anerkennung und Respektierung nicht allzu groß gewesen und auf dasselbe hinausgelaufen. Die Koalitionäre der *Hamas* beherrschten jedenfalls vorübergehend eine diplomatische Sprache, die sie gegenüber ihrem eigenen Lager das Gesicht wahren ließ und zugleich positive Anknüpfungspunkte für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel bot. Es war jedenfalls nicht völlig abwegig, danach zu fragen, inwieweit sich hier eine gemäßigte Fraktion in der *Hamas* herausbildete.

Mit der Anerkennung Israels im Jahre 1988 hatten die Palästinenser 75 Prozent ihres ursprünglichen Heimatlandes aufgegeben. »Die Mindestforderungen der Palästinenser [waren]: Wir wollen die anderen 25 Prozent haben, also 98 Prozent der besetzten Gebiete, so wurde es in Camp David ausgehandelt. Und für das, was wir aufgegeben haben, bekommen wir Ersatz im Kernland Israel. Alle Siedlungen werden abgebaut und die nicht abgebauten gehen in die Hoheit der Palästinenser über. Jerusalem wird im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung zur Hauptstadt beider Staaten. Es muss eine zumindest symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts geben, was de facto heißt, dass man zwischen 250 000 und 400 000 Palästinenser im Zuge der Vereinigung von Familien ins Kernland von Israel zurückkehren lässt. Die anderen werden im neuen palästinensischen Staat oder in den Ländern, in denen sie sich heute befinden, repatriert.«⁵²

Für Zuckermann wäre das nur eine Zwischenlösung; er ist der Ansicht, »dass Israel und der palästinensische Staat langfristig nur in konföderativen Strukturen existenzfähig sind (...). Israel, Palästina und [seines Erachtens] auch Jordanien müssen zusammenkommen, um die Kernprobleme des infrastrukturellen Aufbaus der palästinensischen Gesellschaft lösen zu können.«⁵³ Israel und Palästina sind

50 Vgl. Uri Avnery: »Ein stark riechender Fisch. Außenministerin Rice und die ›neuen Horizonte‹ in Palästina«, in: Freitag, Nr. 9 vom 2. März 2007: »Seitdem die *Hamas* an der Macht ist, haben ihre Führer verstanden, dass sie flexibler werden müssen, denn die palästinensische Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende der Besatzung und einem Leben in Frieden. Daher hat sich die Organisation Schritt für Schritt einer Anerkennung Israels angenähert. Ihre religiöse Doktrin erlaubt ihnen nicht, dies öffentlich zu deklarieren (jüdische Fundamentalisten lassen auch nicht von dem Wort: ›Deinen Nachfahren gebe ich dieses Land!‹), aber sie hat dies sehr wohl indirekt getan. Ein kleiner Schritt, aber eine große Revolution. *Hamas* hat sich zu einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 bekannt – wohlgerne: nicht anstelle, sondern an der Seite Israels.«

51 Vgl. Financial Times Deutschland (online) vom 13. November 2006.

52 »Logik der Okkupation«, a. a. O.

53 Ebenda.

ineinander verschränkt; es existiert zum Beispiel eine Arbeits-Interdependenz, die vor allem die palästinensische Mittelschicht betrifft.⁵⁴

Auch aus anderer Warte sei einem »multiethnischen«, konföderativen Staat das Wort geredet: Lebt es sich denn wirklich besser, wenn man sich nicht mehr von den Eliten eines *anderen*, sondern nur von den *eigenen* Eliten fortan beherrschen lässt? Weisen denn nicht etwa dieselben subalternen Klassen der israelischen und palästinensischen Gesellschaft größere Gemeinsamkeiten auf als die national zusammengefassten Klassen eines Landes? Müssten nicht überall die subalternen Klassen zueinander über nationale Grenzen hinweg größere Solidarität empfinden als gegenüber den nationalen Ausbeutern? Steht in diesem Sinne nicht für jede subalterne Klasse der »Hauptfeind im eigenen Land«? Der Staat mit »national homogener Bevölkerung ist jedenfalls immer eine Fiktion geblieben.⁵⁵

Vernünftig wäre es, wenn sich Israelis und Palästinenser auf lange Sicht in einem »multiethnischen«, säkularen Staat zusammenfinden, gleichberechtigt, und ihr Staatsangehörigkeitsprinzip nach dem modernen *ius soli* ausrichten. Dies ist zunächst noch utopisch, geht nur über den Zwischenschritt der Gründung eines souveränen palästinensischen Nationalstaates. Eine Föderation wäre für die Palästinenser völlig unannehmbar, solange sie nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt werden.

Inwieweit ein souveräner palästinensischer Staat das Problem des Fundamentalismus in seiner Gesellschaft in den Griff bekommt, wird man erst beurteilen können, wenn es einen souveränen palästinensischen Staat gibt. Aber vieles spricht dafür, dass der Fundamentalismus marginalisiert werden kann. Fundamentalismus ist kein wesenhaftes Problem einer Religion; er bedient sich lediglich der Religion als Legitimationsideologie. Aber nicht mal die Religion ist erforderlich; Fundamentalismus kann sich auch anderer, nichtreligiöser Geisteshaltungen bedienen und sie als Legitimationsideologien missbrauchen. »Fundamentalismus kann nur dort erblühen, wo die Hegemonie die Leute deklassiert. Von daher ist er nur zu bekämpfen, indem man die Infrastruktur stellt, die ihn objektiv überflüssig macht.«⁵⁶ Demzufolge sind *Jihad* und *Hamas* »eine Geburt der Art und Weise, wie die Israelis den Palästinensern die Errichtung ihrer eigenen Gesellschaft ermöglichen«⁵⁷.

Eine Lösung im Nahen Osten kann es nicht geben, wenn den Palästinensern ihr eigener Staat verweigert wird, »und ein palästinensischer Staat mit einer Hauptstadt Ostjerusalem würde die israelische Existenz mitnichten in Frage stellen. Da-

54 Der israelische Politikwissenschaftler Menachem Klein ist diesbezüglich offenbar anderer Ansicht. Er erklärt 2010, dass sich das Zeitfenster für eine Zweistaatenlösung schließe, obwohl es sich um zwei mehr oder weniger gleich große ethnische Gruppen handle. Es laufe nunmehr auf einen gemeinsamen Staat nach dem Prinzip der gleichberechtigten Mitbestimmung (one man – one vote) hinaus, was Menachem allerdings für zum Scheitern verurteilt ansieht. – Vgl. den Beitrag von Klein in diesem Band.

55 Vgl. Jürgen Habermas: Die Moderne als unvollendetes Projekt, Frankfurt am Main 1994, S. 165.

56 »Logik der Okkupation«, a. a. O.

57 Ebenda.

gegen würde eine solche pragmatische Auflösung des Konflikts endlich Raum geben für die hüben wie drüben schwelende innergesellschaftliche Kritik, würde den Blick weg von Staatsgebieten hin auf die gesellschaftliche Verfasstheit richten helfen. Nur auf diesem Gebiet kann den religiösen und nationalistischen Eifern auf beiden Seiten wirkungsvoll entgegengetreten werden.«⁵⁸

Aber mit der Gründung eines palästinensischen Staates wäre die Voraussetzung für das Verschwinden des Fundamentalismus von der politischen Bühne noch nicht erbracht, wenn dieser Staat nicht zugleich mit Unterstützung im ökonomischen Sinne überlebensfähig gemacht würde. So verhindert man, dass in einem Staat, dem die ökonomische Basis fehlt und der zwangsläufig in Krisen stürzt, die Menschen auf diese fundamentalistischen Ideologien zurückgreifen.

Der Stärkere muss nachgeben und beginnen, etwas anzubieten. Diese Aufgabe kommt Israel zu. – So auch die Ansicht des israelischen Reserveoffizier Dan Tamir von *Yesh-Gvul* (»Es gibt eine Grenze«), einer Organisation israelischer Soldaten, die den Kriegsdienst in den besetzten palästinensischen Gebieten verweigern.⁵⁹ Dan Tamir war im Sommer 2001 wegen seiner Verweigerung zu 26 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er sagt: »Als Mensch bin ich nicht bereit, Gewalt gegen unschuldige Menschen auszuüben. Zudem weiß ich, dass ich in diesem Konflikt zur stärkeren Seite gehöre. Und weil ich zur stärkeren Seite gehöre, musste ich als erster aufhören.«⁶⁰

Seit 1982 gab es drei größere Wellen von Kriegsdienstverweigerungen in Israel. Im Krieg gegen den Libanon 1982–1984 waren es einige Hunderte. Die zweite Welle fiel in die Phase der ersten Intifada (1987–1993). Im September 2000 folgte schließlich die dritte Welle von Massenverweigerungen, die bis heute anhält und auf über 1.100 Kriegsdienstverweigerer angeschwollen ist – darunter Soldaten bis zum Rang eines Majors und Oberstleutnant. Offiziell wird dieses Phänomen, Dan Tamir zufolge, in Israel verschwiegen oder die Verweigerer werden als Verrückte, Feiglinge, Fanatiker, Linke, Extremisten und Kommunisten denunziert.

Aufarbeitung des Verdrängten

Warum ist es dem israelischen Staat bisher nicht möglich gewesen, als der Stärkere in diesem Konflikt nachzugeben? Warum reagieren israelische Regierung und Militär mit so unnachgiebiger Härte? Zuckermann hat diesbezüglich einen

58 Christoph Seidler: »Palästinenser sind keine Unmensen«, in: iz3w, Nr. 250 und in: sopus 1/2001.

59 *Yesh-Gvul* (www.yeshgvul.org) gehört zur israelischen Friedensbewegung, um die es seit einigen Jahren sehr still geworden ist. Zuckermann stellt eine »Ohnmachtslethargie« fest. »Die etablierte kritische Intelligenz ist zum großen Teil verstummt, bzw. überwintert in bemerkenswerter Unreflektiertheit die sich um sie herum zutragende Katastrophe. Nur der Aufschrei einer kleinen Minorität von israelkritischen Linken ertönt in regelmäßiger Insistenz, wird aber vom Umfeld mit umso größerem Unverständnis (im besten Falle) und mit unverhohlener Feindseligkeit (im weit häufigerem) quittiert.« – Moshe Zuckermann: »Von israelischer Melancholie«, Manuskript.

60 »Es gibt eine Grenze«, Interview mit Dan Tamir, in: Prin vom 1. September 2002, ins Deutsche übersetzt von Gregor Kritidis, in: sopus 9/2002.

Erklärungsansatz, der sich psychoanalytischer Begrifflichkeiten bedient. Er wendet die Kategorie der Verdrängung des Unbewussten, der Rationalisierung und der »Wiederkehr des Verdrängten« auf die politische Kultur Israels an und kommt zu dem Ergebnis, dass den herrschenden Eliten im Kontext des staatlichen Zionismus zweierlei Schuldgefühle zueigen sind. »Zum einen das Gefühl einer mit der auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragenen Staatsgründung einhergehenden Schuld; zum anderen das Gefühl einer eher vor- oder gar unbewussten Schuld, die mit der kulturellen, bzw. psychologischen Negation des Diaspora-Juden im allgemeinen und der Shoah-Überlebenden im besonderen zusammenhängt.«⁶¹

Zuckermann schreibt, es bedurfte mehrerer Jahrzehnte politischer Aufklärungsarbeit, »ehe die palästinensische Erfahrung und Wahrnehmung der zionistischen Staatsgründung als Katastrophe (*nakbah*) des palästinensischen Volkes einen ersten bescheidenen Eingang in Israels politischen Diskurs finden konnte. Über Jahre wurden die zentralen Ideologeme des zionistischen Narrativs – die Araber hätten sich dem UN-Teilungsplan von 1947 verweigert; es gebe kein palästinensisches Volk; die Palästinenser wären bloß auf die Vernichtung des zionistischen Staates aus etc. – unentwegt perpetuiert, ohne dabei auch nur die Erwägung zuzulassen, dass trotz des möglichen, wie immer auslegbaren Wahrheitskern dieser Ideologeme, es sich *real* auch um die historische Katastrophe und das leidvolle Exil des anderen Kollektivs, um die unsägliche Zerstörung ganzer Lebenswelten und den Ruin einzelmenschlicher Lebensschicksale handle.«⁶² Die palästinensische Leidensgeschichte sei »nahezu völlig aus der gängigen israelischen Alltagserfahrung, mehr noch aus der Sphäre des offiziellen Diskurses ausgeblendet«. Nun müsse man nicht unbedingt, wenn von gegenseitigen Feinderklärungen die Rede ist, allzu viel Verständnis für seine Feinde haben, »so scheint es, als handle es sich hier [aber] um etwas übers Feindbild, über die normale Konflikthetorik weit Hinausgehendes: um die totale Dämonisierung dessen, an dem man sich fundamental schuldig gemacht hat, mithin um die Abwendung der eigenen kaum erträglichen Schuld und ihre Projektion auf die Quelle des Schuldgefühls, die Opfer«⁶³. Das Verdrängte kehrt wieder im Symptom der Brutalität und Härte gegen die Palästinenser.

Trifft der oben erwähnte Zusammenhang von der »Wiederkehr des Verdrängten« zu, dann müsste die israelische Gesellschaft damit beginnen, das stetig Verdrängte und Wiederkehrende, das heißt ihre eigene schuldhaftige Verstrickung in der Öffentlichkeit aufzuarbeiten.

Dan Tamir sagt: »Die Verletzung der Menschenrechte muss aufhören.«⁶⁴ Israel müsse ein demokratischer Staat werden. »Es muss die Logik aufgegeben werden, einen *jüdischen* Staat zu errichten. In den Grenzen von 1967 gibt es ein System

61 Moshe Zuckermann: »Psychoanalyse und Politik«, a. a. O.

62 Ebenda.

63 Ebenda.

64 »Es gibt eine Grenze«, a. a. O.

der Apartheid für die Nichtjuden, das aufgehoben werden muss.«⁶⁵ Nach seiner Ansicht haben sich sowohl der Zionismus als auch der Panarabismus längst überholt; sie sind nicht mehr zeitgemäß. Er sagt: »Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Logik, nicht auf der Basis ›Zionismus gegen Panarabismus‹, nicht auf der Basis der nationalen oder religiösen Teilung der israelischen Gesellschaft. Im Gegenteil, wir brauchen eine Logik des friedlichen Zusammenlebens aller Bewohner Israels – Moslems, Christen, Juden, aller, die hebräisch oder arabisch sprechen, eine Logik der Koexistenz aller dieser Gemeinschaften, langfristig zusammen in einem Gemeinwesen. Früher oder später wird mehr und mehr Menschen bewusst werden, dass die Teilung und Trennung in national ›reine‹ Gruppen Konflikte und Kriege mit sich bringt.«⁶⁶

Gegen alle Befindlichkeit, die wir Linke aus Deutschland im Blick auf Israel innehaben, hilft uns für eine differenziertere Betrachtung die Kenntnisnahme der Ansichten der Linken aus Israel und Palästina. Wir sollten sie bewusst zur Kenntnis nehmen, zwar nicht unkritisch zu eigen machen, aber ihnen einen hohen Stellenwert einräumen. Alles andere Wissen, mit dem weder selbstreflexiv noch erfahrungsgesättigt in die politische Debatte eingegriffen wird, bleibt notwendig abstrakt. Schon Hegel wusste: Abstraktionen – das vom Gesamtzusammenhang Isolierte – in der Wirklichkeit gelten zu machen, verändert keine Wirklichkeit, sondern zerstört diese.

65 Ebenda, (Hervorhebung von mir).

66 Ebenda.

Ohne UN-Charta? Anmerkungen zu Marcus Hawels »Befindlichkeiten im Blick«

Marcus Hawel hat mit seinem Artikel »Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von ›außen‹ zu erklären«¹ eine mutige und anregende Anstrengung unternommen, einen Weg zu bahnen zum Verständnis des Nahostkonfliktes, der nicht nur »in sich selbst« zu den langwierigsten und kompliziertesten der jüngsten Geschichte und Gegenwart gehört, sondern auch – und zwar in ungemein hohem Maße – durch von »außen« kommende oder dort wirkende Instrumentalisierungen widersprüchlichster Art aufgeladen ist.

Mein Interesse an Hawels Darstellung wuchs mit jeder Zeile, und zwar aus mehreren Gründen.

Erstens wegen der konsequenten Konzentration auf den »Befindlichkeits«-Diskurs. »Das im Kollektivgedächtnis registrierte Geschehen« – so zitiert Hawel aus den für seinen Aufsatz auch an anderer Stelle maßgebenden Auffassungen des Soziologen, Historikers und Philosophen Moshe Zuckermann – werde »nicht in seiner vollen Komplexität bewahrt«, sondern verwandele sich »in komfortabel zugängliche Motive der Bewusstseinsmatrix bzw. in *Kodes*«. Und um solche *Kodes* – fährt Hawel in eigener Diktion fort – handele es sich offensichtlich bei den »vereinseitigten Solidarisierungsaufforderungen (für Israel und gegen Palästina/gegen Israel und für Palästina)«. Womit klar sei, dass »mit Kodes (...), mit projizierten und petrifizierten, das heißt verdinglichten Befindlichkeiten« zur Lösung des Nahostkonfliktes »nichts Konstruktives« beigetragen werden könne. Dazu müsse man »sich schon auf die Realität im Nahen Osten einlassen«, aber das wiederum setze »die Reflexion dessen voraus, durch welche Befindlichkeiten im Blick unter Umständen von Beginn an die eigene Wahrnehmung beeinflusst ist«.² Das ist ein wichtiger und interessanter Denkansatz. Mit ihm ist in treffender Weise eine der Klippen markiert, die der von »außen« Urteilende, im »Außen« Position Beziehende umschiffen muss, wenn er nicht Öl ins Feuer gießen, sondern Konfliktlösung befördern will.

Zweitens wuchs mein Interesse durch das Gefühl, dank der Streitbarkeit des Autors in einen »jungen« Diskurs hineingezogen zu werden – und das nicht nur, weil der Text einem Vortrag folgt, den Hawel auf einer *Jugendkonferenz* gehalten

1 Siehe im vorliegenden Band den Text von Marcus Hawel: »Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von ›außen‹ zu erklären«.

2 Ebenda, S. 123.

hat (der Bundesjugendkonferenz der Linkspartei). »Junger« Diskurs als Diskurs der nächsten Generation – ich gehöre zu der der Mittfünfziger, Hawel zu der der Mittdreißiger – macht sich fest zum einen an generationstypischen Inhalten, wie er im vorliegenden Falle etwa durch die Debatte mit den »Antideutschen« geprägt ist, zum anderen aber auch daran, dass Zusammenhänge, die aus der Sicht der Älteren längst bedacht, erörtert und angeeignet scheinen, *natürlich* immer wieder aufs Neue bedacht und erörtert und angeeignet werden müssen. Darum ist es aus der Sicht des Älteren auf den ersten Blick zwar befremdend, auf den zweiten aber auch wieder ganz normal, dass die Literatur- und Quellenbasis recht schmal gehalten ist.³ Der Reiz der Lektüre erwächst dann daraus, zu entdecken, wo sich alte und neue Erkenntnis dennoch treffen – oder eben nicht. Beides vermag neue Produktivität zu erzeugen.

So wuchs *drittens* mein Interesse durch die Tatsache, dass Marcus Hawel in seinen Betrachtungen ganz ohne einen Verweis auf die UN-Charta auskommt. Es fehlt damit etwas, das, so glaube ich, für viele Angehörige meiner (DDR-)Generation ein Essential jeder Nahost-Betrachtung war und ist.

Dieser Satz, einmal aufgeschrieben, birgt in sich jede Menge Widersprüchliches. Denn natürlich steht die Heranziehung der UN-Charta nicht automatisch für eine höhere, bessere Qualität der Israelbetrachtung oder gar der Israel-Politik. Die DDR selbst ist dafür ein mahnendes Beispiel. Sie hat – zum Beispiel – die berühmte UN-Resolution 242 vom 22. November 1967, mit der Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 aufgefordert wurde, seine Truppen aus den während des Krieges besetzten Gebieten zurückzuziehen, den Kriegszustand zu beenden, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten des Nahen Ostens zu respektieren und anzuerkennen und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen,⁴ immer und vehement unterstützt, aber zugleich nie einen Weg gefunden, aus dem Zustand des »gestörten Verhältnisses« und der »Nichtbeziehungen«⁵ mit Israel herauszufinden. Der Bezug auf die UN-Positionen wurde in diesem Falle also direkt zu einem Instrument der »vereinseitigten Solidarisierung« (Hawel) mit den Palästinensern und somit zum Hindernis für einen konstruktiven Konfliktlösungsansatz insgesamt.⁶

3 Da ich kein Nahost-Spezialist bin, sondern allgemein von der Geschichte und Theorie der internationalen Beziehungen herkomme, habe auch ich keine spezielle Literaturliste parat. Verweisen möchte ich aber insbesondere auf zwei Arbeiten, und zwar von den aus der DDR stammenden Israelspezialisten Angelika Timm und Johannes Glasneck. Sie sind insofern heraushebenswert, als sich in ihnen auf ganz besondere Weise das Verhältnis sowohl der alten BRD als auch der DDR als auch des vereinten Deutschland zu Israel spiegelt. Zudem vermitteln sie eine große Fülle weiterer Literaturhinweise. Es sind dies also Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, 2. Aufl., Bonn 1994; Angelika Timm: »Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft«, in: Heike Catrin Bala, Christian Scholz (Hrsg.): »Deutsch-jüdisches Verhältnis«? Fragen, Betrachtungen, Analysen, Essen 1997. – In diesem Sammelband siehe im Zusammenhang mit Marcus Hawels Aufsatz u. a. auch Detlev Claussen: »Veränderte Vergangenheit. Über das Verschwinden von Auschwitz«; Frank Stern: »Philosemitismus in Deutschland. Die kulturelle Ambivalenz der Bilder von Juden«.

4 Vgl. Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 152.

5 Vgl. Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f.

Aber die Vereinseitigungen in der Position eines Staates ändern nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit, sich auf die UN-Charta zu beziehen und sie immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Es bleibt als ein Fakt: Die Resolution 242 vom 22. November 1967 ist auch heute, 40 Jahre später, noch nicht erfüllt, und die Kriege, die den Nahen Osten immer wieder erschüttern, haben mit dieser Nichterfüllung zu tun. Einer, der darauf immer wieder und mit nicht erlahmender Intensität hinweist, ist der israelische Friedensaktivist und Publizist Uri Avnery. Im Sommer 2006 schrieb er zu den Hintergründen des damals tobenden Libanon-Krieges: »Dieser Krieg hat keinen Namen. Sogar nach 33 Kampftagen hat sich noch kein naheliegender Name finden lassen. Die Medien nennen ihn bisher schlicht *II. Libanon-Krieg*. Auf diese Weise wird der Krieg im Libanon abgetrennt von dem, der parallel dazu im Gazastreifen geführt und nach dem Waffenstillstand im Norden unablässig weitergetrieben wird. Haben diese Kriege einen gemeinsamen Nenner? Sind sie vielleicht sogar ein und derselbe Krieg? Die Antwort ist mit Sicherheit Ja. Der eigentliche Name dieses Krieges ist: der Krieg für die Aufrechterhaltung der Siedlungen. Der Krieg gegen das palästinensische Volk wird betrieben, um die Siedlungsblöcke halten und weite Teile der Westbank annektieren zu können.«⁷ Das ist die Fortsetzung der Annexion der Westbank, die schon 1967 von der UNO verurteilt wurde.

Aber zurück zum Aufsatz von Marcus Hawel. Dort ist der Blick ausdrücklich auf »Befindlichkeit« gerichtet – kann der Blick auf die UN-Charta und die auf ihr fußenden Beschlüsse unter dieser Voraussetzung also vielleicht doch vernachlässigt werden? Es *könnte* so sein, wenn es sich bei der UN-Charta nur um ein Dokument unter vielen handelte. Aber das ist diese Charta ja eben nicht: ein Dokument unter vielen. Sie ist vielmehr die wichtigste, umfassendste Verabredung, die Staaten je zur Friedenssicherung und zur Verhinderung von Gewalt in den internationalen Beziehungen miteinander getroffen haben. Außerordentlich bedeutsam ist nicht nur der Text, wie er am 26. Juni 1945 beschlossen wurde, sondern außerordentlich bedeutsam ist auch – und hier ergibt sich ein direkter Anschluss zu den »Befindlichkeiten« – seine Entstehungsgeschichte.

6 Zur Vielschichtigkeit der Gründe für das »gestörte Verhältnis« und die »einseitige Solidarisierung« siehe den Aufsatz von Angelika Timm »Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft« in Gänze. Einleitend verweist die Autorin dort auf die »einzigartige Möglichkeit«, die sich für die Erforschung der Israelpolitik der DDR aus den »umfänglichen Nachlässen von DDR-Institutionen, Ministerien und Parteien« ergibt, postuliert aber zugleich, dass »nicht alle Antworten (...) den papiernen Aktenbergen zu entnehmen [sind]; einzelne Fragmente lassen wohl das Gesamtbild erahnen, erst durch ihr Zusammenfügen und die Einbeziehung weiterer – ursächlich nicht mit Israel und jüdischer Problematik zusammenhängender – Faktoren wird ein gültiges Abbild der Wirklichkeit entstehen. Dabei wird durchschaubar zu machen sein, wo die Ursachen für einseitige proarabische und antiisraelische Politik des ostdeutschen Staates lagen, wie und warum politische Entscheidungen getroffen wurden, und wieso in der DDR und bei ihren Bürgern Fehlsichten, Irrtümer und Zerrbilder zustande kamen, die durch innergesellschaftliche – auch oppositionelle – Kräfte kaum Korrekturen erfuhren. Pauschalisierende Be- oder Verurteilungen sind wenig hilfreich. Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Israel bedarf vielmehr konkreter Untersuchungen und einer differenzierten Wertung. Vielleicht kann aufgearbeitete Erfahrung hilfreich sein, ähnlichen politischen oder geistigen Verirrungen in der Zukunft zu begegnen« – Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f.

7 Uri Avnery: »Das 155. Opfer«, in: Das Blättchen, Berlin, Nr. 18/2006 vom 4. September 2006.

Diese Entstehungsgeschichte ist geprägt von den Vorgängen im Zweiten Weltkrieg, die alles bis dahin in Kriegen Erlebte weit in den Schatten stellten. Schon in den »Vor-Kriegen« Italiens in Abessinien sowie Deutschlands und Italiens in Spanien schien die neue Grausamkeit auf, die die Vernichtung der Zivilbevölkerung systematisch einschloss. Japan exekutierte genau diese Art der Kriegführung in China schon in Shanghai 1932, dann vom Sommer 1937 an auf breiter Front mit millionenfachem Morden. Exemplarisch dafür steht das Nanking-Massaker vom Dezember 1937 mit 250.000 Toten. Es folgten die Vernichtungsfeldzüge der Deutschen in Europa. Es war die Erfahrung all dessen, die auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR (19.–30.10.1943) zu einer von Präsident Roosevelt, Premierminister Churchill und Premier Stalin unterzeichneten »Erklärung über Grausamkeiten« führte, in der es hieß: »Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben von vielen Seiten Beweismaterial über Grausamkeiten, Massaker und kaltblutige Massenexekutionen erhalten, die von den Hitlerstreitkräften in vielen der Länder begangen worden sind (...). Die Brutalitäten der Nazi-Herrschaft sind nichts Neues, und alle Völker oder Länder in ihrer Gewalt haben unter der schlimmsten Form der Terrorregierung gelitten. Neu ist aber, dass viele dieser Länder jetzt von den vorrückenden Heeren der befreienden Mächte wiedergewonnen werden und dass in ihrer Verzweiflung die zurückweichenden Hitleriten und Hunnen ihre unbarmherzigen Grausamkeiten verdoppeln. Das wird jetzt mit besonderer Deutlichkeit durch ungeheure Verbrechen auf dem Gebiete der Sowjetunion, das von den Hitleriten befreit wird, und auf französischem und italienischem Gebiete bewiesen.«⁸

Schon zwei Jahre zuvor, in ihrer »Atlantik-Charta« vom 14. August 1941, hatten die USA und Großbritannien einige jener Grundprinzipien formuliert, die später die UN-Charta tragen sollten: »das Recht aller Völker, selbst die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen«; die Hoffnung, »dass nach der endgültigen Zerschlagung der Nazityrannei ein Frieden geschlossen wird, der allen Ländern die Möglichkeit gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer Grenzen zu leben«; den Glauben, »dass alle Staaten der Welt aus realistischen wie aus ideellen Gründen dazu gelangen müssen, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten«, und dass Staaten »entwaffnet« werden müssen, »die mit Angriffen jenseits ihrer Grenzen drohen oder drohen können«.⁹

Über die Konferenzen von Kairo (22.–26.11.1943), Teheran (28.11.–1.12.1943) und Jalta (4.–11.2.1945) wurde die UN-Charta schließlich zu jenem Dokument entwickelt, das am 26. Juni 1945 unterzeichnet wurde und zum obersten Ziel aller Mitglieder der UNO erklärt, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen

8 Zitiert nach: Handbuch der Verträge 1871-1964, hrsg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rieger, Berlin (DDR) 1968, S. 329.

9 Zit. n. ebd., S. 319.

men zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und zu beseitigen und Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken sowie durch friedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes die Schlichtung oder Regelung internationaler Streitigkeiten oder von Situationen, die zu einem Bruch des Friedens führen könnten, herbeizuführen.« Und sie legt fest: »Alle Mitglieder der Organisation enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.«¹⁰

Was hat das alles mit dem Nahostkonflikt und mit Israel zu tun? Dieser Konflikt in seinen vielfältigen Dimensionen und Verästelungen ist doch – wie das Beispiel der Politik der DDR geradezu exemplarisch zeigt – ein Musterbeispiel dafür, dass eine friedliche Lösung nicht dadurch herbeigeführt werden kann, dass man die UN-Charta hochhält und sonst gar nichts. Aber er ist zugleich ein Musterbeispiel auch für die Untauglichkeit der gegenteiligen Auffassung: Auch *ohne* die UN-Charta geht nichts in Richtung Friedenssicherung, es bringt auch keine Lösung, wenn man die UN-Charta durch »besondere Verantwortung«, »besondere Verhältnisse« oder »besondere Beziehungen« *ersetzt* oder das eine gegen das andere ausspielt.

Das gerade ist ja das Besondere an der UN-Charta: dass sie aus einer *universellen* Erfahrung mit Tyrannei und Grausamkeit heraus *universelle* Prinzipien aufgerichtet hat. Nun ist, kommen wir auf das Verhältnis Deutschlands zu Israel zurück, völlig unbestritten, dass dieses Verhältnis ein besonderes, ein einzigartiges ist. »Diese Spezifik«, schreibt Angelika Timm, »hat ihre Ursachen in *deutscher* Politik, in dem von *Deutschen* verantworteten und industriemässig durchgeführten Massenmord am europäischen Judentum.« Nach Auschwitz »liegt die Shoah als Schatten über der offiziellen Politik«. ¹¹ Die »Nichtbeziehungen« der DDR zu Israel haben eine Menge damit zu tun, dass die DDR es nicht vermocht hat – aus welchen inneren und internationalen Gründen auch immer –, die zweifellos unerhört komplizierte Verbindung zwischen der UN-Charta auf der einen und dem besonderen Verhältnis Deutschlands zu Israel auf der anderen Seite herzustellen. Diese komplizierte Verbindung indes ist auch heute noch nicht so geknüpft, dass daraus die Kraft erwüchse, Entscheidendes zur Lösung des Nahostkonfliktes beizutragen.

Es muss daher, glaube ich, die Frage erlaubt sein, ob mit der Benennung und historisch unzweifelhaften Herleitung eines besonderen Verhältnisses schon das Nötige getan ist. Und hier – noch einmal – will ich auf den Erfahrungshintergrund zurückkommen, der zur Entstehung der *universell* gültigen UN-Charta geführt

10 Zit. n. ebd., S. 359 f.

11 Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 35.

hat. Es wurde das Recht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt durch einen einzelnen Staat oder eine Staatengruppe *universell* ausgeschlossen und nicht danach gefragt, ob *besondere* historische Erfahrungen einen Ausnahmegrund bilden.

Wäre das *nicht so* gehandhabt worden, hätte seit 1945 zweifellos eine Fülle von anderen Sondertatbeständen geltend gemacht werden können. Es sei hier von diesen, die – wie weiter oben bereits angedeutet – auch das chinesisch-japanische oder das koreanisch-japanische Verhältnis betreffen könnten, nur einer herausgehoben: der Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die slawischen Völker. Die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und schließlich die Sowjetunion mussten auf ganz besondere Weise erfahren, was das bedeutet: Vernichtungskrieg. Nicht nur der millionenfache Mord an der Zivilbevölkerung und die Auslöschung der Intelligenz waren Programm, sondern auch die dauerhafte, auf Generationen hin angelegte Unterjochung der Überlebenden.¹²

Aber all dies schuf – zum Glück für die Nachkriegsentwicklung – *keine* Sonderrechte für die Sowjetunion oder andere vom Vernichtungskrieg betroffenen Staaten.

Nun mag man einwenden, dass die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu den von ihr befreiten Staaten durchaus ein *Sonderregime* errichtete. Dies aber hat nichts mit der UN-Charta selbst zu tun, sondern mit dem Umgang mit ihr. Die Kritik an diesem Umgang darf selbstverständlich bei der Sowjetunion nicht stehen bleiben, sondern muss die USA und das westliche Bündnis ebenso einschließen. Mit dem Kalten Krieg zwischen den Blöcken wurde die UN-Charta unentwegt in Frage gestellt – und diente doch zugleich immer wieder auch als ein Instrument der gegenseitigen Zügelung und des Interessenausgleichs. Auch der Zusammenbruch des Realsozialismus im Jahre 1989 hatte für die UN-Charta eine doppelte, widersprüchliche Wirkung: Zum einen gewann sie an Geltungskraft, denn die bis dahin zum sowjetischen Dominium gehörenden Staaten erlangten ihre volle Souveränität, ehemalige Sowjetrepubliken wurden selbstständig, und auch in Jugoslawien und der Tschechoslowakei bildeten sich aus föderalen Repu-

12 Nur ein paar wenige Zitate zur Erinnerung: Über die Grundzüge des »Generalplanes Ost« referierte der »Reichsführer SS« Heinrich Himmler am 16. September 1942 vor SS- und Polizeiführern in der Feldkommandostelle Hegewald unter anderem mit den Worten: »Die Gesamtlinie ist absolut die: Wir haben diesem Volk keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. Es genügt, 1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Autos laufen, 2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie so weit zählen können und 3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig.« Alfred Rosenberg, »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«, formulierte im September 1941 Richtlinien für die »Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten«, in denen es hieß: »Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, die sich mit der Verwaltung eines durch eine fremde Kriegsmacht besetzten Landes befassen, gelten nicht, da die UdSSR als aufgelöst zu betrachten ist.« Und: »Mit der durch die Niederrichtung der UdSSR erfolgten Auflösung dieses Staates gibt es in den Ostgebieten kein staatliches Gebilde und daher streng genommen auch keine Staatsangehörigkeit mehr für die Landesbewohner.« – Zitiert nach: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Wilibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin (DDR) 1975, S. 339, S. 313.

blicken neue selbstständige Staaten – zum anderen degenerierte sie immer mehr zum Instrument der Politik der »einzigen verbliebenen Weltmacht«, der USA.

In diesem Spannungsfeld befindet sich die UN-Charta heute noch; der Nahe Osten ist zu einem der entscheidenden Brennpunkte dafür geworden, ob sie überhaupt noch eine Chance hat in einer Welt, in der die USA mit dem »Krieg gegen den Terror« etwas in Gang gesetzt haben, mit dem die UN-Charta unentwegt verletzt und in Frage gestellt wird.

Der Staat Israel ist wie kaum ein anderer Staat dieser Welt ein Kind der UNO. Die UN-Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 schuf die völkerrechtlichen Grundlagen für die Gründung und internationale Anerkennung des Staates. Sie schuf auch – was immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden muss – die Grundlagen für die Schaffung eines unabhängigen Staates der Palästinenser.¹³

Die Grundlagen für ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander des Staates Israel mit einem souveränen palästinensischen Staat bietet die UN-Charta auch heute – wenn sie denn wieder in ihre *universelle* Gültigkeit eingesetzt wird. Uri Avnery schrieb Mitte März 2007: »War es nicht das Motiv der zionistischen Bewegung, die einst Israel gründete, die religiös-ethnische Diaspora in eine moderne Nation zu verwandeln? Wollen wir Israelis kein normales Volk sein, mit allen Rechten und Pflichten eines normalen Volkes? Das bedeutet auch: Man soll uns mit den gleichen moralischen Maßstäben messen wie andere Völker.«¹⁴

Dies zu tun und sich *zugleich* des besonderen Verhältnisses zu Israel bewusst zu sein – das ist die Aufgabe der Deutschen. Die UN-Charta ist – wenn sie denn in ihrem ganzen Reichtum wahr- und aufgenommen wird – wie ein kostbares Geschenk, ohne das die Lösung dieser Aufgabe nicht gelingen kann.

13 Zur Hintertreibung der Gründung eines arabischpalästinensischen Staates insbesondere durch Großbritannien und zur vom Arabischen Hochkomitee in Palästina mit der Ablehnung dieser Resolution vergebenen »historischen Chance, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verwirklichen«, siehe Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 55 f.

14 Uri Avnery: »Lasst die Nazis, wo sie hingehören«, in: Freitag, Nr. 11/2007 vom 16. März 2007.

Warum die Linke das Prinzip der territorialen Integrität verteidigen sollte

Die Geschichte des Völkerrechts

Man kann nicht behaupten, dass das Rechtsgut der territorialen Integrität ein für das Völkerrecht und den Verkehr zwischen den Staaten seit jeher prägendes oder überhaupt nur vorhandenes Prinzip gewesen ist. Die Römer, deren Zivilrecht im Grunde genommen bis heute in Kraft ist, haben – aus nur zu gut nachvollziehbaren Gründen – so etwas wie Völkerrecht allenfalls in Grundzügen herausgebildet. Ihr Staat lebte von seinem imperialen Machtanspruch. Soweit man eine theoretische Begründung überhaupt für notwendig erachtete, war man so sehr von der Überlegenheit der eigenen Kultur überzeugt, dass man sich darauf beschränken konnte, die Vorzüge römischen Lebens für die Unterworfenen herauszustreichen. (Was haben die Römer außer sanitären Einrichtungen, der Medizin, dem Schulwesen, Wein, der öffentlichen Ordnung, Bewässerung, Straßen und den allgemeinen Krankenkassen je für uns getan?)

Unter dem Feudalismus wurde nichts besser. Der römische Staat als Territorialstaat zerfiel in personale Herrschaftsstrukturen. Soweit man für diesen Zeitraum überhaupt den Begriff des Staates verwenden kann, war dieser ausschließlich an die Person des jeweiligen Herrschers gebunden. Sinnbild hierfür ist das Reisekönigtum. Da der König mit seinem gesamten Verwaltungsapparat nicht überall sein konnte, zerfielen die Gebilde in ein schwer zu durchschauendes Geflecht von Rechtskreisen und einzelnen Gebieten, die in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen zueinander und zu den Resten von Zentralgewalt standen. Herrschaft wurde dynastische Herrschaft. Für Juristen ist die Lektüre rechtshistorischer Werke nicht selten mit Enttäuschungen verbunden, da in den Darstellungen mittelalterlichen Rechts das materielle Recht, das heißt welche Normen mit welchem Inhalt denn nun galten, eine untergeordnete Rolle spielt. Rechtsgeschichte stellt sich dar als Kompetenzkampf und Herrschaftsabgrenzung: als Frage, wie Recht zustande kommt. In dieser Situation kam den konkreten Territorien eine untergeordnete Rolle zu. Machtverschiebungen in und zwischen den dynastischen Herrschaftsgebilden kamen zustande durch Kompetenzerweiterungen gegenüber der Zentralgewalt, durch das Erbrecht und durch Heiratspolitik. Die einzelnen Territorien wurden zur Manövriermasse des Feudaladels. Eine Rechtfertigung gegenüber der Bevölkerung erfolgte, wenn sie überhaupt für notwendig erachtet wurde, über die Wiederherstellung der Legitimität des Herrschers. Nicht selten

waren Territorien von Enklaven anderer Rechtskreise durchsetzt. Ein Völkerrecht konnte sich in dieser Situation nicht entwickeln.

Eine bedeutsame Änderung kam erst mit dem Fortschritt des Seehandels auf. Es ist kein Zufall, dass der Begründer des modernen Völkerrechts, Hugo Grotius, aus dem auch damals schon kleinen Holland kam. Ebenfalls ist es kein Zufall, dass sein Werk zeitlich in engem Zusammenhang mit dem *Dreißigjährigen Krieg* und dem folgenden *Westfälischen Frieden* steht. Hier wird zum ersten Mal die Souveränität des Landesfürsten, die Souveränität über sein Territorium zum Rechtsbegriff. Der dritte fehlende Zufall ist, dass der Titel seines Werkes *De iure belli ac pacis* die Begriffe Krieg und Frieden gleichberechtigt nebeneinander stellt. Der Krieg wird eben nicht als fundamentale Verletzung der Ordnung, wie wir es heute sehen, begriffen. Er ist selbstverständlicher Normalzustand. Das Völkerrecht bleibt dem Personalitätsprinzip verbunden. Das Recht zur Kriegführung folgt aus der Souveränität des Herrschers. Es wächst zwar eine Literatur, die zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterscheidet. Diese stürzt sich jedoch ausschließlich auf die Begründung des Krieges. Die Folgen, das Leid für die Zivilbevölkerung, bleiben der Betrachtung der Literaten überlassen. Generell spielt der Einzelne im Völkerrecht keine Rolle. Es regelt den Verkehr zwischen Souveränen; das ist damals eben nicht das Volk, schon gar nicht das Individuum.

Das durch Grotius geschaffene Völkerrechtssystem bleibt im Folgenden nahezu unverändert. Das Prinzip, den Krieg zur Sicherung der Souveränität des Herrscherhauses zu führen, bleibt bis in den Ersten Weltkrieg hinein wirkmächtig. Ohne die Kriegsschuldfrage hier diskutieren zu können, ist sich die Wissenschaft doch einig, dass das System der Geheimdiplomatie, der vom Fürsten bestellten Diplomaten, wesentlich zu einer Situation geführt hat, in der aus der angelaufenen Kriegsmaschinerie niemand so recht herauskam. Bereits zuvor hat der Kolonialismus ein anschauliches Beispiel geliefert, wie wenig Grenzen für das damalige Völkerrecht bedeuteten. Nach Belieben schoben die europäischen Mächte Gebiete in Afrika und Südamerika hin und her, wurden diese zum Objekt von Tauschhändeln oder Kauf. Ganze Kontinente wurden nun zur Manövriermasse der Mächtigen.

Die Entwicklung der Grenzen als Grenzen

Der Erste Weltkrieg, so sehr er auch noch durch die alten Strukturen bedingt und begonnen worden war, brachte ein abruptes Ende sowohl der letzten Reste des Feudalsystems und der Monarchien in Europa, als auch des bis dahin gemeinhin akzeptierten Völkerrechts. Konnte der Krieg davor auf Grund seiner zumindest scheinbar begrenzten Auswirkungen noch als zwar unangenehmer, aber von Zeit zu Zeit eben notwendiger Normalzustand betrachtet werden, wurde dies unter dem Eindruck der Millionen an Opfern mit einem Schlag weggewischt. Jetzt be-

ginnt der Frieden zum Ziel völkerrechtlicher Diskussion zu werden. Wir alle kennen das Ergebnis. Das faschistische Deutschland ließ neuen Entwicklungen, wie etwa dem Völkerbund, wenig Zeit zur Entfaltung. Neue Normen konnten sich nicht einspielen. Vielmehr schuf Hitler wieder eine komplett neue Situation. Mit dem Zweiten Weltkrieg und vor allem dem mit ihm einhergehenden Vernichtungskrieg, in dem nun nicht mehr nur die Beherrschung der unterworfenen Völker, sondern auch ihre physische Vernichtung als mögliches Ziel von Politik erkennbar wurde, vor allem aber mit der Erkenntnis, zu was moderne Waffen im Verbund mit dem modernen Staat fähig sind (es sei hier an die Beendigung des Krieges im Pazifik durch die Atombombe erinnert), wurde nun endgültig die Sicherung des Weltfriedens zum vordringlichsten Ziel des Völkerrechtes, dem sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Man muss sich die Radikalität dieses Schrittes vor Augen halten, um die Bedeutung der territorialen Integrität zu erfassen.

Die Antwort auf die Katastrophe war das System der Vereinten Nationen. Als Antwort auf Hitlers Angriffskriege folgte das Verbot der Angriffskriege. Unter anderem als Antwort auf Hitlers Politik gegen die Tschechoslowakische Republik wurde dieses ergänzt durch das Prinzip der Nichteinmischung. Somit war nunmehr die eigene Staatsgrenze, eine zumindest der Rechtsidee nach von der Weltgemeinschaft überwachte Grenze. Eine Barriere für aggressive Ambitionen der Staaten, deren Bemäntelung durch humanitäre Ziele das Prinzip der Nichteinmischung erschwert.

Man sollte das, was hierdurch erreicht wurde, nicht klein reden. Es gelang – entgegen einiger überoptimistischer Stimmen – zwar nicht den Krieg aus der Weltpolitik zu bannen. Aber es gelang, den Rechtfertigungsdruck zu erhöhen und Konflikte regional zu begrenzen.

Probleme und Angriffe auf das Prinzip der territorialen Integrität

Von Anfang an stand die so entstandene Orientierung am Status quo auf wackligen Füßen. Dies nicht so sehr, weil einzelne Potentaten sich mit ihren Landesgrenzen nicht abfinden wollten, als vielmehr, weil der Kolonialismus Altlasten hinterlassen hatte, die sich durch ein Festhalten am Status quo nicht lösen ließen. Die Integrität geriet in Widerspruch zum ebenfalls durch das moderne Völkerrecht vertretenen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts. Hier liegt aber nun ein ganz entscheidender Punkt für das Problem, mit dem wir uns heute beschäftigen. Die Anerkennung antikolonialer Befreiungsbewegungen führte gerade nicht zur Anerkennung eines unbeschränkten Sezessionsrechtes. Es ist schon ein Missverständnis zu glauben, das Selbstbestimmungsrecht führe generell zu einem Recht auf Widerstand. Die Anerkennung von Befreiungsbewegungen hieß zunächst nichts anderes, als dass diese in den Genuss des Völkerkriegsrechts kommen und als Völkerrechtssubjekt Anerkennung finden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Ein weiteres Problem war das Erbe des bürgerlichen Nationalismus und der mit ihm verbundenen Idee der nationalen Reinheit eines Staates. Noch bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren Bevölkerungsverschiebungen nicht so negativ konnotiert, wie wir sie heute mit den Begriffen der Vertreibung und ethnischen Säuberung verbinden. In den 1920er Jahren wurden Zehntausende Griechen aus dem türkischen Kleinasien vertrieben. Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakischen Republik und den anderen Gebieten im vormals besetzten Osten wurde von den Siegermächten ebenso gebilligt wie die Westverschiebung Polens und der Sowjetunion, die ja nicht nur die Gebietsgrenzen betraf, sondern auch die jeweilige Bevölkerung. Erst im Zuge dieser Geschehnisse, als sich mit der Aufarbeitung der Katastrophe auch der Blick auf die Notwendigkeit richtete, Menschen- und Grundrechte des Einzelnen nicht nur innerstaatlich durchzusetzen, sondern diese allmählich auch Thema des völkerrechtlichen Diskurses wurden, begann eine Ächtung einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hofften aber noch Menschen auf Rückkehr – wie man an den deutschen Vertriebenen sieht, nicht auf individuelle Rückkehr an den Ort der Kindheit, sondern auf Rückkehr mitsamt der »eigenen« Staatsgewalt. Ähnliche Strömungen fanden sich auch bei den griechischen Vertriebenen, die sicher mehr Berechtigung gehabt hätten. Das Völkerrecht entschied in allen Fällen gegen Ansprüche auf Rückübertragung oder dergleichen. Dies musste bei allem individuellen Unrecht so sein, da die Anerkennung von historischen Gebietsansprüchen zu einer endlosen Kette führen würde. Ist Bayern nicht ursprünglich keltisch besiedelt gewesen, sind die einzigen, echten Nachfahren der Kelten nicht die Fans von *Glasgow Celtic*? Muss die Allianzarena in *Celtic Park* umbenannt werden? Dies wäre zweifellos besser, aber wohl kaum auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Der folgenreichste Anschlag auf das System der Nachkriegsordnung erfolgte ausgerechnet durch Deutschland. Nach den Erfahrungen der zerfallenden Sowjetunion leistete die deutsche Außenpolitik der Zerschlagung Jugoslawiens Vorschub. Konnte man in der Sowjetunion wenigstens noch auf gewachsene Verwaltungseinheiten der alten Sowjetrepubliken zurückgreifen, musste das deutsche Experiment in Jugoslawien in eine Katastrophe führen. Wir alle kennen die Folgen: Ein grausamer Bürgerkrieg mit Tausenden an Opfern auf der einen, ein militärisch wiedererwachtes Deutschland auf der anderen Seite und vor allem (das ist wahrscheinlich der zentrale Punkt): eine zertrümmerte Völkerrechtsordnung, in der die Kriterien, wann was erlaubt ist, vollkommen ins Schwimmen geraten sind.

An dieser Stelle ist der Blick auf zwei Charakteristika des Völkerrechts zu lenken: Zum einen ist das Völkerrecht, anders als wir Zentraleuropäer Recht verstehen, viel stärker Gewohnheitsrechts. Die erste Quelle für Völkerrecht ist die Staatenpraxis. Hier wird deutlich, warum die jugoslawische Geschichte so gefährlich ist: Staaten können anders als gewöhnliche Verbrecher mit ihrem Handeln Recht unmittelbar verändern. Die UN-Charta kann auch als Versuch gelesen werden, dieses Problem durch Kodifizierung einzugrenzen und größere Verbindlichkeit zu

schaffen. Zum anderen – das hängt damit eng zusammen – kennt das Völkerrecht nur bedingt Wege der verbindlichen Durchsetzung. Die Durchsetzung von Völkerrecht geschieht durch Staatenpraxis. Sie schafft damit materielles Recht. Der Anschlag auf die UN-Charta und das zugrunde liegende System ist ein unmittelbarer Angriff auf die Verrechtlichung der Beziehungen zwischen den Staaten und eröffnet den Weg zu Willkür und Aggression.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Ausführungen sollen zwei Thesen belegen. Zum einen: Die territoriale Integrität von Staaten ist eine historische Errungenschaft, die bei allen damit verbundenen Problemen im realen Machtgefüge der Welt die einzig fassbare Kategorie für eine Eingrenzung staatlicher Aggression darstellt. Zum anderen: Jede leichtfertige In-Frage-Stellung der Existenz und der Integrität von Staaten gefährdet die eh schon am seidenen Faden hängende Entwicklung des Völkerrechts zu einem Friedensrecht.

Der Staat Israel ist in einer völkerrechtlichen Umbruchssituation entstanden. An seiner Existenz kann ebenso wenig wie an seinem Recht zur Verteidigung gerüttelt werden. Jeder Widerstand, der die Existenz Israels in Frage stellt, muss sich die Frage nach seiner Legitimität gefallen lassen. Der völkerrechtliche Weg zu einer Befriedung des Konflikts liegt in der Schaffung fester Grenzen. Sie endgültig festzulegen ist das, was man von Israel verlangen kann.

Ich habe angedeutet, dass der Einzelne, soweit er nicht zufällig Fürst oder König war, im klassischen Völkerrecht keine Rolle gespielt hat. Auch das moderne Völkerrecht richtet sich primär an Staaten. Die Frage wie Menschen- und Grundrechte weltweit durchgesetzt werden können, ohne dabei Rechtfertigung für neue Kriege zu liefern, ist eine eigenständige Frage, die hier nicht ausgeführt werden kann. Dennoch glaube ich, dass hier ein wichtiges Thema für die Linke zu finden wäre. Man muss sich nur verdeutlichen, dass Fortschritte untrennbar damit verbunden sind, dass sich überhaupt eine weltweite Rechts- und Friedensordnung entwickelt.

Literatur

Otto Kimminich, Stephan Hobe: Einführung in das Völkerrecht, 7. Auflage, Tübingen/Basel 2000.
Heinrich Mitteis, Heinz Lieberich: Deutsche Rechtsgeschichte, 18. Aufl., München 1988.

Zivilgesellschaft als Lackmustest israelischer Demokratie

Der Staat Israel wird von europäischen und nordamerikanischen Wissenschaftlern nicht selten als »einzige Demokratie im Nahen Osten« dargestellt.¹ In der Tat entspricht die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative europäischen Standards. Zudem zeichnet sich die israelische Öffentlichkeit durch breite Anteilnahme am politischen Geschehen aus.² Israel verfügt andererseits trotz 60-jähriger Staatlichkeit über keine Verfassung. Der 1948 verhängte Ausnahmezustand wird jährlich verlängert. Die arabischen Bürger des Landes, heute 20,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, sind formal juristisch zwar gleich gestellt, in sozialer Hinsicht jedoch vielfach benachteiligt. Israelische Soziologen und Politikwissenschaftler, die das politische System des Landes zwar prinzipiell als »demokratisch« kennzeichnen, differieren hinsichtlich der Wirkung, bzw. der spezifischen Ausprägung israelischer Demokratie. Während Gideon Doron beispielsweise von einer »nicht-liberalen repräsentativen Demokratie«³ und Uri Ben-Eliezer von einer »kollektiven nicht-liberalen Demokratie«⁴ sprechen, führte Sammy Smooha den Begriff »ethnische Demokratie«⁵ ein; Oren Yiftachel dagegen entscheidet sich für »Ethnokratie«⁶. Benjamin Neuberger wiederum bezeichnet die politische Kultur Israels als eine »Mischung demokratischer und undemokratischer Traditionen«.⁷

Wer sich mit dem Status der israelischen Demokratie befasst, kann einen wichtigen Aspekt nicht außer Acht lassen – die Zivilgesellschaft. Der Begriff »Zivilgesellschaft« wird nicht selten synonym mit dem der »Bürgergesellschaft« verwendet. Er steht für einen durch das aktive Engagement mündiger Bürger geprägten demokratischen Gesellschaftsentwurf und damit für das freiheitliche Gegenbild zur formalen Demokratie, bzw. zur Diktatur. Nachfolgenden Ausführungen über

1 Vgl. Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1996, S. 515 ff.

2 In einer Befragung, die die Jahre 1999 bis 2003 umfasst und über die gesellschaftliche Befindlichkeit in 30 Staaten Auskunft gibt, nehmen Israelis hinsichtlich ihres Interesses an der Politik (70 %), ihres Nachrichten-Medienkonsums (89,7 %) und ihrer Debattierfreudigkeit über politische Themen (37,1 %) den ersten Platz ein. Vgl. Asher Arian, Nir Atmor, Yael Hadar: The 2006 Israeli Democracy Index. Auditing Israeli Democracy, Changes in Israel's Political Party System: Dealignment or Realignment?, Jerusalem 2006, S. 59.

3 Gideon Doron: »Two Civil Societies and One State: Jews and Arabs in the State of Israel«, in: Augustus Norton Richard (Hg.): Civil Society in the Middle East, Vol. II, Leiden 1996, S. 193.

4 Uri Ben-Eliezer: »The Meaning of Political Participation in a Nonliberal Democracy: The Israeli Experience«, in: Comparative Politics, Vol. 25, No. 4, July 1993, S. 399.

5 Sammy Smooha: »Ethnic Democracy: Israel as an Archetype«, in: Israel Studies, Vol. 2, No. 2, Fall 1997, S. 198 ff.

6 Oren Yiftachel: Israeli Society and Jewish-Palestinian Reconciliation: »Ethnocracy« and its Territorial Contradictions, MEJ Vol. 51, No. 4, Autumn 1997, S. 505-519.

7 Benjamin Neuberger: Religion and Democracy in Israel, Jerusalem: The Floersheimer Institute for Policy Studies, 1997, S. 19.

die israelische Zivilgesellschaft sei die von Wolfgang Merkel und Hans-Joachim Lauth vorgeschlagene Definition zugrunde gelegt: »Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nichtstaatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. (...) Gruppen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) [sind] ebenso wenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen.«⁸

Wurzeln und Entwicklung der Zivilgesellschaft in Israel

Die Wurzeln der israelischen Zivilgesellschaft sind noch vor der Staatsgründung – und zwar sowohl in der jüdischen als auch in der arabischen Bevölkerung Palästinas – zu verorten. Während es das Ziel jüdischer Organisationen war, die Einwanderer aus Europa zu organisieren, im Lande zu verwurzeln und ihre Interessen gegenüber den britischen Mandatsbehörden zu vertreten, entstanden in der arabisch-palästinensischen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg Organisationen, deren Aktivitäten sich primär gegen die zionistische Einwanderung, bzw. die Mandats Herrschaft richteten. Eine lange Tradition haben zudem sowohl unter Juden als auch unter Muslimen, Christen und Drusen Vereine, die sich der Hilfe für Bedürftige widmen.

Nach 1948 spielten der Staat, bzw. die politischen Parteien, insbesondere die dominante Sozialdemokratie, eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft. Nichtstaatliche Organisationen wirkten nicht als Gegengewicht zur Exekutive, sondern waren in der Regel an Parteien gebunden, bzw. unterstützten staatliche Aktivitäten. Erst in den 1970er Jahren entstanden Protestbewegungen, wie die Organisation der orientalischen Juden *Schwarze Panther*, die Siedlerbewegung *Gusch Emunim* (»Block der Treue«) oder die Friedensorganisation *Schalom Achschaw* (»Frieden jetzt«, in Europa zumeist unter ihrem englischen Namen *Peace Now* bekannt).

Zu einem wichtigen gesellschaftlichen Faktor wurde die israelische Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren. Aufgrund veränderter internationaler, regionaler und landesspezifischer Konstellationen wandelte sich die Gesellschaft grundlegend. Das Ende des Kalten Krieges, die Suche nach tragfähigen Kompromissen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten, die Masseneinwanderung aus der Sowjetunion, bzw. deren Nachfolgestaaten, Globalisierungstrends, Veränderungen im politischen System und Medienrevolution bewirkten einen

8 Wolfgang Merkel, Hans-Joachim Lauth: »Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/1998, S. 7.

Wertewandel, der alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Die Transformationsprozesse widerspiegelten sich im täglichen Leben, wurden in der politischen Kultur des Landes sichtbar und ließen latente innergesellschaftliche Widersprüche aufbrechen. Die zentrale Rolle des Staates und der großen Parteienblöcke verringerte sich. Parallel dazu erlangte die Vertretung von individuellen und Gruppeninteressen einen neuen Stellenwert in der politischen Kultur. Diese begannen zunehmend den jüdisch-nationalen Konsens zu überlagern. Hinzu kam der Übergang zu einem neoliberalen Wirtschaftskonzept, das den drastischen Abbau von Sozialleistungen zur Folge hatte; in vielen Bereichen zog sich der Staat aus seiner Verantwortung zurück.

Ein Indikator der gesellschaftlichen Veränderungen war die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Während 1982 lediglich 3 000 gemeinnützige Vereinigungen existierten, waren im Jahr 2000 bereits über 30 000 Verbände registriert.⁹ Heute sind im Innenministerium über 42 000 NGOs angemeldet.¹⁰ Bei einer Bevölkerung von 7,46 Millionen Staatsbürgern ist das eine beeindruckende Zahl, selbst wenn man berücksichtigt, dass nicht alle Organisationen gleichermaßen aktiv sind. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Bürgergesellschaft veränderte sich während des vergangenen Jahrzehnts. Beide Parameter bewirkten eine neue, breit gefächerte Ebene gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung. Neue Aktionsfelder wurden erschlossen, bzw. neue Strategien entwickelt; die Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungen nahm sichtbar zu.

Charakteristik der israelischen Zivilgesellschaft

Wodurch wird die israelische Zivilgesellschaft heute charakterisiert? Welche Rolle spielt sie bei der Ausgestaltung der israelischen Demokratie? Das Spektrum der gemeinnützigen Organisationen widerspiegelt zunächst die Verwandlung der israelischen Gesellschaft in ein Mosaik unterschiedlicher Interessen und Identitäten und damit die ethnischen, religiös-kulturellen, weltanschaulich-politischen und sozio-ökonomischen Bruchlinien des Landes. Prägend sind Widersprüche zwischen Juden und Arabern, aus Europa und Nordamerika stammenden Juden (Aschkenasim) und orientalischen Juden (Misrachim), Neueinwanderern und Alt-eingesessenen, säkularen und religiösen Juden, »Tauben« und »Falken«, Armen und Reichen. Wichtige Anliegen der »Bürgergesellschaft«, bzw. der betreffenden NGOs sind somit:

9 Uri Ben-Eliezer: »Is Civil Society Emerging in Israel? Politics and Identity in the New Associations«, in: Sozjologjah Jisraelit, Vol. 2, 1999, No. 1 (Hebr.), S. 54.

10 Yael Elon, Benjamin Gidron: Israeli Third Sector Database 2007 – Patterns and Developments, Beer Sheva 2007 (Hebr.), S. 11.

- die Interessenvertretung nationaler und ethnischer Gruppen,
- der »Kulturkampf« zwischen säkularen und religiösen Juden,
- das israelisch-palästinensische Grundverhältnis,
- soziale Disparitäten und Aktivitäten,
- die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (Bürger- und Menschenrechtsorganisationen),
- Initiativen im Bildungs- und Kulturbereich,
- die Gender-Problematik sowie
- offene Fragen, bzw. Forderungen an den Umweltschutz.

Aufgrund des innerisraelischen jüdisch-arabischen Widerspruchs haben sich parallel zueinander zwei Zivilgesellschaften herausgebildet – eine jüdische und eine arabische. Sie sind nur selten miteinander verflochten und verfügen in der Regel über jeweils eigene Mitgliederkreise und Zielgruppen.

Ebenen zivilgesellschaftlicher Tätigkeit im jüdischen Bevölkerungssektor

Zunächst erfolgt eine skizzenhafte Auskunft über zivilgesellschaftliche Akteure im jüdischen Sektor. Zahlreiche NGOs widerspiegeln die widersprüchlichen Interessen ethnischer Gruppen. Waren Sinnen und Trachten im jungen Staat Israel zunächst darauf gerichtet, die Immigranten in die bereits existierende Gesellschaft zu integrieren und ihnen das gültige, an westeuropäischen Mustern orientierte Wertesystem zu vermitteln, so setzte sich Ende der 1990er Jahre die Erkenntnis durch, dass die zentrale Idee vom »Schmelztiegel Israel« weder realisierbar noch erstrebenswert sei. Avraham Burg, zeitweilig Präsident der *Zionistischen Weltorganisation* und Vorsitzender der *Jewish Agency* sowie langjähriger Vorsitzender der Knesset, beschrieb die israelische Realität durchaus stimmig: »Während vieler Jahre haben wir an den ›melting pot‹, an den Schmelztiegel, geglaubt. Das Rezept war einfach. Man nehme zwei Marokkaner, zwei Russen, zwei Äthiopier, man schüttle sie gut – und dann, siehe da, haben wir einen neuen israelischen Prototyp, bei dem alles ›israelisch‹ aussieht. Nach ein paar Jahren aber erkennt man, dass jeder seine eigene Identität behalten will. Israel verändert sich heute von einer Schmelztiegel-Gesellschaft zu einer Mosaik-Gesellschaft. Heute sind wir der Überzeugung, dass wir nur harmonisch zusammenleben können, wenn jeder Mosaikstein seine Identität innerhalb des Ganzen verwirklichen kann.«¹¹

Die Unterschiede und Widersprüche auf sozio-ethnischer, bzw. national-kultureller Ebene sind durch bloße Appelle an den nationalen jüdischen Konsens nicht mehr überbrückbar. Sie widerspiegeln nicht zuletzt das gewachsene Selbstbe-

¹¹ »Israel will kein Schmelztiegel mehr sein«, Gespräch mit Avraham Burg, in: Israelitisches Wochenblatt, 22. August 1997, S. 83. – Burg wiederholte seine Worte auf einer Veranstaltung mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Knesset am 7. Mai 2000.

wusstsein der einzelnen ethnischen Gruppen und prägen zunehmend die innenpolitische Auseinandersetzung. Die ethnische Diversität beförderte das Entstehen von Organisationen, die jeweils die kulturellen, sozialen und politischen Interessen einer spezifischen Bevölkerungsgruppe artikulieren – seien es orientalische Juden, Äthiopier oder russischsprachige Einwanderer.

Ein weiteres bedeutsames Feld zivilgesellschaftlicher Aktivität ist mit dem Verhältnis von Staat und Religion, bzw. mit der Debatte über die Identität und den künftigen Charakter Israels verbunden. Der »Kampf um den Staat« wird zwar vor allem auf der Ebene der politischen Parteien und staatlichen Institutionen ausgetragen, bleibt jedoch nicht auf diese beschränkt. Zahlreiche religiöse und säkulare Bürgervereine – auch NGOs, die religiösen Pluralismus fordern oder eine Brücke zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen zu schlagen suchen – engagieren sich in diesem Spannungsbogen. Überdies bildete sich eine Vielzahl von Organisationen heraus, die sich mit jüdischer Identität sowie mit der religiösen, bzw. säkularen Ausformung der Gesellschaft befassen. Nicht wenige Vereinigungen stehen für die Bewahrung des orthodoxen, bzw. ultra-orthodoxen Lebensstils. Doch auch religiöse Frauengruppen, Zentren des Reform- und konservativen Judentums sowie Einrichtungen und Vereine, die eine Minderung von Spannungen zwischen religiösen und säkularen Juden anstreben, wurden aktiv.

Säkulare, bzw. antiklerikale Organisationen propagieren die Vision Israels als eines aufgeklärten westlichen Staates, wenden sich gegen religiösen Zwang und fordern die Trennung von Staat und Religion. Zu ihnen gehört zum Beispiel die Organisation *Hilel*. Sie gibt ultraorthodoxen Juden, die die religiöse Welt, in die sie hineingeboren wurden, verlassen wollen, praktische Unterstützung bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder in der Vorbereitung auf den Armeedienst.

Eine dritte Ebene zivilgesellschaftlichen Engagements entspringt dem Streit um das künftige Schicksal der besetzten palästinensischen, bzw. arabischen Territorien. Die Divergenzen zwischen »Tauben« und »Falken« sind häufig an die Frage gebunden, wie und mit welchen Garantien den israelischen Bürgern dauerhaft individuelle und nationale Sicherheit gewährleistet werden kann. Die Kontroversen brachen bereits unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 auf, verstärkten sich während der ersten Intifada und spitzten sich in Zusammenhang mit dem Oslo-Prozess, der 2000 ausgebrochenen *Al-Aksa-Intifada* und dem einseitigen israelischen Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 wiederholt zu. Eng verbunden damit war und ist der politische Streit um die künftigen Landesgrenzen. Neu für diesbezügliche Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt ist, dass die Zahl außerparlamentarischer Organisationen auf beiden Seiten des politischen Spektrums schnell anwuchs. Während die Entwicklung der Friedensbewegung Höhen und Tiefen aufwies, machten die Siedlerorganisationen ob ihrer Militanz und ihres politisch-gesellschaftlichen Führungsanspruchs auf sich aufmerksam. Mit Forderungen nach Gewaltanwendung verließen einige der letztgenannten

Gruppierungen die Ebene zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie stehen der demokratischen Bürgergesellschaft diametral entgegen.

Das Lager der Friedensaktivisten war in Israel besonders aktiv während des Libanon-Kriegs von 1982. Die mit Duldung der israelischen Armee durchgeführten Massaker libanesischer Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila riefen Hunderttausende Israelis auf die Straße. Auf einer der größten Massendemonstrationen in der israelischen Geschichte forderten sie im September 1982 auf dem »Platz der Könige Israels« in Tel Aviv die Etablierung einer Untersuchungskommission und den Rücktritt der Mitverantwortlichen im militärischen und politischen Establishment. Die Protestkundgebung ging als einzigartiger Erfolg der Zivilgesellschaft ins kollektive Gedächtnis der Nation ein. In den 1990er Jahren, vor allem während des Oslo-Prozesses, schienen die »Tauben« dagegen weniger bereit, Druck auf die Regierung auszuüben, sondern stützten diese vielmehr. Der »Friedensprozess« schien in guten Händen. Es entstanden dennoch neue Organisationen, die den direkten Dialog mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten suchten, bzw. innerhalb Israels für einen Friedensschluss warben. Stellvertretend seien genannt die Initiativegruppe *Four Mothers*, die den Abzug der israelischen Armee aus Südlibanon forderte und letztlich initiierte, sowie das israelisch-palästinensische Forum der *Berieved Parents* (Eltern, deren Kinder gewaltsam durch Selbstmordattentate oder Vergeltungsschläge ums Leben kamen). Unvergesslich ist auch die von *Schalom Achschaw* organisierte Friedenskundgebung am 4. November 1995, auf der Jitzchak Rabin mit den Hunderttausenden Versammelten das Friedenslied anstimmte – wenige Minuten, bevor er von einem jüdischen Fanatiker ermordet wurde.

Am 8. April 2008 beging die Organisation »Frieden jetzt« am selben Ort – heute Jitzchak-Rabin-Platz – den 30. Jahrestag ihrer Gründung. Vehement wurde über Erfolge und Misserfolge der Organisation diskutiert und gestritten. Auf der Habenseite von *Peace Now* steht zweifelsfrei, dass die Zweistaatenlösung – die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels – heute von der Mehrheit der israelischen Bevölkerung mitgetragen wird. Gleichermaßen kritisiert die Organisation den forcierten Siedlungsbau im Westjordangebiet, bzw. konfrontiert sie die Öffentlichkeit mit diesbezüglichen aktuellen Zahlen.¹² Dennoch fragen sich ihre Gründer, warum ihre politische »Beißkraft« verlorenging. Die Tageszeitung *Haaretz* erklärte den Schwächezustand der Friedensbewegung mit der engen Bindung an die Regierung: »Niemals zuvor war *Peace Now* so eng mit dem Establishment verbunden wie zu Zeiten der Olmert-Regierung. Die Organisation, die Hunderttausende während des ersten Libanon-Krieges auf die Straße brachte, schloss sich erst wenige Tage vor Ende des Zweiten Libanon-Krieges den öffentlichen Protesten an.«¹³ Dedi Zucker, 1978 einer der Initiatoren

¹² Siehe www.peacenow.org.il.

¹³ Mazal Mualem: »Peace Now, for 30 years«, *Haaretz*, 7. April 2008.

der *Frieden-jetzt-Bewegung*, wertete als besonders schmerzhaft den Fakt, dass die Siedlungsbewegung *Gusch Emunim* den Kampf gegen die Friedensbewegung offensichtlich gewonnen habe.¹⁴

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten stehen – eine weitere Wirkungsebene – nicht zuletzt in Zusammenhang mit sozialen Fragen, Demokratienormen, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ein markantes Beispiel ist die *Bewegung für Regierungsqualität*. Die Organisation entstand 1990, als der Jurastudent Nadav Shraga mit Hungerstreik und einem außergewöhnlichen Demonstrationzug in Jerusalem gegen »Korruption und die offensichtliche Erosion ethischer Werte durch die israelische Regierung« protestierte. Er und seine Sympathisanten hatten Eseln Stühle auf den Rücken gebunden und mit der Losung versehen »Besser Stühle auf Eseln als Esel auf (Parlaments)stühlen«.¹⁵ Die Bewegung ist seither eine wichtige Adresse für jüdische und arabische Bürger geworden. Sie klärt – zum Beispiel in Schulen – über demokratische Werte und Rechte auf und wendet sich immer wieder mit Petitionen an das Oberste Gericht, um die Einhaltung demokratischer Normen durchzusetzen.

Zahlreiche israelische NGOs setzen sich heute für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten ein (*ACRI, Be-Zelem, Rabbis for Human Rights*). Sie mutierten zu einer Art »Gewissen der Nation«. Nicht vergessen seien auch die über 100 Frauenorganisationen. Nicht wenige von ihnen richten die Hauptaktivität auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, zum Beispiel die »Frauenkoalition für Frieden« (CWP), eine Partnerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Mittelpunkt der meisten Gender-Aktivitäten stehen freilich die Rechte der Frauen in der Gesellschaft.

Last but not least sei auf die wachsende Zahl von Umweltschutzorganisationen und Ökologiegruppen verwiesen. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Grundthese, das Land könne sich den »Luxus« ökologischer Aktionen erst erlauben, wenn die Sicherheitsfrage gelöst und ein dauerhafter Frieden in der Region hergestellt seien, zunehmend an Akzeptanz verliert.

Arabische Zivilgesellschaft

Die israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität haben insbesondere im letzten Jahrzehnt einen deutlichen Politisierungsprozess durchlaufen. Ihr gewachsenes Selbstbewusstsein – resultierend aus demographischen Veränderungen, Generationswechsel, höherem Bildungsstand und dem internationalen Prestigezuwachs für den palästinensischen Faktor – widerspiegelt sich auch in der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Während des letzten Jahrzehnts, das

14 Ebenda.

15 Das Zitat ist aus einem der Autorin zur Verfügung gestellten Informationsmaterial der Bewegung für Regierungsqualität entnommen.

heißt seit Ende der 1990er Jahre, ist die Zahl arabischer NGOs kontinuierlich angewachsen. Sie verdoppelte sich von 1995 bis 2003 von 807 auf 1 737,¹⁶ stellt jedoch nach wie vor nur etwa fünf Prozent aller israelischen Nichtprofitorganisationen.

Gemäß ihrer Wirkungsebenen lassen sich die Organisationen zunächst unterteilen in politische Interessengruppen, die für die Anerkennung der nationalen Rechte der arabischen Minderheit eintreten und den Charakter des Staates zu verändern suchen, und in Bürgergruppen, die kommunale Interessen vertreten oder Dienstleistungen auf verschiedenen Gebieten, zum Beispiel in Religion, Kultur, Sport, Bildung, Gesundheit oder Gender-Problematik anbieten. Beide Ebenen sind häufig eng miteinander verbunden, das heißt, die Tätigkeit der sogenannten unpolitischen Vereine impliziert nicht selten auch politische Aspekte.

Israelische Wissenschaftler stellten fest, dass der »Dritte Sektor« des Landes zwar einen im Vergleich zur Bevölkerungszusammensetzung geringeren Anteil arabischer Organisationen aufweist, arabische Vereinigungen, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängen, jedoch 17 Prozent aller in Israel mit diesem Ziel tätigen Organisationen ausmachen.¹⁷ Den Hauptteil der arabischen NGOs stellen dennoch Organisationen, die sich der Kultur und der Freizeit widmen (27 Prozent) oder religiöse Ziele verfolgen (21 Prozent) sowie die Einrichtungen der Sozialhilfe (14 Prozent).¹⁸

Zu den bekanntesten arabischen Vereinigungen gehören das 1996 gegründete *Legal Center for Arab Minority Rights in Israel – Adalah*, die 1988 im Gefolge der ersten Intifada in Nazareth entstandene *Arab Association for Human Rights*, das in Haifa ansässige *Mossawa Center* und *Ittijah*, die 1995 gegründete Dachorganisation arabischer Organisationen, die heute etwa 70 Mitgliedsorganisationen umfasst. Das in Nazareth ansässige kommunale Zentrum *Ahali* stellt sich die Aufgabe, die arabische Bevölkerung zu aktivieren und bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft im Land mitzuwirken. Einen jüdischen Direktor und einen arabischen Stellvertreter hat die Organisation *Sikkuy (The Association for the Advancement of Civic Equality)*, die eines ihrer Hauptziele in der Gleichstellung der arabischen Bürger Israels sieht. Assad Ghanem, Dozent an der Universität Haifa und bis vor kurzem zugleich Ko-Direktor von *Sikkuy*, wertet den Aufschwung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im arabischen Sektor vor allem als Ergebnis jahrzehntelanger Enttäuschung und Frustration: »Die Menschen haben langsam begriffen, dass sie nichts vom jüdisch-zionistischen Staat zu erwarten haben. Also schaffen sie ihre eigenen alternativen politischen und Sozialleistungssysteme.«¹⁹

16 Elias Zeidan, Asad Ghanem: *Patterns of Giving and Volunteering of the Palestinian Arab Population in Israel*, Beer Sheva 2000, S. 14; Benjamin Gidron, Yael Elon, Rinat Ben-Nun: *Israeli Third Sector Database 2004*, Beer Sheva 2004 (Hebr.), S. 16.

17 Rony Kaufman, Benjamin Gidron: *The Institutionalization of Protest: Trends in Social Change Organizations in Israel*, Beer Sheva 2006 (Hebr.), S. 66.

18 Gidron, Elon, Ben-Nun, a. a. O., S. 16.

19 Assad Ghanem, zit. n. *Jerusalem Post* vom 16. Februar 2001.

Unübersehbar hat innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels auch die islamische Bewegung an Einfluss gewonnen. Die durch sie beeinflussten NGOs initiieren den Bau von Bildungs- und Rehabilitationszentren, Kindertagesstätten und Sporteinrichtungen; sie mobilisieren ihre Mitglieder für die Teilnahme an vielfältigen Aktivitäten. Besonders engagiert zeigen sich ihre Vertreter in größeren arabischen Ortschaften, wie Umm al-Fahm, Kafr Kassem, Kafr Kana und Nazareth. Während sie in der Regel über eine achtbare materielle Basis verfügen, leiden zum Beispiel säkulare Frauenorganisationen, die sich für Veränderungen im Status der arabischen Frau sowohl in der Familie als auch in Staat und Gesellschaft einsetzen, nicht selten unter gravierenden finanziellen Schwierigkeiten.

Die arabische Bevölkerung Israels nutzt die Zivilgesellschaft somit zunehmend aktiv und selbstbewusst zur Einforderung ihrer nationalen, politischen, kulturellen und sozialen Rechte. Sie beteiligt sich an öffentlichen Diskussionen – beispielsweise über eine israelische Verfassung. Vier schriftliche Vorschläge, den legalen und sozialen Status der arabischen Minderheit betreffend, wurden 2006 und 2007 durch NGOs der Öffentlichkeit vorgelegt. Mit dem »Konzept eines demokratischen, bilingualen und multikulturellen Staates Israel« haben sich die arabischen Bürger von der Ebene des ausschließlichen Protestes gelöst. Sie suchen die gesellschaftliche und politische Agenda mitzubestimmen.

Wenngleich die jüdische und die arabische Zivilgesellschaft hinsichtlich ihres Einzugsbereichs, ihrer Programmatik und ihrer inneren Struktur noch weitgehend getrennt voneinander wirken, entwickelten sich doch Formen der Zusammenarbeit. Deren Erfolg, bzw. Misserfolg war und ist freilich erkennbar an die Höhen und Tiefen des nahöstlichen Friedensprozesses gebunden. Ansätze für binationale Organisationen verbreiteten sich im Gefolge der Vereinbarungen von Oslo; während der zweiten Intifada dagegen fanden sie auf beiden Seiten geringere Resonanz.

Fazit

1) Trotz beachtlichen Umfangs und vielschichtiger Wirksamkeit seiner Zivilgesellschaften stellt Israel kein typisches Beispiel für die Formierung zivilgesellschaftlicher Strukturen dar. Die Besonderheiten der Staatsgründung und der Bevölkerungsentwicklung, der andauernde Kriegszustand mit den arabischen Nachbarn und die Herrschaft über eine große Gruppe nichtjüdischer Staatsbürger, bzw. Bewohner besetzter Territorien beeinträchtigen die Umsetzung des liberalen Demokratiemodells. Hinzu traten tiefe innergesellschaftliche nationale und soziale Klüfte, jedoch auch die Politik der permanenten Zugeständnisse gegenüber religiösen Parteien und Interessengruppen.

2) Die Fallstudie Israel weist aus, dass Zivilgesellschaft nicht unbedingt mit gesellschaftlicher Progression deckungsgleich ist. NGOs können einerseits Druck

auf die staatliche Entscheidungsfindung ausüben und der Demokratisierung der Gesellschaft förderlich sein. Sie spielen eine wichtige Rolle, indem sie Politikfelder besetzen, aus denen sich der Staat zurückzieht. Das Beispiel Israel weist andererseits aus, dass zivilgesellschaftliches Engagement durchaus auch Partikularisierungsprozesse in der Gesellschaft fördern oder dem Vormarsch nationalreligiöser Kräfte, bzw. der konservativen Rechten, das heißt dem Abbau demokratischer Normen, dienen kann.

3) Als Trend sei dennoch festgehalten, dass die Wirksamkeit gemeinnütziger Vereinigungen seit den 1990er Jahren zum festen Bestandteil israelischer Gesellschaftsentwicklung und Innenpolitik wurde. Eine Vielzahl jüdischer und arabischer NGOs sorgt heute dafür, dass Diskussionen über Bürger- und Menschenrechte, über Verfassungsgrundsätze und Rechtsstaatlichkeit oder über die Transparenz politischer Entscheidungen und öffentliche Kontrolle Bestandteil der politischen Kultur sind. Ihr Engagement sei unbedingt in das hierzulande mitunter recht negativ geprägte Israelbild eingefügt. Das Israel von heute ist nicht reduzierbar auf den Nahostkonflikt und die israelische Politik in den palästinensischen Territorien. Es wird auch bestimmt durch Zerklüftungen in der Gesellschaft und die – daraus erwachsenen – vehementen Auseinandersetzungen über den weiteren Weg des Landes.

Zu einem Zeitpunkt, da sich in Israel – wie in anderen entwickelten Industriestaaten – eine tiefe »Politikverdrossenheit«, bzw. die »Entfremdung« zwischen Bürger und Staat abzeichnen, kommt der Bürgergesellschaft besondere Bedeutung zu. Künftige politische und soziale Weichenstellungen werden nicht zuletzt durch die Stärke bzw. Schwäche der Zivilgesellschaft beeinflusst werden. Das bezieht sich auf innergesellschaftliche Fragen genauso wie auf das israelisch-palästinensische Verhältnis. In diesem Sinne stellen die aktive Gestaltung, bzw. die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft durchaus einen Lackmusestest für die israelische Demokratie dar.

Zivilgesellschaftler aus Gaza fordern den internationalen Dialog mit der Hamas

Zur Lage in Gaza, Juni 2009

Der Tunnel ist etwa 1,5 Kilometer lang, hat über zwei Meter Durchmesser und ist mit 27 Metern einer der tiefsten in Rafah, der südlichsten Stadt im Gazastreifen an der Grenze zu Ägypten. Er ist vollständig mit Holz verkleidet und mit Seilwinde, Licht und Gegensprechanlage ausgestattet. Eine dicke schwarze Leitung kommt aus der Tiefe. »Die ist für Benzin«, so der Tunnelbetreiber. »Wir importieren alles, Möbel, Kühlschränke, Kühe und Schafe, sogar Autos. Die müssen wir allerdings zerlegen.« Neben an Spanplatten und Besenstiele verladen. Ein leerer Tanklastwagen kommt an. Lebensmittel ägyptischer Herkunft sind in den Supermärkten Gazas zu finden.

Die Lage der Tunnel ist kein Geheimnis. Direkt an der ägyptischen Grenze ist eine Stadt aus Zelten und Verschlägen, in jedem ein oder zwei Tunnel. Alle 200 Meter ist ein Bombenkrater: »Hier haben sie Waffen geschmuggelt«, so ein Arbeiter nebenan. Die Röhren sind hinter- und übereinander. Etwa 1 500 gibt es, schätzen die Arbeiter, über 30 000 Menschen finden hier Beschäftigung. Sie verdienen bis zu 100 Dollar am Tag, je nach Gefährlichkeit ihrer Aufgabe: Zwei bis drei sterben täglich. Aber im heutigen Gazastreifen, unter vollständiger Blockade und bei hoher Arbeitslosigkeit, ist dieser Job sehr begehrt. Und notwendig. »Die Tunnel halten uns am Leben«, sagen die Menschen in Gaza-Stadt, im Norden des kleinen Gebiets.

Im Juni 2007 übernahm die *Hamas* in einem blutigen Konflikt alle Schlüsselpositionen vor Ort. Sie hatte im Januar 2006 die Parlamentswahlen gewonnen. Bereits kurz nach der Regierungsbildung Ende März 2006 beschlossen Israel, die EU und die USA jedoch die Isolierung der *Hamas*, obwohl sie zuvor auf deren Beteiligung an den Wahlen drängten. Und im Juni des Folgejahres wurde über das sowieso bereits vollständig abgeriegelte Gebiet zusätzlich noch eine Wirtschaftsblockade verhängt. Seither leben die 1,5 Millionen Bewohner kollektiv mit Stromausfällen, ungenügender medizinischer Versorgung und von den Wohlfahrtsleistungen des Auslands. Die Armutsrate steigt, die Wirtschaft ist am Boden, Mangelernährung auf dem Vormarsch. Die von Israel eingelassenen Lebensmittellieferungen reichen vorne und hinten nicht, resümiert das *Rote Kreuz*.¹ Die

1 Für eine Übersicht zur humanitären Lage im Gazastreifen, siehe: »Gaza – 1.5 million people trapped in despair«, International Committee of the Red Cross, 29. Juni 2009, www.icrc.org/web/eng/siteeng0.nsf/htmlall/palestine-report-260609.

Palästinenser im Gazastreifen würden »eher wie Tiere, denn als Menschen behandelt«, so der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter.²

Etwa 20 000 meist private Gebäude wurden Anfang 2009 im letzten Großangriff Israels auf den Gazastreifen zerstört oder beschädigt. Trotz der vollmundigen Versprechungen – auch der Bundesrepublik Deutschland und der EU – Finanzmittel zum Wiederaufbau bereitzustellen, ist die Tunnelstadt von Rafah das einzige Gebiet, auf dem umfassend gebaut und gegraben wird. »Die israelischen Restriktionen verbieten den Import von Glas, Baustahl und Zement«, so Omar Shaban, Chef der Organisation *PalThink*³. »Aber anstatt Druck auf Israel auszuüben, verwenden die Geber die für den Wiederaufbau vorgesehenen Mittel jetzt für Wohlfahrtsprojekte wie Lebensmittelpakete und Decken.« Seiner Ansicht nach wurde Gaza von der internationalen Gemeinschaft aufgegeben. Man versuche lediglich, die Menschen nicht verhungern zu lassen.

Die großen Geberorganisationen rühmen sich ihrer Hilfsleistungen für die Menschen in Gaza. Allerdings tragen ihre Herkunftsländer die israelische Abriegelung auch mit. »Wenn jemand einen Menschen krankenhaushausreif schlägt«, so ein NGO-Mitarbeiter, »dann kann er keine Dankbarkeit für die Finanzierung des Tropfs erwarten.«

Nach Ansicht Shabans ist ein Wiederaufbau Gazas ohne den Einbezug der *Hamas* unmöglich. »Sie kontrollieren alles«, wundert er sich über die ausländische Ignoranz, »sie sind schließlich die Regierung hier«. Er vermittelt zusammen mit anderen Vertretern der Zivilgesellschaft zwischen der *Hamas* und der *Fatah*-Bewegung von Präsident Mahmud Abbas. Sie schlagen vor, als Ansprechpartner für die internationale Gemeinschaft zu fungieren. »Die *Hamas* könnte so die Kontrolle behalten, aber dann würde wenigstens wieder aufgebaut werden.« Die *Hamas* ging bisher nicht auf den Vorschlag ein. »Durch die Belagerung gibt man ihnen, was sie kennen«, so Shaban weiter. »Unterdrückt zu werden ist für sie vertrautes Territorium. Man verhindert so nur, dass sie mal anderen Einflüssen ausgesetzt werden.« Er denkt, dass man mit der *Hamas* reden muss, will man sie verändern. »Ohne Anreiz wird sie das nicht tun.«

Die Hamas wird bleiben

So igelt sich die Gaza-Regierung ein. Vormalig aktive moderate *Hamas*-Vertreter wie Ahmad Yusef und Ghazi Hamad, die vor zwei Jahren noch offensiv in Richtung Anerkennung Israels vorführten – einer Vorbedingung der internationalen Gemeinschaft zur Gesprächsaufnahme mit der *Hamas* –, sitzen heute auf der Reservebank. Shaban widerspricht der Annahme von EU und USA, durch den

2 »Carter says Gaza Palestinians treated like animals«, Reuters, 16. Juni 2009, www.reuters.com/article/topNews/idUSTRE55F4EI20090616.

3 Vgl. Webseite von PalThink: www.palthink.org.

Boykott des Gazastreifens eine Abwendung der Bevölkerung von der *Hamas* und eine Stärkung der *Fatah* zu erreichen. »Die Popularität der Hamas nimmt zwar ab, die der *Fatah* aber nicht zu.« Letztere habe sich seit dem Wahlverlust 2006 nicht geändert. »Es sind immer noch dieselben Leute und dasselbe System.«

Sowieso existiert die *Fatah* nur noch im Westjordanland. »Wir sind hier tot«, so ein Angehöriger der Bewegung in Gaza, der ungenannt bleiben will. »Aktivitäten sind uns verboten. Viele unserer Kader sind geflohen. Und wir machen schlechte Politik. Man zeigt auf die Fehler der anderen und macht aber selbst nichts besser.« Auch er meint, dass das Ausland mit der *Hamas* Gespräche führen muss. »Sie werden nicht einfach verschwinden. Sie sind eine politische Kraft, die bleiben wird.«

70 000 ehemalige Regierungsbeamte im Gazastreifen erhalten weiterhin ihr Gehalt, zum Großteil von der *Europäischen Union*, europäische Steuergelder also. Sie wurden noch von der *Fatah*-Regierung eingestellt und erhalten seit zwei Jahren ihre Bezüge nur unter der Bedingung, dass sie nicht zur Arbeit erscheinen. Abgesehen vom Ausmaß sozialer Ungerechtigkeit, die so eine Politik hervorruft, kann man sich den Engpass der *Hamas*-Regierung kaum vorstellen. Kaum Ärzte, wenige Lehrer, die Verwaltung bricht zusammen. Die neuen Machthaber stellten also 12 000 eigene Leute ein. Faktisch gibt es somit zwei getrennte Regierungen, zwei Systeme. Und die Spaltung zwischen *Hamas* und *Fatah* und damit zwischen Gazastreifen und Westjordanland ist sehr tief. Gespräche zwischen beiden führten bislang nicht zu einer Annäherung. »Wiedergutmachung heißt nicht nur, Hände zu schütteln«, erklärt Omar Shaban von *PalThink*. Es geht vielmehr um die Entwicklung von Mechanismen, um die Auswirkungen der Kämpfe und der Machtübernahme – Morde, Verhaftungen, Zerstörungen – anzugehen. »Viele Menschen haben gelitten und tun das immer noch.«

Shaban ist mit seinem Aufruf zum internationalen Dialog mit der *Hamas* nicht allein. »Sie sind politisch und kulturell isoliert«, sagt Dr. Eyad Sarraj, Direktor des *Gaza Community Mental Health Programme*⁴ und eine der prominenten säkularen Figuren in Gaza. »Sie könnten von der Welt lernen, und die Welt könnte etwas über unsere Kultur und Politik erfahren. Das ist die Grundbedingung zum Verständnis unserer Lage, nur so lässt sich ein Ausweg finden.«

Am 16. Juni 2009 besuchte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter den Gazastreifen und führte Gespräche mit der *Hamas*-Regierung. Danach traf er sich mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Sarraj war einer von ihnen. Er begrüßt Carters Gespräch mit der *Hamas*, es müssten nun allerdings offizielle staatliche Vertreter folgen. »Die Hamas will handfeste Zusagen«, meint Sarraj. »Sie haben das Raketenfeuer auf Israel gestoppt. Leute, die das noch tun, werden von der Hamas jetzt als Verräter betrachtet und dementsprechend verfolgt. Dafür haben sie allerdings keine Gegenleistung erhalten«, sagt Sarraj. Die verhärteten Fronten zwi-

4 Vgl. Webseite Gaza Community Mental Health Programme: www.gcmhp.net.

schen der *Hamas* auf der einen Seite und Israel, der *Fatah*, EU und USA auf der anderen versprechen nichts Gutes, so Sarraj weiter. Sein Horrorszenario ist ein erneuter Angriff auf Gaza zur Eliminierung der *Hamas*, gemeinsam von Israel und den seit zwei Jahren vom US-amerikanischen Militär trainierten *Fatah*-Einheiten. »Das wäre allerdings ein Schlachten. Im letzten Angriff hat die Hamas kaum Widerstand geleistet und es starben trotzdem über 1 300 Menschen. Ich will mir also gar nicht vorstellen müssen, was die Angreifer machen, wenn sich die Hamas mit voller Kraft verteidigt.«⁵

Könnte die *Hamas* mit militärischen Mitteln besiegt werden? »Die Hamas wäre ohne ihre oberen und mittleren Führungsstrukturen erledigt«, meint Sarraj. »Das ist wie mit der *Fatah* hier. Die Unterstützer gibt es natürlich noch, aber als politische Kraft existiert sie nicht mehr.« Allerdings würde ein solcher Angriff mit *Fatah*-Beteiligung sicherlich nicht zu deren Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung führen. »Die Hamas in den politischen Prozess mit einzubeziehen«, sagt Sarraj, »ist deshalb der einzige vernünftige und nachhaltige Weg, die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Die Hamas ist verlässlich, ich vertraue ihnen. Wenn sie mir etwas sagen, dann halten sie sich auch daran.«

Behinderung von NGOs

Und die Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen haben oft Anlass, bei der *Hamas*-Führung vorstellig zu werden. »Die Behörden gehen zeitweise stark gegen die Zivilgesellschaft vor«, erklärt Amjad Shawa von PNGO, dem *Palästinensischen Netzwerk für Nichtregierungsorganisationen*. Vor einem Jahr wurden 180 NGOs, hauptsächlich die der *Fatah*, geschlossen. Und NGO-Vorstandsmitglieder mussten sich einer Sicherheitsprüfung unterziehen. »Wir haben den Innenminister gefragt, warum die *Hamas* jetzt Maßnahmen einführe, die sie unter der *Fatah*-Regierung mit uns zusammen noch bekämpfte. Er hat das eingesehen und die Sicherheitsprüfung wurde wieder aufgehoben.«

Auf der Mängelliste findet sich aber noch anderes. An vorderster Stelle die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Hier gibt es allerdings kaum einen Unterschied zur Regierung im Westjordanland. NGO-Angehörige und Universitätsdozenten berichten auf beiden Seiten von erhöhten Aktivitäten der jeweiligen Geheimdienste. Nicht mit der *Fatah* verbundene Organisationen scheinen jedoch im Gazastreifen immer noch relativ frei arbeiten zu können. PCHR in Gaza veröffentlicht regelmäßig Berichte über Menschenrechtsverletzungen der *Hamas*.⁶

5 Das Palestinian Centre for Human Rights in Gaza hat 1 415 Menschen gezählt, die während des israelischen Angriffs von 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009 getötet wurden, www.pchrgaza.org/files/PressR/English/2008/list.pdf.

6 Vgl. Webseite Palestinian Centre for Human Rights in Gaza: www.pchrgaza.org.

Verschärfung sozialer Regeln

Mitte Juni 2009 berichten viele Menschen in Gaza, dass das Bildungsministerium islamischen Kleiderzwang für Universitätsstudentinnen angeordnet habe. Der Druck sei groß. »Wir haben aber im Ministerium nachgefragt«, berichtet Amjad Shawa, »dort war von einer solchen Anordnung nichts bekannt.« Trotz allem, diese Geschichte drückt doch eine grundlegende Angst vor Verschärfung der Verhaltensregeln aus. Allerdings ist der Gazastreifen schon lange ultrakonservativ. Bereits Anfang der 1990er Jahre, als die linke PFLP nach der *Fatah* noch zweitstärkste Kraft in Gaza war, war es fast unmöglich, Frauen ohne Kopftuch im Straßenbild zu entdecken. Alkoholkonsum wurde bereits von der *Fatah* verboten. Schon sie ahndete Morde aus »Ehrengründen« nicht mit der vollen Anwendung bestehender Gesetze.

Doch wo unter der *Fatah*-Regierung noch selbsternannte Gesetzeswächter – ob als Individuen oder Organisationen – ihre Auslegung der Sitten und Gebräuche mit Gewalt durchsetzten, findet das unter der *Hamas* nun institutionalisiert statt. »Ungebührliches Verhalten« in der Öffentlichkeit, wie Küssen und die Verfluchung Gottes, ist jetzt unter Strafe gestellt. Bewohner berichten von einer »Tugendpolizei« der *Hamas*.⁷

Aber auch heute sind die Hotelrestaurants an der Strandstraße abends noch voll besetzt, Männer und Frauen gemischt, letztere mit oder ohne Kopftuch. Das ist die relativ liberale Oberschicht von Gaza, die es noch gibt und die sich hier unbehelligt trifft. Die Hotels werden von der *Hamas*-Regierung geschützt.

Chancen für die Linke?

So wie die Bewohner des Westjordanlands über die *Fatah* schimpfen, tun das die im Gazastreifen über die *Hamas*. Eigentlich wäre das eine gute Chance für die palästinensische Linke, sich als dritte Kraft zu profilieren. Nach Ansicht von Dr. Rabah Muhanna, PFLP-Politbüromitglied aus Gaza, klappt das auch. Am 13. Juni 2009 habe man 25 000 Menschen auf die Straße bekommen, um für *Fatah-Hamas*-Aussöhnung zu demonstrieren. Die Zahl stimme zwar, sagen andere, das liege allerdings nicht am Rückhalt für die palästinensische Linke, sondern am richtigen Thema. Denn insgesamt verstehe es die Linke nicht, sich ein geeignetes Profil zu geben. Man verharre in alten Strukturen und habe keine neuen Ideen. Das muss im Gazastreifen nicht wundern. Die Abriegelung ist total. Andere Einflüsse müssen draußen bleiben. Aus Angst bleiben seit zwei Jahren sogar die Internetcafés geschlossen, nachdem ein paar davon durch Granatenan-

7 »A Year Reshapes Hamas and Gaza«, in: New York Times vom 15. Juni 2008, www.nytimes.com/2008/06/15/world/middleeast/15gaza.html?_r=1.

griffe oder Brandanschläge zerstört wurden. Die *Hamas* machte dafür eine extremistische »Armee des Islam« verantwortlich. Ob das stimmt, weiß man nicht.

Nach Ansicht Dr. Muhannas wird durch die Abriegelung des Gazastreifens nicht nur die Einführung von Lebensmitteln, Baustoffen und Medizin behindert. »Auch das Gehirn ist von der Blockade betroffen. Die Menschen sind damit beschäftigt, irgendwie ausreichend Lebensmittel für ihre Familien zu besorgen. Sie haben keine Zeit zur Entwicklung neuer politischer Strategien.« Wie allen anderen, so fehle auch der Linken der Kontakt zur Außenwelt, stimulierende Literatur und Diskussionen, andere Kultureinflüsse. »Und es mangelt uns an Geld. Alle unterstützen entweder die korrupte *Fatah* oder die rückwärts gerichtete *Hamas*«. Er beklagt, dass beide die Palästinenser zu Bettlern gemacht hätten, zu Empfängern von Lebensmittelmarken, gesponsert von ausländischen Organisationen. Palästinensische und israelische Menschenrechtler fordern vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die internationale »Komplizenschaft« bei der Verletzung internationalen Rechts durch Israel zu beenden. Viele der von EU und USA finanzierten Bauten und Projekte im Gazastreifen seien durch den letzten israelischen Angriff zerstört worden, ohne dass Israel dafür zur Rechenschaft gezogen worden wäre. »Der Staat Israel muss die Verantwortung für seine Taten annehmen und alle seine rechtlichen Verpflichtungen erfüllen.«⁸ Die internationale Gemeinschaft müsse israelische Sicherheitsgarantien für die in Palästina finanzierten Projekte einfordern.

Aber trotz ihrer Kritik an der »Kultur der Lebensmittelpcoupons« will die Linke zumeist auch nur Geld, um Dienstleistungen für ihre Klientel zu erbringen. Das ist verständlich. Es heißt, die *Hamas* finanziere dieses Jahr Sommerlager für Kinder im Werte von 4,5 Millionen US-Dollar. Und die Strände sind voll mit den Zelten dieser Lager. Die Kinder machen Mannschaftssport, nach Geschlechtern getrennt, unter den wehenden grünen Fahnen der *Hamas*. Mit diesem Aufwand kann niemand mithalten. Aber auch wenn: Durch Sommerlager der linken Parteien allein würden Gaza-Blockade und *Hamas* sicherlich nicht fallen. Die Isolation ist übermächtig. Selbst in demokratisch-säkularen Parteien oder NGOs sind keine Ideen zur Überwindung der Isolierung aus eigener Kraft zu finden. Wie auch? Vormalig Aktive strahlen heute Hoffnungslosigkeit aus.

Um das Gebiet wiederzubeleben, zerstörte Gebäude und Infrastruktur wieder aufzubauen und den 1,5 Millionen Menschen nachhaltig zu helfen, müssen die Grenzübergänge in den Gazastreifen geöffnet und die Kollektivstrafe gegen seine Bewohner beendet werden. Das ist, so sagen selbst die ideologischen Gegner des politischen Islamismus in Gaza, offenbar nur über einen Dialog mit der *Hamas* zu erreichen.

8 »Palestinian and Israeli Human Rights Organisations call for End to International Donor Complicity in Israeli Violations of International Law«, Palestinian Centre for Human Rights, 4. Mai 2009, www.pchrgaza.org/files/PressR/English/2008/06-05-2009_2.html.

Einat Podjarny, Fadi Shbita

The Politics of Separation versus Bi-National Approach. A non-zionist activists perspective on today's politics

Over the recent years of supposed ›peace negotiations‹, we have witnessed a continuous escalation of the Israeli-Palestinian conflict. Israeli re-occupation of the Palestinian Territories; massive growth in the number of settlers throughout the West Bank; Israeli atrocities, and siege of the Gaza strip have all contributed to this deterioration. The horizon of an end to the conflict seems to be getting further with every passing month. Public discourse, based on local and global media, focuses on violent attacks by both sides, ignoring the inequality between them. In these circumstances, Israel is free to use its de-facto control and overwhelming power advantage to dictate, when – and if – negotiations will take place and what would their scope be. International critics and the media focus on suggested ›formulas‹ to the conflict. Yet those remain superficial when attempting to present a ›pragmatic‹ solution to end the Israeli Occupation or improve social conditions under it.

But in truth, a sustainable longer-term solution to this conflict must challenge the core assumptions of Zionist politics that underscore it. In this short analysis we will try to present what we believe to be the problematic core of Zionism – the separation between Arabs and Jews, through the definition of Israel as a Jewish state. We will advocate what we envision as the base for any future sustainable solution – the principal of bi-national partnership. As activists who have been struggling together for the past ten years in Arab-Jewish movements, we can illustrate our arguments through concrete examples. We will focus on two developments: The separation project in the occupied territories, and the threat of transfer for the Palestinian community in Jaffa, within Israel.

Between the Jewish majority and the Palestinian minority within Israel

The alternative we envision for the future is directly affected by our perception of the past. To understand the current situation correctly, we must begin with the pivotal development of the 1948 war. The founding of the state of Israel in 1948 caused a historical injustice against the Palestinian residents of the territory assigned to this state. Ever since, Israeli policies and practices sustained and exacerbated this injustice. The vast majority of the Palestinian residents of the new state became refugees, exiled from their homeland. A much smaller group remained as

an oppressed and discriminated national minority within the Jewish state. During the 1967 war, Israel occupied additional territories, and installed military rule over millions of Palestinians in the West Bank, East Jerusalem and the Gaza strip. Under occupation, various Israeli state agencies continuously work to transfer Palestinian land and resources in the occupied territories to private or institutional Jewish hands. Many dozens of Jewish settlements, infrastructure developed to serve them, and the separation barriers all contribute to this process. Millions of Palestinians have been dispossessed and forced into refugee status.

The events of '48 cannot be considered outside their historical context, as the zenith in a lasting tension between Zionist immigrants and native Palestinians. The colonialist perspective of the Zionist movement and its presentation of the colonization of Palestine as »a land with no people to a people with no land«, provided the basis for the conflict which increased towards '48. These colonialist attitudes of not taking into account or ignoring the local population can perhaps be better understood in the context of the colonialist reality and way of life that prevailed at the time.

Debates still rage regarding many aspects of the 1948 war, including its causes and the processes which preceded it. It remains undisputed, though, that Israeli forces prevented refugees and internally displaced people from returning to their land at the end of the war. At no point did the government of Israel offer any compensation to them for the loss of their property. The goal that guided these Israeli policies was the same one that the Zionist movement held to throughout its campaign for a Jewish state, namely replacing the Palestinians and not living in co-existence with them. One may identify with the determination of the early Zionists to confront racist tendencies against Jews in Europe, and understand their quest for a nation-state as a solution, at a period when nation-states were emerging throughout the world. At the same time, it is evident that they chose to pursue this quest at the expense of Palestinians. Thus it was an attempt to fight back injustice by inflicting injustice on others.

Many mechanisms of discrimination, segregation and alienation of Palestinians in the Israeli state are based on the act of land expropriation in and after 1948. After the war, Palestinians who have remained within the borders of the new state of Israel, were put under military rule, which ended fully only nineteen years later, when they were granted Israeli citizenship. Yet even as citizens, they remain a deprived national minority in all fields of society: economy, social infrastructure, health & educational systems, culture and language, development and planning, etc. Since 1948, no new Palestinian towns were built for the growing population (*with one exception in the south of Israel- a city that was built in order to prevent Palestinian nomads, Bedouins, from utilizing their lands). Israeli planning authorities have not approved master development plans for Palestinian towns, resulting today in widespread »illegal construction«, and creating socio-political problems such as house demolitions, evictions and negative immigration. To this

day, the law excludes Palestinians from buying lands owned by the state. Since July 2003, an addition to The Citizenship and Entry into Israel Law (Temporary Order 5 763) was added, prohibiting Palestinians citizens of Israel who marry Palestinians residents of the occupied territories from living with their partner in Israel. These radical discriminatory mechanisms illustrate the Zionist vision of ethnic separation, and its colonialist cultural characteristics. Palestinians in Israel are considered a »demographic threat« to the Jewish hegemony, not only because of their affinity with the »enemy« in the occupied territories, but rather because of the hostility of the Jewish state towards their national identity, their religion and their culture.

One important phenomenon illustrating this claim is the current campaign to Judaize the »mixed cities« In Israel. These cities are in fact major Palestinian cities which became »mixed«, that is having both Palestinian and Jewish residents, after the 1948 war. This is a rare situation in the context of widespread geographic separation practiced throughout the rest of Israel. In all these cities the Palestinian residents have since 1948 been subjected to neglect and discrimination. Recently they have also been the victims of attempted silent transfer. To demonstrate our serious allegations, we will henceforth describe this process as it evolves in the city of Jaffa, where we have both been involved as activists.

Jaffa, a thriving Palestinian town prior to 1948 with a population of 120 000, known as »the bride of the sea«, was almost entirely depleted after the war. The remaining 3 900 residents were pushed into one of the city's neighborhoods. Over the years, the neighborhood has suffered continuous discrimination and neglect. Until 1987 municipal authorities had not prepared any public planning for the neighborhood and it was slated for evacuation and demolition. Its Palestinian residents were defined as »public housing tenants«. As such, they were not entitled to initiate planning procedures to address the needs for renovation and additional housing for the growing population. Since the 1990s, expanding market forces covet the neighborhood. It features the spacious prewar houses of the old established Palestinian bourgeoisie, right off the beach and minutes from booming Tel Aviv. The rising real estate prices turned the Palestinian residents of the neighborhood into an obstacle in the way of »development«. Decades of discrimination and neglect have bred poverty, crime and high unemployment among them. Under these conditions the authorities initiated a process which we have called »the silent transfer«. It is a de-facto deportation carried out under »legal« auspices, thus eluding the public uproar that an openly declared deportation would have given rise to.

Two complementary practices operate simultaneously to affect the transfer process: pushing out the Palestinian residents and settlement of ideological Zionist groups within the neighborhood. Municipal authorities have begun in recent years to »regulate« the many cases of »illegal construction« in the neighborhood. For decades no renovation, addition or new construction permits were granted to re-

sidents. Whatever has been constructed, has now been declared illegal and the owners received demolition or eviction orders. Countless other mechanisms are put into work in order to push the Palestinian residents out. At this point, legal procedures are being pursued against 500 Palestinian families in Jaffa with the aim of driving them out of their homes. The existence of the entire community is directly jeopardized by the skyrocketing real estate prices and the lack of housing options for the younger generation. At the same time, groups of ideologically motivated national-religious Zionists have appeared in the city, declaring openly that their goal is to Judaize it (or »to prevent the spread of the Arabs«). Many members of these groups come from the occupied territories (especially from the settlements evacuated from the Gaza strip in 2006). They call themselves ›settlers‹ and state that they come to »settle in the hearts« of the Jewish residents and help in preventing the expansion of Arab populations and the mixing of Jews with non-Jews.

Similar processes can be observed in other ›mixed cities‹ in Israel. The combination of neo-liberal market forces (producing supposed ›natural‹ gentrification processes) and ideologically motivated groups, both sharing the Zionist utopic vision of an entirely Judaized ›white‹ city, works to create separation by defining Palestinians as an economic, cultural and national obstacle in the way of ›progress‹.

This is the background for the establishment of ›The Jaffa Popular Committee,‹ of which we are members, promoting the united struggle of the Palestinian residents of Jaffa. The committee is composed of various political forces active in the city and includes both Jews and Palestinians. We aim to cultivate awareness of the collective threats described above among the Palestinian residents of Jaffa and attract more public attention to them in the Israeli society as a whole. The majority of threatened residents in Jaffa face eviction orders and court procedures as individuals or families. Our goal is to expose the collective dimension of these individual cases and to promote collective organization of the community to resist it. Simultaneously, we raise public awareness of the deportation process, which is otherwise presented to the Israeli public as ›natural.‹ We have published reports exposing the scope of the process, organized demonstrations, events and public conferences. The committee also presents alternative solutions ensuring the present and future housing needs of the threatened Palestinian community of Jaffa.

The Separation Project in the Occupied Territories

A further support of our claims that the Zionist project is premised on ethnic separation comes from an examination of the Israeli Occupation. In the war of 1967 Israel has occupied the Palestinian territory of the West Bank and East-Jerusalem

from the Kingdom of Jordan, and the Gaza Strip previously under Egyptian rule. These territories contain the majority of Palestinians, comprised of the pre-1948 residents of these areas and many refugees from the parts of Palestine which became the state of Israel, who joined them during the 1948 war. Israel has never officially annexed these territories. Instead, it imposes military rule over them, lasting more than four decades. Israel chooses not to annex these territories (as it did with the sparsely settled Syrian territory of the Golan Heights) mainly because of the fear that granting citizenship to millions of Palestinians living in these territories would entail giving up the Jewish majority and hegemony in the state.

Ever since the Occupation began, Israeli settlements, although illegal according to Israeli law, were established throughout the territories gaining growing support in government circles. During the mid and late 90's, the Israeli government negotiated with the PLO and made an agreement based on the ›two states solution‹ (the Oslo accord). Ironically, it was the same government which at the same time assisted a threefold growth in the number of Jewish settlers in the occupied territories. Today approximately 380 000 Israeli Jews live in settlements spread throughout the occupied territories (including East Jerusalem). Shortly after the second Intifada broke out (end of 2000), Israel started building in the West Bank the ›Separation Wall‹. This name, given by the Israeli government, can easily be misleading; the Separation Wall is in fact a code name for a wide system of physical barriers: concrete walls, barbed wires and fences, security zones, separate roads for Palestinians and Israelis, checkpoints, roadblocks and so on.

Israeli authorities claim that this separation project is essential for its security and defense. In fact, under the pretence of security, Israel has been promoting a two pronged policy aimed at perpetuating Israeli control and Palestinian dependency in the occupied territories. One aspect of this policy is declarative and symbolic. It aims to convey the impression of a clear separation. Painted by the Israeli government almost as an inter-state border, this project is used in order to foster the illusion of a unilateral step for ending the conflict after the failure of the negotiations. Behind this propaganda view of the ›separation wall‹, lies a much more menacing reality. As an inseparable part of the project, various separation barriers are being constructed throughout the West Bank and used to confiscate (and later-on annex) Palestinian lands – either for the expansion of Israeli settlements or their security zones and special restricted roads. The barriers split the West Bank into 3 main cantons, undermining Palestinian geographical continuity. Moreover, the barriers within the Cantons create small Palestinian enclaves, connected by special gates under Israeli control. Approximately 500 000 Palestinians have been ›left‹ on the west side of the barriers, that is the Israeli side. They are forced to obtain a special permit in order to live in their own homes and to cross daily into the ›Palestinian side‹ of the barrier, for school, work, family visits, medical treatment, and so on. Crucial natural resources such as water remain under Israeli control.

These developments are important especially in the contexts of discussing possible solutions for the Israeli-Palestinian conflict. The separation project is in fact undermining the two state alternative; it excludes any consideration of a viable and independent Palestinian State. Declarations such as Obama's call for freezing the settlements' growth cannot mark a real change in policy as long as the barriers continue to be built and function. Promoting the two states solution without denouncing the separation project and demanding the withdrawal of all settlers back to the '48 borders, is nothing but empty declarations.

At the forefront of the struggle against the separation project stand popular committees established in many villages along the pre-1967 border. These villages have been most acutely affected by this project. Large parts of their lands are being confiscated for the benefit of adjacent Jewish settlements, for the construction of various barriers and roads for Jews only. Additional lands in these villages have been redefined as >security zones< and the owners are prevented from accessing them. The popular committees are typically composed of representatives of all the political parties in the village and form a local leadership mobilizing the entire population for the struggle. Their struggle bares a distinct non-violent popular character. Their daily or weekly demonstrations illustrate their attachment to the confiscated land. They try to reach their plots, hold rallies on the confiscated lands, cultivate and harvest them, halt the work being done on them and more than anything, sound their protest in the hope to save as much as they can from the land they depend on for their economy.

From its earliest days, Israeli and international groups have supported and joined this struggle. We are members of the Israeli groups >Taayush< and >Anarchists against Walls<. Our participation signifies our support of the struggle. At the same time, it is also a subversive act against the principle of separation between Israelis and Palestinians. It is a physical demonstration of the existing alternative through joint action against the occupation. The popular struggle had already taken a heavy toll on participants – 22 have paid with their lives and hundreds have been wounded. Israel reacts to peaceful demonstration with military repression. Israeli armed forces inflict increasingly brutal violence on demonstrators – early on it was tear gas, different kinds of non-lethal grenades have been added and then plastic coated bullets. Lately live ammunition has been used more frequently against demonstrators. The most recent development has been the combination of nightly raids on villages to arrest committee activists, mass arrests of demonstrators, dragging them through military courts as a scare tactic, and adding checkpoints and many daily obstacles to pressure the rebellious villages.

Nevertheless, villages such as Budrus, Bil'in, Jayus and others have succeeded in recent years in drawing Israeli, Palestinian and even international attention to their plight and their struggle. They provide a model of unified popular struggle that is not violent but quite affective – in a few cases such village struggles have succeeded in changing the course of the separation barrier and getting a portion of

their confiscated lands back. In these terms their success remains very modest, but they have clearly demonstrated the potential to expose the Israeli separation project for what it really is – a large scale violent dispossession of Palestinians for the benefit of Israeli interests.

Bi-National Partnership as a base for any future solution

The Separation project as an instrument of ongoing colonization, and the discrimination and persecution of the Palestinian citizens of Israel, are a consequence of what we perceive as the destructive core premise of the Zionist Ideology today— the perception of Israelis and Palestinians, Jews and Arabs, as intrinsic enemies. The Zionist vision relies on the separation between Arabs and Jews. As long as Israel defines itself as a Jewish state it will pursue some sort of exclusion of and separation from the native Palestinians living in it and would not become their home state. It cannot maintain a democratic government if it wishes to control the Palestinian growth, and deny the Palestinian refugees' right of return. This separation vision lays and corresponds to the combination of western neoliberal forces and ethno-nationalistic Ideology.

As long as we continue to ignore and disregard the structural injustices shaping the lives of Palestinians in Israel, the cycle of violence will continue. We believe strongly that it is not only imperative but possible to promote an alternative which prioritizes justice over national isolation and segregation and rises above narrowly defined ›national interests‹. It is deeply disconcerting to see that even the Geneva Initiative, perceiving its goal as the promotion of a peace agreement, has adopted the slogan »It is good for the Jews« in its last campaign. The Political discourse in Israel revolves around the immediately visible, pragmatic, almost graphic aspects of existing resolution suggestions for the current conflict. Most Israelis and foreign observers avoid dealing with the quagmires of long term outcomes and implications and underlying principles.

We believe that any viable long term compromise must rely on a recognition of the historical injustice done to the Palestinian people by declaring the Israeli state at their expense. Such recognition would result in Israel assuming responsibility for this injustice and promoting a solution for the benefit of both peoples. The main question should be therefore – how can we establish a joint state/society for both people's good? Instead of the leading question in today's mainstream – how to separate two populations living in such entangled geographical proximity? In other words, can Zionists replace the strategy of separation with a strategy of co-operation? We will argue that the first step towards lasting peace and reconciliation must be a recognition of both parties' rights and needs as equals, and recognition of the responsibility over the past injustice. Only then would a pragmatic compromise become possible.

This is maybe the main question distinguishing the Zionist from Non-Zionist approach to the solution of the conflict. The ›Zionist Left‹ – that is the Zionist moderate forces – are defined in Israel according to their pragmatic resolution proposals: ›Two state solution‹, the evacuation of most settlements from the West-Bank and even the recognition of East Jerusalem as a Palestinian Capital. In their overall goal, then, the Zionist-Left do not depart from the traditional Zionist agenda. They perceive these proposals as necessary steps in order to maintain the Jewish majority and hegemony in Israel, which, they maintain, must remain a Jewish state. The Non-Zionist left challenges exactly this paradigm, claiming that a demographic-geographic separation approach will not lead to a political-social change. Many Non-Zionist left activists adopt solution programs based on a bi-national vision, viewing Israeli Jews and Palestinians as equals. Maybe the easiest way to differentiate Zionist from Non-Zionist left is the question of the Palestinian refugee's right of return. The Zionist left will consider the right of return as a ›red line‹, since it threatens the Jewish majority, and hence the ›Jewish character of the state‹. The Non-Zionist left places the responsibility for solving the refugee question squarely on Israel's shoulders and perceives granting the right of return to those wishing it a base for future reconciliation. Pragmatic solutions always depend on current context and possibilities, but behind any resolution or demand there should be a clear, coherent political stand, and it needs to start from recognizing responsibility by the colonizing side.

What is needed today is a stubborn bi-national struggle that seeks to find a solution for the benefit of Jews and Palestinians alike, a struggle challenging the notion that the control and the dispossession of Palestinians is essential for Israel's security. It is a struggle in which Palestinian and Jewish activists must stand united and promote a common vision. It must be a struggle that recognizes the historical injustices and the need to take responsibility for them. It is a struggle that acknowledges that two peoples have a right to this land and there is a need for them to administrate it together.

In this short essay we tried to introduce both our analysis of the current situation and our vision of a common society. We presented two phenomena illustrating the existing conditions of the conflict and the underlying assumptions guiding Israel's conduct in these conditions. We showed that processes inside Israel and in the occupied territories, which seem on the surface to be separate, in fact share motivations and goals and are parts of the same campaign – to segregate Jews from Palestinians through excluding Palestinians from ever growing parts of their historic homeland. One should bare these examples and their meaning in mind and when trying to understand and interpret developments and reports; and when discussing possible solutions for all residents of the conflict area.

In the last year we have witnessed a radical escalation of the conflict: the Israeli brutal attack on the Gaza Strip, supported by the majority of the Israeli public;

The following racist election campaign, which targeted Palestinian citizens of Israel and the establishment of a wide right wing government; Ongoing racist declarations of high political figures against Palestinians in Israel and the increase in violent attacks of Palestinians; All adding to the ongoing siege on Gaza strip and the building of the segregation project. Sadly enough, to date the international community failed to react constructively to these developments. We take this opportunity to encourage critical positions towards the Zionist politics led by the Israeli government today. Criticizing Israeli politics today means supporting Israeli and Palestinian people, and of course supporting us, the Palestinian-Israeli left movements, in our struggle for change.

For more info on the Left activist scene in Israel, have a look at these websites:

Anarchist against Walls: www.awalls.org/

Jaffa Popular Committee: www.yaffastruggle.wordpress.com/

Sadaka-Reut: www.reutsadaka.org/

Taayush: www.taayush.org/

Tarabut-Hithabrut: www.tarabut.info/en/home/

The Association for Distributive Justice: www.adj.org.il/english/

Who Profits: www.whoprofits.org/

Coalition of Woman for Peace: www.coalitionofwomen.org/home/english

Zochrot: www.nakbainhebrew.org/index.php?lang=english

Let's face the facts on the Ground.

Das Zeitfenster für eine Zwei-Staaten-Lösung schließt sich

Ich bin sehr besorgt über die aktuelle Situation, die in Israel–Palästina vorherrscht. Wo stehen Israelis und Palästinenser heute? Wie ist die derzeitige Situation im Vergleich zur Vergangenheit einzuschätzen? Ich werde mit einem Paradox beginnen, das Sie in allen öffentlichen israelisch-palästinensischen Meinungsumfragen finden können: Mehr als 50 Prozent der Israelis sind der Ansicht, dass die Zwei-Staaten-Option die beste Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt sei. Das ist das Ergebnis mehrerer Meinungsumfragen. Aber mehr als 50 Prozent der israelischen Öffentlichkeit glauben zugleich nicht daran, dass eine Zwei-Staaten-Lösung in den nächsten fünf Jahren zu realisieren sei. Es ist interessant, dass sich dieses Bild in der palästinensischen öffentlichen Meinung widerspiegelt: Auch in der palästinensischen Öffentlichkeit glauben etwas mehr als 50 Prozent, dass die Zwei-Staaten-Lösung die bestmögliche sei. Aber auch hier glaubt die Mehrheit nicht daran, dass sie in den nächsten fünf Jahren erreicht werden kann.

60 Prozent der Israelis, die die Zwei-Staaten-Lösung befürworten, denken nicht, dass eine weitere Siedlungspolitik diese Lösung blockieren würde. Das ist ebenfalls ein sehr interessantes Paradox. Ich wiederhole es, weil es so schwer zu fassen ist: Mehr als 60 Prozent derer, die die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen, befürworten auch den Ausbau von Siedlungen; sie sehen nicht, dass die Ausweitung von Siedlungen die Tür für eine Zwei-Staaten-Lösung zuschlägt. Daher führt die Netanjahu-Regierung, die die rechtteste Regierung ist, die Israel jemals gehabt hat, in den öffentlichen Meinungsumfragen und genießt die Unterstützung einer großen Mehrheit der israelischen Bevölkerung. Netanjahu persönlich führt die Beliebtheitsskala an. Ihm ist dies gelungen, weil er in seinen öffentlichen Reden und in seiner Rhetorik zumindest hypothetisch die Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert. Er ist von Meinungsumfragen und deren Ergebnissen besessen. Ich bin mir sicher, dass er die Ergebnisse der Meinungsumfragen vorher abgefragt hatte und sie kannte, bevor er öffentlich die Zwei-Staaten-Lösung akzeptierte – natürlich nur mit vielen Bedingungen und Zusatzklauseln. Er richtet sich nach der öffentlichen Meinung. Das ist das Problem. Aus meiner Sicht ist das Hauptproblem nicht die politische Elite in Israel, sondern die Öffentlichkeit, und wo sie steht. Das heißt aber auch, dass ein anderer Standpunkt der öffentlichen Meinung die politische Elite wieder in eine andere Richtung bewegen kann.

Die Tatsache, dass die Mehrheit der Israelis in dem Ausbau von Siedlungen kein Hindernis für die Zwei-Staaten-Lösung sieht, ist das gegenwärtige Haupt-

problem. Ich allerdings argumentiere, dass die Siedlungen zu dem entscheidenden Problem überhaupt geworden sind. Sie gehören zu den zentralen Themen, die jedenfalls nicht weniger wichtig und entscheidend sind, als die Frage nach dem Status von Jerusalem und des Rückkehrrechts der Flüchtlinge. Bis zum Jahr 2000 gab es eine Trennung bezüglich des Status in zwei verschiedene Arten von Fragen: Es gab die schwierigen, emotionalen und schwerwiegenden historischen Themen wie beispielsweise die Flüchtlinge von 1948 und deren Rückkehrrecht, die Frage um Jerusalem, die Heiligen Stätten, der Status des Tempelbergs. Und es gab auch eine Reihe von relativ praktischen Fragen: nach den Grenzen, Siedlungen, nach Wasser, den besetzten Gebiete etc.

Die heutige Situation ist aber, dass es diese Unterscheidung zwischen schwierigen und leichteren, vielleicht technisch zu lösenden Fragen nicht mehr gibt. Auch die zuletzt genannten Fragen sind nun zentrale und höchst umstrittene Probleme des Konfliktes insgesamt. Nach meiner Analyse haben wir seit den Jahren 2000 oder ab 2002, nachdem Israel nämlich mit der Operation »Defense Shield« die ursprünglich besetzten Gebiete erneut okkupierte und die palästinensische Regierung absetzte, diese neue Situation bekommen. Das Abkommen von Oslo ist tot. Israel beherrscht die Westbank und auch den Gazastreifen, wenn auch auf eine andere Art und Weise – darauf werde ich noch kommen. Mit anderen Worten: Zwischen dem haschemitischen Königshaus von Jordanien und dem Mittelmeer gibt es nur ein Regime, das die Vorherrschaft hat: Israel. Die palästinensische Regierung ist in der Westbank der lange Arm und das Protektorat des israelischen Regimes. Ich bin zu dieser Schlussfolgerung gekommen, indem ich mir angeschaut habe, wer die Macht vor Ort konkret ausübt: Welche Autorität hat Mahmut Abbas? Welche Macht hat Israel?

Alle Analysen der Situation vor Ort zeigen, dass Abbas so lange über Autorität verfügt, wie Israel ihm diese zugesteht. Das geht von Sicherheitsmaßnahmen, Polizei, über die Gesundheitsversorgung bis zu Bildungsfragen. Zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer gibt es nur eine Macht, das ist Israel. Entsprechend wurde Abbas von einem israelischen General einmal als Subunternehmer bezeichnet.

Die Tatsache, dass es nur eine einzige zentrale Macht in dieser Region gibt, schafft eine neue Situation zwischen Israelis und Palästinensern und für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Bis zum Jahr 2000/2002 bewegte sich der Konflikt während der sogenannten Oslo-Jahre hin zu einem Grenzkonflikt zwischen zwei politischen Entitäten. Israel genoss zwar schon damals eine Überlegenheit über die schwächere palästinensische Seite. Die Debatte jedoch ging um Grenzverläufe. Wo sollte die Grenze zwischen Israel und Palästina, dem zukünftigen Staat Palästina, genau verlaufen? Entlang der Grenzlinie von 1967 oder irgendwo entlang der Westbank. Mit der israelischen Eroberung der Westbank wurde der Konflikt erneut zu einem ethnischen Konflikt zwischen zwei Gruppen innerhalb des gesamten Palästinas. Der ethnische Konflikt veränderte das gesamte Spiel auf

fundamentale Weise. Es gibt keine palästinensische Regierung, die die Macht über ihr gesamtes Volk ausüben könnte; die Palästinenser sind durch die israelische Herrschaft in verschiedene Gruppen gespalten. Israel verteilt unterschiedliche Rechte und Machtbefugnisse an die unterschiedlichen Gruppen, und indem Israel die verschiedenen bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten unterschiedlich zuteilt, verwaltet es seinen ethnischen Konflikt mit den Palästinensern.

Ich will hier eine Schlussfolgerung in den Raum stellen, auf die ich später detailliert eingehen möchte. Es handelt sich meines Erachtens nicht um Apartheid. Das heißt aber nicht, dass es sich um ein gutes Regime handelt. Im Gegenteil, es ist schlecht. Aber diese Art von Regime zu analysieren und es zu vergleichen mit dem, was in Südafrika war, zeigt, dass in Israel nicht die Rede von Apartheid sein kann. Es handelt sich allerdings um eine *ethnische Herrschaft* über die Palästinenser. Möchte man diese Herrschaft in Relation zu anderen setzen, wäre der Vergleich mit dem ehemaligen Jugoslawien am treffendsten. Nicht Südafrika, sondern der Balkan ist der Maßstab. Dies ist eine akademische Frage, die ich äußerst spannend finde. »Apartheid« ist ein sehr populistischer Begriff, der gerne benutzt wird, um Israel anzugreifen und es für schuldig zu erklären. Analytisch ist es allerdings sehr problematisch, Israel mit Apartheid in Verbindung zu bringen.

Die Herrschaft Israels über das Mandatsgebiet Palästina umfasst alle Palästinenser, eingeschlossen israelische Staatsbürger palästinensischer Herkunft, bzw. israelische Palästinenser. Das heißt, der Konflikt besteht nicht nur mit den Palästinensern, die in den seit den 1960er besetzten Gebieten leben, sondern auch in vielerlei Hinsicht mit Palästinensern, die israelische Staatsbürger sind. Sie sind Teil des Konflikts; sie spielen eine größere Rolle im Konflikt: bei Demonstrationen und auch in der Wahrnehmung der israelischen Mehrheitsgesellschaft. Nehmen wir beispielsweise die Gesetzesvorlagen oder Vorschläge einiger Parteien im israelischen Parlament hinsichtlich eines Loyalitätsschwurs für Palästinenser, die von ihnen israelische Araber genannt werden. Andere beschäftigen sich damit, die Geschichtsbücher hinsichtlich der 1948er Katastrophe, der Nakba, neu zu schreiben. Noch andere befassen sich mit der Staatsbürgerschaft und der Loyalität der israelischen Palästinenser. Dies zeigt, dass aus Sicht der israelischen Mehrheit der Konflikt auch die israelischen Bürger palästinensischer Herkunft umfasst: die israelischen Palästinenser.

Fünf Statusgruppen

Wir haben fünf Gruppen, die sich unter israelischer Herrschaft befinden: 1.) die israelischen Palästinenser; sie haben die volle Staatsbürgerschaft; sie genießen politische Rechte, sie haben ihre eigenen Repräsentanten in der Knesset, sie haben das volle Wahlrecht. Aber sie werden von den staatlichen Behörden auf

Grund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert. 2.) Die Palästinenser in Ost-Jerusalem und in den Gebieten von Jerusalem, die 1967 besetzt wurden. Sie sind keine israelischen Staatsbürger, sie sind permanente Einwohner – sogenannte permanent residents, Bewohner mit langfristigem Aufenthaltsstatus – in Gebieten, die vom Staat Israel annektiert wurden. Sie haben weniger Rechte als die israelischen Palästinenser, aber immer noch mehr Rechte als die anderen Gruppen. 3.) Die sogenannten Westbanker, die sich westlich und 4.) die »Westbanker«, die sich östlich der Trennmauer befinden und in voneinander getrennten Enklaven leben, aber der palästinensischen Autonomiebehörde unterstehen. Diese haben ihr eigenes politisches System – sie können sich zwischen Städten hin- und herbewegen, mit vielen Straßensperren und Kontrollen, Checkpoints usw. Aber jene, die zwischen der Sicherheitsmauer und der grünen Linie leben, die Israel und Jordanien bis zum 1967er-Krieg trennte, sind noch weit größeren Restriktionen ausgesetzt. Sie leben in einem Gebiet, das grundsätzlich für alle Palästinenser geschlossen ist. Alle Palästinenser, die dort leben, müssen eine Erlaubnis bekommen, um sich an diesem Orten aufzuhalten. Sie müssen ihre Aufenthaltserlaubnisse immer wieder erneuern lassen. Sie stehen zwischen den palästinensischen Autonomiebehörden und der israelischen Regierung. Sie sind nicht hier und nicht da, nicht drinnen und nicht draußen. Am schlechtesten aber ergeht es der letzten Gruppe: 5.) Den Menschen im Gazastreifen, die unter einer israelischen Blockade leiden. Ihr Leben ist sehr schwierig. Israel entscheidet sogar darüber, ob sie Nudeln oder Reis auf ihrem Speiseplan haben können. Einmal wurde von den israelischen Behörden eine Essenslieferung erst auf Druck von Hillary Clinton und Senator John Kerry in den Gazastreifen hereingelassen. Alle Fragen des alltäglichen Lebens werden von den Israelis kontrolliert: vom Import von Kaffee bis zu Schul- und Notizbüchern. Alle Fragen werden von den Israelis entschieden. Sie entscheiden, dass heute Pasta okay aber Reis nicht okay ist. Schon morgen ist es umgekehrt. Es gibt eine Bürokratie, die entscheidet, wie die Palästinenser im Gazastreifen kollektiv bestraft werden können. Es geht erstens um die Bestrafung der Bevölkerung, die für die »falsche« Regierung gestimmt hat, für die *Hamis*-Regierung. Des Weiteren beruhen diese Maßnahmen auf der falschen Annahme, dass die Bevölkerung sich vermöge des Drucks gegen die *Hamis* wenden würde.

Es ist aber nicht passiert. Nach meiner Ansicht wird dies auch in Zukunft nicht geschehen. Aber, wie ich schon sagte, Israel übt die Macht über den Gazastreifen aus – mit der Zustimmung des Nahost-Quartetts und der Mehrheit der westlichen Regierungen. So war es vor dem Krieg in Gaza. So ist es heute weiterhin.

Dies sind also die fünf Gruppen. Im Gazastreifen gibt es eine palästinensische Regierung, die von der *Hamis* gestellt wird. Die Spaltung zwischen *Hamis* und *Fatah*, zwischen Westbank und Gaza, ist eine mehrdimensionale: zum einen politisch, zum anderen geographisch. Wiederum ist diese Spaltung zwischen diesen beiden Regionen und Administrationen den Zielen der israelischen Regierung dienlich. So lange wie die Trennung existiert, kann Israel das palästinensische

Problem leichter verwalten. Warum benutze ich den Begriff »Problem«? Weil die Israelis sich sehr deutlich darüber im Klaren sind, dass sie vor einer demographischen Krise stehen. Es handelt sich aus israelischer Perspektive – zugespitzt formuliert – um eine Zeitbombe. Die letzte Person, die das zugab und auf eine Art und Weise ausgedrückt hat, wie es bis heute kein anderer israelischer Politiker mehr gemacht hat, war der Vizepremier und Geheimdienstminister Dan Meridor. Als ich ihn Ende Oktober 2009 für die wöchentliche Beilage der *Ha'aretz* interviewte, sagte er, dass wir in einer Situation leben, die an Südafrika erinnert. Er gab zu, dass er einmal an ein »Großisrael« geglaubt und den ehemaligen Ministerpräsidenten und Hardliner Menachem Begin unterstützt hatte.

Den Tatsachen ins Auge sehen

Als Begin 1977 an die Macht kam, sagte er öffentlich, dass Israel niemals Rhodesien sein würde. Meridor fragte ihn, was er damit meinte. Begin erwiderte, dass er öffentlich von Rhodesien spreche und nur hinter verschlossenen Türen von Südafrika. Er könne das nicht öffentlich sagen, weil ansonsten die israelischen Beziehungen zu Südafrika beschädigt würden. Aber Meridor sagte weiter, dass heute die Demographie gegen uns arbeite: Wenn wir Juden heute einen Bevölkerungsanteil von 55 Prozent stellen, leben wir in einer binationalen Konstellation – unter einer Herrschaft, aber mit zwei Nationen. Das demographische Verhältnis von heute – vom Jordan-Fluss bis zum Mittelmeer – sieht so aus, dass die Juden mit einem Bevölkerungsanteil von 55 Prozent über die Palästinenser regieren.

Es handelt sich mithin nicht um eine Zukunftsvision, sondern um eine reale Situation. Ich war sehr überrascht, als Dan Meridor einräumte, dass wir in einer derartigen Konstellation leben. Diese Botschaft: der binationale Staat sei gar keine Zukunftsvision, sondern bereits Gegenwart, stellt mich sowohl gegenüber der israelischen Öffentlichkeit als auch gegenüber den Politikern vor große Schwierigkeiten der Vermittelbarkeit. *De facto* gibt es *ein* Regime: eine Regierung, die die Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer trifft; das demographische Verhältnis von 55 zu 45 Prozent ist bereits ein binationales Verhältnis.

Dan Meridor ist der erste, der zugibt, dass dies bereits heute Realität ist. Er steht kurz davor, die sich daraus ergebenden notwendigen Schlüsse zu ziehen: Die Analyse der aktuellen Situation und die Aufgabe, über das ganze Mandatsgebiet von Palästina zu regieren, stellt seine liberalen zionistischen und jüdischen Werte auf die Probe. Er ist noch nicht bereit, seine Überzeugungen aufzugeben. Er sagt: Ich bin nicht bereit, Positionen aufzugeben, und daher werden wir weiterhin über die Palästinenser herrschen, bis sie sich auf meine Grenze des Inakzeptablen, auf meine roten Linien, einlassen. Wo diese roten Linien im Detail verlaufen, ist irrelevant – kein palästinensischer Anführer, kein Palästinenser wird seine roten

Linien freiwillig akzeptieren. Die roten Linien bedeuten, dass es keine Souveränität über den arabischen Teil von Jerusalem geben soll und dass das Rückkehrrecht ignoriert wird. Es geht aber bei den Palästinensern beim Rückkehrrecht um das Prinzip. Es ist gar nicht so wichtig, ob es durch die Rückkehr auch nur eines einzigen Palästinensers umgesetzt wird.

Meridor ist in dem Widerspruch der Dringlichkeit der Situation, der Bedrohung, die diese Situation für seine jüdischen Werte darstellt, und der mangelnden Bereitschaft, diese zu überbrücken und Lösungen zu finden, gefangen. Dort verharrt er. Andere aber leugnen sogar das Problem komplett: Sie schieben das Problem einfach in die Zukunft – zwar nicht in die ferne Zukunft, weil sie erkennen, dass sie in ein paar Jahren mit dieser Situation konfrontiert werden. Das Tragische daran ist aber, dass es dann für eine Lösung zu spät sein könnte; vielleicht ist nur jetzt das Zeitfenster für eine Zwei-Staaten-Lösung noch geöffnet. Wenn die Chance nicht genutzt wird, bleibt nur noch eine einzige Option: die »one man – one vote«-Regelung (jeder Staatsbürger hat die gleichen Rechte; Wahlrecht für jeden). Ein gleichberechtigter Staat ist die einzige Option, die dann noch bleibt.

Wir leben jetzt schon in dieser Situation. Ich bin auch der Überzeugung, dass die augenblickliche Verwaltung der Palästinenser durch den israelischen Staat beibehalten werden kann, wenn es keine dramatische Veränderung gibt, die Israel zwingt, das System zu verändern. Das System ist in der Lage, sich selbst zu behaupten. Dieses System funktioniert seit 2000 so gut, dass es ohne eine dramatische Veränderung, die von außen, nicht von innen kommt, weiterhin bestehen kann.

Ich habe nicht viele Erwartungen an den Regierungswechsel in den USA gehabt, so dass ich jetzt weniger enttäuscht bin als andere. Allerdings hat die Obama-Administration viele Fehler gemacht, seitdem sie begann, sich mit der israelisch-palästinensischen Frage zu beschäftigen. Man erinnere sich zum Beispiel an den Baustopp für die Siedlungen. Es war ein Fehler zu denken, dass sie, wenn sie nur die gleiche politische Strategie energischer verfolgten, sich mithin nur mehr um den bereits eingeschlagenen Kurs bemühten, ein anderes Ergebnis erzielen würden. Es geht aber nicht darum, sich mehr anzustrengen und zu bemühen, es geht um einen völligen politischen Kurswechsel. Dieser neue Weg wurde noch nicht eingeschlagen. Vielleicht noch nicht, weder durch die US-Administration noch durch die EU oder das Nahost-Quartett. Mit anderen Worten: Hier stecken wir fest.

Ich war kürzlich in Marokko auf einer Konferenz zur gegenwärtigen Situation Jerusalems. Meine Kollegen und ich trafen Mahmud Abbas, den palästinensischen Präsidenten. Er machte deutlich, dass er innerhalb von wenigen Wochen, wenn es keine Veränderungen gebe, sich an sein Volk wenden und sagen würde: Ich habe 15 Jahre versucht, eine Zwei-Staaten-Lösung herbeizuführen. Nun gebe ich auf, das ist das Ende. Jetzt rufe ich dazu auf, die Lösung »one man – one vote« anzustreben, und ich fordere einen gemeinsamen Staat. Er hatte uns gebeten, das

nicht zu veröffentlichen. Aber kurz darauf hat Saeb Erekat, der Verhandlungsführer der PLO, der bei dem Treffen ebenfalls anwesend war, in einer Pressekonferenz genau diese Position vorgetragen. Das ist die Schlussfolgerung der palästinensischen Führung, nachdem sie mit Hillary Clinton zusammengetroffen ist. Sie sagen es nicht nur den Israelis und bringen die Botschaft nicht nur im Geheimen vor. Saeb Erekat ist in Ramallah mit dieser Botschaft an die Öffentlichkeit gegangen.

Die palästinensische Führung zieht aus der Situation mithin den Schluss, dass der Versuch nach einem Weg für eine Zwei-Staaten-Lösung am Ende ist. Mit dieser Feststellung will ich meinen Vortrag beenden. Meiner Ansicht nach handelt es sich bei dieser Situation um einen ethnischen Konflikt zwischen zwei Gruppen, die nicht miteinander leben wollen. Sie wollen eine klare Trennung. Es gibt viel Hass und viel Aufrechnung von Toten und Verlusten auf beiden Seiten. Der einzige Weg, der nach vorne weist, ist die Teilung in zwei ethnische Nationalstaaten. Anders als in Südafrika haben wir nicht die demographische Situation einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit. Wir haben beinahe eine Pattsituation – mehr oder weniger eine 50/50-Situation. In dieser Konstellation und unter Berücksichtigung der historischen Hoffnungen, Erfahrungen und Herkunft der Volksgruppen ist der einzige Weg derjenige, der auf zwei getrennte ethnische Staaten hinausläuft. Aus meiner Perspektive ist das Ideal von »one man – one vote« eine Illusion. Sie ist zwar ein schöner Traum – es ist vielleicht sogar das, was die Menschen als Lösung anstreben sollten –, aber sie ist von der Realität vor Ort sehr weit entfernt. Daher müssen wir uns in zwei Nationalstaaten aufteilen und versuchen, eine andere Zukunft aufzubauen, die sich von dem unterscheidet, was wir bisher hatten – mehr als 150 Jahre voller blutiger Konflikte. Die Trennung ist mithin für mich eine Notwendigkeit. Es gibt für mich keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung. Aber der Weg dahin ist schwieriger denn je. Es war einfacher, dieses Ziel in den späten 1990er Jahren zu erreichen. Heute ist der Preis der israelischen Gesellschaft, der Preis, der Israel abverlangt wird, deutlich höher. Trotz der hohen Kosten für eine Zwei-Staaten-Lösung, die auf der 1967er Lösung beruht, können die UN-Resolutionen 242 oder 194 Referenzpunkte sein. Es mangelt uns nicht an Referenzpunkten – was uns fehlt, ist die Bereitschaft, den Tatsachen vor Ort ins Auge zu sehen. Nur so könnte ausgehend von einem ethnischen Konflikt ein realistischer Weg hin zu einer Trennung in zwei ethnische Nationalstaaten geebnet werden. Nur so kann eine Art von Frieden erreicht werden. Ich meine ganz bewusst Frieden. Es muss ja nicht Liebe sein, denn eine solche wäre zwischen diesen beiden Völkern nach dieser gewalttätigen Vorgeschichte noch lange nicht möglich.

Es wird sehr schwierig, über Nacht die belastende Vergangenheit zu bewältigen und den blutigen Konflikt zu vergessen. Aber ein Friedensvertrag zwischen zwei politischen Führungen, der regelt, wo wer regiert, das wäre alles, was wir brauchen. Es wäre ein sehr juristischer Vertrag. Darauf zu hoffen, dass die beiden

Völker einander zufrieden lassen und versuchen, Seite an Seite als gute Nachbarn mit ihren sehr schmerzhaften Erinnerungen zu leben, ist mit Geduld verbunden; es wird nicht über Nacht geschehen. Was passieren kann, ist ein langer, schmerzhafter Prozess, der darüber entscheidet, wer auf welchem Gebiet regiert. Das ist alles, und das ist nicht wenig. Denn das könnte die nächste Runde des Blutvergießens verhindern.

Übersetzung aus dem Englischen von *Heike Kleffner*

Autorinnen und Autoren

Wolfram Adolphi

Dr. phil. Jahrgang 1951. Staatswissenschaftler.

Zurzeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE, Roland Claus.

Sein Beitrag in diesem Band erschien zuerst in der *UTOPIE kreativ*, Nr. 199 (Mai 2007), S. 449-454.

Asaf Angermann

Jahrgang 1978. Philosoph.

Zurzeit Promotionsstipendiat der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Sein Beitrag in diesem Band ist eine Erstveröffentlichung.

Uri Avnery

Jahrgang 1923. Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist.

Für insgesamt drei Legislaturperioden Parlamentsabgeordneter in der Knesset (1965–1969, 1969–1973 und 1977–1981).

Sein Beitrag in diesem Band ist mit freundlicher Genehmigung seiner Homepage www.uri-avnery.de entnommen.

Moritz Blanke

Jahrgang 1973. Sozialwissenschaftler.

Referent des Studienwerks der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Isabel Erdem

Jahrgang 1982. Juristin.

Ehemalige Stipendiatin der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Eine ursprüngliche Version ihres Beitrages in diesem Band erschien zuerst in *UTOPIE kreativ* Nr. 192 (Oktober 2006), S. 926-939.

Für diesen Band ist der Text wesentlich überarbeitet worden.

Martin Fochler

Jahrgang 1946. Verleger und Redakteur linker Zeitschriften.

Vorstandsmitglied im *Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung – Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern e.V.* sowie Mitarbeiter der Stadtratsgruppe der Partei DIE LINKE im Münchner Stadtrat.

Sein Beitrag in diesem Band erschien zuerst in der

Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik,

Nr. 10/2009: »Der Israel/Palästina-Konflikt als Thema der politischen Bildung – Beiträge einer Arbeitstagung des Kurt-Eisner-Vereins – rls in Bayern«, S. 7-9.

Marcus Hawel

Dr. phil. Jahrgang 1973. Soziologe.

Vorstandsmitglied der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen* sowie Mitherausgeber der Online-Zeitschrift *Sozialistische Positionen* (www.sopos.org).

Zurzeit Referent des Studienwerks der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (Berlin)

sowie Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der *Leibniz Universität Hannover*. Sein Beitrag in diesem Band folgt einem Vortrag, den er auf der Bundesjugendkonferenz der Partei DIE LINKE am 25. November 2006 in Göttingen gehalten hat. Die hier vorliegende Fassung wurde seitdem mehrfach aktualisiert und überarbeitet.

Die ursprüngliche Fassung erschien zuerst in der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*, Nr. 199 (Mai 2007), S. 432-448.

Johannes Kakoures

Jurist. Zurzeit Rechtsassessor. Seit 1996 Mitglied der PDS/DIE LINKE.

Sein Beitrag in diesem Band erschien zuerst in der

Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik,

Nr. 10/2009: »Der Israel/Palästina-Konflikt als Thema der politischen Bildung – Beiträge einer Arbeitstagung des Kurt-Eisner-Vereins – rls in Bayern«, S. 10-12.

Katja Kipping

Jahrgang 1978. Juristin.

Zurzeit Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE

und Redakteurin des Magazins *Prager Frühling*.

Gründungsmitglied des *Instituts Solidarische Moderne*.

Ihr Beitrag für diesen Band ist ein Diskussionspapier vom 18. September 2007.

Menachem Klein

Dr. phil. Jahrgang 1951. Politikwissenschaftler.

Professor an der *Bar Ilan Universität Tel Aviv*.

Sein Beitrag in diesem Band ist eine Erstveröffentlichung und folgt einem Vortrag, den er am 4. November 2009 auf der Veranstaltung der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* »Facts on the ground. Die Wahrheit über Israel...« in Berlin gehalten hat.

Der Beitrag ist für den Band transkribiert und ins Deutsche übertragen worden.

Salvador Oberhaus

Dr. phil. Jahrgang 1975. Historiker.

Regionalmitarbeiter der *Rosa-Luxemburg-Stiftung in Rheinland Pfalz (Mainz)*

sowie Lehrbeauftragter im Bereich Geschichtswissenschaften der Universität Düsseldorf.

Sein Beitrag in diesem Band ist eine Erstveröffentlichung.

Einat Podjarny

Aktivistin der Graswurzel-Initiative *Sadaka Reut*.

Ihr Beitrag in diesem Band ist eine Erstveröffentlichung und folgt einem Vortrag, den sie zusammen mit Fadi Shbita am 4. November 2009 auf der Veranstaltung der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* »Facts on the ground. Die Wahrheit über Israel...« in Berlin gehalten hat.

Der Beitrag ist für den Band transkribiert worden.

Winfried Rust

Mitarbeiter im *Informationszentrum dritte welt (iz3w)*.

Sein Beitrag in diesem Band erschien zuerst in der Zeitschrift *Informationszentrum 3. welt (iz3w)* zum Thema »Sicherheitsdiskurse und Islamismus«, *iz3w*, Nr. 293 sowie im Internetmagazin *Sozialistische Positionen* (www.sopos.org), Nr. 7/2006.

Peter Schäfer

Lebt und arbeitet seit 2001 in Palästina.

Leiter des seit März 2008 eröffneten Büros der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in Ramallah, Palästina.

Sein Beitrag in diesem Band erschien zuerst als Newsletter des rls-Büro in Ramallah, Nr. 4, vom 6. Juli 2009.

Fadi Shbita

Aktivist der Graswurzel-Initiative *Sadaka Reut*.

Sein Beitrag in diesem Band ist eine Erstveröffentlichung und folgt einem Vortrag, den er zusammen mit Einat Podjarny am 4. November 2009 auf der Veranstaltung der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* »Facts on the ground. Die Wahrheit über Israel...« in Berlin gehalten hat. Der Beitrag ist für den Band transkribiert worden.

Angelika Timm

Dr. phil. Jahrgang 1949. Historikerin und Nahostwissenschaftlerin.

Leiterin des Büros der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in Tel Aviv, Israel.

Ihr Beitrag in diesem Band folgt einem Vortrag, den sie am 14. April 2008 auf der Konferenz »60 Jahre Israel« der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in Berlin gehalten hat.

Peter Ullrich

Dr. phil. Jahrgang 1976. Soziologe und Kulturwissenschaftler.

Ehemaliger Stipendiat der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Zurzeit Mitarbeiter an der Universität Leipzig,

Abteilung medizinische Psychologie und medizinische Soziologie.

Sein Beitrag in diesem Band erschien in einer ursprünglichen Fassung unter dem Titel »Neuer Antisemitismus von links? Der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD«, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Kassel 2008, S. 5567-5577.

Moshe Zuckermann

Dr. phil. Jahrgang 1949. Soziologe und Historiker.

Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.

Sein Beitrag in diesem Band »Zwischen Israelkritik und Antisemitismus.

Versuch einer jüdischen Positionsbestimmung« erschien zuerst in:

Hanno Loewy (Hrsg.): *Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien*, Essen 2005.

Der Beitrag »Aspekte des Philosemitismus« erschien zuerst in:

Irene A. Diekmann, Elke-Vera Kotowski (Hrsg.): *Geliebter Feind – ghasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2009.

Die Linke und der Nahe Osten



Im Vergleich des Umgangs mit dem Nahostkonflikt in der Bundesrepublik und Großbritannien zeigt sich, dass zum Verständnis der deutschen Besonderheiten die Erinnerung an die NS-Zeit einen entscheidenden Schlüssel liefert. Doch diese Nachwirkungen der deutschen Geschichte haben paradoxe Folgen: Sie produzieren extreme Identifikationen mit den nahöstlichen Konfliktparteien (Israelis oder Palästinensern) und damit eine aggressive innerlinke Auseinandersetzung.

Peter Ullrich

Die Linke, Israel und Palästina

Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland
Texte 48 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Broschur
328 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-320-02156-6

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536
info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

